

ISS AKTUELL

1/2023

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESBEGINN 2023

Globale Akteure und internationale
Organisationen



Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903359-61-1

Februar 2023

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Mitte August 2022 passierte Unerwartetes. Der Botschafter eines in der „Strategischen Lage“ analysierten Staates, sowie Militärdiplomaten mehrerer sehr mächtiger Nationen erhoben in einer konzertierten Aktion auf höchster Ebene den Vorwurf, dass einige Analysen unserer letzten „Strategischen Lage 2/2022“ unwissenschaftlich wären. Obwohl die Vorwürfe trotz Nachfrage unspezifisch blieben, wurden auf Grund, weniger der Signifikanz der Behauptungen, als vielmehr der agierenden Nationen, die kritisierten Artikel durch die Landesverteidigungsakademie nochmals detailliert überprüft. Anzumerken ist, dass alle Artikel der „Strategischen Lage“ bereits vor ihrer Erstveröffentlichung einem Editorial Review unterzogen worden sind. Bei dieser erneuten und unabhängigen Überprüfung, welche im August/September 2022 stattfand, wurde durch zwei wissenschaftliche Institute zweifelsfrei festgestellt, dass die wissenschaftliche Objektivität in allen Beiträgen gewahrt wurde. Insbesondere wurde klargestellt, dass die Autoren keine Meinungen, sondern ausschließlich objektive und kritische Analysen veröffentlicht haben. Es wurde eindeutig nachgewiesen, dass in der „Strategischen Lage 2/2022“ nicht einseitig beurteilt wurde, sondern die Handlungen aller analysierten Akteure kritisch bewertet wurden. Fakten oder Zitate in den gegenüber einzelnen internationalen Akteuren als eventuell kritisch zu beurteilenden Beiträgen konnten von den betroffenen Autoren angemessen zitiert werden. Durch die Überprüfung konnten alle Vorwürfe eines möglichen wissenschaftlichen Fehlverhaltens des Herausgebers oder der betroffenen Autoren zweifelsfrei entkräftet werden. In einer an sich eher unangenehmen Situation für uns schlussendlich ein erwartbares, aber dennoch sehr erfreuliches Ergebnis. Wir erlauben unsere Freude über diese auch formelle Bestätigung unserer seriösen Arbeit hiermit mit unseren Lesern zu teilen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir Ihnen auch das Publikationskonzept der „Strategischen Lage“, welches seit über zehn Jahren im Wesentlichen unverändert existiert, transparent in den wesentlichen Punkten darlegen:

„Um insbesondere Studenten und Absolventen der Landesverteidigungsakademie, aber auch anderen an strategischen Fragen Interessierten eine übersichtliche und aktuelle Darstellung der globalen strategischen Lage zur Verfügung zu stellen, wird vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik zweimal pro Jahr die Zeitschrift „Zur Strategischen Lage“ (in Folge kurz „Strategische Lage“) veröffentlicht. Da sich das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik als wissenschaftliche Institution versteht, ergeben sich auch in der „Strategischen Lage“, wie in jedem wissenschaftlich-analytischen Medium, aus der unterschiedlichen Bewertung von verschiedenen Blickwinkeln durchaus differenzierte, manchmal sogar widersprüchliche Ableitungen und Analysen. Diese Bewertungen reflektieren jedoch keine amtliche Position. Die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber eine offizielle Meinung des Verteidigungsministeriums, der Landesverteidigungsakademie oder des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik. [...] In den Beiträgen der „Strategischen Lage“ wird die internationale strategische Lage realpolitisch und wissenschaftlich unabhängig dargestellt und analysiert. Es werden dabei bewusst nicht alle Ereignisse dieses Zeitrahmens umfassend und detailliert beleuchtet, sondern kurze, aber präzise Analysen und Bewertungen ausgewählter Aspekte präsentiert. [...]

Die „Strategische Lage“ ist bestrebt, klare Gedanken von sachkundigen Beobachtern zu wichtigen sicherheitspolitischen und strategischen Themen zu präsentieren, die in einer Sprache verfasst sind, die sowohl von Fachleuten als auch von einem breiten allgemeinen Publikum leicht und mit Vergnügen verstanden werden kann. Aus einer unabhängigen wissenschaftlichen Perspektive erklären wir strategisch relevante Ereignisse in einem sicherheitspolitischen Kontext, erläutern Widersprüche zwischen offiziellen Zielen und realen Geschehnissen und bewerten die Sinnhaftigkeit und Erfolgswahrscheinlichkeit strategischer Entscheidungen. Im Sinne wissenschaftlicher Objektivität werden die Handlungen aller analysierten Akteure kritisch bewertet. Wir verteidigen weder politische Entscheidungen noch propagieren wir diese - unabhängig von der (politischen) Position der österreichischen, europäischen oder westlichen Politik, obwohl wir uns der Tatsache bewusst sind, dass das Bundesheer Instrument österreichischer, europäischer und westlicher Politik ist. Unsere Leser und damit diejenigen, die der wissenschaftlichen Integrität der Landesverteidigungsakademie vertrauen, können sich darauf verlassen, dass sie unabhängige Analysen und keine politisch gewünschten Narrative präsentiert bekommen. Der Wert für die Studenten und Absolventen der Landesverteidigungsakademie, die Institutionen Bundesheer und Verteidigungsministerium sowie den österreichischen Staat liegt dabei in der Zurverfügungstellung wissenschaftlich objektiver Analysen oder Bewertungen, welche Grundlage für die spezifische Einschätzung der (geopolitischen) Lage durch den Nutzer oder aber für politische Entscheidungen durch eben diese Nutzer. Eine gefärbte, politisch opportune Lagedarstellung, welche nicht objektiv analysiert, wäre unter Umständen verantwortlich für Fehlinterpretationen oder sogar Fehlentscheidungen sicherheitspolitischer Handlungsträger Österreichs.

Wir tolerieren allerdings bewusst große Meinungsunterschiede. Unsere Artikel stellen keinen Konsens von Überzeugungen dar. Von unseren Autoren verlangen wir, dass sie kompetent und gut informiert sind und ehrliche wissenschaftliche Meinungen präsentieren, die ernsthaft vertreten und überzeugend zum Ausdruck gebracht werden. Wir erwarten nicht, dass unsere Leser mit allen Ansichten, die sie dort finden, sympathisieren. Auch vertreten unserer Autoren gegebenenfalls durchaus unterschiedliche Ansichten. Aber wir sind der Meinung, dass die „Strategische Lage“ durch eine breite Akzeptanz abweichender Ideen mehr dazu beitragen kann, einen wertvollen Diskurs zu führen, als wenn Positionen stringent und vorgegeben sind. Strategische Studien haben generell ein pragmatisches Wissenschaftsverständnis und sind eine problemorientierte Forschung. Das daraus postulierte Primat der Praxis und das damit einhergehende Zweifeln ist oftmals der Beginn des Forschungsprozesses. Erkenntnisfortschritt ist der Zuwachs an Prognose- und Steuerungsmöglichkeit. Dabei ist es durchaus als Zielsetzung zu verstehen, das eigene Wissensprofil dadurch zu schärfen, gegen den Strom zu schwimmen. Im Geiste von Rorty ist es dabei auch legitim, Hermeneutik in polemischer Absicht zu nutzen, denn nach seiner Erkenntnis bildet Wissenschaft nur dann, wenn sie auch irritiert.

In der Tradition relevanter und renommierter strategischer Journale, wie beispielsweise dem „Foreign Affairs“, verlassen wir uns in erster Linie auf die wissenschaftliche Integrität unserer Autoren, um die Richtigkeit der Informationen in ihren Beiträgen zu gewährleisten. Obwohl unsere Artikel keine Fußnoten enthalten, haben die Autoren in der Lage zu sein, bei konkreten Rückfragen alle Fakten oder Zitate in ihren Beiträgen angemessen zu zitieren.“ (ISS; Publikationskonzept „Zur Strategischen Lage“, Fassung vom 1. Februar 2022, Wien, 1-3)

Sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre pflegt grundsätzlich eine kritische Grundhaltung. Diese kann nicht nur, sie soll sogar gelegentlich irritieren. Provokation und Irritation löst Nachdenken aus und das soll es. Krieg und Frieden und die sich damit beschäftigende Politik ist zu ernst, als dass sie schöngeredet oder politischen Wünschen entsprechend dargestellt und analysiert werden kann. Die Analyse muss kritisch sein. Sie ist in der privilegierten Position kein diplomatisches oder politisches Handeln zu sein. Sie ist damit aber auch nicht zu verwechseln. Das eine sollte der Wissenschaftler tun, das andere der Politiker oder politische Berater. Es zu vermengen, schadet beiden Berufsgruppen und somit den implizierten Handlungsfeldern. Strategische und sicherheitspolitische Analyse findet in Österreich (leider) nur in einem sehr begrenzten Rahmen statt. Die "Strategische Lage" versucht einen bescheidenen Beitrag dazu zu leisten. Dabei versuchen wir wissenschaftlich korrekt, kritisch und methodisch zu analysieren, wobei auch voneinander differenzierte Standpunkte und Positionen im Sinne eines Diskurses nicht nur zugelassen, sondern auch wünschenswert sind. Sie werden in der "Strategischen Lage" unterschiedliche Blickwinkel finden - nicht, weil einzelne Beiträge korrekter und andere weniger korrekt wären, sondern weil Politik im Allgemeinen und Sicherheitspolitik im Speziellen komplexe soziale Phänomene sind, die aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und analysiert werden sollten.

Konflikte zu studieren, dient von diesen zu lernen; zu lernen sie zu vermeiden oder zu provozieren, sie zu gewinnen oder zu verstehen, warum sie verloren werden. Die Theorien der Internationalen Beziehungen lehren, dass die Annahme, es geht handelnden staatlichen Akteuren bei (internationalen) Konflikten nur darum, diese zu vermeiden, empirisch widerlegt ist. Es geht eben auch darum, Konflikte zu gewinnen oder zu verlieren – nach chinesischem Verständnis auch darum, sie gegebenenfalls nur „teilweise“ zu gewinnen (oder zu verlieren). Gerade aus einer kleinstaatlichen Perspektive ist es von essentieller Bedeutung über gesamtstrategisch relevante Kenntnisse der Vor- und Nachteile der Involvierung in einem Konflikt zu verfügen. Eindimensionale Betrachtungen sind aus legitimen Eigeninteressen – das Eigeninteresse gilt bekanntlich als eine zentrale Variable staatlichen Handelns in den internationalen Beziehungen – einer strategischen Bewertung abträglich. Deshalb ist es notwendig, die Komplexität des ukrainisch-russischen und des westlich-russischen Konfliktes zu methodisch zu erschließen und systemisch begreifen.

Unsere Analysen haben dabei selbstverständlich keinen alleinigen Wahrheitsanspruch. Wenn sie ein regelmäßiger Leser der "Strategischen Lage" sind, haben Sie längst festgestellt, dass wir sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten, Positionen und Blickwinkeln Platz bieten - niemals wurde und wird dabei inhaltlich Einfluss auf die vorgelegten Analysen ausgeübt. Denn „um wirklich zu verstehen, müssen wir nicht nur Fakten studieren, sondern diese auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten.“ Innere oder äußere Vorgaben sind daher nicht denkbar - sie würden in einem inneren Widerspruch zum liberaldemokratischen Diskurs, zu welchem diese Publikation beiträgt, stehen. Dadurch sind sie gelegentlich auch Zeuge der offenen Diskurskultur. Für eine liberale Gesellschaft ist es wichtig, der

Wissenschaft ihre Freiheit zu gewähren und inhaltliche Auseinandersetzungen in einem Diskurs zu führen. Zu diesem Diskurs laden wir jetzt und zukünftig Kritiker und Freunde gerne ein. Wir freuen uns auf Rückmeldungen unter lvak.strat-lage@bmlv.gv.at.

Nach diesen aus gegebenem Anlass umfassenderen einleitenden Zeilen, dürfen wir wie gewohnt betonen, dass weder Texte noch Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position reflektieren; die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung des Autors als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich dessen persönliche Einschätzung, nicht aber eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie. Wir wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

Herausgeber und Redaktion der „Strategischen Lage“

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	4
 Der Ukraine-Krieg als Stellvertreterkrieg des demokratisch-liberalen Westens gegen das autoritäre Russland	9
Die ideologischen Grundlagen des westlichen Krieges	9
Die globale Ausdehnung des Ordnungskonfliktes	11
Asymmetrischen Bipolarität	11
Die soziale Konstruktion der zukünftigen Ukraine	12
 "Ukrainisches Fegefeuer" - Der Krieg um die Ukraine, eine erste Zusammenfassung.....	15
Die taktisch / operative Ebene – Zum Stand der ukrainischen Offensiven.....	15
Die strategische Ebene – Die russischen Terrorangriffe.....	16
Der überregionale Konflikt – Eine Auseinandersetzung ohne territoriale Grenzen	17
Der Wirtschaftskrieg – Das Spiel der Russen mit der Angst des Westens	17
Die Zukunft – Ein eskalierender Konflikt ohne absehbares Ende	18
Ukrainische Offensiven – die Faktoren Gelände, Kraft, Zeit und Information.....	19
Offensive in Cherson	19
Offensive in Charkiv.....	20
Historische Vergleiche.....	21
Status Quo und Ausblick	21
 Die westliche Welt.....	23
Weltmacht USA.....	23
Zwei Jahre Biden-Administration.....	23
Innenpolitische Entwicklungen	23
Außen- und Sicherheitspolitik.....	27
 EU als künftige sicherheits- und wirtschaftspolitische Machtakteurin – Fiktion versus Realität	33
 Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	41
 ... und ihre Partner und Herausforderer.....	47
Russland und Ukraine im Kampf ums Überleben.....	47
Im (partiellen) Kriegszustand	47
Wirtschaft: künstliche Resilienz	48
Regimestabilität: Rückkehr der „Kremlinologie“	49
Perspektiven für eine Konflikttransformation	49

Ukrainische Position zu Verhandlungen	49
Russische Position zu Verhandlungen	50
Möglichkeit einer Konflikttransformation	50
Ableitungen	51
Der Südkaukasus im Schatten der Ukraine	52
Blockade des Lachin-Korridors	52
Stillstand am Weg zum Friedensvertrag	52
European Union Mission to Armenia	53
Armenien: Normalisierung mit der Türkei	53
Geopolitische Neuordnung im Südkaukasus?	54
Ableitungen	55
Der indopazifische Raum	57
Wirtschaftsentwicklung im indopazifischen Raum	57
Weiterentwicklung der Seidenstraße mit komplementären Initiativen	58
Chinas Globale Entwicklungsinitiative	58
Sicherheitsansätze im indopazifischen Raum	58
Chinas Globale Sicherheitsinitiative	58
Sicherheitsansatz der USA mit Fokus auf China	59
Australien stärkt die strategische Kooperation mit den USA	60
Regionalisierung der Sicherheit Asiens	60
Südkoreas Streben nach einer größeren sicherheitspolitischen Unabhängigkeit	62
Japans Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit	62
Chinas veränderte Rolle in den globalen Lieferketten	62
Chinas Ausschluss von westlicher Technologie	63
Geopolitik als entscheidender Faktor	63
Chinas Innovationsfähigkeit	63
Xi Jinpings strategisches Denken	64
Die Zunahme der strategischen Bedeutung von Ideologie für China	65
Chinas ideologische Sicherheit	65
Chinas Stärkung seiner ideologischen Grundlage	67
Zur Lage am Persischen Golf - Das Emirat Katar: Die Fussballweltmeisterschaft und ihre dahinterliegende Dimension	69
Katar, der Wahhabismus und der Alkohol	70
Der wirtschaftliche Aspekt der WM - Bedeutung für die katarische Außenpolitik nach Asien	72
Die strategischen Folgerungen	74

Subsahara Afrika	77
Russland, Ukraine und Afrika	77
Waffenstillstand in Äthiopien	78
Lateinamerikas Reformation ist abgeschlossen.....	81
Der amerikanische Subkontinent ist rot.....	81
Militarisierung in Lateinamerika wird wieder gesellschaftsfähig.....	82
Das Selbstbestimmungsrecht auf Kuba wird ausgeweitet.....	83
Europas Blick auf einen neuen transatlantischen Markt.....	86
Cyberlage	88
Cyber-Schlacht um die Ukraine – Fortsetzung	88
Erkenntnisse.....	88
Cybersabotage - Kritische Infrastruktur im Fokus	88
Akteure, Angreifer und Täter.....	89
Chinas Motive und Methoden für offensive Cyberoperationen	89
EUropäische Entwicklungen im Cyberraum	91
NIS 2 Richtlinie	91
Cyber Resilience Act (CRA)	92
Digital Services Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA)	92
Cyber Defence Policy	92
EU Digital Diplomacy.....	93
Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade	93
Bildnachweis	96
Kartenmaterial.....	97
Autoren.....	98



Der Ukraine-Krieg als Stellvertreterkrieg des demokratisch-liberalen Westens gegen das autoritäre Russland

Das Forschungsverständnis der vorliegenden Untersuchung ist theoriegeleitet-empirisch-analytisch-deskriptiv. Sie versucht die Rolle des Westens¹ im Ukraine-Konflikt zu beschreiben, zu analysieren, zu kategorisieren und gegebenenfalls zu prognostizieren. Das Untersuchungsziel der vorliegenden Analyse ist es die den Ukraine-Konflikt dominierenden und steuernden Akteure des Westens und deren Konflikts- und Kriegsziele zu identifizieren. Wer sind die treibenden Kräfte hinter den regionalen und globalen Aspekten des Ukraine-Konfliktes bzw. -Krieges? Darauf aufbauend wird die ergänzende Frage gestellt, welche Konflikt- und Kriegsziele diese Akteure haben. Sind es hehre Ziele der Forcierung von Völkerrecht und Menschenrechten, sind es die Forcierung des eigenen (geopolitischen) Machtraumes oder sind es die Durchsetzung eigener Ordnungsvorstellungen? Überdies soll analysiert werden, welche geopolitischen Konsequenzen sich aus der Eskalation dieses ordnungspolitischen „Krieges“ ergeben könnten. Die vorliegende Analyse folgt dabei methodisch einem hermeneutischen Ansatz.

Grundsätzlich ist zu versuchen, den Ukraine-Konflikt als Gesamtphänomen begreifbar zu machen. Die wissenschaftliche Analyse sollte gegebenenfalls jedoch auch die verschiedenen Ebenen, die globale (Westen - Russland), eventuell auch europäische und die regionale (Ukraine - Russland) differenziert betrachten. Auch ist bei einer solchen Untersuchung zwischen dem kriegsauslösenden Konflikt und dem Kriegsverlauf selbst zu unterscheiden. Strategisches sicherheitspolitisches Handeln ist dabei zeitlich als vor oder nach dem 24. Februar 2022 liegend zu differenzieren. Aktuell sind faktisch nur noch die Fragestellungen nach diesem Datum relevant und dabei ist verkürzt gesagt, für westliche Akteure die Unterordnung unter den dominanten Hegemon USA faktisch alternativlos. Die Strategien der Sicherheitspolitik vor dem 24. Februar 2022 haben somit primär nur noch akademischen Wert. Sie dienen der Erkenntnis und der Erweiterung unseres Wissens, um daraus für zukünftiges Handeln zu lernen.

Die ideologischen Grundlagen des westlichen Krieges

Russland führt seit fast einem Jahr einen offenen und bereits seit einigen Jahren einen verdeckten Krieg gegen die Ukraine. Gleichzeitig, oder besser gesagt als Rahmen dieses Krieges, findet kein völkerrechtlicher, aber ein realpolitischer Krieg des Westens gegen Russland statt. Dieser Krieg wurde bisher nicht offiziell definiert, bis die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, bei einer Parlamentarischen Versammlung des Europarats am 24. Januar 2023 in Straßburg, Russland quasi informell den Krieg erklärte, als sie öffentlich unter anderem über den Westen feststellte *"we are fighting a war against Russia"*. Völkerrechtlich irrelevant und unkorrekt, aber für eine der führenden europäischen Politikerinnen doch ein sehr offenes Eingeständnis des westlichen Handelns. Ihr Regierungskollege, Deutschlands neuer Verteidigungsminister Boris Pistorius, hat das eigene Handeln später etwas vorsichtiger als „indirekte Kriegsbeteiligung“ bezeichnet.

Der Westen stilisiert den Ukraine-Krieg dabei zur Verteidigung der liberalen, auf dem Völkerrecht gegründeten globalen Ordnung und zur Verteidigung der Demokratie und des Liberalismus per se gegen einen Angriff durch Russland. Es ist ein weiterer Schritt im globalen Kampf gegen alternative Systeme, welche in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon zu zahlreichen militärischen oder wirtschaftlichen Kriegen geführt hat. Teilweise wurde dieser Kampf gegen das definierte „Böse“ im Zuge des Ukraine-Krieges adaptiert, da der Westen sich davor scheut eine direkte militärische Auseinandersetzung mit einer Atommacht zu führen. Daher wird der unmittelbare militärische Kampf durch den Proxy Ukraine geführt, ihm die Mittel dafür zur Verfügung gestellt, in der Hoffnung, dass der Krieg dadurch Russland abnützt, optimalerweise einen Zusammenbruch des Regimes herbeiführt, aber gleichzeitig nicht in den eigenen westlichen Friedensraum eskaliert.

Eine Vertreterin dieses Kampfes, die kanadische Finanzministerin Chrystia Freeland, erläutert erst kürzlich in Davos, dass sich die westliche Welt überdies dauerhaft von Russland und anderen autokratischen Ländern abkoppeln müsse. Freeland betonte dabei die Notwendigkeit von "Friendshoring", der Verstärkung des Handels mit befreundeten, präziser mit anderen liberalen Ländern. Friendshoring ist ein Konzept, das Lieferkettennetze auf Verbündete und befreundete Länder beschränkt. Verbündete Länder berücksichtigen bei diesem Konzept in ihren Risikobewertungen explizit

¹ Vergleichbare Fragen können und müssen natürlich auch über die russische Sicherheitspolitik gestellt werden. Auch deren Beantwortung ist für Konfliktforscher, Strategen und

Sicherheitspolitiker von großem Interesse. Daher befassen sich mit der aktuellen Rolle Russlands im Ukraine-Krieg in dieser „Strategischen Lage“ meine geschätzten Kollegen Reisner und Bilban ausführlich.

geopolitische Aspekte. Dies ist eine massive Abkehr von bisherigen liberalen Vorstellungen. Grundsätzlich geht der Liberalismus davon aus, dass wirtschaftliche Interdependenz und internationale Institutionen das Verhalten von Staaten mäßigen und somit Sicherheit und Stabilität in den internationalen Beziehungen erzeugen. Wirtschaftliche Interdependenz wird daher als Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen verstanden. Der Liberalismus war lange der Meinung, dass durch kooperative Politik nicht-demokratische Staaten mittel- und langfristig demokratisiert werden. Wirtschaftliche Verflechtung auch zwischen demokratischen und autoritären Staaten würden zu einer friedlichen Zusammenarbeit dieser Staaten führen und somit militärische Auseinandersetzungen verhindern. Diese Grundform des Liberalismus wird inzwischen als defensiver Liberalismus definiert, da sich vor allem in den USA eine aggressivere Subform des Liberalismus entwickelt hat, der offensive Liberalismus. Von diesem werden autoritäre Staaten nicht als zu beeinflussende Partner betrachtet, sondern als zu bekämpfende Gegner. Der offensive Liberalismus ist daher bereit, politische, wirtschaftliche, aber auch militärische Macht einzusetzen, um liberale Ordnungsvorstellungen auch gewaltsam zu verbreiten. Konkret empfiehlt der offensive Liberalismus eine erzwungene Demokratisierung, wenn er mit illiberalen Mächten konfrontiert ist. Staaten – wie beispielsweise Russland – welche nicht direkt bekämpft werden können, werden indirekt angegriffen, zumindest aber eingedämmt.

Dies scheint seit längerem die Grundlage US-amerikanischer, spätestens seit Beginn des offenen Kriegszustandes der gesamt-westlichen Sicherheitspolitik gegenüber Russland zu sein. Die Anbindung der Ukraine an die transatlantischen und europäischen Strukturen dient dabei jedoch nicht vordergründig den Interessen der ukrainischen und wohl auch nicht der europäischen Bevölkerung, sondern primär der ordnungspolitisch begründeten geopolitischen Eindämmung Russlands. Die zentralen (west)europäischen Staaten und insbesondere Deutschland hatten hingegen in den vergangenen Jahrzehnten einen defensiv-liberalen Ansatz verfolgt. Dieser (west)europäische Ansatz ist gescheitert, nicht jedoch, weil er an sich erfolglos war, sondern weil Europa in seinem Handeln inkonsequent war. Er hat nicht verhindert, dass der Westen in seiner Gesamtheit zu einer von Russland wahrgenommenen Bedrohung wurde. Es wurde verabsäumt zu erkennen, dass die Eingliederung der Ukraine anders als die Eingliederung anderer (ost)europäischer Staaten schlussendlich für Russland zu einer direkten Bedrohung auf sicherheitspolitischer, ordnungspolitischer und

kulturpolitischer Ebene wurde. Die Herstellung wechselseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeiten zwischen europäischen Staaten und Russland stellte auf wirtschaftspolitischer Ebene die Realisierung des defensiven Liberalismus dar. Den defensiven Liberalismus konsequent weiterdenkend, wäre die Akzeptanz russischer Sicherheitsinteressen und damit vor allem die konsequente Ablehnung eines ukrainischen NATO-Beitritts die logische Schlussfolgerung gewesen.

Die faktische Akzeptanz des zukünftigen ukrainischen NATO-Beitritts 2008 und 2021 war hingegen die vermutlich nicht bewusste, aber die reale Anerkennung des von den USA und seinen engsten Verbündeten betriebenen offensiven Liberalismus auf sicherheitspolitischer Ebene. Um die schwere Schädigung der eigenen Wirtschaft und des eigenen Wohlstandes zu verhindern, hätte parallel durch die westeuropäischen Akteure jedoch auch auf wirtschaftspolitischer Ebene eine massive Reduktion der wechselseitigen Abhängigkeit erfolgen müssen. Konkret hätte beispielsweise der Ausbau von LNG-Terminals, die vertragliche Absicherung von LNG-Gaslieferungen, die Beschaffung von LNG-Tankern und die parallele Reduktion von russischen Erdgaslieferungen erfolgen müssen. Die USA haben genau dies gemacht bzw. erst gar keine engen wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland hergestellt. Daher konnten sie ihre konsequent aggressive Politik gegenüber Russland basierend auf offensiv-liberalen Kriterien ohne Schädigung ihrer Wirtschaft realisieren.

Der (west)europäische Ansatz ist natürlich mit Ausbruch der offenen Kriegshandlungen grundsätzlich obsolet geworden. Es ist jedoch zu beobachten, dass vor allem die USA scheinbar sehr aktiv versuchen Europa noch tiefer in diesen Konflikt zu verstricken und insbesondere die deutsch-russischen Beziehungen nachhaltig zu zerstören. Der Druck (nur) europäische und vor allem deutsche Kampfpanzer zu liefern könnte so interpretiert werden, dass damit Europa und insbesondere Deutschland stärker in den Krieg involviert werden und somit auch langfristig die Beziehungen zu Russland noch weiter zerstört wird. Das Beharren des deutschen Bundeskanzlers, Olaf Scholz, Panzer nur gemeinsam mit den NATO-Partnern und damit auch der USA zu liefern hat dies zwar verhindert, die weitere Eskalation des Krieges konnte er jedoch offensichtlich nicht aufhalten. Ob es in absehbarer Zeit nach Kriegsende wieder einen defensiv-liberalen Ansatz für die Beziehungen zwischen (West)Europa und Russland geben kann, ist aber dennoch zweifelhaft. Auch die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines ist gegebenenfalls aus diesem Blickwinkel zu evaluieren. Faktum ist, dass zahlreiche mit der Untersuchung dieses

Angriffes auf die europäische kritische Infrastruktur involvierte Vertreter europäischer Staaten, nach monatelangen Untersuchungen eine Verantwortung Russlands für nicht glaubwürdig halten, wie immerhin die Washington Post zu berichten wusste.

Der Konflikt hat jedoch längst eine Eigendynamik entwickelt, die eine von den Kriegshandlungen losgelöste Konfliktlösung gar nicht mehr zulässt. Geschickt haben die westlichen Kriegsbefürworter die Einheitlichkeit der westlichen Krisenpolitik – oder besser gesagt die widerspruchsfreie Befürwortung der Konflikteskalation – zur Überlebensfrage des Westens und vor allem von NATO und EU gemacht. Kritische oder alternative Konfliktlösungsansätze werden damit zum Angriff auf den Westen oder zur Parteilichkeit zugunsten Russlands interpretiert, gegebenenfalls werden sie sogar als Angriff auf Demokratie und Liberalismus betrachtet. Daraus ergibt sich zwar die kritische Frage, wie denn der Krieg zwischen zwei undemokratischen Staaten ein Krieg um die Demokratie sein kann, doch sind solche Feinheiten in dieser Nicht-Debatte nicht wirklich von Relevanz. Denn wenn auch der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie auf lokal-regionaler Ebene eine Fiktion ist, ist dieser auf der übergeordneten Ebene real. Im Konflikt zwischen dem Westen und Russland ist es ein Kampf zwischen den beiden Ordnungsmodellen, oder ist es zu einem solchen konstruiert worden.

Die globale Ausdehnung des Ordnungskonfliktes

Auf der europäischen und globalen Ebene wird diesbezüglich der Krieg im konstruktivistischen Sinn zur Nutzung der eigenen Veränderungsinteressen und zur potentiellen Ausweitung dieses ordnungspolitischen Konfliktes genutzt. Von besonderer geopolitischer Bedeutung ist dabei, dass der Westen unter der Führung der USA das Momentum westlicher Einigkeit nicht nur nutzt, um den Kampf gegen Russland zu führen, sondern sich offenbar bereits auf den nächsten Konflikt mit China vorbereitet. Dabei soll scheinbar auch Europa entsprechend eingebunden werden. Die EU hatte ja bereits im März 2022 in ihrem Strategischen Kompass festgehalten, dass *“China is a partner for cooperation, an economic competitor and a systemic rival.”* Die NATO hat in ihrer Gipfelerklärung vom 29.06.2022 festgehalten, dass *„we face systemic competition from those, including the People’s Republic of China, who challenge our interests, security, and values and seek to undermine the rules-based international order.“* Die NATO geht nunmehr einen Schritt weiter und forciert die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Südkorea, Japan und weiteren indopazifischen Partnerländern. Dabei definiert sie ausdrücklich eine Bedrohung durch China. NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, erklärte bei seinem Besuch Ende Jänner 2023, dass

„China seine Streitkräfte, einschließlich seiner Atomwaffen, erheblich ausbaut, seine Nachbarn schikaniert und Taiwan bedroht.“ Stoltenberg geht davon aus, dass China den Umgang des Westens mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine genau beobachte und *„Lehren, die seine zukünftigen Entscheidungen beeinflussen können. [...] Was heute in Europa passiert, könnte morgen in Ostasien passieren.“* Gleichzeitig wird durch das dargelegte „Friendshoring“ eine sukzessive wirtschaftliche Entkoppelung des Westens auch gegenüber China forciert. Einzelne Staaten und insbesondere die USA haben damit bereits begonnen und es ist davon auszugehen, dass der Druck innerhalb des Westens zunehmen wird, Konzepte des wertorientierten Handels und „Friendshoring“ zu verstärken. Dies stellt natürlich nicht nur die Stabilität des Welthandels und bisherige industrielle Lieferketten in Frage, sondern hat eventuell auch eine stimulierende Wirkung auf geopolitische Spannungen zur Folge. Die Anzeichen mehren sich daher, dass die Welt sich nicht nur weiter fragmentiert, sondern die Vorbereitungen trifft, die Interdependenzen zu reduzieren. Sie könnte zukünftig noch stärker entlang unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen gespalten werden. Der Ukraine-Krieg könnte für den offensiven Liberalismus nur die „Ouvertüre“ eines kalten oder auch heißen Kriegs sein, der die Welt nicht nur in Demokratien und Autokratien unterteilt, sondern auch entlang dieser Bruchlinie Krieg führen lässt. Durch verringerte Abhängigkeiten wird dabei auch die Hemmschwelle für bewaffnete Auseinandersetzungen gesenkt.

Asymmetrischen Bipolarität

Die in dieser Stelle bereits mehrfach dargelegte asymmetrische Bipolarität als aktuelles Weltordnungsmodell verfestigt sich daher auch. Den stärkeren der ungleichen Pole stellen weiterhin die USA und ihre Verbündeten dar. Innerhalb des Westens ist die USA als liberaler Hegemon im Wesentlichen unbestritten. Je nach Bedarf oder Relevanz stehen den USA unterschiedliche regionale Kräfte zur Seite. Die USA versuchen aber offensichtlich, vor allem die europäischen Akteure auch für außereuropäische Konflikte enger an sich zu binden. Die Zwangsallianz China und Russland sowie ihre Verbündeten bilden hingegen weiterhin den schwächeren Pol der asymmetrischen Bipolarität. Dieser Zustand hat sich durch den Ukrainekrieg und die zuletzt aggressivere Politik faktisch aller globalen Akteure konsolidiert.

Herwig Jedlaucnik

Die soziale Konstruktion der zukünftigen Ukraine

Um die vom Westen postulierte Verteidigung der Demokratie zu entsprechen, müsste die Ukraine eine Demokratie nach westlichen Standards werden. Im Sinne des Konstruktivismus könnte die ukrainische Führung den Krieg auch dazu nutzen, einen demokratischen Staat zu schaffen. Seriöserweise muss dabei darauf hingewiesen werden, dass es dafür bisher wenige konkrete Hinweise, sondern vor allem das Prinzip Hoffnung gibt. Vor allem in den ersten Monaten des Krieges hat sich die Ukraine vielmehr – quasi im Windschatten der Krise und vom Westen ignoriert – von einem „hybriden Regime“ weiter zu einem „autoritären Regime“ gewandelt. Seit Kriegsbeginn wurden immerhin zahlreiche politische Parteien und oppositionelle Medien verboten, unliebsame Politiker verhaftet und teilweise sogar ermordet und das sogenannte Anti-Oligarchen-Gesetz zur Begrenzung des Einflusses der Oligarchen vor allem zur Ausschaltung unliebsamer Oligarchen genutzt. Ob die neuen Möglichkeiten nur genutzt werden, Konkurrenten auszuschalten und die eigene autoritäre Macht nachhaltig zu implementieren, oder für eine ehrliche Demokratisierung genutzt werden, wird sich erst später und nach einer in ferner Zukunft liegenden Machtübergabe durch Präsident Selenskyj zeigen. Wir wollen dennoch aus sozialwissenschaftlicher Perspektive die theoretischen Grundlagen einer solchen tiefgreifenden Veränderung, vor allem aber die diesbezüglichen Möglichkeiten, der durch den Krieg bedingten Krise, analysieren.

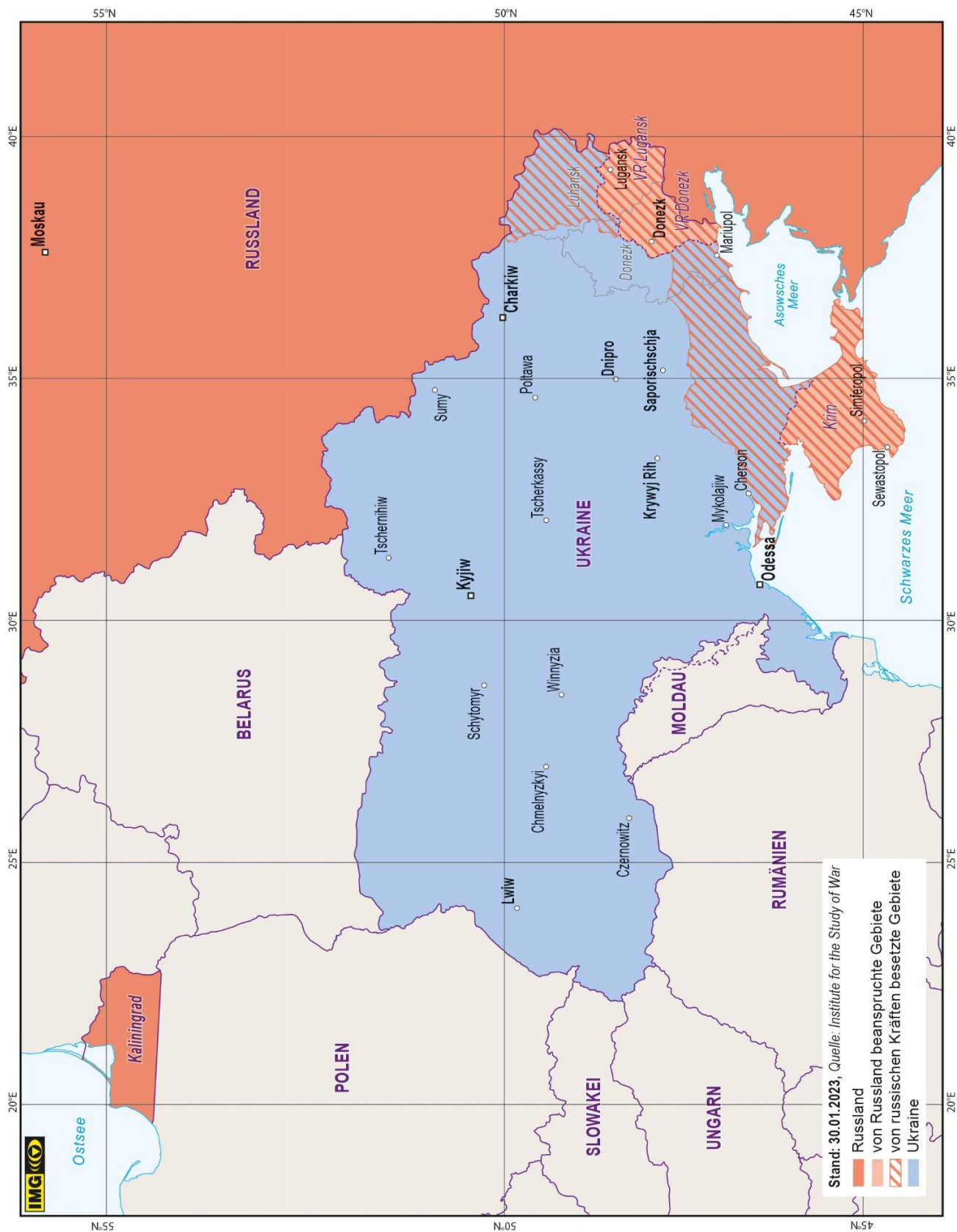
Nach dem Verständnis des Konstruktivismus ist Realität eine soziale Konstruktion, die sich erst im Prozess menschlicher Interaktion herausbildet. Soziale Bedingungen, Normen, Werte oder Ideen sind dabei konstitutiv, sie sind die Grundlage, auf denen soziale Fakten gebildet werden. Identitäten und Interessen werden in solchen sozialen Prozessen durch die Gesellschaften geschaffen, somit konstruiert. (Inner)staatliche Machtpolitik kann zugleich als eine soziale Konstruktion verstanden werden, die aus den Interaktionen zwischen (politischen) Gruppen entsteht. Die Veränderung der inneren Ordnungsvorstellungen der Ukraine – von einem von Oligarchen dominierten pseudo-demokratischen und autoritären zu einem liberal-demokratischen System – ist daher eine mögliche soziale Konstruktion im Rahmen der Krise, im Rahmen der auf Grund des Krieges ausgelösten gesellschaftlichen Umbrüche. Es wird von der ukrainischen Führung abhängen, ob sie die einzigartigen Möglichkeiten, welche ihr durch den Krieg zur Verfügung gestellt werden, zur Absicherung der eigenen autoritären Macht oder zur demokratischen Neugestaltung des Staates nutzt. Dass der Westen darauf einen ernsthaften direkten Einfluss ausüben kann, muss angesichts der diesbezüglichen Erfolglosigkeit in den vergangenen Jahrzehnten bezweifelt werden. Allerdings bietet der Annäherungsprozess der Ukraine an die EU einen bis dato nicht genutzten Handlungsspielraum westlicher Akteure dar. Indirekt übt der Erfolg der westlichen Gesellschaftsform natürlich eine entsprechende Erwartungshaltung in der ukrainischen Zivilgesellschaft aus.

Ob die ordnungspolitischen Grundlagen neu konstruiert werden, ist noch offen, die ethnische Identität der Ukraine wird jedenfalls bereits nachhaltig neu definiert. Die interne Differenzierung zwischen

Ukrainern und Russen sowie die Frage, ob es sich dabei um zwei ethnische Gruppen (ukrainisch oder russisch) oder zwei sprachliche Gruppen (ukrainisch und russisch) der gleichen Ethnie (je nach Zuschreibung der russischen oder ukrainischen) handelt, war ein wesentlicher Auslöser der politischen und gewaltsamen Auseinandersetzungen seit 2014, welche zur Abspaltung nicht nur der Krim, sondern auch der Ostukraine geführt haben.

Für die Ukraine bedeutet der anschließende Kampf zuerst gegen die russischen Separatisten und in weiterer Folge gegen die russischen Angreifer bereits seit 2014 die sichtbare Bildung bzw. Definition der eigenen Identität. Die eigene Identität wird dabei durch die Bekämpfung der russischen Sprache, Kultur und Religion vorangetrieben, vor allem aber durch den Einsatz seiner Streitkräfte manifestiert, real begreifbar und sichtbar gemacht. Der Kampf gegen den übermächtigen Nachbarn Russland ist für die Ukraine damit auch das Instrument, um die eigene politische Identität nachhaltig zu implementieren. Nach Max Weber ist die nach außen gerichtete Abstoßung und die nach innen gerichtete Anziehung als begründendes Element von Vergemeinschaftung zu betrachten. Die militärische Auseinandersetzung der ukrainischen mit den russischen Streitkräften manifestiert genau diesen Gegensatz. Der militärische Kampf gegen den äußeren Feind wird zur Identitätsbildung genutzt. Aus konstruktivistischer Perspektive kann sich eine Identität wandeln, kann sich das Zugehörigkeitsgefühl von einer alten zu einer neuen Identität verschieben oder überlagern. Insbesondere die gewaltsame Eskalation eines Konfliktes kann bestimmend für die Bildung und Implementierung einer neuen Identität sein. Identität wird dabei durch die Konfrontation mit anderen Akteuren konstruiert. Die in der Ukraine lebenden Menschen waren schon vor diesem Krieg ukrainische Staatsbürger, die auch unterschiedlichen nationalen Minderheiten angehörten. Vor allem im Osten hatten sich jedoch große Teile der Bevölkerung auch als ethnische Russen und die Ukraine als Teil der russischen Kultur-, Moral- und Wertegemeinschaft betrachtet. Parallel mit der gewaltsamen Eskalation dieses Konfliktes wird seitens der ukrainischen Regierung versucht, diese russische Identität zu eliminieren und durch die ukrainische zu ersetzen. Ein wesentliches Element, welches dabei berücksichtigt werden muss, ist die Tatsache, dass auch ethnische Russe oder russischsprachige Ukrainer gegen die Streitkräfte Russlands kämpfen. Somit fördert der Krieg auch bei ethnischen Russen in der Ukraine die innere Abkopplung von der russischen Identität. Die gewaltsame Auseinandersetzung wird zur symbolischen Bestimmung genutzt, wer Teil dieser neuen staatlichen Identität ist, der Kampf zur Definition der eigenen Identität genutzt. Russland wird dämonisiert, die eigenen Streitkräfte hingegen als der den Goliath besiegende heldenhafte David mystifiziert. Durch dieses Narrativ wird die eigene Identität glorifiziert und von der bisher parallel existenten Zweitidentität abgegrenzt. Ein Mythos wird geschaffen, um die Bildung und Integration einer „neuen“ politisch-sozialen Gemeinschaft voranzutreiben.

Herwig Jedlaucnik



Ukraine

"Ukrainisches Fegefeuer" - Der Krieg um die Ukraine, eine erste Zusammenfassung

Nach fast einem Jahr ist die Lage im Krieg um die Ukraine von weiteren verheerenden Eskalationen geprägt. Dazu zählen in den letzten Monaten mehrere gegenseitig durchgeführte spektakuläre Angriffe. Diese lassen erkennen, dass eine Befriedung des Konflikts in naher Zukunft eher ausgeschlossen werden kann. Die größte Gefahr für den Westen und hier vor allem für Europa liegt darin, den Konflikt mit Russland um die Ukraine zu unterschätzen.

Die seit dem 10. Oktober laufenden Angriffe der russischen Seite auf die kritische Infrastruktur der Ukraine haben immer schwerere Zerstörungen zur Folge mit verheerenden Auswirkungen auf die Ukraine. Deren Fähigkeit, den Abwehrkampf weiter fortzuführen zu können ist gefährdet.

"Krieg ist zuerst die Hoffnung, dass es einem bessergehen wird, hierauf die Erwartung, dass es dem andern schlechter gehen wird, dann die Genugtuung, dass es dem andern auch nicht bessergeht, und hernach die Überraschung, dass es beiden schlechter geht." (Karl Kraus)

Die taktisch / operative Ebene – Zum Stand der ukrainischen Offensiven

Das Ziel eines schnellen Sieges Russlands über die Ukraine ist am Beginn, mit dem Abwehrerfolg der Ukrainer bei Kiew, gescheitert. Im Anschluss versuchte Russland im Donbass die Entscheidung zu suchen. Dabei gelang ein regional begrenzter Erfolg im Donbass. Russland hat in seinem Schockmoment, dem Abwehrerfolg der ukrainischen Streitkräfte am Beginn des Angriffes, erkannt, dass seine Taktik und die angewendeten Gefechtstechniken, nicht weiterverfolgt werden können. Die russischen Streitkräfte haben deshalb ihrer Verfahren völlig verändert. Das gilt vor allem für den Einsatz der Landstreitkräfte. In der zweiten Phase des Angriffes, als noch nicht absehbar war, ob sich die Ukraine erfolgreich verteidigen kann, marschierte Russland nur langsam voran und versuchte, mit dem Einsatz von Artillerie eine Entscheidung herbeizuführen. Ein wesentlicher russischer Erfolg war dabei die Einnahme der Stadt Mariupol, auch wenn dies erst nach heftigen Gefechten mit vielen (zivilen) Opfern gelang. Die russischen Streitkräfte werden weiterhin versuchen, gewonnenes Gelände zu halten und sich im besetzten Gebiet einzugraben. Von dort aus werden umfangreiche Maßnahmen zur Verstärkung von Stellungen, zum Stellungsausbau und zum Heranholen von zusätzlichen Kräften durchgeführt. Mit den im Sommer aus dem Westen eingetroffenen schweren Waffen konnte die Ukraine neuerlich, rechtzeitig vor dem Winter, zu einer Gegenoffensive übergehen und

signifikante Geländeabschnitte zurückgewinnen. Diese Geländegewinne waren bedeutungsvoll und erbrachten messbare Erfolge, es fehlt jedoch nach wie vor der durchschlagende Erfolg. Dies kann nur in einem Zusammenbrechen der russischen Streitkräfte zumindest an einem Frontabschnitt gesehen werden. Die bisherigen Erfolge der ukrainischen Streitkräfte waren „Siege nach Punkten“. Es gelang zwar Gelände und militärisches Gerät in Besitz zu nehmen, aber nicht tausende russische Gefangene zu machen. Erst Letzteres könnte zu einem „Zusammenbrechen der russischen Streitkräfte“ führen. Aus dem Raum ostwärts Charkiv wurden z. B. von der ukrainischen Seite zwischenzeitlich in der Stadt Lyman „über 5.000 eingekesselte russische Soldaten“ vermeldet. Zu deren Gefangennahme ist es aber nicht gekommen. Die zweite Offensive in Cherson war in der Vorbereitungsphase von schweren ukrainischen Verlusten durch russische Artillerie geprägt. Trotzdem gelang es den ukrainischen Streitkräften, an drei Stellen anzugreifen und den nordöstlichen Brückenkopf einzudrücken. Allerdings gelang den Russen auch hier der Rückzug in Richtung Südwesten. Danach kam ihnen die beginnende Schlammperiode („Razputiza“) zur Hilfe. Schließlich erfolgte ein überraschender russischer Abzug, ohne Eingreifen der Ukrainer.

Im Verborgenen versucht die Ukraine noch eine weitere dritte Offensive voranzutreiben - ein Stoß aus dem Raum ostwärts des Dnepr-Knies bzw. Zaporozhye in Richtung Melitopol und Asowsches Meer. Würde er gelingen, wäre die gesamte russische Kräftegruppierung im Raum Cherson, Zaporozhye und auf der Krim von der Versorgung abgeschnitten. Das „Nadelöhr“, die Brücke über die Straße von Kertsch, und maritime Seetransporte könnten die fehlende Landverbindung nicht kompensieren. Hingegen versuchten die russischen Kräfte die ukrainischen Bereitstellungen in Zaporozhye (analog zum Vorgehen in Cherson im August / September) mit Artillerie, „Kamikaze“-Drohnen und Luftstreitkräften zu zerschlagen. Die Ukraine setzt dagegen eigene weitreichende Artillerie (darunter aus den USA gelieferte HIMARS-Systeme) ein. Generell ist eindeutig erkennbar, dass Russland sich entlang des von ihm besetzten Gebiets zur Verteidigung eingegraben hat. Im Donbass und Cherson sind umfangreiche Schanzarbeiten erkennbar. Die Russen sind offensichtlich gekommen, um zu bleiben. Ein Zusammenbruch der Moral ist noch nicht erkennbar. Die Teilmobilisierung ist trotz anfänglicher gravierender Missstände angelaufen. Im Dezember und Jänner werden die Masse der Mobilisierten in den Kampfräumen eintreffen und dort das seit Februar bestehende Hauptdefizit der russischen Streitkräfte, den Mangel an Infanterie, ausgleichen. Darauf muss sich die Ukraine vorbereiten.

Zu Beginn des Krieges hatte die Ukraine zahlenmäßig die stärksten Landstreitkräfte Europas mit ca. 2.400 Kampf- und Schützenpanzern. Diese Zahl war im Sommer 2022 jedoch signifikant gesunken. Durch das Eintreffen der schweren Waffen aus Europa (etwa 1.400 Kampf- und Schützenpanzer sowie gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeuge) gelang es der Ukraine wieder in die Offensive zu gehen. Diese Waffensysteme sind jedoch mittlerweile in großen Teilen verbraucht. Der Generalstabschef der Ukraine, Walerij Saluschnyj, fordert aus diesem Grund weitere 300 Kampfpanzer, 600 bis 700 Schützenpanzer und 500 Artilleriesysteme, damit die ukrainischen Truppen erneut in die Offensive gehen können.

Die ukrainischen Landstreitkräfte müssen mittlerweile zum dritten Mal aufgestellt werden. Das zeigt, wie hoch der Ressourcenverbrauch in den Kämpfen der vergangenen beinahe zwölf Monate tatsächlich war. Im Sommer 2022 wurden beispielsweise an einem Tag von beiden Seiten etwa 80.000 Artilleriegranaten verschossen. Ungefähr 60.000 Granaten von der russischen, 20.000 von der ukrainischen Seite. Mittlerweile wurden bereits Millionen von Artilleriegranaten verschossen. Die von ukrainischer Seite geforderten von 600 bis 700 Schützenpanzern und 300 Kampfpanzern sind notwendig, um rasch und schnell eine Entscheidung herbeizuführen und wieder in die Offensive zu gehen. In den vergangenen elf Monaten war die Geschwindigkeit der entscheidende Faktor beim Einsatz von Waffensystemen. Der Ukraine läuft jedoch die Zeit davon, da sie auf die Lieferungen aus dem Westen angewiesen ist, um das Momentum aufrechtzuerhalten. Je länger sie warten müssen, umso schwieriger wird es eine Offensive zu starten. Das Ziel der Ukraine ist es, die russischen Streitkräfte nicht zur Ruhe kommen zulassen, damit sie sich nicht eingraben und konsolidieren können. Gemäß der klassischen Militärtheorie benötigt ein Angreifer mindestens eine dreifache Überlegenheit gegen über dem Verteidiger. Wenn dieser eingegraben ist, eine vierfache und im urbanen Raum sogar eine achtfache Überlegenheit.

Die strategische Ebene – Die russischen Terrorangriffe

Seit Anfang Oktober ist der Konflikt von einer weiteren massiven Eskalation geprägt. Nicht zuletzt der versuchte ukrainische Angriff und die schwere Beschädigung der russischen Brücke über die Straße von Kertsch, ein Symbol russischer Okkupation, hat dazu geführt, dass Russland einen Strategiewechsel vollzog. Dieser erfolgte auf der strategischen Ebene. Seit dem 24. Februar ist die Ukraine Opfer weitreichender Angriffe der russischen Luft und Seestreitkräfte. Präsident Zelensky nannte dazu wiederholt konkrete Zahlen. So waren bis 9. Juni 2.500, bis zum 23. August 3.500, mit Mitte Oktober 4.500 und

bis November 4.800 russische ballistische Raketen, Marschflugkörper und Drohnen gegen Ziele eingesetzt worden. Seit dem 10. Oktober erfolgt ein Schlag nach dem anderen. Ukrainische Quellen sprechen davon, dass bereits weit über 60% der kritischen Infrastruktur getroffen worden ist. Satellitenbilder zeigen eine zunehmend dunkler werdende Ukraine. Obwohl sich die Arsenale an russischer Langstrecken Präzisionsmunition, vor allem der Typen 3M14 KALIBR, Kh101 und 9K720 ISKANDER langsam leeren, ist kein Ende der Angriffe in Sicht.

Der ukrainische Generalstab geht davon aus, dass das Potential russischer Marschflugkörper zu über 50% erschöpft ist bzw. dass der verfügbaren ballistischen Raketen bereits unter 20% steht. Russland hat es hier aber durch die Anlieferung iranischer Drohnen vom Typ SHAHED-136 geschafft, sein Momentum aufrechtzuerhalten. Die russische Angriffstaktik ist wohlüberlegt. So erfolgen die Angriffe mittels Drohnenschwärmen von zehn bis 15 SHAHED-136. Deren geringer Radarquerschnitt macht es der ukrainischen Luftabwehr schwer, sie zeitgerecht zu erkennen. Durch eigene Hilfsmeldesysteme versucht man sie frühzeitig zu erkennen und abzuwehren. Den Drohnen folgen die russischen Marschflugkörper. Durch die Übermittlung von Aufklärungsdaten durch die USA gelingt es aber auch hier, die aus dem Schwarzen Meer (seegestützter Abschuss) oder dem weißrussischen Luftraum (Einsatz per Tu95 und Tu160 Bomber) anfliegenden Marschflugkörper rechtzeitig zu erkennen. Durch die zuvor geschehene „Übersättigung“ der ukrainischen Fliegerabwehr mit Drohnen treffen trotzdem nicht wenige ihre Ziele. Bei dem Eintreffen der Marschflugkörper im Zielgebiet fehlt es oft bereits an Abwehrraketen. Laufende Flugbewegungen zwischen dem Iran und Russland lassen die Ankunft weiterer Drohnen vom Typ ARASH-2 und ballistischer Mittelstreckenraketen erwarten. Alleine vom Typ SHAHED-136 soll Russland 1.700 Stück beschafft haben. Über 500 Stück davon soll die Ukraine bereits abgeschlossen haben.

Das im Westen kolportierte Narrativ, dass insgesamt nur 20% der russischen Angriffsmittel ihre Ziele treffen, kann in Anbetracht der seit dem 10. Oktober zerstörten Infrastruktur nicht aufrechterhalten werden. Die Ukraine braucht rasch und umfangreich moderne Multisensor-Fliegerabwehrmittel kurzer, mittlerer und hoher Reichweite. Nur so kann sie die eigene Tiefe des Landes schützen und eine Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Die Ukraine verfügt noch aus der Zeit der Sowjetunion über ein umfangreiches 750- und 330kV Netz. Die Stromversorgung stützt sich auf einen Mix an Atom-, Wasser- (entlang des Dnepr) und kalorischen Kraftwerken ab. Russland begann am 10. Oktober, die 330kV Ringleitungen zu zerstören. Bis jetzt wurden ca.

60% dieser Anlagen zerstört. Mitte Oktober erfolgte dann bei Kiew ein erster Angriff auf das „zentrale Nervensystem“, die 750kV Leitungen. Diese führen von den restlichen neun vorhandenen Reaktoren in den drei Kernkraftwerken weg und speisen über sieben zentrale Umspannwerke die 330kV Leitungen. Die Zerstörung der Umspannwerke und der zentralen 750kV Leitung hätte verheerende Folgen. Ziel der Angriffe der Russen ist eindeutig die ukrainische Bevölkerung. Deren Leiden soll im kommenden Winter bis zur Unerträglichkeit gesteigert werden. Das Ziel ist es, Widerstand gegen die ukrainische Regierung bzw. umfangreiche Fluchtbewegungen auszulösen.

Der überregionale Konflikt – Eine Auseinandersetzung ohne territoriale Grenzen

Der Angriff der Ukraine auf den Hafen der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol am 29. Oktober zielte darauf ab, jene russischen Kriegsschiffe zu treffen, von denen die seegestützten Marschflugkörper in Richtung der Ukraine abgefeuert werden. Trotz des innovativen Einsatzes einer Kombination von „Kamikaze“-Drohnen sowie „Kamikaze“-Booten, erfolgte am Morgen des 31. Oktober eine neuerliche verheerende russische Angriffswelle auf Ziele in der Ukraine. Die Ukrainer vermeldeten den Abschuss von 44 der 50 abgefeuerten Marschflugkörper. Trotzdem trafen nicht wenige davon, in Kombination mit zusätzlichen Drohnenangriffswellen, Ziele in der Ukraine. Der ukrainische Angriff auf den Hafen Sewastopol, wie auch zuvor die Versenkung des russischen Flaggschiffs „Moskva“ bzw. der Angriff auf die russische Luftwaffenbasis von Saki auf der Krim, zeigen die immer intensivere Beteiligung des Westens an den Angriffen. Dabei ist nicht nur die zur Verfügungstellung von Aufklärungsdaten (erflogen durch bemannte und unbemannte Plattformen der USA und NATO) entscheidend, sondern vor allem auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten zur Befähigung der Durchführung von derartigen spektakulären Angriffen. So sticht ins Auge, dass bereits im Sommer wiederholt in englischen Medien die britische Unterstützung bei der Ausbildung der ukrainischen Marinespezialkräfte kolportiert wurde. Hinzu kommt auch die vor kurzem beschlossene Ausbildungsmission der EU.

In den letzten Monaten häuften sich auch überregionale Vorfälle. Darunter die Zerstörung von drei der vier NS1- und NS2-Pipelines. Obwohl Russland sofort auf den Westen als Verursacher hinwies, ist folgende Tatsache interessant: Einige Zeit nach dem Angriff kam das russische Angebot, dass man durch eine unbeschädigte NS2-Leitung doch noch lieferfähig wäre. In Folge kam es zu weiteren interessanten Vorfällen. Dazu zählen Sabotageakte gegen die deutsche Bahn und unterbrochene Unterseekabel im Mittelmeer und im Nordatlantik. Des Weiteren Probleme bei der

Stromversorgung auf der Insel Bornholm und die Festnahme eines mutmaßlichen russischen Spions in Norwegen. Gerade Norwegen hat für Europa eine hohe Bedeutung, denn der Ausfall russischer Ressourcenlieferungen soll gerade durch die norwegische Rohstoffproduktion kompensiert werden. So passt es ins Bild, dass Norwegen am 31. Oktober seine Streitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzte. Diese Ereignisse zeigen, dass der Konflikt in der Ukraine zunehmend auch eine überregionale Dimension bekommt. Es erscheint daher als sehr wahrscheinlich, dass Russland versucht, den Druck auf die europäische Bevölkerung durch hybride Angriffe zu erhöhen.

Der Wirtschaftskrieg – Das Spiel der Russen mit der Angst des Westens

Der hybride Krieg ist in Europa bereits angekommen. Er findet zurzeit vor allem als Kampf im Informationsraum statt. Beide Konfliktparteien versuchen hier gezielt zu beeinflussen. Der Hinweis von Präsident Zelensky, dass es zu einer neuerlichen Flüchtlingswelle nach Europa kommt, wenn die Ukraine nicht dabei unterstützt wird, die russischen Luftangriffe auf seine kritische Infrastruktur zu stoppen, ist ein Beispiel dafür. Für die Ukraine gilt hier ganz klar: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Möchte sie als Land überleben, muss sie alles dazu Notwendige tun. Die Ukraine muss jede nur erdenkliche Unterstützung annehmen, um im Kampf gegen Russland weiterhin bestehen zu können. Tut sie dies nicht, hört sie als Staat auf zu existieren. Empörung über ihr Vorgehen ist dabei fehl am Platz. Die Ukraine kämpft um ihr Überleben. Die russische Seite geht hingegen noch massiver vor. Das „Center of Gravity“ der Ukraine ist die Unterstützung des Westens. Ohne diese kann die Ukraine nicht weiterkämpfen oder den Konflikt zu eigenen Gunsten wenden. Russland hat dies erkannt und versucht genau hier wirksam zu werden. Während also die Ukraine auf taktisch / operativer Ebene Erfolge verbucht, die russische Seite auf strategischer Ebene Terror ausübt, kommt der Kampf um unsere Haltung zum Ukrainekrieg hinzu. Russland schürt im Besonderen drei Ängste: die Angst vor einem wirtschaftlichen Niedergang in Europa (ausgelöst durch den Boykott bzw. Entzug russischer Rohstoffe), die Angst vor einer nuklearen Katastrophe (durch einen Angriff auf ein Atomkraftwerk, eine „schmutzige Bombe“ oder ein Einsatz taktischer Atomwaffen) und die Angst vor einer Migrationswelle als Folge einer globalen Hungersnot (ausgelöst durch das Ausbleiben des ukrainischen Getreides auf dem Weltmarkt). Russland möchte den Westen in die Knie zwingen, koste es was es wolle. Das russische Regime verachtet die westlichen Gesellschaften als verweichlicht, dekadent und verteidigungsunfähig.

Die Zukunft – Ein eskalierender Konflikt ohne absehbares Ende

Russland versucht zudem weiterhin strategische Allianzen zu schmieden. Ein eindeutiges Zeichen dafür war der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Russlands Außenminister Lawrow und der chinesische Außenminister Wang Yi ließen in Folge mit einer gemeinsamen Presseerklärung aufhorchen. In dieser war zu lesen: *„China werde Russland unter Führung von Präsident Putin nachdrücklich dabei unterstützen, das russische Volk zu vereinen, um Schwierigkeiten und Störungen zu überwinden und den Großmacht-Status Russlands weiter zu stärken“*, sowie, dass *„jeder Versuch (des Auslands), China und Russland an ihrem Vormarsch zu hindern, zum Scheitern verurteilt ist.“* Russland ist fest entschlossen, diesen Krieg weiter voranzutreiben. Solange in Russland kein „Oktober 1917“-Effekt eintritt, wird es den Kampf weiterführen. Russland hat ein Potential von 145 Mio. Menschen, davon über 30 Mio. Reservisten. Diesen stehen 35 Mio. Ukrainer gegenüber. Hier erfolgte immerhin bereits die fünfte Mobilisierungswelle, d.h. jeder bis zum Alter von 60 Jahren wird eingezogen. Russland muss dabei als ernster Gegner betrachtet werden. Es hilft weder der Ukraine noch uns, wenn wir uns über die russischen Streitkräfte lächerlich machen und ihr Ende schon kommen sehen. Auch Europa ist gefordert, den Ernst der Lage zu erkennen. Denn der Krieg um die Ukraine wird nachhaltige Folgen für unsere Gesellschaften haben. Je früher wir dies erkennen, desto besser können wir uns darauf vorbereiten.

„Wenn du dich selbst kennst, doch nicht den Feind, wirst du für jeden Sieg, den du erringst, eine Niederlage erleiden. Wenn du weder den Feind noch dich selbst kennst, wirst du in jeder Schlacht unterliegen.“ (Sun Tzu)

Markus Reisner

Ukrainische Offensiven – die Faktoren Gelände, Kraft, Zeit und Information

Offensive in Cherson

Die ukrainische Offensive im Raum Cherson im Süden der Ukraine begann am 29. August 2022 und die wechselvollen Kämpfe dauern bis heute an.

Faktor Gelände

Die russischen Streitkräfte konnten bereits zu Beginn des Krieges das Westufer des Flusses Dnjeprs in Besitz nehmen. Bis November 2022 hielten sie dort einen Brückenkopf, der sich von der Dnjepr-Mündung im Südwesten, über die Stadt Cherson bis in den Nordosten zog.

Im Juli und August 2022 gelang es den Ukrainern Kräfte bereitzustellen, um die Voraussetzungen für eine mögliche Offensive zu schaffen. Die Vorbereitungsphase war vor allem vom Versuch geprägt, den russischen Brückenkopf zu isolieren. Das Ziel war es, die drei wesentlichen Übergangsstellen über den Dnjepr – eine Brücke bei Cherson, eine Eisenbahnbrücke in deren Nähe sowie eine weitere Brücke bei einem Kraftwerk im Osten – zu zerstören. Diese drei Brücken stellten Nadelöhere für die Versorgung der russischen Truppen dar.

Nach diesem „Shaping“ war es die Absicht der Ukrainer die russischen Streitkräfte mit zwei Angriffen im Norden und Süden zu binden. Danach sollten mit einem zentralen Stoß zwei Kesseln zwischen dem Dnjepr und den ukrainischen Streitkräften gebildet werden. In weiterer Folge wäre es die Absicht der ukrainischen Streitkräfte gewesen, einen Kessel nach dem anderen zu zerschlagen. Die russischen Streitkräfte entzogen sich diesem Ansatz durch den Rückzug hinter den Dnjepr.

Faktor Kraft

Die vom Westen gelieferten Waffensysteme waren eine wesentliche Voraussetzung für einen möglichen Erfolg der Offensive. Besonders zu erwähnen sind die gelieferten Panzer vom Typ T-72 aus Polen und Tschechien, aber auch Schützenpanzer vom Typ BMP. Diese bildeten die Speerspitze der Angriffe.

Das Mehrfachraketenwerfer-System HIMARS erwies sich hingegen bei der Zerstörung der Brücken ebenfalls als effektiv. Auch der Einsatz von mobiler Artillerie, wie das polnische System KRAB, war von wesentlicher Bedeutung. Die Angriffe selbst erfolgten durch drei mechanisierte Kampfgruppen und vor allem mobile Einheiten, die es den Ukrainern nach einem Durchbruch ermöglichen sollten, rasch Geländeteile in Besitz zu nehmen.

Am Beispiel von HIMARS zeigt sich die Wirkung westlicher Waffensysteme. Bisher wurden etwa 16 Stück Mehrfachraketenwerfer-Systeme an die Ukraine geliefert, die damit mehr als 400 russische Ziele angriff. Dies wirkte sich vor allem auf die Logistik der russischen Truppen aus, da unter anderem wichtige Munitionslager und Stützpunkte zerstört wurden.

Faktor Zeit

Die russischen Streitkräfte setzten zur Aufklärung der ukrainischen Bereitstellungen Drohnen ein. Daraus ergab sich für die Ukrainer die Herausforderung ihre Kräfte im offenen Gelände bereitzustellen, ohne sofort zum Ziel von Beschuss zu werden. Das flache Gelände ließ kaum Deckungsmöglichkeiten zu.

Die russische Seite beschoss dabei mit Artillerie immer wieder gezielt die wenigen „Heckenstreifen“, in denen sich die ukrainische Seite untergezogen hatten.

Faktor Information

Die Offensive begann am 29. August 2022 an drei Stellen. Einerseits mit Bindungsangriffen im Südwesten bzw. im Nordosten sowie mit dem Versuch eines zentralen Vorstoßes inklusive eines Brücken- bzw. Flussübergang in der Mitte. Dort war es die Absicht, nach der Zerstörung der Brücken in der vorbereitenden Phase zwei Kessel zu bilden. Aufgrund des guten Lagebildes der russischen Truppen war es diesen möglich, die ukrainischen Angriffsspitzen rasch mit Gegenangriffen, Artillerie und dem Einsatz von Kampfhubschraubern abzunutzen. Darum dürfte es schließlich auch keinen signifikanten Vormarsch der ukrainischen Seite gegeben haben. Bemerkenswert war jedoch der Vorstoß im zentralen Bereich des russischen Brückenkopfes sowie im Nordosten.

Das Problem bei der weiteren Entwicklung der Offensive war vor allem die laufende Aufklärung der russischen Seite. Diese hat sich zudem seit Monaten in vorbereiteten Stellungen eingegraben, musste sich jedoch, um einer Einkesselung zu entgehen im November über den Dnjpr zurückziehen.

Offensive in Charkiv

Die ukrainische Offensive im Raum Charkiv begann am 6. September 2022 und hier wurde tatsächlich ein durchschlagender Erfolg erzielt.

Faktor Gelände

Im Raum der zweiten Offensive versuchten die russischen Streitkräfte nach dem Erfolg der Kesselschlacht von Lyssytschansk weiter Richtung Westen anzugreifen. Dazu wurde ein weiteres Korps, das dritte Armee Korps, aufgestellt. Die angenommene Absicht der Russen war es aus dem Raum Isjum in den Süden vorzustoßen und damit die Situation im Donbass mit einem Schlag für sich zu entscheiden.

Bereits seit Juli gab es immer wieder Hinweise, dass sich die ukrainischen Streitkräfte im Raum Charkiw bereitstellen würden, um diesen russischen Plan zu verhindern. Tatsächlich schafften es die Ukrainer, unter der höchsten Geheimhaltung, dort Kräfte bereitzustellen. Der Plan war weiter in Richtung Osten bis an den Fluss Oskil vorzustoßen. Dies würde die Ukrainer in die Lage versetzen, diesen Raum in Besitz zu nehmen und die russischen Streitkräfte bei Isjum einzukesseln.

Faktor Kraft

Auch bei dieser zweiten Offensive war westliches Militärmaterial entscheidend für den Erfolg. Einerseits spielten erneut Panzer vom Typ T-72 aus Polen und Tschechien eine große Rolle, aber auch Schützenpanzer vom Typ M113. Außerdem wurden auch Mehrfachraketenwerfer vom Typ MLRS eingesetzt (Mehrfachraketenwerfer-Systeme auf Ketten). Zum Einsatz kam zudem die Panzerhaubitze 2000, die sich für den Verschuss endphasengesteuerte Munition vom Typ "Excalibur" eignet. Auch hochmobile Einheiten, zum Teil auf Pickups oder gepanzerten Fahrzeugen (z. B. „Bushmaster“) waren von zentraler Bedeutung.

Der Einsatz spezieller Waffensysteme trug ebenfalls zum Gelingen dieser Offensive bei. Ein Beispiel dafür ist die bereits genannte endphasengesteuerte Artilleriemunition vom Typ „Excalibur“, die eine hohe Zielgenauigkeit hat. Ein anderes wirkungsvolles Waffensystem ist die Anti-Radar-Rakete vom Typ AGM-88 aus den USA. Mit dieser gelang es der Ukraine, gezielt russische Fliegerabwehrsysteme zu zerstören und den eigenen Vormarsch sowie den Einsatz der eigenen Luftwaffe – wenn auch in geringem Umfang – durchzusetzen.

Faktor Zeit

Die Offensive begann am 6. September 2022 und fasste an einer günstigen Stelle Fuß, wo eher untergeordnete russische Einheiten im Einsatz waren. Eine gemischte Kampfgruppe konnte mit Panzern vorausfahrend einen zentralen Durchbruch erzielen. Dieser Vorstoß entwickelte sich rasch und wurde zentral in Richtung Osten weiter vorangetrieben. Schlussendlich war es möglich, eine Distanz von mehr als 50 Kilometer in kurzer Zeit zu überbrücken. Der ukrainische Angriff wurde im Kern von zwei mechanisierten Brigaden, einer Luftsturmbrigade, territorialen Einheiten und zusätzlichen Elementen zur Unterstützung durchgeführt. Die ukrainischen Streitkräfte stießen rasch vor und schafften es den Angriff Richtung Osten weiter voranzutreiben. Das Problem aus russischer Sicht war, dass es ihnen nicht gelang, diesen Angriffsschwung zu brechen und sie daher von den Ereignissen überrollt wurden. Die Russen taten das Einzige, das zu diesem Zeitpunkt noch möglich war: Sie versuchten eine Verteidigungsstellung am Fluss Oskil einzurichten und dort die zurückflutenden Verbände aufzunehmen. Russische Soldaten mussten mit schweren Hubschraubern vom Typ MI-26 bis in die Nacht hinein Panzer anlanden, um diese Linie zu verstärken. Von den russischen Truppen wurde schließlich viel schweres Gerät (man nimmt an die Ausstattung von drei Panzerregimentern) zurückgelassen, weil man sich überstürzt, nur mit den leichten Fahrzeugen Richtung Osten oder Richtung Süden bzw. Richtung Isjum, abgesetzt hatte.

Faktor Information

Dank dieses Durchbruches konnten hochmobile ukrainische Einheiten rasch Ortschaften in Besitz nehmen, die ukrainische Flagge hissen und Bilder davon den sozialen Netzwerken teilen. Damit entstand für die russischen Soldaten der Eindruck, dass sie zunehmend umfasst und eingekesselt werden. Das Ergebnis war schließlich eine Flucht der russischen Streitkräfte in Richtung Osten. Und wie die Militärgeschichte zeigt, so war es auch nicht hier mehr möglich, eine große Armeeformation, welche einmal begonnen hat, sich fluchtartig abzusetzen, aufzuhalten.

Historische Vergleiche

Bei der Analyse dieser Offensive kann man historische Vergleiche heranziehen. Ein Beispiel wäre das Unternehmen Cobra im Juli 1944: Der Durchbruch der alliierten Streitkräfte aus dem Brückenkopf in der Normandie in die Tiefe des französischen Tieflandes. Dabei gelang es durch den Einsatz von zwei Panzerdivisionen rasch in die Tiefe zu stoßen und die Voraussetzungen für den Kessel von Falaise zu schaffen. Den deutschen Streitkräften gelang es nur fluchtartig aus diesem Kessel auszubrechen und sie ließen eine hohe Anzahl an Waffen, Ausstattung und Gerät zurück.

Die Situation lässt sich auch mit dem Unternehmen Bagration im Juni 1944 vergleichen. Dort gelang es durch einen massiven Angriff, nicht nur die russische Seite voranzutreiben, sondern vor allem die deutsche Seite in eine Fluchtbewegung überzuleiten, die bis fast zur Grenze des Deutschen Reiches nicht mehr nachhaltig gestoppt werden konnte. Auch dieses Ereignis ist in der Ukraine theoretisch möglich.

Es ist aber auch möglich, dass der Erfolg nur von kurzer Dauer ist, vergleichbar mit der deutschen Ardennen-Offensive im Dezember 1944. In diesem Fall gelang zwar der Vorstoß, aufgrund der Überlegenheit des Gegners war man jedoch gezwungen, das gewonnene Gelände wieder aufzugeben.

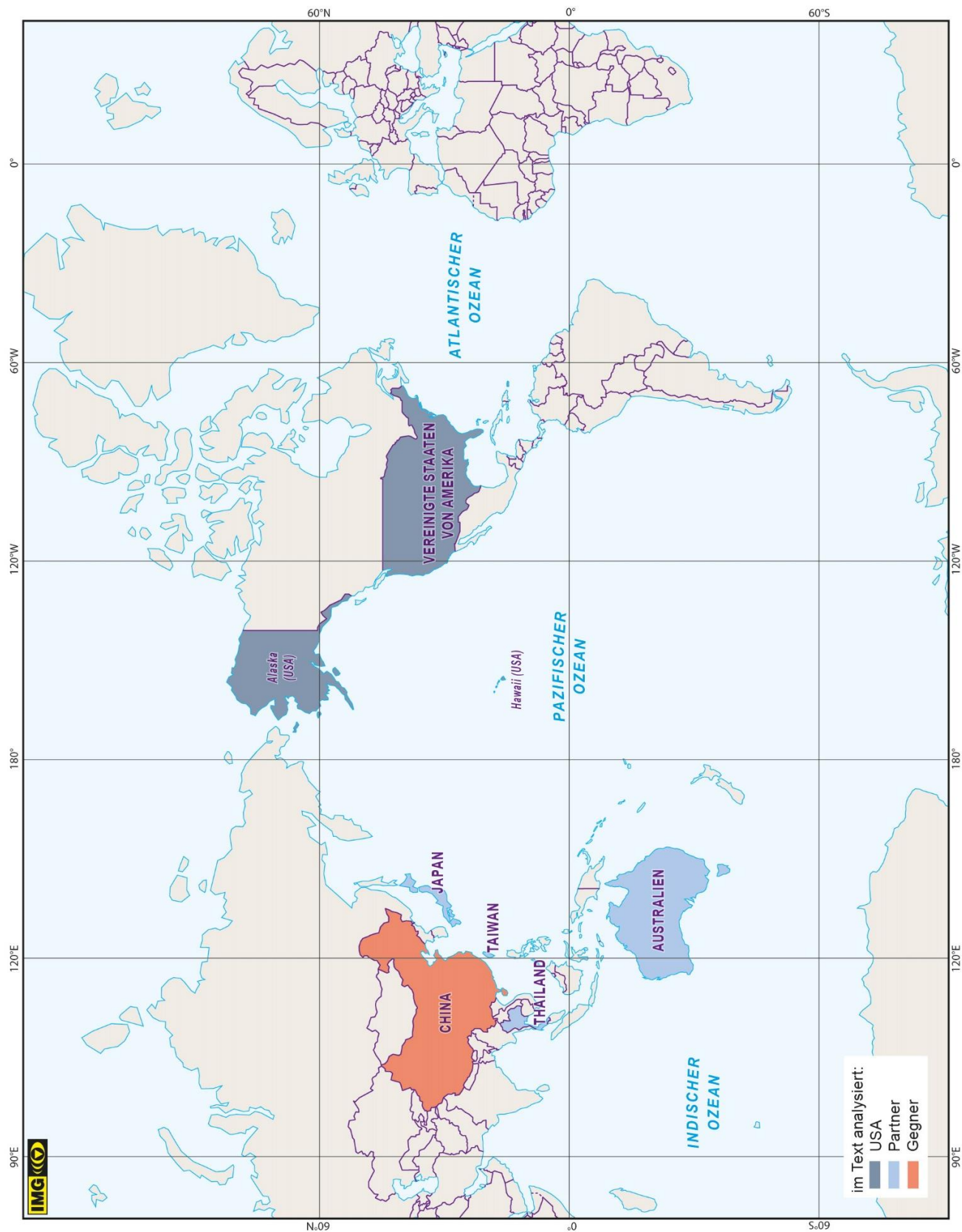
Möglicherweise führen die Erfolge der ukrainischen Streitkräfte aber dazu, dass es zu Umbrüchen in Russland kommt, ähnlich wie im Oktober 1917. Momentan gibt es zwar keine Indikatoren dafür, aber es könnte durchaus sein, dass es nach weiteren schweren Niederlage zu Zerfallserscheinungen kommt.

Status Quo und Ausblick

Russland beherrscht nach wie vor die Krim und den Oblast Luhansk sowie zu einem hohen Anteil Cherson und Zaporoschija. Auch in Donezk gelingt es den russischen Truppen nach wie vor langsam vorzumarschieren. Nach der erfolgreichen Durchführung der ukrainischen Offensiven, geht der Konflikt nun in eine neue Phase. Die erste Phase war der Angriff und die Abwehr der russischen Streitkräfte im Raum Kiew. Die zweite Phase war das Übergehen der Handlungsinitiative an Russland und die Angriffe im Donbass mit der Kesselschlacht von Lyssytschansk. Die dritte Phase war durch die Offensiven bei Cherson bzw. Charkiw vom Übergehen der Initiative auf die ukrainische Seite gekennzeichnet. Südostwärts von Lyman rücken die Russen aber weiterhin langsam in Richtung Westen vor. Russisches Ziel ist weiterhin die gänzliche Einnahme des Oblastes Donetsk.

Der Erfolg im Raum Charkiw hat gezeigt, dass die Ukrainer in der Lage sind, nach einer Zusammenziehung der Kräfte und nach entsprechender Geheimhaltung eine Offensive durchzuführen. Die Offensiven zeigen auch, dass die westlichen Waffenlieferungen das Gefechtsfeld entscheidend beeinflussen können. Es hängt nun entscheidend davon ab, ob die ukrainischen Streitkräfte diesen Erfolg weiter ausbauen können. Das Ergebnis wird man in den nächsten Monaten sehen. Es wird auch von den Auswirkungen der russischen Mobilisierung abhängig sein. Erst im Frühjahr wird sich daher zeigen, ob tatsächlich eine Wende in diesem Krieg herbeigeführt wurde.

Markus Reisner



Vereinigte Staaten von Amerika

Die westliche Welt.....

Weltmacht USA

Zwei Jahre Biden-Administration

Die strategische Lage der internationalen Beziehungen wurde in der zweiten Jahreshälfte 2022 maßgeblich von den Spannungen mit Russland und China geprägt. Die USA sind in ihrer hegemonialen Führungsrolle herausgefordert. Bidens „Nationale Sicherheitsstrategie“ bringt dies klar zum Ausdruck. Geostrategisch stehen Protektionismus bei der Sicherstellung staatlicher Ressourcen (v.a. im hochtechnologischen Bereich) und die Stärkung der Bündnisse mit Alliierten und Partnern im Vordergrund. Die Biden-Administration bleibt weiterhin sowohl innen- als auch außenpolitisch mit „massiven“ Krisen konfrontiert. Der Verlust der Mehrheit im Repräsentantenhaus stellt die Fortführung der umfangreichen Ukraine-Unterstützung in Frage.

Innenpolitische Entwicklungen

Für US-Präsident Joseph Biden hatte das Jahr 2023 mit einer positiven Bilanz begonnen. Im zweiten Jahr seiner Amtsperiode startete er mit 43,3 % Zustimmung in den Umfragen, die höchste Quote seit 12 Monaten. Vordergründig wirkten sich die republikanische Tealniederlage bei den Zwischenwahlen und die auf 6,5 % gesunkene Inflation stabilisierend auf das Ansehen der Biden-Administration aus. Auch die Arbeitslosenquote mit 3,5 % im Dezember 2022 erreichte nach Angaben des US-Arbeitsministeriums den niedrigsten Wert seit dem Februar 2020 vor der COVID-Pandemie.

Joseph Biden Administration konnte in den ersten beiden Jahren seiner Amtsperiode einen Großteil seiner Agenda umsetzen. Anzuführen sind hier v.a. das COVID- und Infrastrukturpaket, der „Inflation Reduction Act“ und ein Gesetz, das die nationale Chip-Herstellung massiv unterstützt. Zudem konnte er ein schärferes Waffengesetz erzwingen und mit dem „Respect for Marriage Act“ den „Schutz der gleichgeschlechtlichen Ehe“ gesetzlich verankern.

Funde von klassifizierten Dokumenten bei privat genutzten Räumlichkeiten schaden jedoch seiner Reputation und befeuern die republikanische Opposition. Mit gestärkten Machtverhältnissen im Repräsentantenhaus mittels U-Ausschüssen versuchen die Republikaner Joseph Biden zu schwächen und nicht zuletzt den von einer „Hexenjagd verfolgten“ Donald Trump und seine Unterstützer aus der Schusslinie zu nehmen. Die republikanisch geführten U-Ausschüsse sollen v.a. die vermeintlichen Missstände der

Migrationspolitik an der Grenze zu Mexiko und das kolportierte Versagen der Biden-Regierung beim Afghanistan-Abzug offenlegen. Weiters soll die Verwicklung Joseph Bidens in dubiose Geschäfte seines Sohnes, Hunter Biden, nachgewiesen werden.

Zwischenwahlen 2022

Die „Midterms“, die am 8. November 2022 in der Mitte der vierjährigen Amtsperiode abgehalten wurden, galten als entscheidende Bewährungsprobe für den amtierenden US-Präsidenten. Gewählt wurde der Kongress, das aus zwei Kammern bestehende Parlament der USA, davon alle 435 Abgeordneten im Repräsentantenhaus und 34 der 100 Senatoren im Senat. Zudem standen 39 Gouverneure in den Bundesstaaten bzw. Gliedstaaten zur Wahl. Die Wahlbeteiligung lag mit 46,6 % im überdurchschnittlichen Bereich. Abgesehen von den Wahlen kamen am 8. November an die 130 Volksbegehren (u.a. Wahlrecht, Abtreibung, Drogenliberalisierung) zur Abstimmung.

Im Repräsentantenhaus konnten die Republikaner eine knappe Mehrheit mit 222 Sitzen gegenüber den Demokraten mit 213 Sitzen erreichen. Vor diesen Wahlen dominierten die Demokraten mit 235 zu 197 Stimmen. Der Wechsel bedeutet eine deutliche Beschneidung der Macht des US-Präsidenten. Die Folgen könnten von einer Blockade in der Haushaltsgesetzgebung bis hin zu einer zeitweiligen Lahmlegung der Bundesverwaltung reichen. US-Finanzministerin Janet Yellen warnte Mitte Jänner vor einer bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit ab dem Sommer 2023, sollte die Schuldenobergrenze nicht temporär ausgesetzt oder angehoben werden: *„Ein Zahlungsausfall würde der US-Wirtschaft, der Existenzgrundlage der US-amerikanischen Bürger und der Stabilität des weltweiten Finanzsystems irreparablen Schaden zufügen. In der Vergangenheit habe bereits die Aussicht auf einen drohenden Zahlungsausfall reelle Konsequenzen gehabt.“* Ihre Gegenmaßnahmen (z.B. Zugriff auf Investitionen in Pensionsfonds) könnten die drohende Zahlungsunfähigkeit jedoch maximal sechs Monate aufschieben. Einige republikanische Mandatäre machen ihre Zustimmung davon abhängig, ihre Forderungen, darunter v.a. Ausgabenkürzungen, durchzubringen. Das Thema „Schuldenobergrenze“ wird somit zur „Verhandlungsmasse“. Sollten die Republikaner den Streit eskalieren lassen, könnte zudem eine globale Finanzkrise drohen.

Die Schuldenobergrenze ist ein vom Kongress festgelegter Deckel für den Gesamtbetrag, den die US-Regierung aufnehmen darf um ihre Vorhaben decken zu können. Derzeit beläuft sich dieser Grenzwert auf

31,4 Bio. USD und wurde bereits am 19. Jänner 2023 erreicht.

Seit Jahrzehnten wurde die Obergrenze überparteilich und zeitgerecht angehoben oder ausgesetzt. Derzeit sind die Fronten verhärtet, eine Lösung nicht in Sicht. Die Erwartungen der US-Regierung liegen nun auf der Unterstützung einflussreicher, „vernunftorientierter“ Republikaner. Allen voran, dem neuen republikanischen Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy. Er gilt jedoch als politisch schwergeschädigt und als „Marionette“ der Ultrarechten in der eigenen Partei. Erst beim 15. Wahlgang erreichte er die nötige Unterstützung zum „Speaker“. Der Vorsitz des Repräsentantenhauses ist das dritthöchste Amt in den USA, nach Präsidenten und der Vize-Präsidentin, welche gleichzeitig als Vorsitzende im Senat fungiert. Demnach soll McCarthy sich erst durch die Zusage wichtiger Ausschussposten die Unterstützung der Abgeordneten Marjorie Taylor Greene und des Trumpisten Jim Jordan gesichert haben. Kevin McCarthy ist in sämtlichen Handlungen von der „Gnade“ der Trumpisten abhängig, denn er kann jederzeit durch Misstrauensvotum abgewählt werden. Daher reicht ein einzelner Abgeordneter, um ein Vertrauensvotum gegen den Vorsitzenden einzuleiten. Zudem müssen neuerdings mindestens 72 Stunden zwischen der Einreichung eines Gesetzes und der Abstimmung vergehen. Auch bezüglich des Verhandlungsspielraumes über Konjunkturpakete mit dem US-Präsidenten wurden seine Befugnisse beschnitten. Aufgrund dieser Zugeständnisse verfügt McCarthy über deutlich weniger Macht als seine Vorgängerin, die Demokratin Nancy Pelosi.

Unter diesen Rahmenbedingungen bleibt v.a. eine Anhebung der Schuldenobergrenze, neue Hilfsprogramme für die Ukraine oder die Verabschiedung eines neuen Haushaltpaketes schwer realisierbar. Es ist davon auszugehen, dass jede Form der Zusammenarbeit mit den Demokraten die Abwahl des „Speakers“ zur Folge hätte.

Der Senat ist die mächtigere der beiden Kammern und besteht aus 100 Sitzen, 34 davon wurden am Wahltag-für sechs Jahre neu vergeben. Die Demokraten konnten, entgegen vieler Erwartungen, die knappe Mehrheit verteidigen und sogar um ein Mandat - auf 51 Sitze ausbauen. Vor der Wahl herrschte ein Patt, weil die Republikaner und die Demokraten jeweils über 50 Sitze verfügten. Dennoch hatten die Demokraten den Senat dominiert, weil diese bei Abstimmungen mit dem Stichentscheid der Senatsvorsitzenden, US-Vizepräsidentin Kamala Harris, das Patt brechen konnten.

Die knappe Mehrheit bringt den Demokraten Vorteile in der Arbeit der Kommissionen und ermöglicht es US-

Präsident Biden seine Wunschkandidaten für Richter- und Exekutivämter durchzubringen.

Hätten die Demokraten ihre Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses verloren, wäre die zweite Amtshälfte der Biden-Administration in ihrer politischen Macht stark beschnitten und v.a. auf das Regieren über „Executive Orders“, d.h. per „Dekret“, beschränkt. Die Hoffnung der Republikaner auf eine derartige „rote Welle“ wurde nicht erfüllt. Dennoch ist der Verlust der demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus für US-Präsident Joe Biden ein herber Rückschlag.

Bei den Gouverneurswahlen konnten die Demokraten zwei Zugewinne erzielen und stellen somit 24 der 50 Gouverneure der Bundesstaaten. Als letztes entschied sich das Rennen in Arizona, wo die von Donald Trump unterstützte Republikanerin Kari Lake unterlag. Trumps aussichtsreichster innerparteilicher Rivale für die Präsidentschaftswahl 2024, Ron DeSantis, konnte in Florida die Wiederwahl zum Gouverneur mit Abstand für sich gewinnen. Der konservative Sender „Fox News“ berichtete über den Wahlsieg mit dem Titel: „*Ron DeSantis is the new Republican Party leader*“. In dieselbe Richtung schreibt ein weiteres konservatives Sprachrohr, die „New York Post“, indem sie DeSantis als Zukunftshoffnung „*DeFuture*“ bezeichnet.



DeSantis Wahlsieg in Florida

Im Verlauf dieses Jahres wird sich DeSantis bezüglich seiner Präsidentschaftskandidatur entscheiden müssen. Eine Schmutzkübelkampagne mit Trump wäre vorprogrammiert. Bleibt der parteiinterne Unmut über Trump auf hohem Niveau, ist dennoch fraglich, ob der 44-jährige Gouverneur aus Florida die Parteibasis für sich gewinnen kann.

Donald Trumps Einfluss schwindet

Die Republikaner befinden sich derzeit in einer tiefen Krise. Mit ihnen auch Donald Trump, dem parteiintern die Schuld für das schlechte Abschneiden bei dem „Midterms“ zugesprochen wird. Dementsprechend mehren sich seine Kritiker. Die tollpatschige Wahl des „Speakers“ im Repräsentantenhaus hat klar aufgezeigt, dass die „Grand Old Party“ führerlos ist. Trump ist es nicht gelungen, die Rebellen zur Vernunft zu bringen, somit hat der alt gewordene „Patriarch“ scheinbar seinen Zenit überschritten. Die zahlreichen Verfahren gegen ihn (v.a. „Sturm auf das Kapitol“, Steuerhinterziehung, Fund von Geheimdokumenten usw.) haben seinem Heldenstatus zugesetzt. Drohende Anklagen würden Trump für moderate Wechselwähler noch unwählbarer machen. Eine neue Galionsfigur, eine echte Alternative, fehlt. Dennoch möchte Trump 2025 zum zweiten Mal ins Weiße Haus einziehen. Eine Ankündigung, die seinen Führungsanspruch in der Partei aufzeigen und die sicherlich auch dem Schutz vor der Justiz dienlich sein soll.

Erst am 13. Jänner 2023 wurde Trumps Immobilienfirma „Trump Organization“ wegen Steuerbetrugs zu einer Strafe von 1,6 Mio. USD verurteilt. Wenige Tage zuvor wurde der langjährige Finanzmanager des Immobilienkonzerns, Allan Weisselberg, wegen Steuerbetrugs zu fünf Monaten Haft verurteilt. Zudem bekam Weisselberg fünf weitere Jahre auf Bewährung und muss insgesamt knapp 2 Mio. USD Steuern und Strafe zahlen. Trump war nicht persönlich angeklagt. Seinem Unternehmen wurde vorgeworfen, die Steuerbehörden über 15 Jahre betrogen zu haben. Die „Trump Organization“ betreibt Immobilien (u.a. Hotels, Golfplätze) im globalen Rahmen. Im Fokus des Verfahrens standen Vorwürfe, wonach das Unternehmen persönliche Ausgaben (u.a. Luxusautos, Immobilien) un versteuert für ihre Manager zahlte. Mit der Höhe der Strafe schöpfte Richter Juan Merchan vom Strafgericht in Manhattan das Höchstmaß aus. Dennoch handelt es sich in Anbetracht der Größe des Unternehmens und des Zeitraumes von über 15 Jahren um eine äußerst geringe Geldstrafe. Steuerbetrug gilt nicht zu Unrecht in den USA als „Kavaliersdelikt“ der Superreichen.

US-Kongress beschließt Haushaltspaket

Pünktlich vor den Weihnachtsfeiertagen gelang es Joseph Biden ein 1,7 Bio. USD schweres Haushaltsgesetz zu verabschieden, über welches monatelang gestritten wurde. Damit wurde nicht nur der drohende Regierungsstillstand abgewendet, sondern auch die durch den ukrainischen Staatspräsidenten Selenskyj im Zuge seines Besuches am 21. Dezember

2022 erbetene Unterstützung in der Höhe von 45 Mrd. USD sichergestellt. Das über 4.000 Seiten umfassende Paragrafenwerk enthält zusätzlich Regelungen, wie eine Änderung des Wahlgesetzes oder die strengere Regulierung des chinesischen Videoportals „TikTok“, die mit dem Haushalt an sich nichts zu tun haben. Bemerkenswert ist die Erhöhung der Militärausgaben um satte 10 % auf 858 Mrd. USD. Diese belaufen sich somit etwa auf die Hälfte des beschlossenen Haushaltspaketes. Damit sollen u.a. elf neue Kriegsschiffe, 61 Kampfflugzeuge vom Typ F-35 und 15 Tankflugzeuge beschafft werden. Zudem sind in diesem Etat die Kosten für die Ukraine-Unterstützung und die Erhöhung der Truppenpräsenz in Europa inkludiert.

Insgesamt ist das Haushaltspaket für Joseph Biden ein teurer Erfolg. Die Republikaner ließen sich ihre Zustimmung teuer abkaufen, indem sie die Priorisierung des Militärs vor sozialen Anliegen durchsetzten. Die Demokraten mussten auf weitere COVID-19-Mittel, auf eine Ausweitung des Kinderfreibetrages und auf das dauerhafte Bleiberecht für Flüchtlinge aus Afghanistan verzichten. Zukünftige teure Hilfen für die Ukraine bleiben fraglich, weil die „Trumpisten“ in den republikanischen Reihen, diese stark beschneiden wollen.

Biden nach Dokumentenaffäre unter Druck

Gemäß Informationen des Fernsehsenders NBC, fanden Bidens Anwälte klassifizierte Dokumente aus seiner Zeit als US-Vizepräsident unter Barack Obama, außerhalb der dafür vorgesehenen Räumlichkeiten. Demnach sollen Bidens Rechtsberater bereits am 02. November 2022 etwa ein Dutzend dienstlicher Dokumente, darunter vermutlich auch als „TOP-SECRET“ klassifizierte, bei der Räumung eines Büros in der Denkfabrik „Penn-Biden-Center“ in Washington (D.C.) gefunden haben, welches dieser vor seinem Einzug ins Weiße Haus genutzt hatte. Bidens Rechtsberater haben den Fund unverzüglich dem zuständigen Nationalarchiv übergeben. Das Justizministerium wurde am 4. November 2022 vom Nationalarchiv über den ersten Fund von Unterlagen im privaten Büro, welches nicht für die Aufbewahrung von Verschlusssachen zugelassen ist, informiert. Daraufhin hätten bei der Bundespolizei FBI und im Justizministerium erste Ermittlungen begonnen. Damals beauftragte US-Justizminister Garland einen Staatsanwalt, die Dokumente zu sichten. Am 20. Dezember 2022 informierten Bidens Rechtsberater das Justizministerium über den Fund weiterer Verschlusssachen, ebenfalls aus seiner Zeit als Vizepräsident, in der Garage von Bidens Privathaus in Wilmington (US-Bundesstaat Delaware). Von einem dritten Fund, ebenfalls im Privathaus in Wilmington,

erfuhr das US-Justizministerium am 11. Jänner 2023. Aufgrund dieser Vorfälle und der derzeit nicht abzuschätzenden Schwere der Auswirkungen setzte US-Justizminister Garland nun einen Sonderermittler ein. Der Jurist Robert Hur soll die Ermittlungen in dieser Causa leiten. Der 50-jährige Sonderermittler war zuvor u.a. im Justizministerium im Bereich Terrorismusbekämpfung und Unternehmensbetrug eingesetzt. Zudem fungierte er, nach Nominierung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump, als Staatsanwalt im US-Bundesstaat Maryland.

Für Bidens „Performance“ ist diese Causa brisant. Sein Amtsvorgänger, Donald Trump, hat bei einem ähnlichen Fall für einen Skandal gesorgt. Dieser hatte bei seinem Auszug aus dem Weißen Haus „kistenweise“ Regierungsdokumente in sein privates Anwesen „Mar-a-Lago“ in Florida mitgenommen. Die Bundespolizei FBI durchsuchte das Anwesen im August 2022 und stellte hunderte klassifizierte Dokumente sicher. Biden bezeichnete das Verhalten seines Vorgängers damals als „unverantwortlich“. Auch in der Causa Trump hat US-Justizminister Garland einen Sonderermittler beauftragt. Der Jurist Jack Smith befasst sich mit den entwendeten Regierungsdokumenten und ist zudem mit den Untersuchungen zum „Sturm auf das Kapitol“ vom 06. Jänner 2021 betraut. Nicht zuletzt, weil Donald Trump erneut bei den Präsidentschaftswahlen 2024 antreten möchte, ist die Einsetzung von Sonderermittler in beiden Fällen nachvollziehbar. Joseph Biden hat bisher wiederholt seine „grundsätzliche Absicht“ zu einer zweiten Amtszeit erklärt, eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

Auch wenn sich die o.a. Verschlussachen-Affären von Trump und Biden ähneln, gibt es doch bedeutende Unterschiede. Während Bidens Rechtsberater die Unterlagen sofort gemeldet und dem Nationalarchiv übergaben, war in Trumps Fall u.a. ein monatelanger Streit um die Herausgabe der Dokumente vorausgegangen. Gegenüber Trump wird daher auch der Vorwurf der „Justizbehinderung“ erhoben. Biden dagegen musste sich aus derzeitigem Stand eine „Verletzung der Sorgfaltspflichten“ vorwerfen lassen. Dennoch dürfte es im Falle einer „einseitigen“ Anklage gegen Trump den Ermittlern nun schwerer fallen, die unterschiedliche Behandlung zu erklären, was dieses Szenario derzeit kaum denkbar macht. Für Biden handelt es sich v.a. um ein Glaubwürdigkeitsproblem, die Stimmungslage könnte sich schnell drehen – Ausgang offen.

Maßnahmen gegen die Inflation

Wie das US-Arbeitsministerium am Mitte Jänner 2023 mitteilte, stiegen die Verbraucherpreise um 6,5 % im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Teuerung hat somit den Zenit überschritten. Die US-Notenbank FED stellt Lockerungsmaßnahmen bei der geldpolitischen Straffung in Aussicht. Eine Entscheidung wird erst im Februar 2023 erwartet, die FED hält am Inflationsziel von 2 % fest. Der Präsident der Notenbank, Jerome Powell, steht unverändert vor der Herausforderung, der noch immer auf hohem Niveau verlaufenden Preissteigerung, mit aktiver Zinspolitik zu begegnen, ohne dabei die Konjunktur zu belasten. Der rückläufige Trend bei der Inflationsrate ist dennoch ein positives Zeichen für den richtigen Kurs bei den Gegenmaßnahmen. US-Präsident Joseph Biden zeigt sich bezüglich der Wirksamkeit seiner Regierungsmaßnahmen bestätigt. Nach langen Debatten passierte am 07. August 2022 Joseph Bidens Gesetzespaket gegen die hohe Preissteigerung „überraschend“ den Senat. Möglich wurde dies erst, als die zwei demokratischen Senatoren, Joe Manchin und Kyrsten Sinema, die auch Bidens „Build-Back-Better-Plan“ torpetierten, zustimmten. Mit dem „Inflation Reduction Act“ investiert die US-Regierung rd. 430 Mrd. USD Subventionen in die Energiewende. Davon werden u.a. 370 Mrd. USD in die Bereiche Energiesicherheit und Klimaschutz, d.h. in den Ausbau von Solar-, Wind und Wasserkraft fließen. Mit der Durchbringung des „Inflation Reduction Act“, der Inhalte eines „Green New Deal“ beinhaltet, konnte Biden einen historischen Erfolg bezüglich der Umsetzung seines Klimaschutzprogrammes erzielen. Bis 2025 will die Biden-Administration die Treibhausemissionen um etwa 40 % senken. Das insgesamt 430 Mrd. USD schwere Paket wird u.a. über die Erhöhung der Unternehmenssteuer auf 15 % finanziert und beinhaltet Zuschüsse bei der Produktion sowie beim Kauf von Elektrofahrzeugen und bei Investitionen in nachhaltige Energie. Zudem profitiert der Mittelstand durch eine Reduzierung der hohen Preise von Pharmaprodukten. Der Erhalt von diesen „massiven“ Subventionen und Steuergutschriften ist an die Bedingung gebunden, dass nur in den USA produzierende Unternehmen und deren Produkte gefördert werden. Kritik gibt es dazu insbesondere seitens der EU, die Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen sieht.

„Protektionismus“ in der Chip-Produktion

Die demokratisch-geführte US-Administration ist bemüht, die Abhängigkeiten von Asien zu reduzieren und schwenkt v.a. bei der Herstellung von essentiellen IT-Komponenten in Richtung „Protektionismus“. Insbesondere die COVID-Krise veranschaulichte die große Abhängigkeit vom asiatischen Markt. Aufgrund von Ausfällen der Lieferketten verzeichnete u.a. der IT-

Konzern Apple einen Umsatzverlust von rund. 6 Mrd. USD. In den vergangenen Jahren wurden nur etwa 12 % der weltweit produzierten Halbleiter in den USA produziert. Die größten Hersteller befinden sich in Südkorea und Taiwan. Die US-Regierung befürchtet, dass China bereits im nächsten Jahr den Warenverkehr aus Taiwan einschränken könnte. Aufgrund der Abhängigkeiten wäre somit nicht nur eine ernste Wirtschaftskrise die Folge, sondern die „nationale Sicherheit“ der USA bedroht. Diesbezüglich unterzeichnete Joseph Biden am 09. August 2022 den „Chips and Science Act“. Das über 1.000 Seiten umfassende Gesetzeswerk enthält ein Volumen von 52,7 Mrd. USD an Subventionen für die US-amerikanische Entwicklung und Herstellung von Computerchips. Das Gesetz umfasst zudem 170 Mrd. USD für Forschung und Entwicklung in den nächsten fünf Jahren. Die zusätzlichen Investitionen in Zukunftstechnologien (v.a. künstliche Intelligenz, Robotik, „Quantencomputing“, Raumfahrt) sollen einen deutlichen Vorsprung gegenüber der chinesischen Konkurrenz bewirken. Die Finanzierung der enormen Investitionen erfolgt über eine Neuverschuldung. Mit den Subventionen werden zudem zehntausende Arbeitsplätze geschaffen und dem drohenden Abwandern von Tech-Konzernen entgegengewirkt.

Die ersten in den USA gefertigten Grundplatten für Mikrochips sollen bereits 2024 (4-Nanometer-Prozessoren) vom Band gehen. Ermöglicht wird dies vom taiwanesischen Unternehmen „Taiwan Semiconductor Manufacturing“ (TSMC), welches rd. 40 Mrd. Dollar in ihre beiden Werke in Arizona investiert. TSMC ist nach Intel und Samsung der weltweit drittgrößte Halbleiterhersteller. Ab 2026 soll die gesamte US-Nachfrage (rd. 600.000 Stück), auch nach modernsten Computerchips (3-nm-Halbleiter), aus Arizona stammen. Apple, AMD und Tesla zählen bereits zu den Kunden. Die großzügigen Fördergelder aus dem „Chips and Science Act“ haben zudem bewirkt, dass auch der südkoreanische Halbleiterhersteller Samsung dem „Reshoring“-Trend folgte und ein neues Werk in Austin (Texas) errichtete. Zu den Großabnehmern von Samsung zählen u.a. Tesla und IBM (3-nm-Chips).

Parallel zur Errichtung einer autonomen Chipproduktion intensivierten die USA ihre Handelsbeschränkungen gegenüber China. Konkret verabschiedete Washington Anfang Oktober 2022 neue Exportbeschränkungen für Halbleitertechnologie. Demnach müssen Unternehmen US-Exportlizenzen beantragen, wenn sie Fertigungsanlagen nach China exportieren wollen. Dies betrifft auch internationale Firmen, wenn sie ursprünglich US-amerikanische Technologie verwenden. Zudem untersagt die

Regierung allen Personen mit US-Bezug, für chinesische Firmen im Hochtechnologie Bereich zu arbeiten.

Die neue Ansiedlungspolitik für Tech-Konzerne besteht aus der Kombination von Finanzhilfen (Subventionen) und Strafandrohungen. Im Zuge der Umsetzung der geostrategischen Interessen im Wettbewerb mit China, stärkt Präsident Joseph Biden einerseits den Rücken der asiatischen Partner und nimmt andererseits höhere Kosten bei der Produktion von Hochtechnologie auf US-Territorium in Kauf.

Steigende Einwanderungszahlen aus Mexiko

US-Präsident Biden ist wegen der steigenden Zahlen illegaler bzw. unkontrollierter Einwanderungen während seiner Amtsperiode unter Druck. Seitens der Republikaner wird ihm vorgeworfen, mit seiner liberalen Migrationspolitik eine schwere Krise ausgelöst zu haben. Die US-Grenzschutzbehörde verzeichnete zwischen Oktober 2021 und Oktober 2022 über 2 Mio. versuchte unkontrollierte Einwanderungen an der 3.200 km langen Grenze zu Mexiko und somit steigende Zahlen in Rekordhöhe. Als Herkunftsländer werden v.a. Migranten aus Kuba, Kolumbien, Nicaragua und Venezuela angegeben. Biden kündigte daher kurz vor seinem Treffen mit dem mexikanischen Staatspräsidenten, López Obrador, Anfang dieses Jahres neue Maßnahmen an, die eine Trendwende herbeiführen sollen. Mit einer neuen Vereinbarung mit Mexiko möchte Biden monatlich 30.000 unkontrolliert eingereiste Personen aus Kuba, Nicaragua, Haiti und Venezuela, zurück nach Mexiko schicken. Im Gegenzug dazu erklärt er sich bereit, ebenso viele Migranten aufzunehmen, sofern diese die strengen Voraussetzungen erfüllen. Die Republikaner fordern strikte Abschottungsmaßnahmen und setzen auf Grenzbefestigungen. Die Biden-Administration möchte jedoch ihre liberale Einwanderungspolitik fortführen. Dazu gehört u.a. die nachträgliche Legalisierung von Millionen illegalen Einwanderern, die ohne Personaldokumente teilweise bereits seit Jahren in den USA leben. Dennoch steigt der Druck restriktivere Lösungen für den wachsenden Ansturm von Asylsuchenden zu finden.

Außen- und Sicherheitspolitik

Bidens „Strategie zur nationalen Sicherheit“

Am 27. Oktober 2022 präsentierte die US-Administration ihre „National Security Strategy“ (NSS). Das Dokument erschien noch vor den Zwischenwahlen und kurz vor Ablauf der ersten Halbzeit der laufenden Präsidentschaft. Es fungiert als politische Leitlinie und

enthält keine Details zur nuklearen Abschreckung, zur Reaktion auf laufende Krisen oder den Einsatz militärischer Kräfte. In diesem 48-seitigem, öffentlich-zugänglichen Dokument betont die Biden-Administration ihr geostrategisches „Dilemma“. Einerseits wird die Konkurrenz gegenüber China und Russland klar zum Ausdruck gebracht. Andererseits hofft man auf friedliche Koexistenz und „konstruktive“ Kooperation bei globalen Herausforderungen. Zu letzteren zählen v.a. Klimawandel, Ernährungssicherheit, Pandemien, Terrorismus, Energiewandel und Inflation. Wie diese entgegengesetzten Herausforderungen gelingen sollen, bleibt allerdings offen. Die US-Administration kommt nicht umhin einen zweigleisigen Ansatz zu versuchen. Zusammenarbeit wird somit vorwiegend über diplomatische Kanäle gesucht. Diesbezüglich plant US-Außenminister Antony Blinken im Februar 2023 eine „Sondierungsreise“ nach Peking. Ziel ist es, mögliche Bereiche der Kooperation auszuloten. Zuvor, im November 2022, fand ein Treffen von US-Präsident Joseph Biden und seinem Amtskollegen Xi Jinping beim G-20 Gipfel statt, um ihrerseits Möglichkeiten zu Reduzierung der bilateralen Spannungen anzusprechen. Bei „harten“ Sicherheitsfragen und der Durchsetzung der US-Eigeninteressen betreffend die Beibehaltung der globalen Vorherrschaft setzen die USA weiterhin auf Stärke und das bewährte System der „integrierten Abschreckung“. Aufgrund der regionalen Führungsansprüche von China und Russland, welche auch eine Änderung der globalen Mächtekonstellation zur Folge hätte, sieht sich die USA gezwungen, auf Konfrontationskurs zu gehen. Gegenüber den beiden Hauptakteuren werden unterschiedliche Herausforderungen hervorgestrichen. Russland ist, wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt hat, eine *„unmittelbare Bedrohung für das freie, offene internationale System“*. China hingegen ist der einzige Herausforderer, *„der sowohl den Willen hat die internationale Ordnung umzugestalten, als auch zunehmend über die dazu nötige wirtschaftliche, militärische und technologische Macht verfügt“*. Konkret wird das wachsende Kernwaffenpotenzial angesprochen, welches in den kommenden Jahren auf bis zu 1.000 Gefechtsköpfe anwachsen werde. Beiden Mächten wird auch die Fähigkeit zuerkannt, durch Weltraumwaffen US-Interessen gefährden zu können. Diese Gefährdung wird v.a. mit der Bedrohung durch modernste „Hyperschallwaffen“ begründet. Die USA verfügen derzeit weder über diese militärischen Fähigkeiten, noch über effiziente Abwehrmaßnahmen. Verschärft wird der machtpolitische Wettbewerb durch einen systemischen Konflikt, zwischen Demokratie und Autokratie. Das Strategiepapier benennt weiters die nukleare Aufrüstung Nordkoreas und den Iran als potenzielle Sicherheitsbedrohungen der USA und ihrer

Verbündeten, jedoch liegt deren Stellenwert deutlich unterhalb der zentralen Herausforderungen durch China und Russland.

Das Dilemma der Gleichzeitigkeit von Konfrontation und Kooperation wird in Bidens NSS zwar nicht aufgelöst aber zumindest klar benannt. Bei den Vorgängern war dies nicht der Fall. Trumps Strategie stellte Machtpolitik und geopolitischen Wettbewerb ins Zentrum, ignorierte jedoch Themen der globalen Zusammenarbeit. Obamas NSS war stark auf globale Kooperation ausgerichtet und vernachlässigte die geopolitischen Machtansprüche von China und Russland. Im zentralen strategischen Dokument der Biden-Regierung werden nun beide Dimensionen realistisch anerkannt.

Stärkung der „Allianzen“ vs. China

Die USA sind „derzeit“ unbestritten der einzige „Hegemon“, der seine Macht global entfalten kann. Jedoch droht der US-amerikanische Einfluss im indopazifischen Raum an der Einflussexpansion Chinas in den nächsten Jahren zu erodieren.

Kooperationen im Indopazifik

Die USA verfügen über eine Vielzahl von unterschiedlichen Sicherheitsverträgen (v.a. mit Australien, Japan, Südkorea, Thailand, Philippinen und Vietnam) und Militärbasen im asiatisch-pazifischen Raum. Die bilateralen Sicherheitsverträge bilden die Basis der Machtprojektion im Indopazifik. Eine gesonderte Stellung obliegt Taiwan, weil es im Unterschied zu den anderen indopazifischen Anrainerstaaten diplomatisch von den USA formell nicht anerkannt wird. Ziel der USA ist es, den Machtansprüchen Chinas durch Intensivierung der Kooperationen mit den Partnern zu begegnen. Zur Zielerreichung werden sämtliche geostrategische Mittel, von Diplomatie über Rüstungsprogramme bis hin zu Kräftedislozierungen, zum Einsatz gebracht.

Australien ist aufgrund der „geringen“ eigenen militärischen Fähigkeiten und der wachsenden chinesischen Bedrohung auf die Unterstützung der USA angewiesen. Die Gefahr der Reduzierung der US-Unterstützung führte bereits im Jahre 2021, aufgrund der Erfahrungen mit der Trump-Administration, zu einer Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf 2,1% des BIP. Die USA waren schon bisher mit großem Vorsprung der wichtigste Waffenlieferant. Im Zeitraum 2012 bis 2021 wurden rund 75% aller Rüstungslieferungen aus den USA getätigt. Mit der Beschaffung moderner nuklear-betriebener U-Boote

wurde die Zusammenarbeit weiter vertieft. Zudem fungieren die USA als wichtiger Truppensteller.

Mit Japan wurde erst am 11. Jänner 2023, im Rahmen des Treffens der Außen- und Verteidigungsminister in Washington, die Ausweitung der US-Beistandspflicht vereinbart. Die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung (Artikel 5 des bilateralen Vertrages) wird demnach auch für militärische Bedrohungen aus dem Weltall gelten. Zudem soll die US-Truppenpräsenz auf der Insel Okinawa umgestaltet werden. Demnach soll bis 2025 ein Artillerieregiment durch eine bewegliche Eingreiftruppe („Marine Littoral Regiment“) ersetzt werden. Gleichzeitig sollen bis 2024, etwa 4.000 US-Militärpersonen von Okinawa auf die Insel Guam verlegt werden. Derzeit sind insgesamt rund 50.000 US-Militärpersonen in Japan stationiert. *"Heute haben wir einen historischen Bündnisbeschluss zur Optimierung unserer Militärpräsenz in Japan begrüßt"*, sagte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Mitte Jänner 2023 bei der Pressekonferenz mit US-Außenminister Antony Blinken und seinem japanischen Amtskollegen Yasukazu Hamada und Yoshimasa Hayashi in Washington. Angesichts der Bedrohungen durch China und Nordkorea wäre eine Stärkung der militärischen Kooperation und Abschreckung in der Region notwendig. Zudem wird die Absicht Japans, bis 2027 seine Verteidigungsausgaben von derzeit 1% auf 2% der Wirtschaftsleistung aufzustocken, begrüßt. Erstmals sollen im Rahmen ihrer „Strategie für nationale Sicherheit“ weitreichende Offensivwaffen wie US-Tomahawk-Marschflugkörper beschafft werden, welche sowohl defensiv (Flug- und Raketenabwehr) als auch offensiv gegen potentielle Ziele an den feindlichen Gegenküsten eingesetzt werden können. Der größte Budgetposten ist für den Ausbau von Munitions- und Treibstofflagern der Selbstverteidigungskräfte vorgesehen. Aufgrund der für die USA „inakzeptablen“ Cyber-Fähigkeiten Japans, wird innerhalb der nächsten fünf Jahre auch in diesem Bereich massiv, mit etwa 20.000 Personen, aufstockt. Vor dem Hintergrund der Stärkung ihrer Beziehungen trafen am 13. Jänner 2023 Staatspräsident Kishida US-Präsident Joseph Biden in Washington zusammen. Mit dem Ausbau seiner Verteidigungsfähigkeit will Japan eine aktivere Rolle in der Allianz mit den USA übernehmen und zudem seine Abhängigkeit verringern.

Die thailändische Regierung wiederum beabsichtigt die Beschaffung von 12 „Joint Strike Fighter“ vom Typ F-35A. Der Beschaffungspreis dieser Stealth-Kampfflugzeuge liegt bei rd. 100 Mio. USD pro Stück. Die offizielle Lieferfreigabe durch die zuständigen US-Gremien steht jedoch noch aus. Die volle Einsatzbereitschaft soll spätestens 2034 erreicht sein. Mit dieser Beschaffung sollen bestehende Kampfflugzeuge vom Typ Northrop F-5 und Lockheed

Martin F-16 ersetzt und die Partnerschaft mit den USA weiter gestärkt werden.

Resümee und Ausblick

Innenpolitisch steht US-Präsident Biden unverändert vor der Herausforderung, eine tief gesplante Gesellschaft einen zu wollen. Aufgrund des Verlustes der Mehrheit im Repräsentantenhaus bei den „Midterms“ und der dadurch entstandenen Blockade im Kongress ist die Gesetzgebung massiv erschwert bis lahmgelegt. Denn um Gesetze verabschieden zu können braucht es die Zustimmung des Repräsentantenhauses, des Senats und des US-Präsidenten. Die Gesetzesvorhaben der Republikaner im Repräsentantenhaus, darunter eine Verschärfung des Abtreibungsrechts, werden wahrscheinlich nicht durchsetzbar sein, weil sich der demokratisch dominierte Senat und das Weiße Haus dagegenstellen werden. Selbst im Falle eines unliebsamen – im Kongress beschlossenen – Gesetzes kann der Präsident ein Veto einlegen, welches erst durch eine Zweidrittelmehrheit des Repräsentantenhauses aufgehoben werden kann. Das Vetorecht ist ein wichtiges Mittel der Exekutive, in den Gesetzgebungsvorgang einzugreifen und unliebsame Gesetze zu beeinflussen oder zu verhindern. In einer Vetosituation kommt es deshalb oft zu Kompromissen.

Die gezielte Herbeiführung der Zahlungsunfähigkeit der USA ab Sommer 2023 durch die Republikaner ist aus derzeitiger Sicht zwar bedrohlich, aber dennoch unwahrscheinlich. Die Thematik dient der Opposition als „Verhandlungshebel“ für die Umsetzung ihrer Gesetzesvorhaben, darunter v.a. die Reduzierung der Sozialausgaben und Steuersenkungen. Die Zahlungsunfähigkeit der USA würde Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten auslösen und somit geopolitisch als Zeichen der Schwäche der USA angesehen werden. Im Wettbewerb mit China ist jedoch Stärke gefragt, auch im Weltbild der Republikaner. Die republikanische Opposition wird sich dennoch mit kämpferischer Rhetorik gegen den „Sumpf in Washington“ stellen und ihre populistische Politik der Diskreditierung der Biden-Administration vehement fortsetzen. Erfahrungsgemäß wird die zweite Hälfte der US-Präsidentschaft schwieriger verlaufen und somit sind große „Würfe“ in der Gesetzgebung nicht zu erwarten. Joseph Biden wird seine offenen Gesetzgebungsvorhaben kaum noch durchsetzen können. Das gilt v.a. für die gesetzliche Verankerung eines bundesweiten „Rechtes auf Abtreibung“, welches Biden zuletzt vor den „Midterms“ ankündigte.

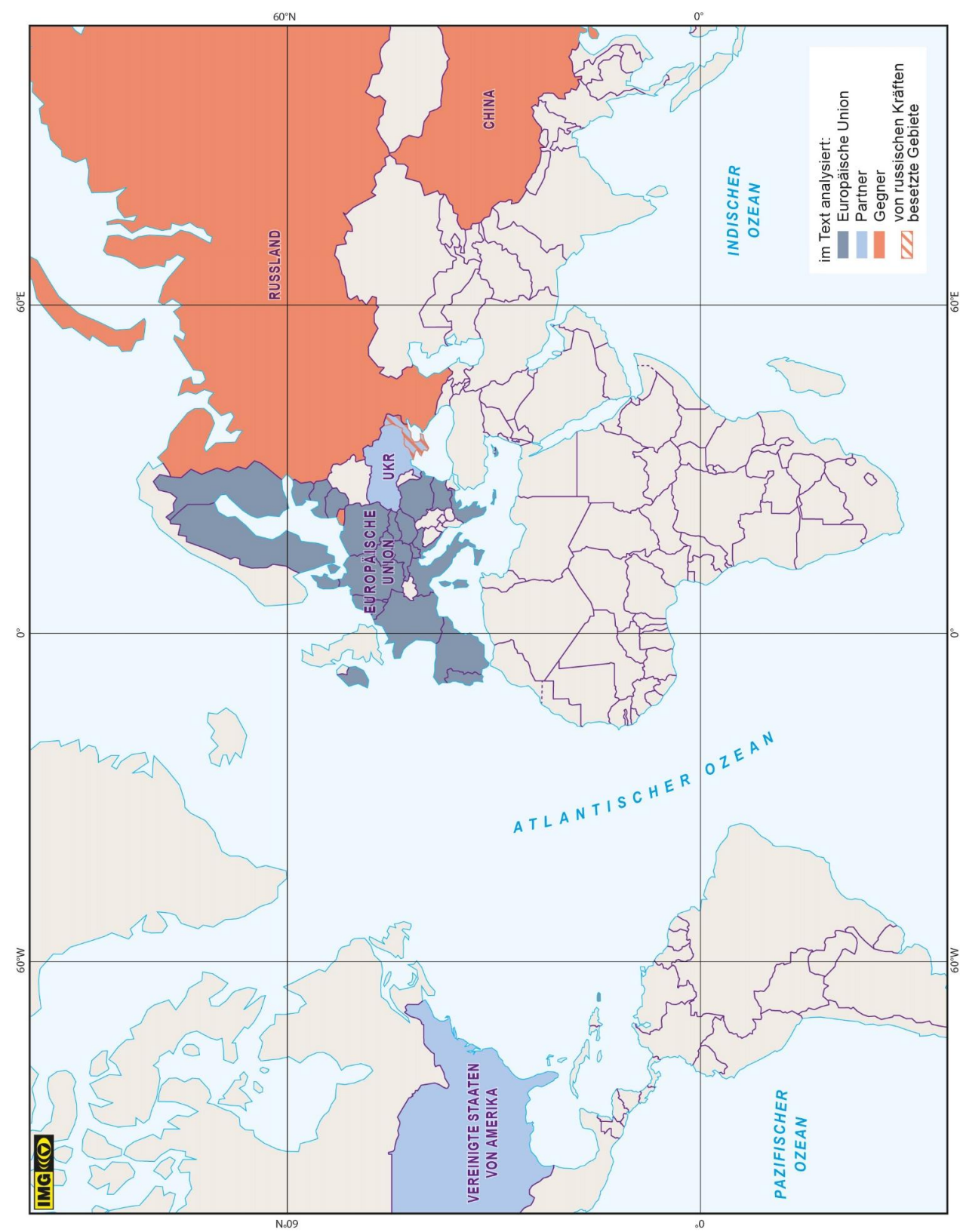
Das Ergebnis der Zwischenwahlen erlaubt noch keine Prognose für die „US-Präsidentschaftswahlen 2024“. Ob es zu einer Wiederholung des Rennens Trump gegen

Biden kommt, ist noch von zahlreichen, unvorhersehbaren Faktoren abhängig. Derzeit sind beide geschwächt. Trump v.a. innerparteilich, wegen der von ihm mitverursachten Misserfolge bei den Zwischenwahlen, Biden wegen des Verlusts der bisherigen Doppelmehrheit im Kongress und der Skepsis aufgrund seines hohen Alters. Dazu kommt, dass die US-amerikanische Wählerschaft das Kapitel Trump vs. Biden eher abschließen möchte. Während derzeit die einzige Hoffnung der Republikaner auf Ron DeSantis liegt, gibt es bei den Demokraten mehrere potentielle Präsidentschaftskandidaten, darunter die 51-jährige Senatorin aus Michigan, Gretchen Whitmer.

Außenpolitisches Ziel ist es, die USA als Führungsmacht im Rahmen der internationalen Organisationen und Gremien zu festigen und ihre Stellung als „Hegemonialmacht“ zu sichern. China stellt sowohl für die Demokraten als auch für die Republikaner die größte derzeitige und zukünftige Bedrohung nationaler Interessen dar. Bei dieser Thematik ziehen beide Parteien an einem Strang und versuchen sich bei den Maßnahmen gegen China sogar zu überbieten. Für Joseph Biden ist die Stärkung der Bündnisse mit Alliierten und Partnern, insbesondere zur Machtprojektion im indopazifischen Raum entscheidend. Daher wird auch die Politik der „Eindämmung“ verstärkt gegenüber China zum Einsatz gebracht.

Hinsichtlich der Ambitionen Russlands ist sich die US-Administration ihrer unterstützenden Rolle für die transatlantischen Partner bewusst. US-Präsident Biden konnte durch den Ukraine-Krieg den Zusammenhalt mit den transatlantischen Partnern stärken und somit seine hegemoniale Stellung in Europa ausbauen. Die hohen Unterstützungsleistungen an Europa sollen dort eine langfristige Resilienz gegenüber Russland bewirken, um in weiterer Folge im geostrategischen Spannungsfeld Südostasien, dem aufstrebendem China, mit klarem Fokus und gebündelten Kräften entgegentreten zu können.

Andreas Wenzel



Europa

EU als künftige sicherheits- und wirtschaftspolitische Machtakteurin – Fiktion versus Realität

Seit dem Ausbruch des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 haben sich die machtpolitischen Parameter in der europäischen Ordnungsstruktur aus der Sicht der realpolitischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der EU im Wesentlichen in zweierlei Hinsicht verändert. Einerseits haben die USA als westliche Schutzmacht und Hegemon – ganz im Sinne von Robert Kagan, dem Vertreter der realistischen Denkschule der internationalen Beziehungen – sowohl sicherheitspolitisch als auch vor allem in der Energiewirtschaft maßgeblich an Einfluss in Europa gewonnen. Andererseits spielen internationale Organisationen, allen voran die OSZE, aber auch die UNO, keine bzw. kaum eine relevante Rolle bei der Konfliktlösung im laufenden Kriegsgeschehen. Gerade durch die Marginalisierung von internationalen Institutionen zur Durchsetzung von Interessen, werden scheinbar die Handlungsmöglichkeit der EU sowohl in ihrer Supranationalität, als auch von ihren Mitgliedsländern geschwächt. Neben Frankreich und Deutschland, die ihren ordnungspolitischen Anspruch in Europa und darüber hinaus gewöhnlich auch mittels Diplomatie zum Ausdruck bringen, sind insbesondere kleinere Mitgliedsländer durch die gegenwärtige Konfliktstruktur der internationalen Beziehungen in ihrer Entfaltung ihrer Gestaltungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt. Dies trifft nicht nur, aber eben auch auf Österreich zu. Insgesamt ist daher zu Jahresbeginn 2023 festzuhalten, dass die durch den Krieg verursachte Machtverschiebung gerade im sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen die EU einen wesentlichen globalpolitischen Nachteil hat. Diese Wahrnehmung wird auch durch die konzeptuell angelegte Vertiefung der Kooperation zwischen der EU und NATO scheinbar bestätigt, weil die beabsichtigte Erreichung einer strategischen Autonomie oder gar Souveränität in der gegenwärtigen Situation als unrealistisch zu klassifizieren ist. Unabhängig der offensichtlichen aktuellen Konsequenzen der aus dem Krieg resultierenden Nachteile für die EU, müssen dennoch die mittel- und langfristigen Perspektiven der Union als sicherheits- und wirtschaftspolitischen Machtakteurin gesondert einer weiterführenden Analyse unterzogen werden, damit die im öffentlichen sicherheitspolitischen Diskurs dominierenden Indikatoren mit einer umfassenderen Darstellung der strategischen Lage zu Jahresbeginn 2023 ergänzt werden können. Somit geht der vorliegende Text der Frage nach, ob die EU einen machts- und ordnungspolitischen

Charakter in Zukunft aufweisen könnte und dies sich bereits zu Jahresbeginn 2023 im Kontext des Ukrainekrieges manifestieren könnte.

EU in einer hierarchischen Konfliktstruktur

Die Rückkehr der Machtpolitik auf der Ebene der internationalen Beziehungen wurde zwar in akademischen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Kreisen schon seit Längerem beobachtet, doch nun wurde es durch den zwischenstaatlichen Krieg Russlands als Aggressor gegen die Ukraine als einem Völkerrechtssubjekt, dessen Rechte auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung durch den Artikel 51 der UN-Charta garantiert und geschützt sind, auch der breiten Bevölkerung aller sozialen Schichten des Westens bewusst. Der Krieg in der Ukraine stellt aber aus globalpolitischer Perspektive keinesfalls eine Ausnahmeerscheinung dar, vielmehr verdeutlicht er die Regel in den internationalen Beziehungen, wonach Akteure für die Durchsetzung ihrer Interessen auch kriegsrische Handlungen setzen. Diese empirisch belegbare und technokratische anmutende Feststellung darf die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, die die russische Führung im Kreml zu verantworten hat, nicht relativieren. Im Gegenteil, die humanitären Leiden sind insofern hochzuhalten, da gerade die Kriegsoffer des Zweiten Weltkrieg – bis zu 65 Mio. direkt getöteter Menschen sowie weitere unmittelbare 15 Mio. Opfer – als Mahnung für Konsequenzen von Kriegen die längste Friedensperiode in Europa beschert haben. Obwohl nach dem Zerfall Jugoslawiens sowie der Sowjetunion bereits kriegsrische Auseinandersetzungen, sowohl im inner- als auch im zwischenstaatlichen Kontext stattfanden, markiert der Krieg Russlands gegen die Ukraine eine Zäsur. Der russisch-ukrainische Krieg hat im Zusammenhang eines mehrschichtigen geopolitischen Konfliktes globale Auswirkungen und wirft ordnungspolitische Fragen insbesondere im europäischen Kontext auf, die auch in der Alltagsführung von Menschen nicht direkt am Krieg beteiligter Staaten spüren – wie z.B. durch längerfristig angespannte Budgetlage privater Haushalte aufgrund gestiegener Energiekosten.

Grundsätzlich kann der Krieg in der Ukraine als ein „Subelement“ in einer hierarchisch strukturierten Konfliktstruktur dargestellt werden, der auf einer übergeordneten Ebene in einem geopolitischen Konflikt in Europa zwischen dem Westen EU/NATO und Russland „eingegliedert“ ist.² Dieser auf europäischer Ebene befindliche Konflikt ist wiederum ein Teil einer darüber befindlichen Auseinandersetzung zwischen Washington und Moskau anzusehen. Auf der höchsten Ebene der Konfliktstruktur ist die Auseinandersetzung

² Weiterführende Details zur Systematik der Konfliktstruktur siehe Bächora, ISS Aktuell 2/2022, 63-68

zwischen den Großmächten USA und China als alleiniger „peer competitor“ für den liberalen Hegemon und der von ihm dominierten Weltordnung verortet. Eingebettet in diese Systematik der hierarchischen Konfliktstruktur muss sich die EU als Akteurin sowohl im Krieg Russlands gegen die Ukraine als auch im geopolitischen Konflikt mit Moskau auf europäischer Ebene, im amerikanisch-russischen Spannungsverhältnis sowie schließlich auch in der Auseinandersetzung zwischen den USA und China positionieren. Nur aus der Beurteilungsperspektive, der sich aus überlagernden Konfliktebenen heraus konstituierenden Struktur von geopolitischen Rivalitäten in den internationalen Beziehungen ist es möglich, die „strategische Standortbestimmung“ der EU realistisch zu bewerten und die notwendigen Ableitungen für langfristige Zielerreichung eigener Interessen der EU-27 abzuleiten.

Die zentralen Parameter der EU-Positionierung sind auf der strategischen Ebene durch Partnerschaft mit den USA in außen- und sicherheitspolitischen Politikfeldern charakterisiert, aber bei gleichzeitigem Versuch, auf eine wirtschafts- und handelspolitische Interessensdurchsetzung hinzuweisen und somit eine spezielle Position im Konflikt zwischen Washington und Peking einzunehmen. Aufgrund der vielfältigen sicherheitspolitischen Überschneidungen der Interessen zwischen USA und der EU im Rahmen der gegenwärtigen Administration im Weißen Haus, bei parallel dazu verlaufendem Einfordern eigener ökonomischer Zielsetzungen hinsichtlich der vorteilhaften Zugänge zum chinesischen Markt, werden bei distanzierter Betrachtung deutliche Differenzen im Rahmen der amerikanisch-europäischen „Überlappingsstrukturen“ in der genannten hierarchischen Struktur deutlich. Im Konflikt zwischen USA und Russland teilen die EU und ihre Mitgliedsländer, allerdings mit unterschiedlichen Ausprägungen, die Interessen der USA, dies aber erst seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs. In den Jahren 2014-2022 wurde eine Konfliktbeilegung der bewaffneten Auseinandersetzung im Donbass im sogenannten Normandie-Format – bestehend aus Frankreich, Deutschland, Ukraine und Russland – versucht zu erzielen, dem die USA nicht angehörten. Gerade die Ansätze Frankreichs und Deutschlands unterschieden sich teilweise deutlich von jenen des Weißen Hauses und ihren engsten Verbündeten im Osten Europas. Dass die Bemühungen um eine friedliche Konfliktlösung in der Ostukraine bis Februar 2022 ohne systemische Einbindung der EU und somit auch wichtiger Staaten im östlichen Teil der EU erfolgte, scheint im Nachhinein betrachtet ein großer Fehler gewesen zu sein. Jedenfalls führte der Krieg in der Ukraine zur Überbrückung der Differenzen zwischen den USA und der europäischen NATO-Staaten sowie

der EU. Unmittelbar vor der russischen Invasion in die Ukraine waren transatlantische Spannungen vor allem aufgrund der Eroberung Afghanistans durch die Taliban und das unilaterale Vorgehen der USA im Rahmen des Truppenabzuges zum Nachteil europäischer Partner angespannt. Als Konsequenz des russischen Angriffskrieges lässt sich jedoch konstatieren, dass der Konflikt zwischen EU/NATO einerseits und Russland andererseits, vom Spannungsverhältnis zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml „absorbiert“ wurde. Somit wurde die untere Konfliktebene von der darüber befindlichen Ebene der Auseinandersetzung „systemisch“ übernommen. Dies soll bedeuten, dass die Dynamik an Spannungen zwischen EU/NATO und Russland realpolitisch von den amerikanisch-russischen Beziehungen abhängig ist. Die außen- und sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten der EU sind daher an die Interessen der USA gebunden. Nun weisen aber gerade im Beobachtungszeitraum einige Entwicklungen darauf hin, dass die EU und ihre Mitgliedsländer durchaus Eigenständigkeit bewahren und die beiden machtpolitischen Schlüsselbereiche Sicherheit und Wirtschaft dabei gesondert betrachtet werden müssen. Grundsätzlich spielen somit sicherheitspolitische Parameter – sowie aber auch jene der Wirtschaft – eine entscheidende Rolle und in beiden Politikbereichsdimensionen ereigneten sich der zweiten Jahreshälfte 2022 strategierelevante Dynamiken – und zwar nicht nur zum Nachteil der EU.

Macht- und ordnungspolitische Parameter zu Jahresbeginn 2023

Durch den Krieg in der Ukraine wird auch für die Bevölkerung im westlichen Teil der EU spürbar, dass die Friedensordnung in Europa durch macht- und geopolitische Interessen nachhaltig geprägt und gefährdet ist. In diesem Zusammenhang konnte die EU in der zweiten Jahreshälfte 2022 wesentliche Akzente setzen, die sie als eine wichtige sicherheitspolitische Akteurin in Europa stärkt, jedoch wurden gleichzeitig auch politische Schwächen offensichtlich, die die Stellung der EU in den internationalen Beziehungen einschränken oder gar marginalisieren. Zusätzlich untergraben auch Spannungen zwischen den EU-Mitgliedsländern untereinander die normierend-gestalterische Dimension der GASP/GSVP. Somit lassen sich für die Analyse der Fragestellung des vorliegenden Artikels, wie die strategische Positionierung der EU im Kontext des Ukrainekrieges zu klassifizieren ist und welche machtpolitischen Ableitungen für die Zukunft daraus zu ziehen wären, zwei konträre und scheinbar miteinander nicht vereinbare Ansätze im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2022 identifizieren. Die zentralen Themenfelder für diese „dialektische Herangehensweise“ der

weiterführenden Analyse betreffen demnach ein breites Spektrum an Maßnahmen und Entwicklungen, die alle einen unmittelbaren Bezug der EU zum Krieg in der Ukraine aufweisen.

Sanktionspolitik der EU

Im Mittelpunkt der Maßnahmenpolitik der EU als Konfliktpartei im Ukrainekrieg steht an erster Stelle die Sanktionspolitik gegen Russland. Die Sanktionen der EU gegen Russland betreffen ein breites Spektrum an Wirtschaftsbereichen, darunter die Sektoren der Finanzen, Energie, Transport und unterschiedliche Bereiche der Industrie. Hauptsächlich zielen sie jedoch darauf ab, dem russischen Angreifer einen wirtschaftlichen Schaden primär mittels Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energien zuzufügen. Somit hängen die sanktionspolitischen Regularien eng mit der Energieversorgung von EU-Staaten zusammen, welche wiederum innenpolitische Befindlichkeiten und insbesondere mögliche wirtschaftspolitische, sozioökonomische sowie gesellschaftspolitische Verwerfungen in die Risikokalkulation und Interessensabwägung einfließen lassen müssen. Vor diesem Hintergrund haben Maßnahmen der EU als Konfliktpartei im Ukrainekrieg unmittelbare innenpolitische Konsequenzen zur Folge, die die Großmächte USA und China in dieser Form nicht verspüren. Auch wirkt sich die Abkoppelung der EU-Staaten von billigen russischen Energien unterschiedlich auf die jeweiligen Volkswirtschaften und ihren Bevölkerungen aus. Angeführt wird die „Dependenzskala“ von Ungarn, welches eine 80%-Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen bei Kriegsausbruch im Februar 2022 aufgewiesen hatte. Bei einer offiziellen Inflationsrate von 22% Ende Dezember 2022 haben sich auch Ungarinnen und Ungarn in einer viel kritisierten Umfrage, die offiziell als „nationale Konsultation“ bezeichnet wird, zu 97% gegen die von der EU verhängten Russlandsanktionen ausgesprochen. Dieses Ergebnis wurde von der ungarischen Regierungssprecherin, Alexandra Szentkirályi, am 14. Januar 2023 veröffentlicht. Laut Regierungsangaben haben sich 1,4 Mio. Menschen in Ungarn an der Abstimmung beteiligt und soll auch als Zeichen in Richtung Brüssel seitens des Premiers Viktor Orbán verstanden werden, dass es womöglich künftig mehr Widerstand geben wird, neue Sanktionen gegen Russland zu beschließen oder gar bestehende zu verlängern. Die Politik der nationalkonservativen Regierung Ungarns zielt dabei eindeutig auf unterschiedliche Interessen ab, wobei nicht nur demokratische Mängel im Inneren und Interessenskonflikte mit der Kommission ein bedeutendes Kalkül darstellen, sondern auch die angespannte sozioökonomische Situation angesichts der hohen Inflation, gestiegener Verbraucher Preise und die

zunehmenden schärfer werdenden diplomatischen Animositäten zwischen Budapest und Kiew.

Nichtsdestotrotz war die EU auch in der zweiten Jahreshälfte 2022 fähig, die bereits davor beschlossenen Sanktionen aufrechtzuerhalten und diese auch zu erweitern. Seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurden von der EU insgesamt neun Sanktionspakete beschlossen, die gemäß der deutschen Bundesregierung konkreten Schaden Russlands bezwecken sollen: *„Die Sanktionen zielen insbesondere darauf, die russische Wirtschaft und die politische Elite massiv zu schwächen.“* Während die Sanktionspakete 1 bis 6 vom Februar bis Juni 2022 beschlossen wurden, erfolgten drei weitere sanktionspolitische Vorkehrungen in Form von gebündelten Maßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 2022. So beinhaltet das siebte Sanktionspaket vom 21. Juli 2022 hauptsächlich Goldimporte sowie eine Verschärfung des Ausfuhrverbots für Dual-Use-Güter. Das Sanktionspaket Nummer acht, verkündet am 6. Oktober, war eine direkte Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion, in Form einer legislativ-formalen Aufnahme, der von russischen Militärs eroberten ukrainischen Oblaste Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson in die Russische Föderation und sah u.a. ein Einfuhrverbot von Waren im Wert von 7 Mrd. Euro. Zudem bildete dieses Paket auch die Grundlage für die von der G7 beschlossene Preisdeckelung für russisches Öl auf den Weltmärkten. Schließlich sind im neunten Sanktionspaket, das am 16. Dezember 2022 vom Rat beschlossen wurde, Maßnahmen gegen 149 Einzelpersonen und 51 Organisationen verhängt worden. Der Hohe EU-Vertreter für Außenpolitik und Vizekommissionsvorsitzender, Josep Borrell, argumentierte die Maßnahmen zu Jahresende 2022 wie folgt:

„Wir nehmen nahezu 200 neue Personen und Organisationen ins Visier, die bei der jüngsten Eskalation Russlands in seinem rechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine eine entscheidende Rolle gespielt haben. Wir zielen auf Entscheidungsträger in der russischen Regierung, der Duma, im Föderationsrat und in der Justiz ab. All jene, die für die Plünderung von ukrainischem Getreide und die Zwangsdeportation der ukrainischen Bevölkerung und insbesondere von Kindern verantwortlich sind, sowie Organisationen, die den öffentlichen Raum mit einer systematischen Manipulation von Informationen vergiften, werden mit Sanktionen belegt. Wir sind entschlossen, die Ukraine so lange wie nötig zu unterstützen.“

Mit diesen Maßnahmen hat die EU zwar unter teilweise enormen eigenen Schaden, aber dennoch eine erstaunliche Handlungsfähigkeit bewiesen, die sie als machtpolitische Akteurin auszeichnet. Allerdings bleibt die Frage offen, inwieweit der Rahmen von den USA vorgegeben wird. Diese Fragestellung deutet darauf hin, dass die EU-Sanktionen an die Maßnahmen Washingtons gebunden sind und somit die

Eigenständigkeit des Handels der EU-27 zumindest offen bleibt.

Unterstützung für die Ukraine

Die Akteursfähigkeit der EU als Konfliktpartei im Kontext des russischen Angriffskrieges wird auch mittels materieller und finanzieller Unterstützung für die Ukraine ersichtlich. Dabei sind grundsätzlich zwischen militärischen und zivilen Hilfsmaßnahmen für den angegriffenen ukrainischen Staat zu unterscheiden. Vor allem die militärischen Leistungen stellen ein Novum für die EU dar, da insbesondere verfassungsrechtliche Auflagen, wie im Falle Österreichs hinsichtlich der Neutralität zwar berücksichtigt werden müssen, aber seit Kriegsbeginn dem Erlangen von Konsensbeschlüssen nicht abträglich war. Somit werden Waffenlieferungen von EU-Mitgliedsländern an die Ukraine, die unter anderem gepanzerte Fahrzeuge, Panzer, schwere Artillerie und Munition beinhalteten, teilweise aus dem gemeinsamen „Off-Budget“ der EU – also nicht Teil des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) – co-finanziert. Beglichen wurden die gemeinsamen militärischen Unterstützungsleistungen durch die sogenannte European Peace Facility (EPF), die 5,7 Mrd. Euro betrug, im Umfang von rund 2,5 Mrd. Euro. Am 12. Dezember 2022 wurde diesbezüglich beschlossen, die EPF mit weiteren 2 Mrd. Euro aufzufüllen. Neben diesen gemeinsamen Mechanismen und Leistungen unterstützen einzelne EU-Mitgliedsländer die Ukraine individuell und können eben zum Teil die Kosten über die EPF abdecken. Obwohl die militärischen Unterstützungsleistungen der EU und ihrer Mitgliedsländer im Vergleich jener der USA geringer ausfallen, sind sie dennoch von großer Bedeutung, da die Hilfen aus den USA nicht unbedingt nachhaltig sein müssen. Besonders infolge der Kongresswahlen am 8. November 2022, in denen die Republikaner im Repräsentantenhaus eine hauchdünne Mehrheit erreicht haben, wurden bereits Zweifel an künftigen Leistungen für die Ukraine geäußert. Insgesamt haben die USA der Ukraine seit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Joe Biden bis einschließlich Jahresende 2022 militärische Unterstützung im Wert von 27,5 Mrd. US-Dollar gewährt. Erst am 19. Januar 2023 verlautbarte US-Außenminister Antony Blinken, der Ukraine weitere Militärhilfe für 2,5 Mrd. US-Dollar zukommen zu lassen. Insgesamt haben die USA bis Dezember 2022 rund 48 Mrd. US-Dollar an Hilfen für die Ukraine geleistet, wovon die Masse auf die militärische Unterstützung ausfiel. Anders verhält es sich bei der EU, die im gleichen Zeitraum über Brüsseler Institutionen sowie Mitgliedsstaaten 52 Mrd. Euro Hilfen an den ukrainischen Staat leisteten. Basierend auf dem Beschluss des Europäischen Rates, hat die EU-Kommission am 9. November 2022 ein Paket im Wert

von 18 Mrd. Euro zusammengestellt, das unter anderem die monatliche Auszahlung von 1,5 Mrd. Euro sowie ein Darlehen, dessen Rückzahlung ab 2033 anlaufen soll, vorsieht.

Einen weiteren Schwerpunkt hinsichtlich der Unterstützung für die Ukraine setzt die EU im Bereich der GSVP mit der Implementierung einer eigenen EU-Trainingsmission „European Union Military Assistance Mission Ukraine“ (EUMAM Ukraine) für die ukrainischen Streitkräfte. Am 17. Oktober 2022 hat der Rat, basierend auf den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs vom Juni 2022, den Aufbau einer EU-Trainingsmission bekanntgegeben. Ziel ist die Ermöglichung der Weiterführung des Kampfes der Ukraine gegen die „rechtswidrige Aggression“, so die Darstellung des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell:

„Heute verstärken wir unsere Unterstützung für die Ukraine, damit sie sich gegen die rechtswidrige Aggression Russlands verteidigen kann. Im Rahmen der militärischen Unterstützungsmission der EU werden die ukrainischen Streitkräfte ausgebildet, damit sie ihren mutigen Kampf fortsetzen können. Die EUMAM ist nicht nur eine Ausbildungsmission, sondern vielmehr ein eindeutiger Beleg dafür, dass die EU der Ukraine so lange wie nötig zur Seite stehen wird.“

Das nichtexekutive Mandat für die EUMAM Ukraine ist zunächst auf zwei Jahre befristet, wurde mit 107 Mio. Euro budgetiert und soll Ausbildungsmaßnahmen für rund 15.000 ukrainische Soldaten in einem EU-Mitgliedsland umfassen. Das operative Hauptquartier wird in der Struktur des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) integriert werden, um „die Gesamtkoordinierung auf strategischer Ebene zu gewährleisten“. Der Vizeadmiral Hervé Bléjean, Direktor des militärischen Planungs- und Durchführungsstabs (MPCC), wird die EUMAM Ukraine befehlen. Somit trägt die EU wesentlich zur Aufrechterhaltung der Funktions- und Verteidigungsfähigkeit der Ukraine bei.

Vertiefung der EU-NATO-Kooperation

Angesichts des Krieges in der Ukraine und der fragilen Sicherheitslage in Europa wurde am 10. Januar 2023 eine gemeinsame Erklärung zwischen der EU und NATO unterzeichnet, wodurch die institutionelle Zusammenarbeit auf eine neue Stufe gehoben werden sollte. In folgenden Bereichen soll es zu einer Vertiefung der gemeinsamen Anstrengungen für die Generierung der Sicherheit in Europa kommen:

- „wachsender geostrategischer Wettbewerb,
- Resilienz und Schutz kritischer Infrastrukturen,
- neu entstehende und disruptive Technologien,
- Weltraum,
- sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels,

- ausländische Manipulation von Informationen und Einflussnahme.“

Unterzeichnet wurde die gemeinsame Erklärung vom Präsidenten des Rates, Charles Michel, der Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Im Dokument selbst wird auf die in der ersten Jahreshälfte 2022 beschlossenen strategischen Dokumente beider Organisationen Bezug genommen. Während der „Strategische Kompass“ der EU den Aufbau einer 5.000 Personen starken Eingreiftruppe für Krisenmanagementoperationen vorsieht, steht beim „Neuen Strategischen Konzept“ der NATO vor allem die Abschreckung und territoriale Verteidigung im Vordergrund. Zwar war die Vertiefung der Kooperation lange vorgesehen, aber angesichts des Krieges in der Ukraine erhält sie eine zusätzliche Gewichtung. Da aber die NATO hauptsächlich von den USA gestützt wird und diese sich künftig strategisch in den Indopazifik ausrichten möchten, sieht die Allianz trotz der wiedererlangten Bedeutung infolge der russischen Invasion in der Ukraine keiner stabilen Zukunft entgegen. Mittel- bis langfristig ist ein weiteres institutionelles Überschneiden zwischen der EU und NATO bei gleichzeitiger Transition von Verantwortung der USA an europäische Partner wahrscheinlich. Die vertiefend-systematisierte EU-NATO-Zusammenarbeit könnte somit insbesondere ab 2024 in einem weiterzufassenden Kontext von Bedeutung werden, und zwar dann, falls einer der beiden republikanischen Kandidaten, sei es der Ex-Präsident, Donald Trump, oder Ron DeSantis, ins Weiße Haus einziehen sollten. Eine Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen und die Schwächung der NATO sind nicht ausgeschlossen. Als Präsident hat Donald Trump nicht nur den Artikel 5 des NATO-Vertrages und somit die kollektive Verteidigungsklausel infrage gestellt, sondern auch den Austritt der USA aus der Allianz angedroht. Vor diesem Hintergrund sind weitreichende Potentiale der EU als stabilere Akteurin in der transatlantischen Beziehungsstruktur und somit als der entscheidende Faktor für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa für weiterführende politische Ableitungen in Betracht zu ziehen.

„Wirtschaftskrieg“ zwischen USA und EU?

In der zweiten Jahreshälfte 2022 zeichneten sich nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich, sondern insbesondere im zweiten zentralen transatlantischen Politikfeld – nämlich der Wirtschaft – gravierende Veränderungen ab. Der zunehmend zum Nachteil der EU sich abzeichnende globale wirtschaftliche Wettbewerb scheint zunehmend die Beziehungen zwischen der EU und USA zu belasten. Dies veranlasste den deutschen Wirtschaftsminister, Robert Habeck, am

20. Oktober 2022 dazu, vor einem Wirtschaftskrieg zwischen den USA und EU zu warnen. Hintergrund ist der vom US-Kongress verabschiedete und am 16. August vom Präsident Joe Biden unterzeichnete American Inflation Reduction Act, der ein 430 Mrd. US-Dollar umfassendes Investitionsprogramm mit Fokus auf nachhaltige Energietechnologie zur Bekämpfung des Klimawandels darstellt. Durch diese Maßnahme sind unter anderem steuerliche Anreize für den Ausbau erneuerbarer Energie sowie weitere Begünstigungen für Unternehmen, die in den USA produzieren, vorgesehen. Ein Abwandern von essenziellen Industriebetrieben aus der EU wird befürchtet, sofern nicht massiv entgegengesteuert wird. Auch der Wirtschaftsminister Frankreichs, Bruno Le Maire, äußerte besorgt und sah nicht nur für die leistungsstarken Industrieländer Frankreich und Deutschland Nachteile, sondern für alle EU-Mitgliedsländer. Am 5. Dezember 2022 tagte in Maryland der US-EU-Handels- und Technologierat (Trade and Technology Council / TTC), der die strittigen Fragen im transatlantischen Verhältnis hätte klären sollen. Dass diesem Gremium eine wichtige Funktion beigemessen wird, bezeugte nicht zuletzt die Vorsitzführung auf der politischen Ebene. Seitens der EU-Kommission waren die geschäftsführenden Vizepräsidenten Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis vertreten. Repräsentanten der USA waren Außenminister Antony Blinken, Handelsministerin Gina Raimondo und die Handelsbeauftragte Katherine Tai. Dem erst 2021 unter Präsident Biden eingerichtete TTC wird deshalb eine große Bedeutung beigemessen, weil das Handelsvolumen zwischen den USA und der EU über 1 Billion Euro jährlich ausmacht.

Wie zu erwarten war, konnte in den strittigen Fragen keine Einigung erzielt werden, obwohl die EU ernsthafte Bedenken geäußert hatte. Grundsätzlich gibt es aber auch Synergien, die genutzt werden. Dazu gehören Bereiche wie „Digitale Infrastruktur und Konnektivität“, „Zusammenarbeit bei neu entstehenden Technologien“, „Aufbau resilienter Lieferketten für Halbleiter“ oder „Ausbau des transatlantischen Handels“. Im Rahmen des TTC wurden insgesamt zehn unterschiedliche Arbeitsgruppen mit Arbeitsschwerpunkten zu Normen, künstliche Intelligenz, Halbleiter, Ausfuhrkontrollen sowie zur Lösung von Herausforderungen des globalen Handels eingerichtet. Trotz der Tagung des TTC erfolgte im zentralen Streitpunkt keine Annäherung, was die Kommission auch auf Drängen der EU-Staats- und Regierungschefs dazu veranlasste, eine adäquate Antwort auf das von den USA erlassene Inflationsgesetz anzukündigen. Diesbezüglich macht vor allem Frankreich weitreichende Vorschläge zu einer „Made in Europe-Strategie“ mit „staatlichen Beihilfen und neuen EU-Fonds“. In Bereichen von strategischer Bedeutung sollten nach französischen Vorstellungen sogar

„Produktionsziele“ vereinbart werden. Die deutsche Bundesregierung dürfte diese Ambitionen bremsen, da man den wirtschaftlichen Konflikt mit den USA nicht mit eskalieren lassen möchte. Unabhängig dieser Positionierung Berlins, hat die Kommissionspräsidentin von der Leyen beim Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum / WEF) am 17. Januar 2023 einen „Green-Deal-Industrieplan“ angekündigt, den sie nur einen Tag später im EU-Parlament präsentierte. Dieser Industrieplan ist eine direkte Antwort auf den Inflation Reduction Act Washingtons und zielt auf Wettbewerbsfähigkeit mit den USA im Bereich der nachhaltigen Energietechnologie ab. Laut der Internationalen Energiebehörde soll bis 2030 der Markt für saubere Energie 650 Mrd. US-Dollar betragen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, besteht der „Green-Deal-Industrieplan“ aus vier Säulen:

- a) rasches Expandieren entsprechender Technologien,
- b) Investitionen und Finanzierung von entsprechender Produktion,
- c) Schaffung von Kompetenzen insbesondere der Solarindustrie mittels Aufbringung von 1. Mio. Fachkräfte,
- d) Aufbau krisenfester Lieferketten.

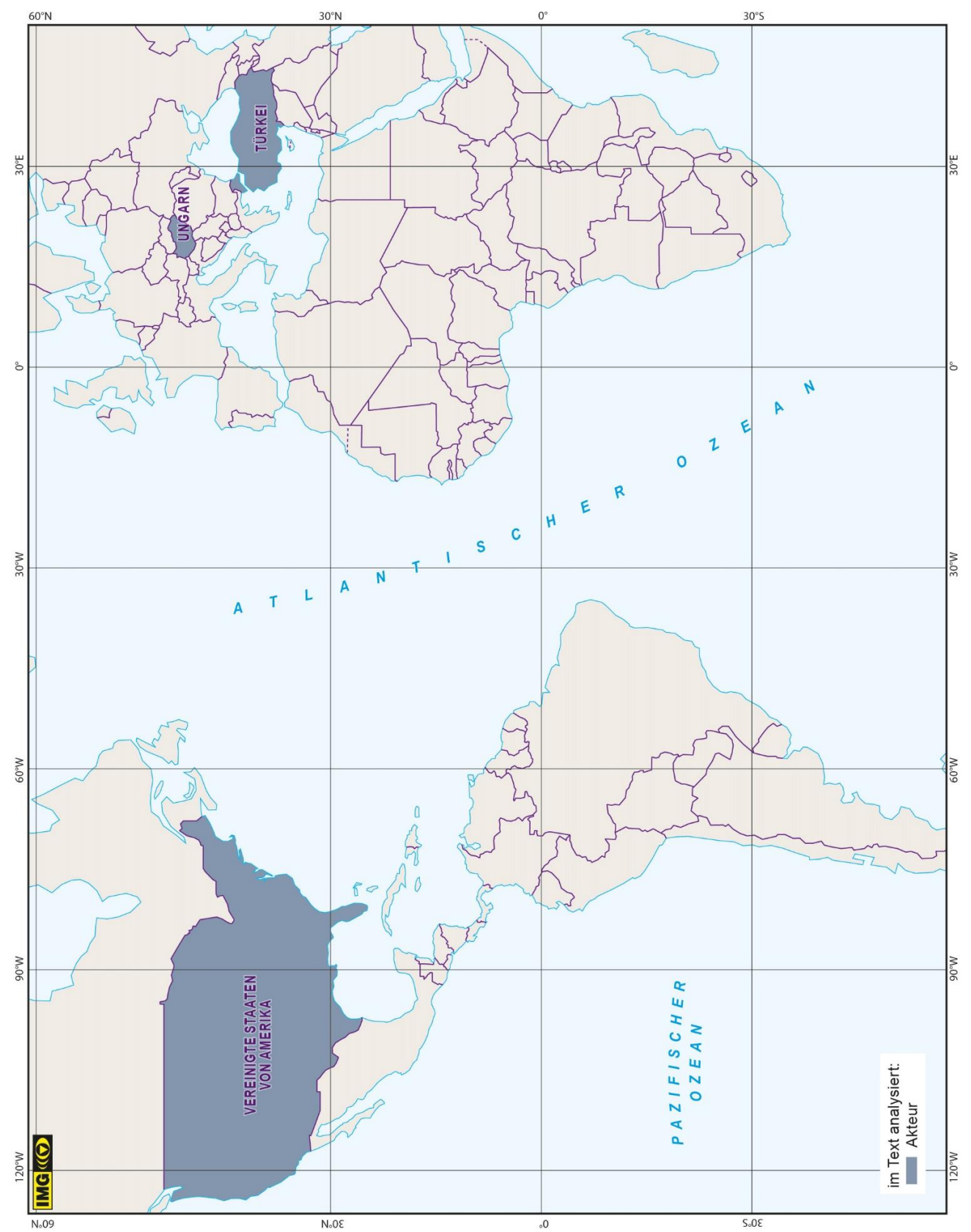
Dieser „Green-Deal-Industrieplan“ wird in einschlägigen Brüsseler Expertenkreisen als „geoökonomische Antwort“ der EU auf die USA gewertet. Demnach soll vor allem der Industrie in Frankreich und Deutschland geholfen und ein Abwandern in die USA verhindert werden. Damit hat die EU, trotz des gewachsenen Einflusses der USA in Europa infolge des Krieges in Europa, strategische Handlungsfähigkeit auch im Bereich der Wirtschaft bewiesen. Insbesondere die gestiegenen Energiepreise und weiterhin die energiepolitische Abhängigkeit von Akteuren mit eigenen Interessen, trotz der Abkoppelung von Russland, bleiben die zentrale Schwachpunkte.

Fazit und Ableitungen

Grundsätzlich dominieren in der öffentlichen Diskussion die Lieferung von Waffen, wodurch die gesamtstrategische Dimension der EU-Maßnahmen unbeachtet bleibt. Gerade die EUMAM für ukrainische Streitkräfte verdeutlicht auch einen weiterführenden Mehrwert der GASP/GSVP gegenüber der NATO als reine Militärallianz. Die von den USA und EU geleisteten Hilfen unterscheiden sich strategisch insofern, da die Ukraine auch nach Kriegsende enorme finanzielle Unterstützung brauchen wird und erfahrungsgemäß werden diese von der EU kommen. Gelingt nach dem Krieg ein konsequentes Heranführen der Ukraine an die EU und eine wirtschaftliche, sozioökonomische und demokratiepolitische Stabilisierung – sprich das Erreichen von zentralen

Standards westlicher EU-Staaten und nicht jener ihrer östlichen Nachbarn, dann wird der strategische Mehrwert aus normativer Brüsseler Perspektive zusätzlich gesteigert werden. Neben dem Erreichen von sozioökonomischen und demokratiepolitischen Standards wird eine stabilisierte Ukraine mit ihren kampferprobten Streitkräften die Gestaltungsmöglichkeiten der GASP/GSVP zusätzlich erweitern. Die militärischen Potentiale der USA werden mittel- bis langfristig in Asien eingesetzt werden und somit werden Strukturen und Kapazitäten der GASP/GSVP stärkere ordnungspolitische Funktion in Europa und Umgebung einnehmen müssen. Gegen einen potenziellen militärischen Gegner Russland sind EU-Staaten bereits jetzt gewappnet, allerdings und dies ist die zentrale Ableitung, würde eine militärische Auseinandersetzung auf rein konventioneller Basis stattfinden. In diesem Kontext wird der nachhaltige Erfolg der GASP/GSVP auch unter dem Einsatz kooperativer Verfahren und proaktiver Diplomatie zu sichern sein. Unter diesen Vorzeichen könnten der UNO-Sitz sowie die OSZE-Zentrale in einem neutralen Österreich vom zusätzlichen strategischen Vorteil sein. Inwieweit die EU als gestärkte Akteurin aus dem Ukrainekrieg und den drohenden wirtschaftlichen Verwerfungen mit den USA hervorgehen wird, ist nicht zuletzt von der Einigkeit der EU-27 und insbesondere dem Eilvernehmen zwischen Paris und Berlin abhängig. Zumindest ist aufgrund des von außen auf die EU weiter steigende sicherheits- und wirtschaftspolitischen Drucks in der ersten Jahreshälfte 2023 verstärkt ein gemeinsames Vorgehen zwischen Frankreich und Deutschland zu erwarten. Es lässt sich zusammenfassend konstatieren, dass die EU als sicherheits- und wirtschaftspolitische Machtakteurin mittel- bis langfristiges Potential aufweist, doch die Realisierung sowohl an inneren als auch äußeren Faktoren scheitern könnte.

Rastislav Báchora



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Im vergangenen Halbjahr standen im nordatlantischen Bündnis die Unterstützung des angegriffenen Partners Ukraine und die Verstärkung der eigenen Ostflanke im Zentrum der Bemühungen. Wobei angemerkt werden muss, dass die militärischen Leistungen für die Ukraine durch die Alliierten selbständig vorgenommen und eher von den USA koordiniert wurden, die dabei einmal mehr die Hauptlast der Militärhilfe trugen. Die Allianz bildete hingegen die Plattform für die politische Koordination und steuerte den Schutz der Ostflanke. Daneben sah sich das Bündnis noch durch die Spannungen im Kosovo und den anhaltenden Widerstand der Türkei und Ungarns gegen die Aufnahme von Finnland und Schweden herausgefordert. Eingeleitet wurde der Berichtszeitraum durch das Gipfeltreffen in Madrid, wo das neue strategische Konzept beschlossen wurde.

Das Gipfeltreffen in Madrid und die transatlantische Solidarität

„Mitten in der schwersten Krise seit Jahrzehnten“ (NATO-Generalsekretär Stoltenberg) trafen sich die Spitzen der NATO-Alliierten Ende Juni für drei Tage in der spanischen Hauptstadt, um das Bündnis auf eine gefährliche Weltlage neu einzustellen. Als Hauptthemen standen dabei das neue strategische Konzept, die Verstärkung der Abschreckung und Abstimmungen mit Schlüsselpartnern auf der Tagesordnung.

12 Jahre nach „Active Engagement, Modern Defence“ wurde nun das neue „NATO 2022 - Strategic Concept“ der Allianz vorgelegt. Damit soll die veränderte sicherheitspolitische Lage definiert und der Weg des Bündnisses für die nächste Dekade vorgezeichnet werden. Die drei komplementären Kernaufgaben „Abschreckung und Verteidigung“, „Konfliktverhütung und Konfliktmanagement“ sowie „Kooperative Sicherheit“ bleiben unverändert bestehen, wenn auch wenig überraschend die erste die wichtigste geworden ist. Fungierte 2010 Russland noch als wünschenswerter Partner, so wird es nun unumwunden als schwerste und direkte Bedrohung für das Bündnis bewertet. Der brutale Angriff auf die Ukraine hat den Frieden in Europa beendet und die Prinzipien zerstört, die zu einer stabilen Sicherheitsordnung in Europa beitrugen. China taucht zum ersten Mal in einem derartigen Grundlagendokument auf und wird weder als Partner noch als Gegner, sondern vage als wachsende Herausforderung bewertet. Die sich entwickelnde Partnerschaft zwischen Moskau und Peking wird als Element autoritärer Staaten verstanden, mit dem diese die regelbasierte internationale Ordnung zurückdrängen möchten. Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, dass der Artikel 5 des NATO-Vertrags die Basis der

Allianz bleibt. Die kollektive Antwort auf einen Angriff auf einen Verbündeten kann aber nicht nur im Falle einer bewaffneten Aggression, sondern auch als Reaktion auf Cyberangriffe, hybride Bedrohungen und feindliche Weltraumaktivitäten ausgerufen werden.

Die Staats- und Regierungschefs bestätigten auch vorherige Beschlüsse der Verteidigungsminister und damit den Ausbau der in den baltischen Staaten und Polen eingesetzten vier multinationalen Bataillone zu Brigaden. Des Weiteren akzeptierten sie das „Neue NATO Streitkräftemodell“, das 300.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte mit hohen Bereitschaftsgrad vorsieht, die sich auf ausgelagerte Materialdepots abstützen können und denen präzis definierte Einsatzräume zugeordnet sind. Damit soll bis Ende 2023 die NATO Response Force abgelöst werden. In osteuropäischen Ländern ohne direkte Grenze mit Russland wie der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien wurden schon vorher vier bataillonsstarke Verbände stationiert. Am Rande des Treffens kündigte US-Präsident Biden zusätzliche Verstärkungen an. So wird in Polen erstmals ein Korpskommando des US-Heeres aufgestellt und zwei weitere F-35 Staffeln nach Großbritannien sowie Kampfunterstützungskräfte nach Deutschland und Italien entsendet.

Neben den in Mittel- und Osteuropa aufmarschierten Heeres- und Luftwaffenverbänden stehen zusätzlich mehrere maritime Gruppen im Mittelmeer und im Atlantik im Einsatz, womit es sich gesamt gesehen um die stärkste Abschreckung gegen Russland seit dem Ende des Kalten Kriegs handelt.



NATO-Gipfeltreffen in Madrid am 29.06.2022.

Diese Defensivmaßnahmen sind notwendig, weil aus dem früheren Partner Russland zunehmend ein Gegner geworden ist. Dabei hat alles ganz anders begonnen, die Russische Föderation war einer der ersten PfP-Partner der NATO. 1997 schlossen beide Seiten die „NATO-Russland Gründungsakte“ ab, mit der ein beiderseitig gewinnbringendes Verhältnis und eine privilegierte Position Russlands zur Allianz begründet werden sollten. Damit sollte auch die beginnende

Osterweiterung des Bündnisses abgesichert werden, ein Versuch, der leider fehlschlug. Schon 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz beklagte Präsident Putin den Beitritt osteuropäischer Staaten zur NATO und definierte diese zunehmend als Bedrohung Russlands, obwohl die Alliierten selbst noch länger daran festhielten, Moskau als Partner zu erhalten. Die russische Annexion der Krim sieben Jahre später führte zu einem ersten Sinneswandel und ab 2017 zu ersten Verstärkungen an der Ostflanke, wenn auch noch eingeschränkt und durchaus in Übereinstimmung mit den Rücksichten der NATO aus dem Grundlagendokument 1997 (siehe ISS-Aktuell 1-2022). Erst der brutale Angriff auf die Ukraine hat nun jegliche Kooperation, jeden Kontakt über den NATO-Russland Rat beendet und auch die Beschränkungen aus 1997 obsolet werden lassen. Es ist derzeit auch völlig unklar, wie die Beziehungen zu Moskau zukünftig aussehen könnten.

Dafür bekommen in Übereinstimmung mit dem neuen strategischen Konzept andere Partner eine erhöhte Bedeutung. Um der Herausforderung China besser begegnen zu können, nahmen erstmals Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea an einem Gipfeltreffen der Allianz teil. Die dabei erörterten Themen wie sichere Seeverbindungslinien, Cyberabwehr und der Kampf gegen die Desinformation sind per se noch wenig militärischer Natur, können aber dennoch eine sich verstärkende Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik aufbereiten. Die genaue Ausgestaltung derselben muss auch von der Allianz noch gefunden werden, dennoch richtete die Republik Südkorea nur wenige Wochen später eine Botschaft zum Bündnis ein. Mit Finnland und Schweden wollen auch zwei langjährige Partner nun Mitglied werden, um besser gegen die imperialistische Politik Moskaus gesichert zu sein. Nachdem in Madrid die Zustimmung dazu von allen Alliierten gegeben wurde, sollte es danach doch nicht so schnell gehen, wie es die Lage in Europa eigentlich erfordert hätte. Vor allem Ankara drängt auf Zugeständnisse in Form konkreter Auslieferungen des Terrorismus' verdächtiger und im Exil lebender Personen, was in beiden Ländern aber keine Entscheidung der Politik, sondern der unabhängigen Justiz ist. Und somit fehlt Ende 2022 noch immer die Ratifizierung der Beitrittsanträge durch die Türkei, was sich wahrscheinlich erst nach den dortigen Wahlen im Juni 2023 ändern wird.

Dazu kommt noch Ungarn und somit sind es zwei Alliierte, die dieser finalen Zustimmung noch nicht nachgekommen sind. Budapest zeigte sich auch schon in der Vergangenheit als schwieriger NATO-Mitgliedsstaat, da es jegliche Vertiefung der Beziehungen der Allianz zur Ukraine mit seinem Vetorecht verhinderte und auch jetzt keine Waffen

liefert. Als Begründungen werden die Politik Kiews gegenüber der ungarischsprachigen Minderheit in Transkarpatien und die Energieabhängigkeit von Moskau angeführt, ein Argument, das auch in der EU zum Einsatz kommt.

Ungarn und die Türkei repräsentieren damit Risse im nordatlantischen Bündnis, dessen Geschlossenheit ansonsten bemerkenswert ist. Diese zeigt sich in der bündnisweit vorgenommenen Verstärkung der Ostflanke, die sich wiederum auf eine erhöhte Übungstätigkeit abstützt; dazu kommt die fortgesetzte Erhöhung der Verteidigungsbudgets aller Alliierten, die von fast allen getragene militärische Hilfe für die Ukraine, die auch den Ersatz sowjetischen Geräts durch westliche Systeme beinhaltet. So wurden die von der Slowakei gelieferten Flugabwehrwaffen S-300 durch "Patriot"-Systeme ersetzt, die die Deutschen, Holländer und US-Amerikaner stellten. Auch der vor allem von Deutschland angebotene "Ringtausch", der abgegebene sowjetische Kampf- und Schützenpanzer der Osteuropäer durch "Leopard 2" und "Marder" ersetzt, kann dazu gezählt werden.

Sicherheit vor Russland über eine ausreichende Abschreckung und fortgesetzte Hilfe für die Ukraine waren die beiden Hauptaufgaben des Bündnisses in den letzten sechs Monaten. Dabei zeigte die Allianz eine beeindruckende Geschlossenheit, die nur durch die Türkei und Ungarn getrübt wurde. Die wesentliche Herausforderung für die NATO besteht darin, die gemeinsame Erfüllung dieser beiden Aufgaben noch lange aufrechtzuerhalten, da ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine nicht absehbar ist. In vielen europäischen Staaten dürften daher die Ergebnisse der "Mid-Terms" in den USA mit Erleichterung aufgenommen worden sein.

Herausforderungen

Trotz dieses positiven Gesamtbildes dürfen die Herausforderungen nicht übersehen werden, denen sich die Allianz stellen muss. Jedes Mitglied muss praktisch zeitgleich zur Stärkung der Ostflanke beitragen, seine eigenen militärischen Fähigkeiten verbessern und militärische Hilfe für die Ukraine leisten. Dabei werden vor allem in Europa die ohnehin nur unzureichend gefüllten Material- und Munitionsdepots geleert und müssen irgendwie wieder für zukünftige Aufgaben gefüllt werden, was Jahre dauern kann. Dies bewirkt Anforderungen an die Rüstungsindustrie, die seit Jahren europaweit ein Schattendasein fristete und nun plötzlich wieder in großem Umfang liefern soll. Finnland und

Schweden dürfen jetzt schon an Sitzungen des Nordatlantikrats und anderer Gremien teilnehmen, wenn auch ohne Stimmrecht. Ihr absehbarer Beitritt wird die Allianz zwar stärken, zwingt aber auch zu Planungen zum Schutz und zur Verteidigung der Ostsee und einer wesentlich längeren Grenze mit Russland. Diese Pläne werden wegen der Politik Ankaras und Budapests jedoch noch länger unter Vorbehalt stehen müssen.



Französische Soldaten landen in Rumänien zur Verstärkung der NATO-Ostflanke

Dabei klopft schon ein neuer Aspirant an die Tür, die Ukraine, die als Antwort auf die Annexion einiger Provinzen durch Russland Ende September 2022 formell um Mitgliedschaft angesucht hat. So lange der Krieg tobt, wird dieses Ansuchen aber sicher nicht erfüllt werden, weil damit die NATO automatisch Konfliktpartei werden würde, was niemand will. Schon jetzt achtet das Bündnis darauf, dass die von den Mitgliedsstaaten geleistete Hilfe "rote Linien" nicht überschreitet, um nur ja Moskau keinen Vorwand zu liefern. Dazu zählen Waffensysteme wie Kampfflugzeuge, die tief in russisches Gebiet eindringen könnten, aber auch die ruhige sowie professionelle Reaktion auf die Explosionen in Polen nach einem Raketenangriff Russlands in der ukrainischen Grenzregion. Gerade dieser Zwischenfall zeigte schlaglichtartig die mögliche Ausweitung des Krieges in der Ukraine auf, und, auch das muss gesagt werden, dass Moskau vorläufig keine entschiedene Reaktion der Verteidigungsallianz fürchtet. Nur so sind Angriffe an der Landgrenze zur NATO mit all den dabei möglichen "Kollateralschäden" zu erklären.

Dabei dürften die russischen Reaktionsmöglichkeiten nach den in der Ukraine erlittenen Verlusten auf einen wie immer gearteten Kriegseintritt der NATO eingeschränkt sein, mit Ausnahme der nuklearen Option. Es sind daher genau diese strategischen Ungewissheiten die dazu führen, dass verständlicherweise niemand in Brüssel ein Interesse an einer derartigen Eskalation hat.

Eine weitere Herausforderung bildet der Balkan mit seinem Unruhepotenzial. Aber auch hier kann die Allianz nur begrenzt auf russische, saudi-arabische und/oder chinesische Einflussnahmen oder auf die nationalistischen Spannungen zwischen Belgrad und Pristina reagieren. KFOR kann auf Basis des UN-Mandats 1244 fortgesetzt für eine gewisse Stabilität im Kosovo sorgen sowie allgemein abschreckend wirken, mehr nicht. Bosnien-Herzegowina und Serbien sind zwar PfP-Partner, verfolgen aber eigene sicherheitspolitische Ziele, wie vor allem das eng an Russland angelehnte Serbien zeigt. Bei allen genannten Staaten wird dennoch versucht, diese an die euro-atlantischen Strukturen heranzuführen und damit die Region zu beruhigen. Die Erfolge sind überschaubar, ein Schicksal, das die NATO in diesem Raum mit der EU teilt.

Ausblick

Der im Februar 2022 ausgelöste Krieg in der Ukraine fordert die europäischen Staaten wie schon lange nicht mehr heraus. Da ein Überfall auf ein Nachbarland mitten in Europa nicht widerstandslos hingenommen werden kann und um eine angemessene Antwort auf den Bruch des Völkerrechts zu finden, mussten Sanktionen verhängt werden. Um die politische Erpressbarkeit zu vermindern und um die Finanzierung der russischen Rüstung zu erschweren, musste die Energieabhängigkeit reduziert und damit eine Inflation bekämpft werden, die ihre Vergleichswerte erst in den frühen 1950-er Jahren findet. Während diese politischen Maßnahmen über die EU abgestimmt werden, organisiert der Kontinent seine Sicherheit vor Russland über die NATO. Dabei muss nun zu den oben geschilderten finanziellen Opfern auch wieder aufgerüstet werden. So nähern sich immer mehr Staaten dem "2%-Ziel" an, manche gehen sogar darüber hinaus.

Dies erlaubt längst notwendige Beschaffungen, wobei vor allem das Kampfflugzeug F-35 zeigt, dass der aktuelle Gewinner die US-Rüstungsindustrie ist. Nicht zuletzt deswegen, weil dort Systeme wie der schwere Transporthubschrauber CH-47 "Chinook" angeboten werden, für den es kein Pendant in Europa gibt. Die naheliegende Erklärung ist die, dass die globale Führungsrolle der USA eben wesentlich mehr Aufträge für die US-Rüstungsindustrie nach sich zog, als dies in Europa der Fall war. Allein der Vergleich der Verteidigungsbudgets verdeutlicht dies. Gaben die USA 2021 über 750 Milliarden US-Dollar aus, so belief sich der Wert der EU-27 auf etwas mehr als 210 Milliarden Euro. Ein weiterer Nachteil der Europäer ist ihre, nach nationalen Bedürfnissen zugeschnittene und daher fragmentierte, Rüstungssparte. Langjährige Forderungen der europäischen Instanzen, zu mehr Kooperation bei Forschung, Entwicklung, Beschaffung

und Betrieb von Waffensystemen zu finden, blieben ohne wirklichen Erfolg, trotz finanzieller Anreize wie dem “European Defence Fund”. So gehen nur 18% der militärischen Investitionen europäischer Staaten in multilaterale Projekte. Die Konsequenz ist eine europäische Verteidigungsindustrie, die lange ein bescheidenes Dasein fristete und daher in einem ungleichen Kampf mit der US-Konkurrenz steht.

Auf die NATO hat diese Konstellation nur wenig Einfluss, sie ist ein transatlantisches Bündnis und zeigt auch jetzt ihre Unverzichtbarkeit. Ein glaubwürdiger Schutz Europas ist bis auf weiteres nur über die USA und damit über die Allianz wahrzunehmen, nur sie hat das Potenzial dafür. Seit 1949 erfolgreich in der Sicherung der demokratischen Staaten kommt sie dieser Aufgabe mit der Verstärkung der Ostflanke einmal mehr erfolgreich nach. Parallel müssen die Erfahrungen aus den Kämpfen über das “NATO Warfighting Capstone Concept” laufend analysiert werden, um Ableitungen für das zukünftige Kriegsbild und daher Abschreckung treffen zu können. Dabei zeigt sich, dass Drohnen in all ihren Ausführungen (Aufklärung, Überwachung, Kampf) zunehmend an Bedeutung gewinnen, genau wie ihre Abwehr. Aber auch konventionelle, in Österreich politisch lang bekämpfte, Waffen wie der Kampfpanzer haben noch ihren Platz auf dem Gefechtsfeld. Für die zukünftige Waffenentwicklung bedeutsam wird die Zusammenarbeit zwischen bemannten und unbemannten Systemen werden, also beispielsweise zwischen dem Piloten eines Kampffjets und dem ihn begleitenden Drohnenschwarm. Hier wird auch die künstliche Intelligenz vermehrt Eingang finden.

Diese Ausführung ist unvollständig, da sie nicht die unmilitärischen, “hybriden” Bedrohungen wie Cyberangriffe und Desinformation beinhaltet, auf die sich das Bündnis auch einstellen muss. Und es ist anzunehmen, dass die Allianz und damit ihre Mitgliedsstaaten einen langen Atem brauchen, da mit einem raschen Ende des Kriegs in der Ukraine nicht zu rechnen ist. Und noch weniger mit einem Russland, das einen “freundlichen” Regimewechsel vollzieht und daher wieder als Partner zu beurteilen wäre. Eher wird es ein Gegner des Westens bleiben, gestützt auf einem großen nuklearen Arsenal, das die aktuelle konventionelle Schwäche kompensieren kann. Vor diesem Hintergrund sind vertrauensbildende Maßnahmen nur schwer vorstellbar und werden Abkommen zur Rüstungskontrolle auch später kaum zu erzielen sein.

Für die Allianz, und damit für Europa bleibt zu hoffen, dass die derzeitige Einigkeit nicht noch mehr von Ankara gestört wird, als es schon der Fall ist. So gesehen ist es von unschätzbarem Vorteil, dass die im vergangenen November abgehaltenen “Mid-Terms” in den USA nicht wie prophezeit den Durchmarsch der

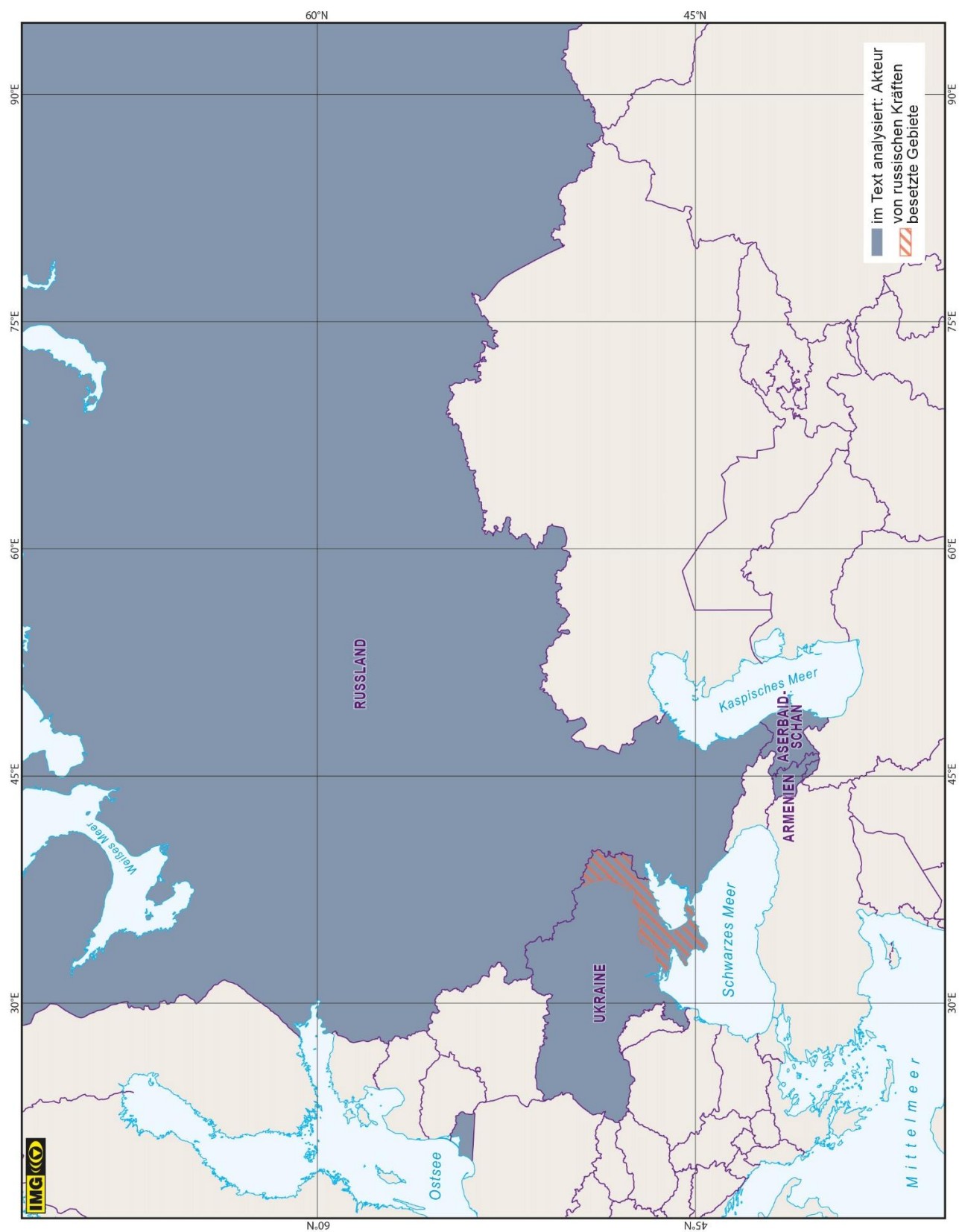
Republikaner durch Senat und Repräsentantenhaus gebracht haben. Es besteht Hoffnung, dass das transatlantische Bündnis nach den US-Präsidentenwahlen 2024 nicht wieder unter Druck kommen wird, wie es schon einmal unter Trump 2017 – 2021 der Fall war. Denn auf beiden Seiten des Atlantiks wird noch auf längere Sicht Geschlossenheit notwendig sein, um den Herausforderungen aus Moskau und Peking erfolgreich begegnen zu können. Dabei ist jede zukünftige Stärkung des “europäischen Pfeilers” in der NATO zu unterstützen.

Und Österreich?

Wenig überraschend haben Politik und Gesellschaft in Österreich das Jahr 2022 nicht genutzt, um eine ernsthafte Prüfung der aus dem Jahr 1955 unter völlig anderen Bedingungen gewählten Neutralität vorzunehmen. Nicht einmal der angestrebte NATO-Beitritt von Finnland und Schweden haben dafür ausgereicht. Die Schweiz begann wenigstens ansatzweise eine Diskussion, ohne aber zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Wie in Österreich wird an der bisherigen Neutralitätspolitik festgehalten und so muss hier wie dort das neutrale Gebot der Gleichbehandlung der Kriegsparteien eingehalten werden, was bei der klaren Lage von Täter (Russland) – Opfer (Ukraine) schon recht eigenartig ist. Und so liefert die Schweiz eben keine “Gepard”-Munition an Deutschland und Österreich wendet im Vergleich mit anderen Ländern nur bescheidene 7 Millionen Euro an Hilfe für die Ukraine auf. Es darf daher auch niemanden verwundern, dass Österreich zur von Deutschland angeführten europäischen Luftverteidigungsinitiative nicht eingeladen wurde, zu unsicher ist die sicherheitspolitische Positionierung des neutralen Landes im Anlassfall.

Ganz spurlos ist der Krieg aber an der heimischen Sicherheitspolitik auch nicht vorübergegangen, das zeigt die für das Bundesheer beschlossene Aufrüstung. Bis 2026 sollen über das Bundesfinanzrahmengesetz immerhin 16,6 Milliarden Euro bereitgestellt werden, was grob einem Mehrwert von 4 – 5 Milliarden Euro entspricht. Das gleichzeitig vom Nationalrat beschlossene Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz soll die budgetäre Lage des Bundesheers sogar bis 2032 verbessern. Zweifel sind aber angebracht, da noch unklar ist, ob und wie hier die Pensionskosten eingerechnet und ob die Gesetze so lange halten werden. 2024 wird ein neuer Nationalrat gewählt, der diese mit einer neuen einfachen Mehrheit wieder außer Kraft setzen kann.

Otto Naderer



Postsowjetischer Raum

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und Ukraine im Kampf ums Überleben

Fast ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine befindet sich Russland – zumindest in seiner Rhetorik dem Westen gegenüber – in einem „Großen Vaterländischen Krieg 2.0“, der teils existenzielle Züge in Propaganda und Rhetorik annimmt. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte beispielsweise in einer Rede am 21. Dezember 2022 vor dem Führungskollegium des russischen Verteidigungsministeriums: *„Es ist bekannt, dass heute das militärische Potenzial und die Fähigkeiten praktisch aller großen NATO-Staaten aktiv gegen Russland eingesetzt werden.“*

Damit begründet Putin wohl auch, wieso die „spezielle Militäroperation“ (SMO) in der Ukraine bisher nicht die gesetzten Ziele erreicht hat. Im Gegenteil, die Ukraine konnte fast 50% der von Russland in diesem Krieg besetzten Gebiete wieder zurückerobern; dennoch waren im Dezember 2022 rund 20% des ukrainischen Territoriums unter russischer Kontrolle. Seit dem russischen Rückzug aus Cherson Anfang November 2022 verfügt keine der Kriegsparteien derzeit über die Initiative am Schlachtfeld. Beide Seiten bereiten aber nach Angaben westlicher Nachrichtendienste und Aussagen sowohl ukrainischer wie russischer Experten neue Offensiven für die erste Jahreshälfte 2023 vor. Russland könnte Ende Februar/Anfang März eine neue Offensive versuchen. Die Ukraine wiederum dürfte sich für Offensivoperationen im Mai/Juni vorbereiten, was auch mit den Ende Jänner beschlossenen westlichen Panzerlieferungen leichter durchführbar wird. Ein wesentliches Ziel russischer Angriffe im kommenden Halbjahr wird höchstwahrscheinlich weiterhin das Brechen des ukrainischen Kampfwillens bleiben. Für die Ukraine ist die Unterstützung durch den Westen – besonders die Ende Jänner 2023 zugesagte Lieferung von Kampfpanzern – daher wohl auch von psychologischer Seite her überlebenswichtig.

Wenngleich die westlichen öffentlichen Debatten sich hier meist auf die Lieferung von Waffen konzentrieren, darf das Ausmaß der finanziellen und humanitären Unterstützung nicht vergessen werden. So kamen 2022 40% des ukrainischen Budgets aus internationalen Hilfen. Erst durch die milliardenstarken Hilfszahlungen und Kredite, besonders aus den USA und von der EU, konnte die Ukraine die Verteidigung gegen den russischen Angriff finanzieren. Seitens der EU wurden für 2023 bereits 18 Mrd. Euro für humanitäre Vorhaben zugesagt, aber die Auszahlungen des als zinslosen Kredites angelegten Hilfspaktes sind an die Umsetzung von Reformen geknüpft. Für die Ukraine wird also 2023 nicht nur militärisch ein Überlebenskampf, denn

zeitgleich wird an teils längst fälligen Reformen gearbeitet werden müssen.

Für den Ausblick auf die erste Jahreshälfte soll hier aber nicht die militärische Entwicklung im Vordergrund stehen. Neben einem Blick auf den allgemeinen Zustand der Russischen Föderation und der Ukraine werden vor allem die Möglichkeiten für eine Konflikttransformation analysiert. Im zweiten Teil der Analyse wird der geopolitisch bedeutsame Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan aus dem Schatten des Ukrainekriegs geholt.

Im (partiellen) Kriegszustand

Obwohl das offizielle Narrativ in Russland weiterhin am Begriff der „speziellen Militäroperation“ festhält, wird es faktisch immer schwieriger, diese Fassade beizubehalten. Rein rechtlich rief Putin am 16. Oktober den Kriegszustand in den nach international nicht anerkannten Referenden annektierten Oblasten Cherson, Donezk, Cherson, Luhansk und Saporischschja aus. Ein „Kriegszustand light“ gilt aber dem Präsidentenerlass zufolge in ganz Russland, um beispielsweise den Schutz kritischer Infrastruktur sowie von Verwaltungseinrichtungen zu erhöhen oder Vorbereitungen zur Territorialverteidigung und zum Zivilschutz treffen zu können. Ebenso werden Krisenstäbe in allen Regionen eingerichtet. Wie zu erwarten war, begründete Putin den Kriegszustand mit der *„Anwendung von Waffengewalt gegen die territoriale Integrität der Russischen Föderation“*, also die vier annektierten – und in russischer Diktion teilweise durch ukrainische Truppen okkupierten – Gebiete.

Auch die Entscheidung für eine Teilmobilmachung Ende September unterstreicht, dass sich der Staat immer stärker an den Bedürfnissen der SMO orientiert. So wurden nach offiziellen Angaben 300.000 Männer zum Wehrdienst eingezogen. Knapp die Hälfte sei, so die russische Nachrichtenagentur RIA, mittlerweile an der Front und in den zweiten und dritten Linien eingesetzt. Die restlichen 150.000 befinden sich derzeit als Reserve auf Truppenübungsplätzen und in den Ausbildungszentren. Obschon rasch eine Ausnahme für Schlüsselarbeitskräfte in der Rüstungsindustrie oder auch im IT-Sektor verfügt wurde, fehlen der russischen Wirtschaft massiv Arbeitskräfte. Denn es handelt sich hierbei nicht nur die 300.000 Eingezogenen, sondern auch um die über 200.000 vor der Mobilmachung geflüchteten Russen.

Sollte es zu einer zweiten Mobilmachungswelle kommen, wie Beobachter, westliche Geheimdienste und ukrainische Beamte vermuten, dürften nochmals bis zu

500.000 Personen in Russland einberufen werden. Eine solche Entscheidung wird wahrscheinlicher, falls die im Herbst mobilisierten Teile die Truppenübungsplätze Richtung Ukraine verlassen. Ein weiterer Indikator ist, dass seit Ende des Jahres bereits die ersten Lehren aus der ersten Mobilmachung im Bereich Digitalisierung umgesetzt wurden. So dürfen die russischen Militärbehörden nun auf das Pass- und Melderegister zugreifen und sollten, so Berichte der Tageszeitung Kommersant, seit Jahreswechsel über ein digitales Datenverwaltungssystem verfügen.

Mittelfristig strebt Russland jedenfalls einen Ausbau der Armee an, ungeachtet der Kampfhandlungen in der Ukraine. Ankündigungen von Verteidigungsminister Schoigu im Dezember 2022 und Jänner 2023 folgend, sollen zwei ehemals bestehende Militärbezirke wiederhergestellt werden (Moskau und Leningrad), neue Divisionen in den annektierten Gebieten der Ukraine aufgestellt und bestehende Brigaden des Westlichen Militärbezirks in Divisionen umgewandelt werden. Außerdem sollen neue Logistik- und Kampfunterstützungsverbände sowie Artilleriedivisionen geschaffen werden. Mit einer Umsetzung ist jedoch nicht im kommenden Halbjahr zu rechnen. Voraussetzung für viele dieser Maßnahmen ist die angekündigte Erhöhung der Truppenstärke auf 1,5 Mio. Mann und damit einhergehend die Verschiebung der Wehrpflicht von 18 bis 27 Jahre auf 21 bis 30 Jahre. Damit könnten aus den vergleichsweise geburtenstarken Jahrgängen der frühen 1990er-Jahre jene Männer, die z.B. wegen eines Studiums von der Wehrpflicht befreit waren, nun zum Wehrdienst einberufen werden. Die Umsetzung wird jedoch, so der Vorsitzende des Verteidigungskomitees der Duma, Armeegeneral a.D. Andrej Karatpolow, noch nicht beim Frühjahrstermin 2023 umgesetzt sein. Von einer Verlängerung des Wehrdienstes auf bis zu zwei Jahre sieht das russische Verteidigungsministerium derzeit noch ab.

Wirtschaft: künstliche Resilienz

Präsident Putin brachte die wirtschaftliche Lage der Russischen Föderation in seiner Rede vom 21. Dezember treffend auf den Punkt: *„Wir haben keine Einschränkungen bei der Finanzierung. Das Land, die Regierung gibt alles, was die Armee verlangt, alles.“* Spätestens damit hat Putin wohl den bis dato gültigen Gesellschaftsvertrag, also einen Tausch von umfangreichen Sozialleistungen gegen politische Stabilität und Ruhe in der Bevölkerung, de-facto aufgelöst. Die Finanzierung des Krieges wirkt sich nach Meinung russischer Experten immer stärker auf die makroökonomische Stabilität des Staates aus. Wenngleich der kaum merkliche Rückgang des BIPs auf

den ersten Blick eine resiliente Wirtschaft vermuten lässt, so ist dies in Kriegszeiten kein relevanter Indikator. Russlands Staatsausgaben, z.B. für neue Uniformen, Munition und Waffensysteme, stützen das BIP, bringen aber keinen Mehrwert im Wirtschaftskreislauf. Eine deutlichere Sprache spricht hier z. B. der Rückgang beim privaten Konsum um 10% im Vergleich zu 2021, der sogar von Putin selbst angesprochen wurde. Auch die massive Abwanderung von rund 4. Mio. Einwohnern, vor allem gut ausgebildeter, junger Menschen (Stand August 2022), unterstreicht das fehlende Vertrauen in eine positive Zukunftsentwicklung.

Ein Problem im Jahr 2023 dürften, so Experten wie der ehemalige russische Finanzminister Michail Zadornow, die geringeren Einnahmen aus Öl- und Gasexporten werden. Zum einen ist noch nicht klar, wohin und wie viel exportiert wird. Zum anderen fiel der relevante Ölpreis für die russische Marke Ural seit dem Inkrafttreten der westlichen Ölpreisbremse im Dezember 2022 von Höchstpreisen um die 80 US-Dollar/Fass im Herbst auf unter 60 US-Dollar/Fass zu Jahresanfang. Zudem erfolgten die Lieferungen an Indien und China bereits heuer unter den Marktpreisen. Mit den Gewinnen der Öl- und Gasexporte konnte Russland 2022 das Budgetdefizit noch weitgehend ausgleichen, was wohl 2023 nicht mehr möglich sein wird. Daher erwarten wirtschaftskundige Beobachter, dass für die Stabilisierung des Budgets verstärkt auf Reserven des Nationalen Wohlfahrtsfonds zurückgegriffen wird, allen voran durch Devisentauschgeschäfte. Wegen der westlichen Sanktionen sind aber die Reserven westlicher Währungen (US-Dollar und Euro) eingefroren und dem russischen Finanzministerium stehen damit nur mehr chinesische Yuan für internationale Währungsgeschäfte zur Verfügung. Gleichzeitig werden die eingefrorenen Assets aber innerhalb Russlands z.B. an die Nationalbank verkauft, welche auf dieser Basis frische Rubel drucken kann. Wie lange jedoch das aktuelle Ausgabenniveau beibehalten werden kann, ist nicht wirklich absehbar. Der Ökonom Aleksandr Schirokow sieht jedenfalls in einem Interview mit der Nowaja Gaseta vom 29. Dezember 2022 erste Anzeichen, dass Russland das hohe Niveau der Kriegsausgaben nicht mehr lange durchhalten kann und das „Kartenhaus“ zusammenbrechen könnte. Die russische Führung werde aber, so Experten, mit allen Mitteln versuchen, die Wirtschaft und insbesondere die Sozialausgaben bis zur Präsidentschaftswahl am 17. März 2024 (also einen Tag vor dem 10-Jahres-Jubiläum der Krim-Annexion) aufrechtzuerhalten.

Regimestabilität: Rückkehr der „Kremlinologie“

Im Hinblick auf die russischen Präsidentschaftswahlen 2024 stellt sich natürlich die Frage, ob diese nicht auch die Gelegenheit böten, Putin abzulösen. Seit Kriegsausbruch erfuh die „Kremlinologie“, also die Versuche politische Entscheidungen und Personalveränderungen im russischen Führungsapparat vorherzusehen, wieder einen starken Aufwind. Damit verbunden ist auch die im Westen weitverbreitete Hoffnung, dass durch Putins Ablösung der Krieg (schneller) beendet würde. Ein solches Szenario ist für das kommende Halbjahr aber unwahrscheinlich. Vielmehr stehe bereits die erneute Kandidatur Putins für eine nunmehr sechste Amtszeit als Präsident fest – und auch, dass er diese gewinnen müsse. Russischen Medienberichte berufen sich hierzu auf Quellen in der Präsidialadministration.

Seitens der Bevölkerung scheint Putin jedenfalls noch ausreichend Unterstützung zu erfahren. Zwar gibt es vereinzelt Proteste gegen den Krieg und Maßnahmen wie die Mobilmachung. Das Risiko für Massenproteste bzw. eine sogenannte „Farbrevolution“, also ein von externen Mächten verursachter Volksaufstand, scheint für Putin aber gering. Die russischen Behörden unterdrücken auch jeglichen Widerstand bzw. Widerspruch bei der Masse der Bevölkerung. Nur wenigen bekannten Personen wird öffentlich erlaubt, Kritik zu äußern. So können seit 1. Dezember schon alle Personen (und Institutionen), die „nur“ unter „fremden Einfluss“ stehen, als „Ausländischer Agent“ gelistet werden.

Problematischer für Putin dürften die internen Elitenkonflikte werden. Im Herbst wurde der Präsident bereits mehrmals vom sich immer mehr als Feldherren inszenierenden Gründer der privaten Militärfirma „Wagner“, Jewgenij Prigoschin, wegen der schlechten Performance der russischen Truppen in der Ukraine scharf kritisiert. Der Wechsel der militärischen Führung der SMO dürfte auch mit Prigoschin zusammenhängen, vermuten westliche Analysten. General Walerij Gerassimow soll die Kontrolle des Verteidigungsministeriums signalisieren und auch für mehr Koordination des Krieges in der Ukraine sorgen, nachdem Wagner sich für die begrenzten Erfolge im Raum Bachmut verantwortlich zeitigt. Dieser Erfolg ist auch auf den Einsatz Strafgefangener zurückzuführen, wobei hier die ersten nach ihrem sechsmonatigen Einsatz in der Ukraine nun nach Russland zurückkehren. Mit sich bringen diese Menschen schwere Gewalterfahrungen und oftmals auch Waffen und Munition, sowie anzunehmenderweise einen gewissen Grad an Loyalität gegenüber Prigoschin und der Gruppe Wagner. Daher vermuten einige Experten bereits einen

schleichenden Verlust des Gewaltmonopols des russischen Staates und befürchten eine Rückkehr zu Zuständen wie in den „wildem“ 90er-Jahren. Auffällig ist jedenfalls, dass der für den Schutz Putins zuständige Föderale Sicherheitsdienst (FSO) unlängst öffentlichkeitswirksam Stärke demonstrierte und eine „Anti-Terror-Übung“ im Zentrum Moskaus durchführte.

Perspektiven für eine Konflikttransformation

Wenngleich Politiker und Diplomaten immer wieder zu einer Verhandlungslösung aufrufen, scheint diese gegenwärtig nicht in Sicht. Zum einen zeigen sich beide Konfliktparteien mit ihren Maximalforderungen nach wie vor unnachgiebig. Zum anderen besteht bei beiden Seiten aktuell kein bzw. kaum ein Wille Verhandlungen zu führen, da beide auf eine bessere Ausgangsposition zu hoffen scheinen. Daher ist mit Offensiven beider Seiten in der ersten Jahreshälfte zu rechnen, wie bereits eingangs erwähnt wurde. Ob sich dadurch die Gelegenheit für Verhandlungen ergibt, wird aber wohl nicht vom Ergebnis der Schlachten abhängen. Eine Transformation des Krieges von intensiven Kampfhandlungen zu einem Stellungskrieg ähnlich wie von 2015 bis 2022 entlang einer Kontaktlinie wäre ab Mitte 2023 nämlich ebenso denkbar.

Ukrainische Position zu Verhandlungen

Grundsätzlich zeigt sich die Ukraine offen für Verhandlungen. Präsident Wolodymyr Selenskyj schlug beim G20-Gipfel einen 10-Punkte-Plan vor. Dieser sei die Basis für Gespräche mit Russland aber ohne Putin. Selenskyj verbot nach der russischen Annexion der vier Gebiete Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja per Dekret jegliche Verhandlungen mit Putin.

Neben „technischen“ Fragen, wie der Nuklearsicherheit, dem Gefangenenaustausch, Umweltschutz, der Entminung und dem Getreideexport-Deal sieht der 10-Punkte-Plan vor, dass Russland sich vom Territorium der Ukraine zurückziehen und zur territorialen Integrität der Ukraine gemäß der UN-Charta bekennen soll. Der Plan fordert unter anderem die Errichtung eines Sondertribunals für russische Kriegsverbrechen, westliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine und einen schriftlichen Friedensvertrag. Die Sicherheitsgarantien wurden bereits im September im Vorschlag für einen *Kyiv Security Compact* näher ausgeführt und sollten ohne jegliche russische Bedingungen, wie einen Neutralitätsstatus, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine bis zu einem etwaigen EU-Beitritt sicherstellen.

Damit entspricht der Vorschlag von Selenskyj auch dem strategischen Maximalziel der Ukraine: die

Wiederherstellung der Grenzen von 1991. Ein Einfrieren des Konfliktes und die Aufgabe von Teilen der Ukraine sind für Selenskyj nicht akzeptabel, wie er im Interview mit dem Economist Mitte Dezember nochmals klarstellte: *„Why am I against freezing this war? Because in Donbas we have already seen it. They take away part of the territory and then freeze it for some time, to become more powerful occupiers, ready for more occupation, and that's all.“*

10-Punkte-Plan Selenskyjs (Zusammenfassung)

1. Nuklearsicherheit mit Fokus auf der Wiederherstellung der Sicherheit rund um das größte AKW Europas in Saporischschja, welches aktuell von Russland besetzt ist.
2. Nahrungsmittelsicherheit, inklusive der Sicherung der Getreideexporte an die ärmsten Nationen der Welt.
3. Energiesicherheit mit Schwerpunkt auf Preisbeschränkungen für russische Energieressourcen sowie Unterstützung der Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer Strominfrastruktur, die zur Hälfte durch russische Angriffe beschädigt wurde.
4. Freilassung von allen Gefangenen und Deportierten, inklusive der Kriegsgefangenen und der nach Russland verschleppten Kinder.
5. Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und eine Bekräftigung der UN-Charta inkl. ihrer Werte durch Russland, was laut Zelenskyj „nicht verhandelbar“ ist.
6. Rückzug der russischen Truppen und Einstellung der Feindseligkeiten, Wiederherstellung der ukrainischen Staatsgrenzen mit Russland.
7. Gerechtigkeit, inklusive der Errichtung eines Sondertribunals zur Verfolgung von russischen Kriegsverbrechen.
8. Umweltschutz und die Verhinderung eines „Ökozides“, mit Fokus auf Minenräumung und Wiederaufbau von Wasseraufbereitungsanlagen.
9. Verhindern einer weiteren Eskalation und Aufbau einer Sicherheitsarchitektur für den euro-atlantischen Raum, inklusive Sicherheitsgarantien für die Ukraine.
10. Bestätigung der Beendigung des Kriegs durch ein Dokument, das von allen beteiligten Parteien unterzeichnet wird.

Russische Position zu Verhandlungen

Russlands Reaktion auf den 10-Punkte-Plan Selenskis war ablehnend. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte, dass Kyjiw die neuen Realitäten seit der Annexion anerkennen müsse. Eines der definierten Ziele der SMO sei die Befreiung der noch „von der Ukraine okkupierten Gebiete“ in den vier neuen Regionen Russlands, so Peskov Anfang Dezember.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow unterstrich Ende Dezember nochmals, dass die Ukraine die russischen Forderungen nach einer „Entnazifizierung“ und Entmilitarisierung sowie der Eliminierung aller Bedrohungen für Russlands Sicherheit, die von der Ukraine ausgehen, erfüllen müsse. Wenn nicht, so Lawrow, „werde die Angelegenheit durch die russische Armee entschieden“.

Auch wenn der russische Präsident in den vergangenen Wochen immer wieder betonte, dass er sich für ein schnelles Ende des Krieges in der Ukraine einsetzt und auch zu Verhandlungen bereit sei, zeigt sich in seinen Reden keine Kompromissbereitschaft hinsichtlich der jüngst annektierten Gebiete oder gar der Krim.

Möglichkeit einer Konflikttransformation

Vergleicht man die Positionen der Konfliktparteien, so zeigen sich beide Seiten in ihren offiziellen Stellungnahmen unflexibel. Sowohl Kyjiw wie Moskau sind der Überzeugung, dass der russisch-ukrainische Krieg auf der Konfliktebene IV (zwischenstaatlicher Konflikt)³ noch nicht reif für eine Verhandlungslösung ist. Beide Konfliktparteien werden wohl in der ersten Jahreshälfte mit erneuten Offensiven versuchen eine vorteilhafte Position für ein Verhandlungsangebot zu erzielen. Es scheint aber derzeit unwahrscheinlich, dass bis zum Sommer Putin oder Selenskyj ihre strategischen Ziele erreichen können.

Selenskyj will um jeden Preis verhindern, dass es zu einem jahrelangen Krieg mittlerer bis geringer Intensität wie zwischen 2015 und 2022 kommt. Dazu braucht die Ukraine weiterhin internationale Unterstützung, worauf auch der Fokus der ukrainischen Diplomatie liegt. Für Moskau wäre ein Stellungskrieg nicht die schlechteste Variante, denn der Abnutzungseffekt macht sich auch in den Lagern der westlichen Streitkräfte und den Staatshaushalten des Westens immer deutlicher bemerkbar.

Russland sucht in der Ukraine, wenn man Aussagen von Präsident Putin und Außenminister Lawrow Glauben

³ Weiterführende Details zu den Konfliktebenen siehe Báchora, ISS Aktuell 2/2022, 63-68

schenken mag, auch die Entscheidung auf den Konfliktebenen II und III (Russland vs. USA bzw. Russland vs. Europa). Der Ukrainekrieg ist hierbei ein Nebenschauplatz, denn am Ende sollte vom Westen die Rolle Russlands als Großmacht bestätigt, und idealerweise das Ende der westlich-geprägten internationalen Ordnung zu Gunsten einer multipolaren Welt besiegelt werden. Diese zwei Ebenen haben für das Regime Putins auch eine existenzielle innenpolitische Komponente, denn mit der internationalen Anerkennung würde auch eine Legitimation des Herrschers und seiner Handlungen erfolgen. Fraglich bleibt aber, wie lange Russland diesen Zustand wirtschaftlich durchhalten wird. Seitens wichtiger Partner wie China, gibt es bisher keine Signale, Moskau in diesem Konflikt mit mehr als sporadischen Wortmeldungen zu unterstützen.

Die größte Gefahr für Russland bleibt somit in der ersten Jahreshälfte 2023 eine erfolgreiche Offensive der Ukraine, denn damit wären auch die Konfliktebenen II und III betroffen. Eine militärische Niederlage gegen die vom Westen unterstützte Ukraine muss Putin verhindern, denn dies könnte mittel- bis langfristig zu einem prosperierenden ukrainischen Staat führen und wäre damit aus Moskauer Sicht ein Erfolg des „anti-russischen Projekts“. Folglich wäre ein Kriegsausgang, der die Ukraine nicht in ein Chaos stürzt, eine existenzielle Bedrohung für Putins Regime. Damit verbunden ist auch der mögliche Einsatz von (nicht-strategischen) russischen Nuklearwaffen in der Ukraine. So warnte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Nationalen Sicherheitsrates und ehemalige Präsident Dmitrij Medwedew am 19. Jänner, dass *„die Niederlage einer Atommacht in einem konventionellen Krieg einen Atomkrieg provozieren könnte“*. Das vom meist harsch gegenüber dem Westen auftretenden Sergej Lawrow geführte russische Außenministerium erklärte noch im November, dass *„ein nuklearer Krieg nicht gewonnen werden könne und nicht geführt werden dürfe“*. Russland ist sich der Konsequenzen eines Nuklearwaffeneinsatzes sehr wohl bewusst, weshalb ein solches Szenario zwar denkbar ist und mitgedacht werden sollte, aber dennoch derzeit unwahrscheinlich scheint.

Bis Jahresmitte wird somit der Krieg in der Ukraine höchstwahrscheinlich in der bisherigen Intensität weitergeführt werden. Moskau wie Kyjiw werden versuchen den Gegner konventionell niederzuringen. Dies würde dazu führen, so Nikolay Mitrokhin von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dass zur Jahresmitte 2023 sowohl Russland als auch die Ukraine ihrer Ressourcen für einen weiteren Krieg hoher Intensität verbraucht haben werden. Jedes weitere Szenario bleibt daher abzuwarten.

Offen ist auch, so Mitrokhin, wie überhaupt im Falle eines ukrainischen Sieges eine Reintegration der Krim oder der ehemaligen „Volksrepubliken Donezk“ und „Lugansk“ gelingen könnte. Teile der Bevölkerung seien nicht bereit für eine Rückkehr unter ukrainische Verwaltung. Berichte über vereinzelte russische Kollaboration nach Rückeroberung Chersons stützen diese Annahme. Somit stellt sich die Frage, wie ein Nachkriegsszenario für den Donbas und die Krim aussehen wird. Ein historisches Vorbild könnte hierbei der Krieg zwischen Kroatien und Serbien sein, bei dem die Reintegration Ostkroatiens nach der kroatischen Rückeroberung serbischer Separatistengebiete unter Verantwortung der Vereinten Nationen (UNTAES 1996-98) erfolgte.

Ableitungen

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist geprägt vom weiterhin aufrechten Kampfwillen beider Seiten. Die offiziellen Positionen sind in wesentlichen Fragen nicht vereinbar, weshalb eine Verhandlungslösung bis zur Jahresmitte unwahrscheinlich scheint. Militärisch dürften beide Seiten noch Offensiven vorbereiten. Eine Fortführung des Krieges in der bisherigen Intensität über den Sommer 2023 hinaus scheint jedoch schwierig.

Die Ukraine hängt hierbei von den Waffenlieferungen und noch stärker von der finanziellen und humanitären Unterstützung durch den Westen ab, während sich in Russland die Frage nach der wirtschaftlichen Entwicklung stellt. Gegenwärtig scheint das Regime Putin noch stabil zu sein und wird sich wohl auch über die Jahresmitte 2023 an der Macht halten. Erste innere Spannungen treten jedoch bereits in Erscheinung, was durch weitere militärische Misserfolge verschärft werden könnte.

Der übergeordnete Konflikt zwischen Russland und dem Westen wird höchstwahrscheinlich mit einer Entscheidung in der Ukraine jedenfalls nicht gelöst werden. Ein Regimewechsel in Moskau wird keine nachhaltige Veränderung der russischen Politik mit sich bringen.

Für die Ukraine gilt es, sich jedenfalls Gedanken über die Reintegration zurückgewonnener Gebiete zu machen. Hier könnten die Erfahrungen aus der VN-Mission UNTAES in Kroatien von 1996-98 für Kyjiw und dessen Partner von Nutzen sein.

Christoph Bilban

Der Südkaukasus im Schatten der Ukraine

Das ein Krieg den Konflikt nicht beendet, zeigt sich auch am Beispiel Armenien und Aserbaidschan zwei Jahre nach dem Ende des 44-Tage-Krieges. In der zweiten Jahreshälfte 2022 verschlechterte sich das armenisch-aserbaidschanische Verhältnis wieder massiv. Der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew scheint frustriert über die armenische Blockadehaltung hinsichtlich des – in der Trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 grundsätzlich festgelegten – Korridors zwischen dem aserbaidschanischen Mutterland und der Exklave Nachitschewan durch die südarmenische Provinz Sjunik (in aserbaidschanischer Diktion „Zangezur“-Korridor).

Blockade des Lachin-Korridors

In enger Verbindung mit der offenen Umsetzung des „Zangezur“-Korridors dürfte die Blockade der einzigen Verbindungsstraße zwischen Armenien und Bergkarabach stehen. Seit 12. Dezember 2022 blockieren Aktivisten unter dem Vorwand gegen die Umweltzerstörung durch illegale Bergbauaktivitäten zu protestieren, die Straße nach Stepanakert/Khankendi in der Nähe des Beobachtungspunktes Nr. 7 des russischen Friedenssicherungskontingentes südwestlich von Schuscha. Durch die Blockade ist die nicht-anerkannte „Republik Artsach“ (Bergkarabach) von der Außenwelt abgeschnitten worden. Lediglich Konvois der russischen Streitkräfte und absolut notwendige Krankentransporte unter der Flagge des Internationalen Komitee des Roten Kreuzes dürfen passieren. Die Versorgungslage der 120.000 Menschen, die zum Großteil in der „Hauptstadt“ Stepanakert/Khankendi leben, wird von Tag zu Tag schlechter. Rollierende Blackouts, also die geplante Stromabschaltung ganzer Gebiete/Stadtviertel, wegen der unsicheren Versorgung mit Gas (aus Aserbaidschan) sind ebenso an der Tagesordnung.

Die russischen Friedenstruppen konnten bis dato keine Einigung mit den Aktivisten erzielen. Eine gewaltsame Auflösung scheint aus geopolitischen Gründen nicht möglich, denn Russland kann es sich nicht erlauben, Aserbaidschan und dessen Verbündeten, die Türkei, zu verärgern. Versuche eine Lösung über die Vereinten Nationen zu finden, blieben erfolglos. So ließen die „Behörden“ von Bergkarabach nach eigenen Angaben bereits am 29. Dezember 2022 die Abbauaktivitäten in den Minen im Gebiet einstellen und luden relevante VN-Organisationen ein, eine umwelttechnische Untersuchung der Vorwürfe durchzuführen.

Der armenische Premierminister Nikol Paschinjan nennt die Blockade „illegal“. Sie habe das Ziel, den Willen der Bevölkerung Bergkarabachs zu brechen.

Einige armenische Vertreter werfen Aserbaidschan auch eine versuchte „ethnischen Säuberung“ vor. Paschinjan sieht darin zudem einen Versuch, eine militärische Eskalation zu provozieren. Er rief aber in einem Statement am 10. Jänner 2023 zur Besonnenheit auf und forderte sowohl die Verantwortlichen in Stepanakert/Khankendi und Baku zum Dialog auf. Der Sprecher der armenischen Nationalversammlung erklärte ebenfalls, dass die Blockade des Lachin-Korridors Angelegenheit von Bergkarabach und Aserbaidschan sei. Armenien dürfe sich nicht an einem Dialog beteiligen, weil die Gefahr bestünde, dass Baku hier einen Präzedenzfall für einen Korridor durch armenisches Territorium schaffen wolle.

Alijew sieht in der Aktion keine Blockade, sondern eine „anti-aserbaidschanische Show“. Es gäbe legitime Gründe und die Aktion werde andauern, bis die Forderung nach Zugang zu den Minen erfüllt sei. Es würden von Seiten Bakus jedenfalls Bedingungen geschaffen, dass die Menschen im Lachin-Gebiet unter aserbaidschanischer Flagge mit allen Rechten und Sicherheiten aserbaidschanischer Staatsbürger leben können. Sollte aber Baku die Kontrolle über die Bergbauaktivitäten bekommen, verlöre Bergkarabach eine wesentliche Einnahmequelle.

Auch sieht Armenien in den aserbaidschanischen Versprechen, dass die staatsbürgerlichen Rechte der Menschen in Bergkarabach gewahrt würden, keine ausreichende Sicherheit für die Karabach-Armenier und fordert nach wie vor einen speziellen Status für das Gebiet. Baku lehnt dies stets mit Verweis auf andere Ethnien, die ebenso ohne Sonderrechte in Aserbaidschan leben, ab.

Stillstand am Weg zum Friedensvertrag

Während bei den Gipfel-Treffen zwischen Paschinjan und Alijew unter der Ägide der EU am 31. August 2022 in Brüssel und am 6. Oktober 2022 in Prag Fortschritte hinsichtlich eines Friedensvertrags erzielt wurden, scheint ein möglicher Friedensvertrag zu Jahresanfang 2023 wieder in weitere Ferne gerückt zu sein. Neben der geforderten Öffnung des „Zangezur“-Korridors, stockt auch der Prozess der Demarkation der internationalen Grenze. Die trilaterale Arbeitsgruppe unter der Schirmherrschaft der Vize-Premierminister Russlands, Armeniens und Aserbaidschans habe, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Maria Zacharowa, ihre Vorarbeit geleistet und nun müssen Taten folgen. Jedoch erklären sowohl Jerewan als auch Baku den Stillstand unter anderem mit der ungelösten Frage, wie mit den 1990ern besetzten kleinen Enklaven auf beiden Seiten der Grenze zu verfahren sei. Auch hier zeigt sich

Aserbaidtschan frustriert und Alijew kommentierte die armenische Haltung wie folgt: *„If they are not interested in delimitation, we don't need it either. This means the border will pass where we believe it should“*.

Trotz des offiziellen Waffenstillstands durch die Trilaterale Erklärung vom 9. November 2020, kommt es nach wie vor zu Waffenstillstandsverletzungen, besonders entlang der nicht durch die russischen „Friedenstruppen“ überwachten internationalen Grenze zwischen Armenien und Aserbaidtschan. Meist beschuldigen sich die beiden Verteidigungsministerien gegenseitig, den Waffenstillstand gebrochen zu haben. Es werden regelmäßig Verletzte und immer wieder auch Tote gemeldet. Aserbaidtschan konnte bei militärischen Zusammenstößen im August und September 2022 auch mehrere wichtige Höhen erobern. Seit 2021 dürfte Baku knapp 130 km² armenischen Territoriums unter seine Kontrolle gebracht haben, wobei das tatsächliche Ausmaß von der endgültigen Demarkation der Grenze abhängen wird. Laut Angaben Paschinjans habe Armenien im September „nur“ zehn und davor seit 2021 „nur“ 41 km² verloren.

European Union Mission to Armenia

Als Reaktion auf die schweren Zusammenstöße von 13. und 14. September 2022, bei denen auf beiden Seiten fast 300 Gefallene zu verzeichnen waren, suchte Jerewan auf bilateralem Wege in Moskau und auch über die Organisation des Vertrags über die Kollektive Sicherheit (OVKS) um Beistand an. Beides wurde abgelehnt, weshalb seither die Beziehungen zwischen Russland und Armenien in Sicherheitsfragen stark unterkühlt sind, während wirtschaftlich Armenien ein wesentlicher Faktor für Russland bleibt (Re-Exporte zur Umgehung der Sanktionen). Premier Paschinjan nannte die russische Präsenz am 10. Jänner 2023 sogar eine *„Gefahr für die Sicherheit Armeniens“*.

Während die OVKS lediglich eine kleine Mission bestehend aus dem Generalsekretär, dem Chef des gemeinsamen Generalstabs und einigen anderen Funktionären nach Armenien entsandte, beschleunigte Armenien die Kontakte mit europäischen Mächten und den USA. Beim EU-Gipfel in Prag am 6. Oktober stimmte Aserbaidtschan der Entsendung einer „kurzfristigen“, zweimonatigen Mission mit 40 Beobachtern zu. Diese aus der EU-Beobachtermission in Georgien gebildete Mission (EUMCAP) war gemäß dem Übereinkommen vom 20. Oktober bis 19. Dezember 2022 in Armenien im Einsatz und führte 176 Patrouillen durch.

Gleichzeitig mit dem Ende der EUMCAP kündigte die EU an, dass eine langfristige Mission in Armenien eingesetzt werden sollte. Aserbaidtschan fühlt sich nunmehr betrogen, da die EU Mission in Armenia (EUMA) ohne Zustimmung Bakus – die dafür auch nicht notwendig ist, weil die Mission sich nur auf armenischen Territorium und nicht in Bergkarabach bewegen wird – umgesetzt wird. In aserbaidtschanischen und russischen Telegram-Kanälen wird sogar von einem „Krieg von Paris und Jerewan gegen Moskau“ gesprochen, da die EU-Mission lediglich auf Druck aus Paris hin beschlossen worden sei.

Am 23. Jänner beschloss schließlich der Rat der Europäischen Union die Entsendung einer etwa 200 Personen starken Mission mit einem Mandat für vorerst zwei Jahre. Die EUMA soll durch regelmäßige Patrouillen und Präsenz vor Ort ab dem zweiten Quartal 2023 zur Vertrauensbildung, Stabilität in der Grenzregion mit Aserbaidtschan und zu einer Normalisierung der Beziehungen beitragen. Die Mission könnte zu einer wesentlichen Entspannung zwischen Jerewan und Baku hinsichtlich der Demarkation der Grenze beitragen. Möglicherweise könnte durch die EU-Präsenz in den kommenden zwei Jahren auch eine Lösung für die Frage des „Zangezur“-Korridors beschleunigt werden. Der EUMA fehlt aber ein konkretes Mandat sich bei den Friedensverhandlungen einzubringen.

Russland und Aserbaidtschan kritisierten die Entscheidung der EU-Staaten. Moskau erklärte, dass die Mission nur *„geopolitische Konfrontationen in die Region bringe und die bestehenden Widersprüche verschärfe“*. Für die EU besteht jedenfalls die Gefahr, dass Baku zukünftig die Mediationsversuche aus Brüssel – von welcher EU-Institution auch immer – nicht als unparteiische und ehrliche Vermittlertätigkeit akzeptiert.

Armenien: Normalisierung mit der Türkei

Während die Normalisierung der armenisch-aserbaidtschanischen Beziehungen weiterhin vor vielen Problemen steht, verbessern sich die Beziehungen zwischen Jerewan und Ankara kontinuierlich. Beide Seiten beraten durch Sondergesandte über konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen. Mit 1. Jänner 2023 hob die Türkei beispielsweise das Verbot für direkten Luftfrachtverkehr zwischen Armenien und der Türkei auf. Auch der Grenzübertritt für Drittstaatsangehörige auf dem Landweg ist mittlerweile wieder möglich.

Der türkisch-armenische Normalisierungsprozess steht jedoch auch weiterhin vor zwei Hindernissen: erstens

kann er nur nach einem armenisch-aserbaidshianischen Friedensvertrag abgeschlossen werden, so die Position der Türkei; zweitens handelt es sich um eine von der politischen Führung ohne Einbindung der Zivilgesellschaften angeordnete Maßnahme. So sei z. B. die armenische Diaspora in den USA und in Frankreich gegen eine Normalisierung der Beziehungen mit der Türkei.

Geopolitische Neuordnung im Südkaukasus?

Schon seit 2020 wird von einer geopolitischen Neuordnung im Südkaukasus gesprochen. Der russische Krieg in der Ukraine scheint diese nach einem Moment der „Schockstarre“ im ersten Halbjahr 2022 nur zu beschleunigen.

Zum einen wurde Aserbaidshian relativ schnell als Alternative für russische Gaslieferungen identifiziert. Bereits am 18. Juli 2022 unterzeichneten die EU und Baku ein Memorandum of Understanding über eine Verdoppelung der Gasexporte nach Europa. Schon 2022 verdiente Baku mit seinen Öl- und Gasexporten über 200% mehr als 2021. Zudem positioniert sich Aserbaidshian als „grüner“ Stromlieferant für Südost-Europa. Am 17. Dezember 2022 unterzeichneten Aserbaidshian, Georgien, Ungarn, Rumänien und die EU-Kommission ein Memorandum of Understanding über den Bau eines Untersee-Stromkabels durch das Schwarze Meer. Bis 2027 plant Baku bereits die ersten rund drei Gigawatt Strom aus Wind- und Solarkraft zu exportieren. Im Vollausbau will Aserbaidshian 184 GW erneuerbaren Strom liefern, wenngleich die Machbarkeitsstudien für dieses Projekt noch nicht abgeschlossen sind. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte die Unterzeichnerstaaten verlässliche Energiepartner für die EU.

Im Allgemeinen wird der Südkaukasus als „neue“ Transportdrehscheibe zwischen Asien und Europa in den politischen Statements diverser Akteure immer beliebter. Der „Mittelkorridor“ von China über Zentralasien, das Kaspische Meer, den Südkaukasus und weiter Richtung Europa verzeichnete eine Verdoppelung des Transportvolumens seit Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges, dennoch werden nicht mehr als circa 3 bis 5 Prozent des China-EU Handels über diese Route abgewickelt, obwohl nach Medienberichten bereits jetzt bis zu 10 Prozent möglich wären. Ein Ausbau des „Mittelkorridors“ würde mehrere Milliarden US-Dollar kosten. Gemeinsam mit Aserbaidshian wäre Georgien der Gewinner dieses Projektes.

Die Außenminister aus Baku und Tiflis ließen auch am Rande der UN-Generalversammlung im September 2022 gemeinsam mit ihren Amtskollegen aus der Ukraine und Moldau die „GUAM“-Gruppe wiederaufleben und verurteilten den russischen Angriff auf die Ukraine, während Aserbaidshian weitere wirtschaftliche Hilfe und Energielieferungen versprach.

Auch der Iran trat im vergangenen Halbjahr verstärkt im Südkaukasus in Erscheinung. Die Beziehungen zwischen Baku und Teheran sind seit langem nicht besonders freundlich. Zum einen leben im Iran circa 30 Mio. ethnische Aseris, die meisten davon im an Aserbaidshian angrenzenden Nordwesten, deren Beziehungen zur Zentralregierung angespannt sind. Zum anderen sieht Teheran auch die enge Kooperation zwischen Baku und Israel stets kritisch. In der zweiten Jahreshälfte 2022 entspann sich aber ein medialer Schlagabtausch mit regelmäßigen Drohungen beider Seiten, nachdem im Oktober 2022 die Iranischen Revolutionsgarden ein großes Militärmanöver im Nordwesten entlang des Grenzflusses Aras gegenüber der aserbaidshianischen Exklave Nachitschewan durchführten. Aserbaidshian und die Türkei reagierten im November mit einer eigenen Übung inklusive eines Brückenschlags durch Pioniere über den Aras. Der Gegenstand des aserbaidshianisch-iranischen Disputes dürften, gemäß russischer Experten, wohl die Forderungen Bakus nach dem „Zangezur-Korridor“ sein, womit der Nord-Süd-Transit zwischen Armenien und Iran abgeschnitten wäre. Im November unterzeichneten Armenien und Iran ein Abkommen über die Steigerung der Gaslieferungen von einer auf zwei Mio. Kubikmeter pro Tag und verlängerte das Abkommen bis 2030. Zwar ist iranisches Gas für Armenien noch immer teurer als russisches, Teheran lässt sich aber durch Energielieferungen (Strom) bezahlen. Bisher liefern zwei Hochspannungsleitungen Strom, eine dritte soll Ende 2023 fertiggestellt sein. Daher ist für Armenien und den Iran die Kontrolle über die gemeinsame Grenze in der Sjunik/Zangezur-Region vital. Teheran eröffnete im Oktober 2022 auch ein Konsulat Kapan, der Hauptstadt der Provinz Sjunik. Gleichzeitig bot Teheran Armenien auch die Lieferung von Shaheed-136 Drohnen an, die auch durch Russland in der Ukraine eingesetzt werden. Ein weiterer Grund für die Verärgerung Teherans über Baku dürften die im November 2022 angekündigte Eröffnung einer Botschaft der Republik Aserbaidshian in Israel und die erneuten Waffenkäufe Bakus bei israelischen Herstellern sein. Das mit Iran freundlich verbundene Armenien hat seit 2020 eine Botschaft in Israel, ohne entsprechender Kritik aus Teheran.

Während der Iran sich somit scheinbar verstärkt in die Belange des Südkaukasus einmischt, stellt sich die Frage, wie lange sich Russland noch im Südkaukasus halten kann. Präsident Alijew erklärte Anfang 2023, dass aus seiner Perspektive 2025 gemäß der Trilateralen Erklärung das Mandat für die russische Friedensmission in Bergkarabach nicht mehr verlängert werde. Russland ist über derartige Ankündigungen nicht erfreut. Kommentatoren und Militärexperten äußern in russischen Medien bereits, dass Aserbaidschan immer mehr zu einem „anti-russischen Akteur“ werde. Zugleich muss Russland seit September 2022 auch um die Loyalität Armeniens fürchten, das sich durch Moskau und die OVKS im Stich gelassen fühlt. So unterzeichnete der armenische Premierminister Paschinjan demonstrativ die beiden Abschlusserklärungen des OVKS-Gipfels, der vom 23. bis 24. November in Jerewan stattfand, nicht. Am 9.1.2023 wurden 65 Menschen bei anti-russischen Protesten vor der 102. Basis der russischen Streitkräfte im armenischen Gjumri verhaftet. Die Aktivisten einer rechtsextremen Partei forderten u. a. dem Abbruch der Beziehungen mit Moskau und Hinwendung Armeniens zum Westen. Die Forderungen sind zwar von Seiten der betreffenden Partei bekannt, fallen aber in der gegenwärtigen Situation mit dem blockierten Lachin-Korridor auf fruchtbaren Boden. Daher wird das plötzliche Auftauchen von Ruben Vardanian, eines russischen Unternehmers aus Moskau, als neuer „Staatsminister“ der „Republik Arzach“ (Bergkarabach) von einigen Experten auch als Versuch der Einflussnahme durch den Kreml gewertet. Namhafte Experten widersprechen dieser Theorie jedoch, während Baku der russischen Agenten-Theorie weiterhin Glauben schenkt.

Ableitungen

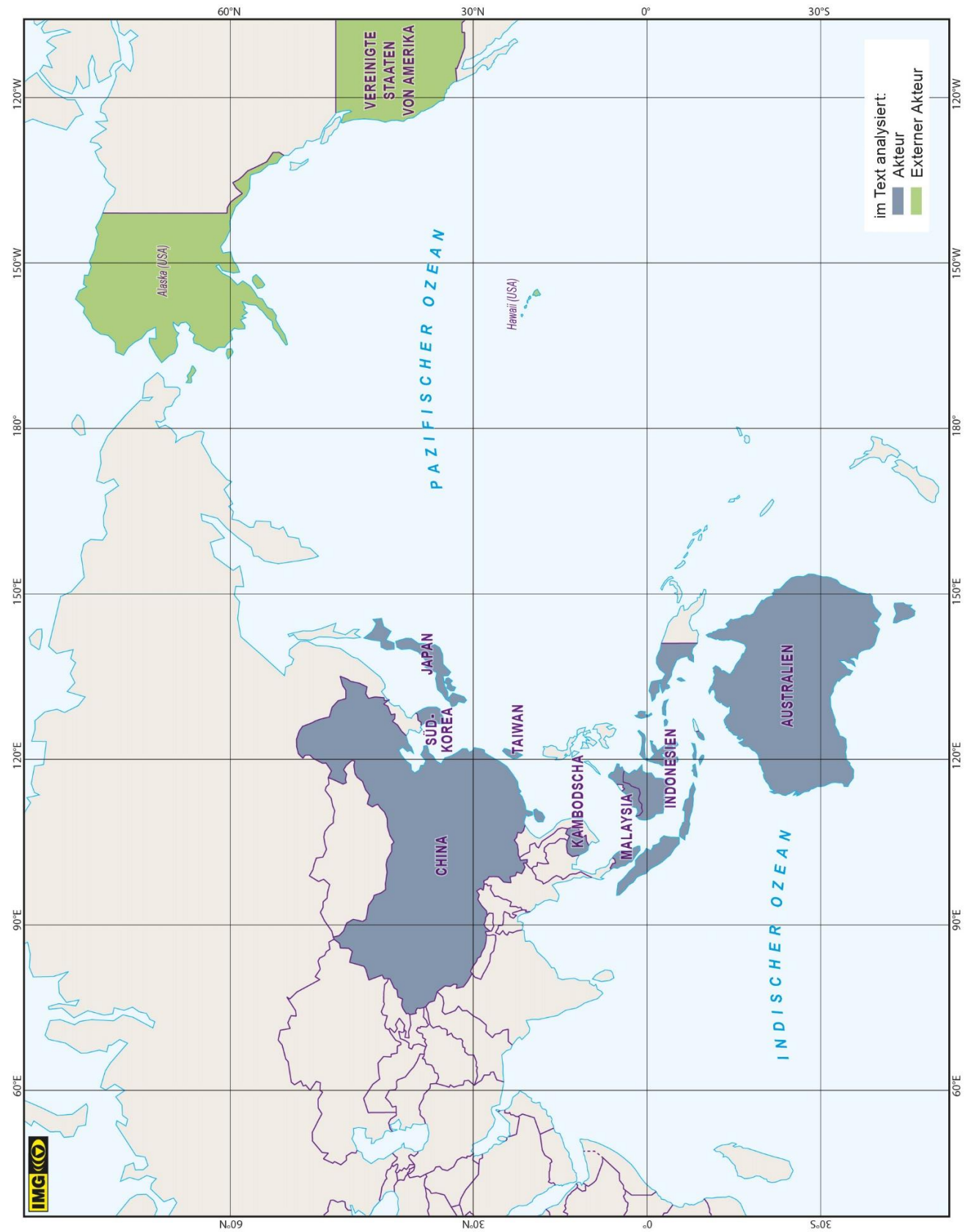
Auch abseits der Ukraine bleibt Russland weiterhin ein wesentlicher Akteur der globalen Politik. Neben der Präsenz russischer „Friedenstruppen“ in Bergkarabach sind die russischen Streitkräfte auch weiterhin in Syrien im Einsatz (Luftwaffe und Ausbildung für syrische Truppen). Im Südkaukasus zeigt sich dennoch, dass der Ausgang des Krieges in der Ukraine die Geschicke der Region maßgeblich beeinflussen wird. Die Rolle Russlands als vermeintlicher Sicherheitsgarant im Südkaukasus dürfte aber 2023 bereits von mindestens zwei Akteuren herausgefordert werden: der EU und dem Iran.

Mit der Entsendung einer Beobachtermission nach Armenien als Reaktion auf die Eskalation an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze im September 2022 kommt die EU einem Ersuchen aus Jerewan nach, das sich nach dem ausgebliebenen Beistand durch

Russland und die OVKS in dieser Frage deutlich nach Westen umorientiert hat. Zugleich tritt der Iran als Verbündeter Jerewans auf, um die Forderungen Baku nach der Öffnung des und Kontrolle über den „Zangezur“-Korridor abzuwehren. Eine Öffnung der Verbindungslinien zwischen dem aserbaidshanischen Mutterland und der Exklave Nachitschewan ist jedoch ein Bestandteil des trilateralen Waffenstillstandsabkommens vom 9. November 2020 und Voraussetzung für einen Friedensvertrag. Baku versucht seit Mitte Dezember 2022 mit der Blockade der Straßenverbindung zwischen Armenien und Bergkarabach (sog. Lachin-Korridor) Druck aufzubauen und Armenien zu einem Einlenken zu bewegen. Ausgehend von dieser Situation, scheint es nicht wahrscheinlich, dass Armenien und Aserbaidschan in den kommenden sechs Monaten große Fortschritte hinsichtlich eines Friedensvertrags machen werden.

Die angespannte Lage zwischen dem Iran und Aserbaidschan sollte in den kommenden Monaten genau beobachtet werden. Eine Eskalation der Spannungen könnte nicht zuletzt wegen des aserbaidshanisch-türkischen Bündnisses schnell zu einem regionalen Krieg führen, der sich bis hin nach Syrien auswirken könnte.

Christoph Bilban



Indo-pazifischer Raum

Der indopazifische Raum

Chinas Präsident Xi Jinping sicherte sich auf der Grundlage seiner persönlichen, institutionalisierten und konstitutionell abgesicherten Machtkonzentration am 23.10.2022 eine dritte Amtszeit. Seine Präferenz für Parteiloyalität gegenüber politischer und professioneller Kompetenz soll politische Fraktionskonflikte minimieren. Die strategische Bedeutung der formellen Ideologie nimmt in China zu. Chinas größte Herausforderungen sind innerstaatlich und betreffen in erster Linie die weitere Wirtschaftsentwicklung.

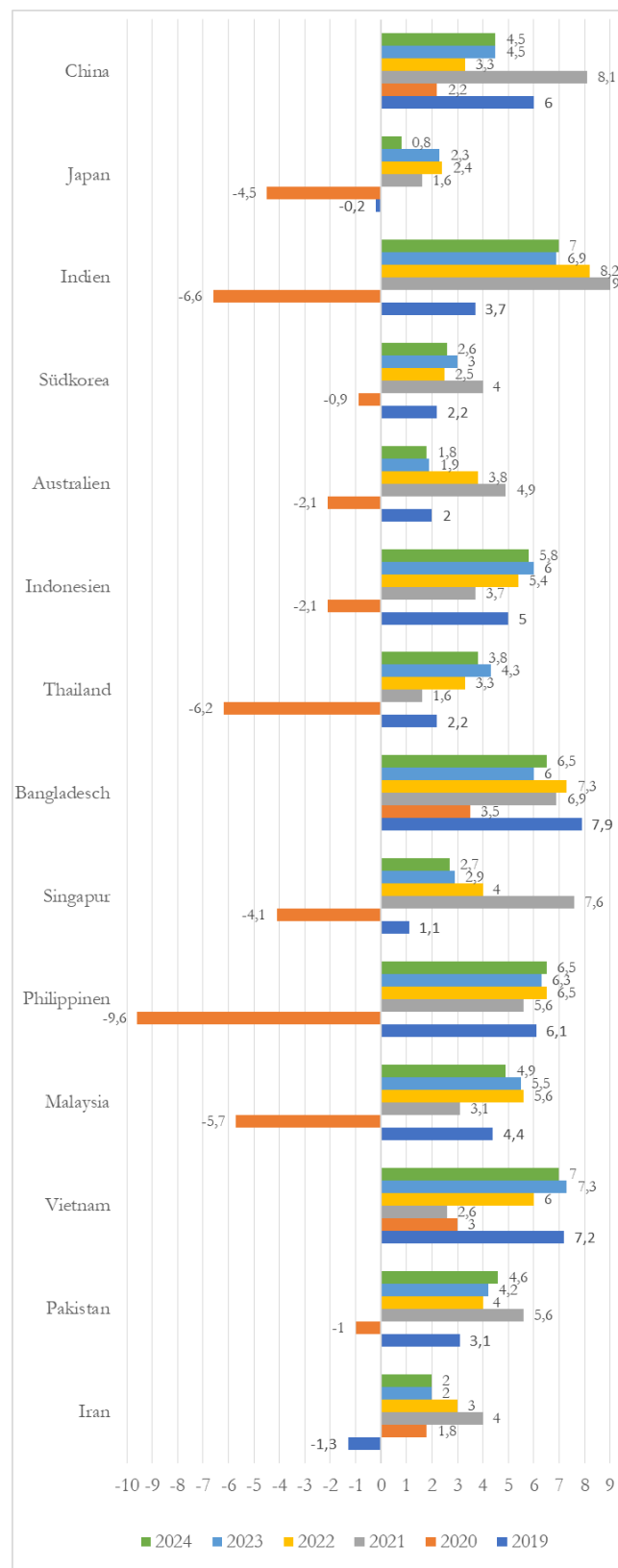
Im indopazifischen Raum veränderte sich - angesichts der Zunahme an globalen und regionalen Unsicherheitsfaktoren - die Wahrnehmung der regionalen Sicherheit und der Rolle der USA. Für China hat die (politische) Sicherheit noch vor dem Wirtschaftswachstum höchste Priorität. Die Seidenstraße entwickelt China mit komplementären Initiativen und globalen Kollektivgütern weiter.

In Bezug auf den Ukraine-Krieg versucht China, westliche Sekundärsanktionen zu vermeiden. Zugleich verfolgen China und Russland das gemeinsame geopolitische Ziel, sich zumindest teilweise der Vorherrschaft des Westens zu entziehen. Das Handelsvolumen zwischen China und Russland stieg vor allem wegen der Erdöl- und Erdgasimporte Chinas deutlich an, Kooperations- und Investitionsprojekte mit Russland in der Arktis suspendierte China jedoch. An der im Umfang reduzierten Militärübung Wostok im Osten Russlands nahm China jedoch Anfang September 2022 erneut teil. Insgesamt stieg die chinesisch-russische Militärkooperation in den vergangenen Jahren, etwa bei Militärübungen, komplexen Rüstungsgütern, Technologietransfers oder der auch militärisch eingesetzten Satellitennavigation.

Wirtschaftsentwicklung im indopazifischen Raum

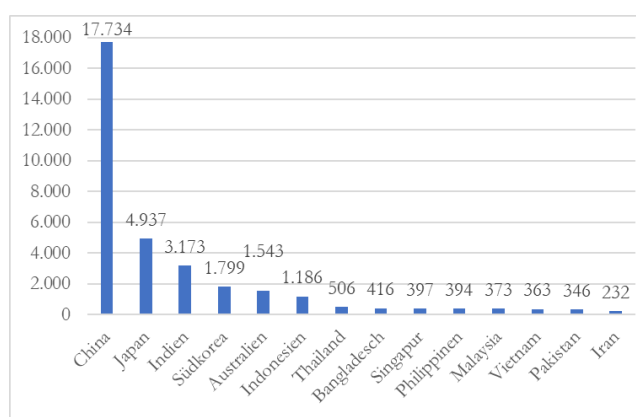
Zahlreiche Projekte der neuen Seidenstraße stagnierten wegen der folgenschweren Corona-Pandemie, der Verlangsamung der Weltwirtschaft und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Weltweit verschärfen sich die Ungleichgewichte, die wirtschaftliche Fragmentierung, die politische Polarisierung und wertebasierte Konfrontationen. Chinas Lockdowns im Zuge seiner strikten Corona-Politik reduzierten alleine im Jahr 2022 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 17,7 Billionen US-Dollar um ca. 385 Mrd. US-Dollar. Chinas Wirtschaftswachstum lag 2019 gemäß Weltbank bei 6 %. Es sank 2020 auf 2,2 % und stieg 2021 auf 8,1 %. Mit

prognostizierten 3,3 % für 2022 wird es das Ziel von 5,5 % klar verfehlen. Für die Folgejahre wird das BIP-Wachstum Chinas auf rund 4,5 % geschätzt.



BIP-Entwicklung ausgewählter Länder Asiens von 2019 bis 2024 in Prozent zum Vorjahr (Reihung nach BIP-Volumen 2021)

Zum Vergleich: **Japan**, mit einem BIP-Volumen von 4,9 Billionen US-Dollar das wirtschaftlich zweitstärkste Land im indopazifischen Raum, wuchs - nach einem Wirtschaftsrückgang von 4,5 % 2020 - um 1,6 % 2021 und 2,4 % 2022. **Indiens BIP** von rund 3,2 Billionen US-Dollar wies nach einem Rückgang um 6,6 % 2020 im Folgejahr ein Plus von 9 % und 2022 von 8,2 % auf. **Südkoreas BIP** von ca. 1,8 Billionen US-Dollar sank 2020 um 0,9 % und stieg danach um 4 % 2021 und 2,5 % 2022. Das stärkste Wachstum 2022 erreichten Indien mit 8,2 %, Bangladesch mit 7,3 % und die Philippinen mit 6,5 %, gefolgt von Vietnam mit 6 % sowie Indonesien und Malaysia mit je rund 5,5 %. Das stärkste Wachstum für 2023 erwarten Vietnam mit 7,3 %, Indien mit 6,9 %, die Philippinen mit 6,3 %, Malaysia mit 5,5 % und China mit 4,5 %.



BIP-Volumen 2021 in Mrd. US-Dollar

Weiterentwicklung der Seidenstraße mit komplementären Initiativen

Als Flaggschiff seiner Außenwirtschaftsinitiativen ist die neue Seidenstraße ein Hauptelement der wirtschaftlichen Staatsführung und zentral für den globalen Einfluss Chinas. Um sie trotz der zahlreichen Schwierigkeiten fortzuführen vernetzt sie China mit komplementären multilateralen Initiativen, insbesondere der *Globalen Sicherheitsinitiative* und der *Globalen Entwicklungsinitiative*. Angesichts der Rivalität zwischen China und den USA ist in der internationalen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit ein wachsender ideeller, materieller und narrativer Wettbewerb zu erwarten.

Chinas Globale Entwicklungsinitiative

Mit der Ende 2021 vorgestellten Globalen Entwicklungsinitiative möchte China seine eigene Bereitschaft und Fähigkeit zur Übernahme von globaler Verantwortung sowie das spezifische chinesische Entwicklungsmodell als Vorbild präsentieren. Als

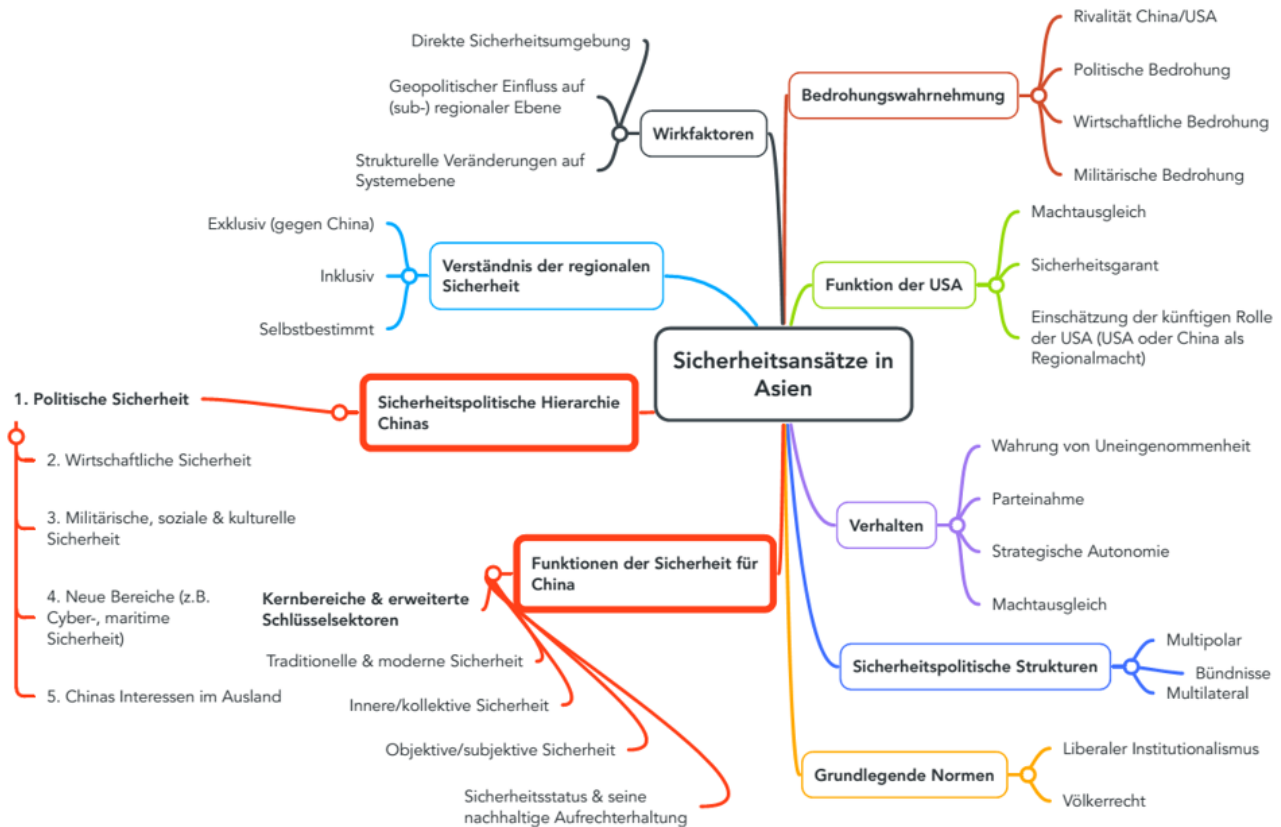
Orientierung dienen China die von den Vereinten Nationen formulierten nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030. Während sich die als Kollektivgut für die globale Entwicklung definierte Seidenstraße auf große physische Infrastrukturprojekte konzentriert, berücksichtigt die Globale Entwicklungsinitiative ein breites Spektrum der internationalen Zusammenarbeit, etwa die globale Gesundheit, saubere Energie oder die Armutsbekämpfung.

Die Globale Entwicklungsinitiative setzt auf multilaterale Plattformen und, im Gegensatz zur Seidenstraße, weniger auf unilaterale Kredite. Sie ist mehrgleisig positioniert und zugleich in der multilateralen Süd-Süd-Kooperation verankert. Die Süd-Süd-Kooperation unterstützte China unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen bereits 2015 mit 2 Mrd. US-Dollar. Diesen Beitrag erhöhte China später zweimal um je eine weitere Mrd. US-Dollar. Details zur konkreten Vorgangsweise und finanziellen Ausstattung der Globalen Entwicklungsinitiative sind bislang nicht bekannt, werden jedoch weit unter den Seidenstraßen-Investitionen liegen. Der Westen hegt Bedenken, dass die Globale Entwicklungsinitiative eine Abkehr vom westlichen Entwicklungskonzept, das die Menschenrechte als grundlegenden Entwicklungsfaktor betont, darstellt. Das chinesische Entwicklungsmodell hingegen strebt ein starkes Wirtschaftswachstum und einen hohen materiellen Lebensstandard an. Zu den westlichen Konkurrenzprojekten zählt etwa die im Juni 2021 gegründete *Build Back Better World Initiative* der USA zum Infrastrukturaufbau, der *Global Gateway* der Europäischen Union oder die am 23.05.2022 ebenfalls von den USA etablierte Initiative *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity* (IPEF). Die G7-Länder gründeten zur Konsolidierung ihrer diesbezüglichen Aktivitäten im Juni 2022 zudem die *Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen*.

Sicherheitsansätze im indopazifischen Raum

Chinas Globale Sicherheitsinitiative

Die seit April 2022 als weiteres Kollektivgut konzipierte Globale Sicherheitsinitiative dient der Bewältigung globaler Sicherheitsprobleme unter Anwendung chinesischer Lösungsansätze. Sicherheit und Stabilität haben für China, insbesondere als Grundlage für die langfristige nationale Entwicklung, höchste Priorität. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkte Chinas strategische Überlegungen und sein Streben nach Energieunabhängigkeit. Denn der Einsatz von Energie als Machtinstrument verlagerte sich von den energieexportierenden Ländern zu den großen westlichen Energieimporteuren. Letztere nutzten ihre Vorherrschaft, insbesondere im globalen Finanzwesen,



Sicherheitsansätze in Asien

in der Logistik oder zur Blockade von Energieexporten. In der Folge nahm Chinas Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas aus der MENA-Region zu. Mit zahlreichen Ländern schloss China strategische Partnerschaften und positionierte sich, gemessen an Volumen, Potenzial oder Ressourcen, als Haupthandelspartner, etwa von Saudi-Arabien. Saudi-Arabien ist Chinas größter Erdöllieferant und vereinbarte im November 2022 den Kauf von chinesischen Rüstungsgütern im Wert von 4 Mrd. US-Dollar. Geopolitisch bedeutende Teile der MENA-Region vernetzte China mit der Seidenstraße. Damit übt China einen wirtschaftlichen, (sicherheits-) politischen und sozio-kulturellen Einfluss in der MENA-Region aus, der auch Auswirkungen auf Drittländer mit sich bringt.

In der Globalen Sicherheitsinitiative manifestiert sich Chinas holistischer Blickwinkel auf die nationale Sicherheit und die Ausdehnung der Sicherheitsdefinition auf praktisch alle Bereiche. Zu den vielfältigen Funktionen der nationalen Sicherheit zählt in der chinesischen Perspektive die Sicherheit von materiellen und nicht-materiellen Interessen, etwa von Institutionen, Werten oder dem Ansehen. China definierte eine ideologische, politische, soziale oder kulturelle Sicherheit. Von Bedeutung sind neben der objektiven auch die subjektive Sicherheit sowie der gegenseitige Einfluss der inneren und der kollektiven

Sicherheit. Aufgrund der Globalisierung und Interdependenz ist die traditionelle zunehmend mit der modernen Sicherheit verwoben. Zudem ist nicht nur der Sicherheitsstatus entscheidend, sondern insbesondere die Fähigkeit zu seiner nachhaltigen Aufrechterhaltung. Mit der Integration von Kernbereichen und erweiterten Schlüsselsektoren in sein nationales Sicherheitssystem konzipierte China eine dynamische Anpassung für den Fall einer Neugewichtung von Kerninteressen. Die Nachteile der traditionellen westlichen Sicherheitskonzepte liegen gemäß der chinesischen Sichtweise in der Machtpolitik, dem zunehmend offensiven politischen Realismus, der Perspektive des Null-Summen-Spiels und dem hegemonischen Denken. Damit liegt die strategisch-theoretische Bedeutung der Globalen Sicherheitsinitiative in ihrer Funktion als Gegenentwurf zum traditionellen westlichen Sicherheitsbegriff und der politischen Dominanz des Westes unter Führung der USA.

Sicherheitsansatz der USA mit Fokus auf China

Der traditionelle, dem Kalten Krieg entstammende Sicherheitsansatz der USA konzentriert sich auf die Abschreckung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Im aktuellen geopolitischen Kontext betrachten die USA China als das größte

Sicherheitsrisiko. China gilt als die folgenreichste geopolitische Herausforderung in allen Bereichen. Dargelegt wird dies etwa in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom 12.10.2022 oder der *Pacific Deterrence Initiative* vom April 2022. Im indopazifischen Raum konzentrieren sich die USA zur Aufrechterhaltung ihrer Vormachtstellung über globale Schlüsselregionen auf die integrierte Verteidigung. Den internen Machtausgleich stellen die USA durch die militärische Vorverlagerung sowie die Verlegung und den aktiveren Einsatz von Seestreitkräften sicher. Der äußere Machtausgleich stützt sich auf die Stärkung der Sicherheitsallianzen. Zur Optimierung ihrer Kriegsführungsfähigkeiten und zur Stärkung ihrer Präsenz im Westpazifik bauten die USA zuletzt ihre Angriffs-U-Boot-Flotte auf Guam aus. Mit der Verlegung der USS Springfield im März 2022 operieren nun fünf Angriffs-U-Boote und zwei Versorgungsschiffe von Guam aus. Die USA erweitern die Wartungs- und Schulungskapazitäten inklusive des Personals und der erforderlichen Infrastruktur, etwa mit zusätzlichen Pieranlagen. Im Mittelpunkt der integrierten Verteidigung steht die Bündnispolitik, vor allem mit Australien, Japan und Südkorea. Sie umfasst bi- und multilaterale Allianzen sowie die wechselseitige Vernetzung der US-Partner in unterschiedlichen Bereichen, insbesondere Sicherheit, Technologie und Handel. China verfolgt mit der Nutzung seiner technologischen Kapazitäten, der Einflusszunahme auf internationale Institutionen und der Vernetzung von Sicherheit, Handel und Außenpolitik einen ähnlichen Ansatz wie die USA zur vorteilhaften Gestaltung seiner strategischen Umgebung. Die USA wollen auf der Grundlage ihrer Bündnispolitik zudem die Widerstandsfähigkeit der US-Institutionen erhöhen. Mit einer offenen Positionierung gegen China üben die USA auf die Länder der Region Druck für eine öffentliche Parteinahme pro USA aus.

Australien stärkt die strategische Kooperation mit den USA

Beispielhaft für die US-Bündnispolitik ist die Absicht der USA, zur Unterstützung ihrer strategischen Operationen bis zu sechs nuklearfähige B-52-Bomber auf dem Luftwaffenstützpunkt Tindal südlich von Darwin zu stationieren. Die detaillierten Pläne sehen eine *Squadron Operations Facility* zur Nutzung während der Trockenzeit im Northern Territory vor. Sie ist mit der Errichtung von spezifischer Infrastruktur verbunden, darunter ein angrenzendes Wartungszentrum, eine Abstellfläche für bis zu sechs B-52 Bomber, Lagertanks für Flugzeugtreibstoff und ein Munitionsbunker. In Darwin sollen elf großvolumige Treibstofftanks entstehen, in welche Treibstoffreserven regional

umgeleitet werden, die zuvor teilweise in Pearl Harbour auf Hawaii lagerten. Die Bauarbeiten für den Ausbau des Luftstützpunktes werden bis 2026 andauern und über 100 Mio. US-Dollar kosten. Neben der umfangreichen Modernisierung der lokalen Verteidigungsanlagen soll auch die *Pine Gap Militärbasis für Nachrichtendienste* deutlich erweitert werden. Sie ist eine der kapazitätsstärksten US-Einrichtungen zum Sammeln von Informationen im Ausland und befindet sich 19 km südwestlich von Alice Springs im Zentrum von Australien. Der Fokus liegt auf der Suche nach chinesischen Raketenstandorten und Kommandozentralen sowie generell im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Streitkräftepositionierung und der Abschreckung der gemeinsamen Gegner.

Die Stationierung der B-52 Bomber ist eine deutliche Ausweitung der Verpflichtung Australiens gegenüber den USA in einer Zeit, in der sich der US-Konflikt mit China verschärft. Sie ist von großer Bedeutung, denn die zunehmende Rolle Nordaustraliens für die USA macht die Region gegebenenfalls zu einem Kriegsziel. Bisher umfasste die US-Kooperation mit Australien etwa die jährliche Rotation von US-Marines in Darwin seit 2012. Zur Verbesserung der Interoperabilität wurde im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit im Luftverkehr 2021 der Einsatz aller US-Flugzeugtypen im Rotationsverfahren in Australien vereinbart. Im September 2021 verkündeten die USA, Australien und Großbritannien das trilaterale Militärbündnis AUKUS, das auch den Technologietransfer für nuklear betriebene US-U-Boote an Australien umfasst. Neben der strategischen Kooperation mit den USA setzte Australien auf eine substanzielle Erhöhung des Verteidigungsbudgets und Rüstungskäufe, in erster Linie aus den USA. Weitere, unterschiedlich ausgestaltete strategische Partnerschaften unterhält Australien mit Regionalorganisationen sowie etwa mit Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Singapur, Thailand und Vietnam. Da der regionale Schwerpunkt der sicherheitspolitischen Aktivitäten Australiens im Westpazifik liegt, plant Australien auch die Vertiefung der Kooperation mit den pazifischen Inselstaaten.

Regionalisierung der Sicherheit Asiens

Generell zeigt sich im indopazifischen Raum ein Wandlungsprozess und vor allem eine Regionalisierung der Sicherheit. Dies spiegelt sich im länderspezifischen Verständnis der regionalen Sicherheit und in der Wahrnehmung der Funktion der USA wider. Weitere Indizien für die sicherheitspolitische Regionalisierung sind die wesentlichen sicherheitspolitischen Strukturen, die zugrundeliegenden Normen und das konkrete Verhalten der unterschiedlichen staatlichen Akteure. Generell werden die Sicherheit und die

Handelsbeziehungen als einander wechselseitig verstärkende Faktoren wahrgenommen. Für Australien etwa stellt die bilaterale Kooperation mit den USA die strukturelle Basis der regionalen Sicherheitsordnung dar. Thailand und die Philippinen weisen hingegen eine größere Abhängigkeit von der militärischen Allianz mit den USA auf. **Australiens** Verständnis für die regionale Sicherheit wird parteiübergreifend durch eine antagonistische und gegen China gerichtete Wahrnehmung dominiert. **Indien** konzentriert sich hingegen auf seine selbst gestellte Aufgabe als Sicherheitsgarant, in erster Linie in Südasien und im Indischen Ozean. **Japan** sieht China vorrangig als wirtschaftliche und militärische Bedrohung, **Südkorea** erhofft sich von seinem Haupthandelspartner China einen konstruktiven Beitrag im Hinblick auf den Nordkorea-Konflikt. Sowohl Japan, als auch Südkorea stehen einer Kooperation mit China grundsätzlich offen gegenüber. Während sich Südkorea in erster Linie auf die Sicherheit der koreanischen Halbinsel konzentriert, fokussiert sich Japan auf die regelbasierte internationale Ordnung im gesamten indopazifischen Raum von der afrikanischen Ostküste bis zur Westküste der USA. Als Norm bezieht sich etwa Australien auf den liberalen Internationalismus, Indien und Indonesien auf das Völkerrecht. Im Hinblick auf die sicherheitspolitische Struktur stützt sich Australien auf Allianzen als integralen Bestandteil der vernetzten Sicherheitsarchitektur. Indien und China richten sich stärker multipolar aus. Indonesien, Japan, Südkorea sowie der Großteil der asiatischen Länder orientieren sich hingegen stärker multilateral.

In Südostasien entfaltet sich die Rivalität zwischen China und den USA am umfassendsten und intensivsten. Angesichts der weit verbreiteten wirtschaftlichen Abhängigkeit von China sichern sich die Länder zumeist sicherheitspolitisch über eine Kooperation mit den USA ab. **Kambodscha** hingegen konsolidiert seit zwei Jahrzehnten seine strategische Orientierung an China, etwa mit dem Zugang Chinas zu einem lokalen Marinestützpunkt. Am 14.07.2022 bekräftigen beide Länder ihre strategische Koordinierung und pragmatische Kooperation, insbesondere zur Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen und politischen Sicherheit. Vor dem Hintergrund seiner eingeschränkten strategischen Möglichkeiten setzt Kambodscha auf China und zu einem geringeren Teil auch auf Japan als Garanten für seine Souveränität und territoriale Integrität. Denn als künftige Regionalmacht sieht Kambodscha eher China als die USA. Es ist der Meinung, dass die USA in Kambodscha kein strategisches Interesse verfolgen, sondern vielmehr in seinen zwei Nachbarländern und historischen Rivalen Vietnam und Thailand. Die Außenpolitik Kambodschas ist daher in erster Linie von der direkten

Sicherheitsumgebung und dem geopolitischen Einfluss auf der (sub-) regionalen Ebene beeinflusst, jedoch nur in geringerem Ausmaß von strukturellen Veränderungen auf der Systemebene.

Indonesien und die Philippinen sehen die regionale Sicherheit vor allem durch die sino-amerikanische Rivalität bedroht. Indonesien begegnet sowohl China, als auch den USA und dem Streben beider Länder nach Einflusszonen mit Misstrauen und präferiert einen kooperativen und inklusiven Zugang. Im Bereich der strategisch und wirtschaftlich bedeutenden Natuna Inseln, insbesondere für den Seehandel und Rohstoffe, verstärkt Indonesien bereits seit einiger Zeit seine Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen, zuletzt etwa mit der Etablierung des Gemeinsamen Regionalen Verteidigungskommandos. Im Rahmen einer umfassenden Modernisierung und Organisationsreform der Streitkräfte verlegte Indonesien einen seiner Marine-Hauptstützpunkte innerhalb der Region näher zu den vorrangigen Einsatzgebieten und per Dezember 2022 die First Navy Fleet von Jakarta in die Region.

Die **Philippinen**, seit 1951 in einem Verteidigungsbündnis mit den USA, würden im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen den USA und China wohl direkt involviert. Strategisch bedeutend sind die von den USA genutzten Militärstützpunkte sowie die geographische Lage innerhalb der ersten Inselkette und die Nähe zu Taiwan.

Malaysia und Vietnam treten zuweilen deutlich gegen China, aber auch gegen die USA auf. Malaysia folgt einem modus operandi auf Basis eines ungeschriebenen gegenseitigen Einverständnisses zur Zurückhaltung, das sich auf die tatsächliche Interaktion vor Ort und nicht auf Verhandlungen stützt. Die mehrschichtige Positionierung Malaysias in der regionalen Geopolitik beruht auf einer Tendenz zur chinesischen Position auf der diplomatischen Ebene und seit 2018 dem Aufbau einer Verteidigungspartnerschaft mit China. Diese dient insbesondere der Aufrechterhaltung einer stabilen bilateralen Beziehung und dem Zugang zum chinesischen Verteidigungsapparat, um die gegenseitige Vertrauensbildung zu stärken und das Risiko für Fehlkalkulationen zu senken. Der öffentlichen Skepsis gegenüber der regionalen Rolle der USA und ihrer Verbündeten stellt Malaysia den Aufbau von unauffälligen, jedoch substanziellen Verteidigungsbeziehungen mit den USA und regionalen Institutionen zur Förderung der eigenen Autonomie entgegen. Der nach Jahren innenpolitischer Instabilität seit November 2022 amtierende Premierminister Anwar Ibrahim wird Malaysias stark institutionalisierte Außenpolitik proaktiver, internationaler und weiterhin bündnisfrei gestalten.

Südkoreas Streben nach einer größeren sicherheitspolitischen Unabhängigkeit

Beispielhaft ist das ausbalancierte Vorgehen Südkoreas. Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zeigte Südkorea eine im indopazifischen Raum vergleichsweise hohe Übereinstimmung mit westlichen Überzeugungen. Doch trotz der Zentralität der US-Partnerschaft für seine Sicherheits- und Außenpolitik fügt sich Südkorea nicht ohne Weiteres in die, zum Teil neu etablierten, US-geführten regionalen Kooperationsformate ein. Zugleich weitete Südkorea seine Beziehungen zu anderen regionalen Akteuren aus. Mit dem Amtsantritt Yoon Suk-yeols am 10.05.2022 als Präsident Südkoreas verlagerte sich der Fokus des Landes wieder auf die Abschreckung und auf Sanktionen gegen Nordkorea. Am 23.09.2022 traf etwa der US-Flugzeugträger USS Ronald Reagan erstmals nach vier Jahren zu einem Besuch in Südkorea ein. Das zunehmend risikoeskalierende Verhalten Nordkoreas zeigte sich beispielsweise am 02.11.2022. Innerhalb eines Tages erfolgte die bisher größte Anzahl an Raketentest; nordkoreanische Raketen schlugen auch in der umstrittenen Meeresregion zwischen Nord- und Südkorea ein. Vorangegangen war die vergebliche Aufforderung Nordkoreas, die Militärübung Vigilant Storm abubrechen. Vigilant Storm ist eine jährliche Militärübung Südkoreas mit den USA zur Verbesserung der Interoperabilität und Abschreckung. Sie fand im bisher größten Umfang von 31.10. bis 04.11.2022 statt. Am quadrilateralen Sicherheitsdialog Quad zwischen den USA, Australien, Japan und Indien nahm Südkorea bisher nicht teil, an der trilateralen Partnerschaft mit den USA und Japan nur sehr eingeschränkt. Zudem zögerte Südkorea bei der Partizipation an der unverbindlicheren Chip-4-Allianz der USA zur Sicherung und Finanzierung der globalen Halbleiter-Lieferkette. Generell möchte Südkorea seine strategische Autonomie und seine nationale Verteidigungsindustrie stärken. In der Folge des Ukraine-Krieges konnte Südkorea seine Position als Waffenexporteur, insbesondere in NATO-Staaten, festigen. Beispielsweise erhielt Polen im Dezember 2022 auf der Grundlage eines Vertrags von Juli 2022 mit einem Vertragswert von 5,8 Mrd. US-Dollar südkoreanische Panzer, Artillerie und Kampfflugzeuge.

Japans Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit

Japan, der wichtigste US-Bündnispartner außerhalb der NATO und formell unter dem nuklearen Schutzschirm der USA, bestätigte im Dezember 2022 die Abkehr vom Paradigma der defensiven Landesverteidigung als Resultat der Revision der Nationalen Sicherheitsstrategie. Die politischen und rechtlichen Grundlagen wurden bereits unter Shinzo Abe gelegt. Dazu zählt die Etablierung eines nationalen Sicherheitsrates 2013 oder die Neuinterpretation der Verfassung 1946, die Japan unter gewissen Bedingungen

die Ausweitung seiner kollektiven Selbstverteidigungskräfte erlaubt, insbesondere zur Koordinierung mit den US-Streitkräften. Japan debattiert zudem immer wieder den Aufbau einer eigenen nuklearen Abschreckung, etwa anlässlich des Ukraine-Krieges oder der regionalen Gefährdung durch Nordkorea und China. Diesem Ansinnen stellen sich insbesondere Südkorea und China entgegen.

Als zweiter Schritt erfolgt nun die materielle Transformation der neuen Verteidigungshaltung. Vorgesehen ist ein proaktiveres militärisches Engagement, eine stärkere Anpassung an internationale Standards und der Ausbau der bisher finanziell nicht nachhaltigen Verteidigungsindustrie, insbesondere durch die Lockerung der Exportvorschriften für Rüstungsgüter. Dies ermöglicht den Rüstungskonzernen künftig strategische Allianzen und wirtschaftliche Renditen. Bisher verfügt Japan mit zwölf Ländern über Abkommen für Rüstungskomponenten oder Technologietransfers, darunter Australien und Indien. Da Japan die Position einer Führungsmacht im gesamten indopazifischen Raum anstrebt, spielen seine Wirtschaftskapazität und die Geoökonomie eine bedeutende Rolle. Seine Verteidigungsfähigkeit stärkte Japan vor allem mit Aufrüstung, einer Militärreform und der Ausweitung der Sicherheitspartnerschaften, etwa mit dem Verteidigungsabkommen mit Australien im Jänner 2022.

Chinas veränderte Rolle in den globalen Lieferketten

Aufgrund geopolitischer Erwägungen und einer natürlichen Entwicklung änderte sich Chinas Rolle in den globalen Wertschöpfungsketten allmählich. Chinas Zielsetzung bleibt weiterhin der Aufstieg in den globalen Wertschöpfungsketten. Bereits vor dem aktuellen Trend zur Deglobalisierung nahm die teilweise Neustrukturierung von Lieferketten ihren Anfang. Die chinesische Textilindustrie verlagerte sich beispielsweise seit rund einem Jahrzehnt nach Vietnam und Bangladesch. Dies resultierte aus den gestiegenen Produktionskosten, der chinesischen Währungsstärke und der aktiven Strategieänderung Chinas in Richtung Hightech-Industrien. Die grundsätzlichen Entscheidungsfaktoren für das Lieferkettenmanagement sind Kosten, Zeit, Qualität und Resilienz. Die Herausforderungen liegen in der Lieferkettengestaltung, der Nachfrageplanung und der Angebotskoordinierung. Eine bedeutende Rolle spielen disruptive Technologien, etwa die Digitalisierung oder das Internet der Dinge. Als Reaktion auf die zunehmenden Tendenzen zur Deglobalisierung, die steigenden geopolitischen Risiken und die Probleme durch die Corona-Pandemie,

insbesondere die Lockdowns in China, begannen globale Unternehmen mit der Diversifizierung ihrer Lieferketten und der Reduktion ihrer Abhängigkeit von einzelnen Ländern wie China. Auch chinesische Unternehmen erweitern ihre Kapazitäten außerhalb des Landes, etwa in Indonesien, Vietnam, Mexiko und Osteuropa, zur besseren Bedienung der Nachfrage. Die Attraktivität Chinas liegt weiterhin in der wettbewerbsfähigen Kostenstruktur, den Personalressourcen, der modernen Infrastruktur und den Technologiekapazitäten. Apple und seine chinesischen Zulieferer verlagerten zwar beispielsweise Fertigungskapazitäten nach Vietnam und Indien, dennoch verblieb die Herstellung von Apple-Komponenten und Endprodukten bislang größtenteils in China. Bei der Solarkraft etwa verzeichnet China mit 90 % und bei Batterien mit 75 % den größten Anteil an den globalen Produktionskapazitäten für erneuerbare Energieerzeugung und -speicherung.

Chinas Ausschluss von westlicher Technologie

Geopolitik als entscheidender Faktor

Um in strategisch wichtigen Sektoren die Versorgung Chinas mit westlicher Technologie einzuschränken, konzipieren die USA seit einigen Jahren spezifische rechtliche Rahmenbedingungen. Zu den anfangs defensiven Maßnahmen zählen Export- und Importkontrollen, Desinvestitionsanordnungen, Lizenzverweigerungen, Visaverbote, Sanktionen, Regeln für Technologietransaktionen oder Zölle. Da restriktive Maßnahmen die technologische Vorherrschaft der USA nicht langfristig sicherstellen können – jedoch eine Dominanz Chinas kurzfristig verzögern – stützen sich die USA zunehmend auf offensive Maßnahmen zur Stärkung der eigenen technologischen Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit, insbesondere Investitionen in den Forschungssektor. Zur Vermeidung des Risikos, dass die entstehende Dynamik in einer komplexen und voneinander abhängigen globalen Technologielandschaft zu einer unerwarteten Eskalationsspirale führt, kommunizieren die USA ihre strategischen Absichten offen. Bereits im August 2020 untersagten die USA beispielsweise wegen Sicherheitsbedenken die Belieferung des Smartphone- und Netzwerktechnik-Herstellers Huawei mit US-Technologie. Anfang Oktober 2022 belegten die USA im Rahmen des Chips and Science Act die chinesische Chip-Industrie mit weitreichenden Exportbeschränkungen. Damit wird China der Zugang zu bestimmten Halbleiter-Chips verwehrt, die mit US-amerikanischen Maschinen weltweit produziert werden. Die Bedeutung der Maschinen liegt in ihrer Komplexität und dem kontinuierlichen Wartungsbedarf. Zudem dürfen US-Staatsangehörige die Entwicklung und

Produktion in chinesischen Halbleiterwerken nicht mehr unterstützen. Internationale Fachkräfte sind jedoch einer der Wachstumstreiber der chinesischen Chip-Industrie. Ebenso wurden zur Stärkung der US-Industrie bei Inanspruchnahme von US-Fördergeldern Investitionen in chinesische High End-Chips untersagt. Gerade die Halbleiterindustrie gilt als Schlüsselbranche für Zukunftstechnologien, ihre Produkte sind weltweit unter den meistgehandelten. Der weltweite Wert der Halbleiterindustrie wird gemäß McKinsey auf 1 Billion US-Dollar ansteigen. Der US-Chips and Science Act wurde am 22.08.2022 mit einem Budget von 280 Mrd. US-Dollar verabschiedet. Konkrete Maßnahmen Chinas in Folge der technischen Abkopplung sind noch nicht öffentlich bekannt. Vermutlich wird auch China die wirtschaftliche Entkoppelung in strategischen Bereichen vorantreiben. Technologie und Kapital könnten beispielsweise durch Hemmnisse für Börsengänge im Ausland in China gehalten werden. Ein Ansatzpunkt wäre auch die Digitalisierung und insbesondere die Datentransfer-Beschränkung, über die China ausländische Unternehmen aus dem chinesischen Markt drängen könnte, vor allem Industrie- oder Produktionsanlagen in den Sektoren Chemie, Kraftfahrzeug- oder Maschinenbau.

Chinas Innovationsfähigkeit

Die Entkoppelung könnte sich jedoch auch als Katalysator für Innovationen auswirken. China strebt in allen Bereichen nach Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, etwa im Technologiesektor oder bei der Institutionalisierung. Innovationsfördernde Faktoren, wie beispielsweise der Rechtsrahmen oder Ökosysteme, sind neben der industriellen Basis und dem Arbeitskräftepotenzial Voraussetzungen für Wissenschaft und Technologie. Chinas Schwierigkeiten bei der Innovation werden häufig auf das autokratische System zurückgeführt, liegen jedoch in erster Linie im chinesischen Denken begründet. So dominiert China zwar spezifische Technologien im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI), insbesondere der Überwachungstechnologie wie etwa die Sprach- und Gesichtserkennung, nicht jedoch von KI-Kerntechnologien. Die Staatszentriertheit mit einer zentralisierten Entscheidungsfindung und einer selektiven staatlichen Lenkung von Ressourcen und Projekten kann sich ebenso wie die Pfadabhängigkeit durchaus als Stärke in der Anfangsphase erweisen. Die pragmatische Politikgestaltung führt zum Vorteil der chinesischen Wissenschaft zu einer permissiven gesellschaftlichen Haltung gegenüber Interventionen und Innovationen. Nachteilig ist jedoch die Instrumentalisierung der Wissenschaft. Denn es herrscht die Einstellung vor, dass Wissen der Zielerreichung und der Problemlösung dienen und sich

mit einer spezifischen instrumentellen Funktion als nützlich erweisen muss. Hemmende Charakteristiken des chinesischen Denkens sind vor allem der kognitive Formalismus und die traditionelle Methode des engen Empirismus. Zumeist erfolgt die Ermittlung von Forschungsfragen retrospektiv und ermöglicht daher selten vorausschauende oder disruptive Lösungen. Daher lag der Fokus bisher auf der vergleichsweise kostengünstigen Nachahmung der besten internationalen Praktiken und deren Anwendung auf die chinesischen Bedürfnisse.

Xi Jinpings strategisches Denken

Basierend auf dem traditionellen chinesischen Denken entwickelt Xi Jinping detaillierte strategische Theorien über den *Sozialismus mit chinesischen Charakteristiken* sowie operative Konzepte für unterstützende Rahmenbedingungen und konkrete Koordinierungsmaßnahmen. Die strategischen Theorien begründen in China eine rege wissenschaftliche Debatte und entsprechen dem Prinzip, dass Ideale ehrgeizig und Aktionen bodenständig sein sollten. Sie dienen als Leitfaden für die praktische Umsetzung durch die Politik und die Kernstrategien. Die Absichten und Visionen der Politik sollen vorhersehbar, realitätsnah und klar sein. Dabei adaptiert Xi Jinping historische, traditionelle, philosophische und strategische Elemente für die Gegenwart und die potentielle Zukunft. Die Elemente entstammen etwa dem Konfuzianismus, dem Marxismus-Leninismus und den strategischen Theorien des antiken Militärstrategen Sunzi (Sun Tzu), Mao Zedongs oder Deng Xiaopings. Die Fortführung des chinesischen Denkens verleiht Xi Jinping zudem politische Legitimität.

Das vorrangige Ziel ist die Stärkung Chinas. Xi Jinping berücksichtigt die globale, regionale und bilaterale Ebene sowie insbesondere die vier Bereiche Entwicklung, Ressourcen, Reformen sowie Wohlstand. Dabei sollen die Richtung der künftigen Entwicklung bestimmt werden, die nationale Entwicklung mit modernem Denken angeleitet, eine innere Triebkraft für Reformen und Innovationen entfacht sowie die Kräfte aus allen Bereichen gestärkt werden. Thematisch umfassen Xi Jinpings Theorien etwa die Zukunft Chinas, die Stärkung der Ideologie (siehe ausführlich im Spezialbeitrag „*Die Zunahme der strategischen Bedeutung von Ideologie für China*“), die gute Regierungsführung, die internationalen Beziehungen oder die globalen Gemeinschaftsräume. Die strategischen Theorien Xi Jinpings wurden als leitende Ideologie des Reform- und Modernisierungsprozesses institutionalisiert. Nach der Verfassungsreform 1954 durch Mao Zedong und 1982

durch Deng Xiaoping wurde das *Denken Xi Jinpings* 2018 in die chinesische Verfassung aufgenommen. Xi Jinpings acht Prinzipien wurden zur einfacheren Implementierung mit 14 Erläuterungen ergänzt.

Beispielhaft für Xi Jinpings Strategietheorie ist der *Chinesische Traum*. Er basiert auf der sinozentrischen Weltsicht, konzentriert sich auf die Zukunft Chinas und repräsentiert die Kontinuität des strategischen Denkens Chinas. Denn er entspricht durchaus vorherigen nationalen und kollektiven Visionen zur Stärkung Chinas. Unter Mao Zedong galt das Motto *China erhebt sich*, unter Deng Xiaoping *China reich machen* oder unter Hu Jintao *Chinas friedlicher Aufstieg*. Unterschiede gab es in der zugrundeliegenden historischen, entwicklungspolitischen und politischen Logik. Mit dem chinesischen Traum schuf Xi Jinping einen Konsens und gab die Richtung vor. Das Konzept ist langfristig, idealistisch und zentral gelenkt. Dies entspricht etwa auch den strategischen Mustern Sunzis. Durch die Schaffung einer vorteilhaften strategischen Umgebung prägt China die künftige Entwicklung und übt global weitreichenden strategische Einfluss aus, etwa durch die Beeinflussung der gegnerischen Intentionen. Dies unterstützt Chinas Präferenz für Kontrolle. Der chinesische Traum dient der kollektiven Anstrengung und dem nationalen Ruhm. Er begründet eine innere Motivation, bündelt die Kräfte aus unterschiedlichen Bereichen und steht in Bezug zur Modernisierung, einem Kerninteresse Chinas. Auf der internationalen Ebene besteht das Hauptziel des chinesischen Traumes in der Widerlegung des universellen Anspruchs des Liberalismus.

Barbara Farkas

Die Zunahme der strategischen Bedeutung von Ideologie für China

Die USA verfolgen seit Jahrzehnten eine Grand Strategy, die teils offensiv auf den globalen Export des dominanten westlichen Ordnungsmodells des Liberalismus abzielt (siehe dazu ausführlich Jedlaucnik, ISS-Aktuell 2/2022, 15-19). China gilt dabei als systemischer Hauptgegner der USA. Um sich diesem ordnungspolitischen Ansatz entgegenzustellen, nimmt die strategische Bedeutung der Ideologie für China seit einigen Jahren wieder zu. Eine Ideologie ist dabei als ein kohärentes Wertesystem zu verstehen, das die Grundlage für organisiertes politisches Handeln bildet. Sie offeriert eine Weltsicht und ein Modell zur Gestaltung der erwünschten Zukunft.

China setzt nun verstärkt auf die **formelle Ideologie**, um die politische Einheit und Legitimität aufrecht zu erhalten, insbesondere mit Blick darauf, dass die (wirtschaftliche) Leistungslegitimation möglicherweise zukünftig nicht mehr ausreichen könnte. Das wesentliche Ziel des politischen Systems liegt in der Erfüllung der öffentlichen Anforderungen, der Formung der öffentlichen Meinung und auf diese Weise in der Abwehr von Druck für verfassungsrechtliche Veränderungen. Bisher nutzte China eine Doppelstrategie aus formeller und informeller Ideologie. Die Widersprüche zwischen den formellen und informellen ideologischen Diskursen nahmen jedoch stetig zu, denn angesichts einer faktisch kapitalistischen Wirtschaftspolitik lässt sich das Machmonopol der Kommunistischen Partei Chinas immer schwieriger rechtfertigen. Allerdings ist die Übereinstimmung zwischen der staatlichen Rhetorik und dem staatlichen Handeln ein grundlegender Erfolgsindikator für eine tragfähige Regierungsideologie. Weitere Indikatoren sind eine auf der Basis inhaltlicher Kriterien geregelte Führungsnachfolge sowie die Kohärenz der Auffassungen von Staat und Gesellschaft über ihre gegenseitigen Beziehungen, die sich in der politischen und wirtschaftlichen Organisation widerspiegeln. Daher stärkt die chinesische Regierung die formelle Ideologie, indem kommunistische Elemente reduziert und populistische und auch anti-westliche Elemente integriert werden. Im Gegensatz zu den USA bekämpft China andere Ideologien nicht offen, sondern stellt die Kompatibilität der eigenen Ideologie und die nationalen Kerninteressen in den Mittelpunkt seines Handelns. Der chinesische Pragmatismus in den internationalen Beziehungen bezieht sich, anders als die Ideologie, nicht auf theoretische Überzeugungen, sondern auf die praktischen Umstände.

Insbesondere im **Umgang mit dem US-Liberalismus** stützt sich China auf eine ideologisch begründete Strategie, deren theoretische Grundlage von Xi Jinping entwickelt und formuliert wurde. Diese Strategie berücksichtigt Elemente früherer strategischer Denker, den gegenwärtigen geopolitischen Kontext, das (regionale) strategische Umfeld und die historische Erfahrung Chinas. Seit den 1970er Jahren und insbesondere der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik ein Jahrzehnt später versuchten die USA im Rahmen des defensiven Liberalismus China durch Kooperation an das liberale Politikmodell heranzuführen. Zu den von den USA genutzten politischen und wirtschaftlichen Instrumenten zählten etwa die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen 1971 oder in die Welthandelsorganisation 2001. China übernahm jedoch, unter utilitaristischer Abwägung in Bezug auf seine strategischen Ziele, allenfalls schrittweise sorgfältig ausgewählte Aspekte des liberalen Ordnungsmodells. Die Erwartungen des Westens nach einer umfassenden wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung Chinas erfüllten sich auf diese Weise nicht.

Chinas ideologische Sicherheit

China sieht die **Ideologie als integralen Bestandteil seiner nationalen Sicherheit**, wobei China die Definition von Sicherheit grundsätzlich auf alle Bereiche ausweitet. Die Bedeutung der ideologischen Sicherheit legte Xi Jinping bereits knapp nach seinem Amtsantritt als Präsident Chinas 2013 dar. Es folgten entsprechende offizielle und wissenschaftliche Dokumente.

Ideologische Sicherheit bedeutet für China die Vernetzung der politischen, sozialen und kulturellen Sicherheit. In seinem holistischen Zugang nimmt China unterschiedliche Blickwinkel ein, etwa die funktionelle, die soziale und die staatliche Perspektive. Der funktionelle Blickwinkel kann ideell sein. In diesem Fall dominiert die Ideologie die Ideen und Konzepte, zudem übt eine leitende Macht eine kohärente Kontrolle über andere Tendenzen des sozialen Denkens aus. Im Wirtschaftsbereich etwa ist die Funktion der Ideologie hingegen nicht ideell. Mit Blick auf die gesellschaftliche Grundlage dient die Ideologie durch die Identifizierung mit ihr dem sozialen Zusammenhalt. Aus der staatlichen Sicht kann der Staat die ideologischen Ressourcen nutzen und mobilisieren.

Als **äußere Bedrohung seiner ideologischen Sicherheit** betrachtet China ideologische und nicht-ideologische Einflüsse. Zu letzteren zählen etwa Wirtschaftskrisen, politische Korruption oder militärische Konflikte. Konkret fürchtet China die Schwächung seiner politischen Legitimität durch demokratische Werte, weil sie die politische Führung und das politische System Chinas – den Sozialismus chinesischer Prägung – untergraben. Die universellen Werte schwächen die ideologischen und theoretischen Grundlagen der chinesischen Führung. Eine vom Westen propagierte chinesische Zivilgesellschaft würde das gesellschaftliche Fundament der chinesischen Führung auflösen; der Neoliberalismus würde das grundlegende Wirtschaftssystem Chinas verändern.

Die **historische Erfahrung** mit den liberalen westlichen politischen Idealen war folgeschwer und für China demütigend. Denn die schwere politische und wirtschaftliche Krise des chinesischen Kaiserreiches zu Beginn des 20. Jahrhunderts schuf eine Situation, in der die chinesischen politischen Traditionen in Misskredit gerieten, die politischen Ideale des modernen Westens jedoch für China unangemessen schienen. Im Zuge der Opiumkriege hatten die westlichen Kolonialmächte von China die Öffnung des Landes und die Akzeptanz der ungleichen Verträge erzwungen. Als Konsequenz und in Einklang mit seiner strategischen Kultur unternahm China politische und strategische Anpassungen. Es verband Aspekte der modernen Politik mit Merkmalen des bestehenden politischen Umfeldes. Der erste Übergangspräsident der 1912 gegründeten Republik China, Sun Yat-sen, lehnte seine politische Philosophie an den US-amerikanischen Progressivismus an. Seine *Drei Volksprinzipien* galten dem Wohlstand (*Volkswohlfahrt*), der Demokratie (*Volksrechte*) und der nationalen Souveränität (*Volksgemeinschaft*). Der von Sun Yat-sen in Aussicht gestellte Demokratisierungsprozess sollte jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden, sobald die Bevölkerung dafür bereit wäre. Bis dahin galt auch für Sun Yat-sen eine autoritäre politische Führung als optimal. Soweit kam es auf dem chinesischen Festland nicht – jedoch in Taiwan –, denn nach dem Ende des Bürgerkrieges rief Mao Zedong 1949 die Volksrepublik China aus.

Taiwan hingegen führt seine politische Legitimität auf Sun Yat-sen zurück. Taiwans Demokratisierungsprozess in den 1980er Jahren stützte sich auf die liberale Grundlage der drei Volksprinzipien. Grundsätzlich benötigt eine Demokratisierung innere Voraussetzungen, insbesondere die Kompatibilität mit der politischen Kultur, eine innere Motivation, eine breite Mittelschicht und eine entwickelte Zivilgesellschaft. Eine bedeutende Rolle spielte auch die historische Erfahrung. Die begrenzte lokale Mitbestimmung unter der japanischen Kolonialherrschaft von 1895 bis 1945 hatte den Boden für die Demokratisierung Taiwans aufbereitet. Ein weiterer Wirkfaktor war der äußere Druck. Erstens von Seiten der USA, die Taiwan wirtschaftlich und politisch unterstützten und in ihr antikommunistisches Netzwerk in Asien einbanden. Zweitens durch den Verlust des internationalen Status, insbesondere durch die erzwungene Abgabe des Sitzes bei den Vereinten Nationen an China 1971. Und drittens die Spannungen mit China, die letztlich zur Herausbildung einer spezifischen taiwanesischen Identität im Sinne einer „Nationsbildung“ und dem Streben nach Unabhängigkeit führten. Ein entscheidendes Element war der demographisch begründete Mangel an politischem Nachwuchs der autoritären Kuomintang unter Chiang Kai-shek. Dieser war nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg mit Gefolgsleuten 1949 nach Taiwan geflohen.

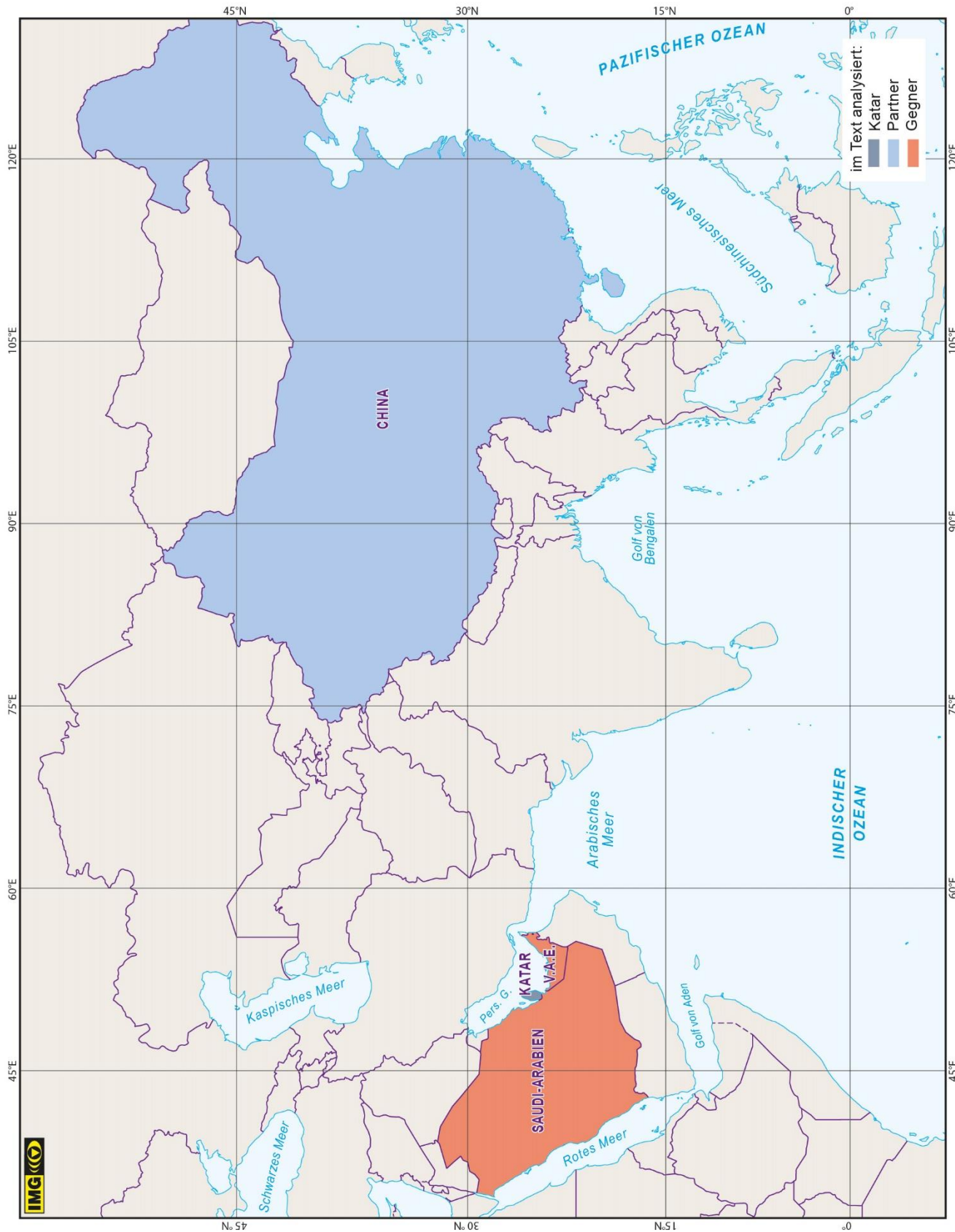
Die Verbreiterung der politischen Basis und die politische Inkludierung von lokalen Taiwanern führte schließlich zur schrittweisen, dezentralen Demokratisierung. Die politische Polarisierung zwischen den beiden Großparteien bei Beginn der Demokratisierung blieb seitdem bestehen.

Chinas Stärkung seiner ideologischen Grundlage

Chinas **theoretisches Konzept** zur Stärkung der ideologischen Grundlage stützt sich auf die Dekonstruktion der universellen Werte und die Prägung eigener Grundwerte. Die Dekonstruktion erfolgt beispielsweise durch wissenschaftliche Kritik an der theoretischen Grundlage der universellen Werte. Eine zweite Vorgangsweise ist das Hervorheben der vermeintlich „wahren Absichten“ hinter den universellen Werten auf der Basis der politischen Praxis der ideologischen Gegner. Zudem gestaltet China zentrale Werte als wichtige soziale Stabilisatoren aus. Der Fokus liegt dabei auf der politischen Legitimität und der moralischen Grundlage des chinesischen Staatssystems.

Bei der **Realisierung** des theoretischen Konzepts zur Wahrung der ideologischen Sicherheit spielen die Werte und das Glaubenssystem eine bedeutende Rolle, aber ebenso die Ebenen des Kognitions- und Interpretationssystems sowie des Entscheidungs- und Handlungssystems. Den westlichen Werten und politischen Idealen stellt China immer häufiger seine eigenen Werte gegenüber, zumeist als Rückgriff auf traditionelle Werte, durch eine Neudefinition und/oder durch eine Anpassung westlicher Werte an die chinesischen Voraussetzungen. Beispielhaft für das Handlungssystem ist die politische Kontrolle. Ein Verantwortlichkeitssystem überwacht die ideologische Arbeit. Das Frühwarnsystem für ideologische Sicherheitsrisiken umfasst Kontroll- und Alarmsysteme sowie Reaktionsmechanismen. Sie basieren auf den Risikoquellen, etwa westlichen Werten, auf Warnhinweisen und Risikobedingungen, etwa politischen Disputen oder Gerüchten.

Barbara Farkas



Katar

Zur Lage am Persischen Golf - Das Emirat Katar: Die Fussballweltmeisterschaft und ihre dahinterliegende Dimension

Am 02. Dezember 2010 erhielt das wahhabitische Emirat Katar in einer Auslosung durch den Weltfußballverband den Zuschlag zur Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2022. Der katarische Emir Tamim Bin Hamad Al-Thani war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht im Amt, sein Vater Hamad Bin Khalifa Al-Thani nahm die Entscheidung an jenem Tag in der Zentrale des Weltfußballverbandes in Zürich für sein Emirat zur Kenntnis. Der Machtwechsel in dem kleinen Emirat am Persischen Golf vollzog sich unblutig erst rund drei Jahre später. Am 25. Juni 2013 dankte Hamad zugunsten seines Sohnes ab. Mit der Staffelübergabe vom Vater an seinen viertältesten Sohn (Lieblingssohn) erfolgte jedoch kein Strategiewechsel. Tamims Mutter Mauza Bint Nasir Al-Misnid hat besonderen Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungen im Emirat. Auch durch diesen Umstand blieben die wirtschaftspolitischen Leitlinien des Emirates unangetastet, ebenso die dahinterliegende „beinharte“ Strategie zu deren Durchsetzung.



Der 2010 amtierende katarische Emir Hamad Bin Khalifa Al-Thani

Das Emirat selbst verfolgte zu diesem Zeitpunkt in eben dieser Durchsetzung bereits eine mehrere Jahre andauernde beispiellose Investmentpolitik – unter anderem im europäischen Wirtschaftsraum. Diese Strategie wurde bereits in den 1990-er Jahren entwickelt. Ab diesem Zeitraum begann das Emirat ausgesuchte Immobilien, Firmenbeteiligungen und Fußballklubs im Vereinigten Königreich, sowie vorwiegend auch in Frankreich und anderen europäischen Staaten zu erwerben und sich damit auch die Zugänge in die jeweiligen Zirkel der Wirtschaftstreibenden und der Spitzenpolitik zu sichern. Darüber hinaus zielten die katarischen Investments auch auf mehrere Unternehmen der französischen Rüstungsindustrie ab. Der damalige

französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy pflegte nicht nur deswegen enge Kontakte mit seinem Gegenüber am Golf. Der Fußballklub Paris St-Germain kam in katarischen Besitz, parallel dazu erhielt der Sohn des europäischen Fußballpräsidenten namens Laurent Platini einen Posten in der staatlichen Qatar Sports Investment-Firma. Deren Eigentümer Nasser Khelaifi stieg in die Leitungsfunktion der European Club Association auf. Diese Vereinigung ist eine selbstständig tätige und unabhängige Interessensvertretung mit ihrem Stammsitz in der Schweiz. Ihr Zweck besteht in der Unterstützung der Aktivitäten des europäischen Fußballs und findet auf Vereinsebene statt.



Der aktuelle katarische Emir Tamim Bin Hamad Al-Thani (links im Bild) erhielt im Beisein des FIFA-Präsidenten Gianni Infantino (Bildmitte) einen Fußball als Symbol für den Auftrag zur Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft. Der vorherige WM-Gastgeber war der russische Staatspräsident Putin. (rechts im Bild)

Die katarische Durchsetzungsstrategie beruht in ihrer Realisierung auf einem eng abgesteckten Zirkel von Vertrauensleuten um den Emir, sowie auf die gezielte Ansprache, die Kontaktaufnahme und die Beeinflussung gegebenenfalls durch Leistung entsprechender Donationen zur an ebendiese Personen mit dem alleinigen Zweck der Durchsetzung der zuvor entwickelten nationalen Strategie. Im Unterschied zu den ähnlich gelagerten Bemühungen der entsprechenden saudi-arabischen Aktivitäten, ebenso auch im Unterschied zur Durchsetzungsstrategie der Vereinigten Arabischen Emirate, zielte das Emirat Katar jedoch nicht ausschließlich oder überwiegend auf die Spitzenpolitik und die Spitzenwirtschaftsvertreter der jeweiligen in ihrem Interesse stehenden Staaten ab, sondern begann seine wirtschaftspolitischen Aktivitäten überwiegend im niederschweligen Bereich der einzelnen Branchen. Im Falle des Sportes bedeutete dies eine strategische Investitionsleistung auf der Vereinsebene mit den entsprechenden Langfristzielsetzungen.

Diese eben auf eine Langfristigkeit ausgelegte Strategie kam im Falle der Fußballweltmeisterschaft 2022 besonders gelegen, stand doch im katarischen Falle von

der Vergabe im Jahre 2010 bis zur Realisierung der Meisterschaft im Jahre 2022 nun ein zwölfjähriger Zeitraum zur Verfügung. Die Vorarbeiten zur positiven Entscheidung durch die Adressierung der entsprechenden Funktionäre des Weltfußballverbandes und durch die Schaffung der jeweiligen Netzwerke auf der politischen und wirtschaftlichen Umsetzungsebene begannen ebenso rund ein Jahrzehnt vorher und starteten schon in den frühen 2000-er Jahren. Dies bedeutet auch die exakte Kenntnis des Personalwesens der Verbände und der Funktionärebene zu erlangen um bereits jene Personen zu adressieren, welche zum Zeitpunkt der Ansprache womöglich noch gar nicht in Führungsfunktionen zu finden waren. Beim Präsidenten des Weltfußballverbandes war dies jedoch nicht notwendig gewesen. Der damalige Präsident Sepp Blatter amtierte seit 1998 und war nach der WM-Vergabe an das Emirat Katar noch bis zum Jahre 2015 im Amt. Er war daher dem vorherigen Emir Hamad Bin Khalifa, wie auch dem aktuell regierenden Emir Tamim Bin Hamad bestens bekannt.

Die internationalen Beobachter und die jeweiligen Vertreter aus dem Umfeld des Spitzensportes artikulierten kurz nach der Entscheidungsbekanntgabe im Jahre 2010 ihre entsprechenden Bedenken. Diese Bedenken umfassten zuallererst zwei Aspekte: Der erste Aspekt betraf die klimatische Situation des Emirates. Bedingt durch dessen Lage am Persischen Golf war im Falle eines klassischen WM-Termines in den Sommermonaten mit Temperaturen von rund 40 Grad bis knapp unter 50 Grad zu rechnen. Diesen Sorgen begegnete das Emirat mit einer Terminbekanntgabe für den WM-Start am 20. November. Dieser damit startende Zeitraum zog den Unmut der europäischen Werbebranche und der jeweiligen Skiverbände, sowie auch der US-Werbebranche wegen der etwaigen Terminkollisionen rund um die Baseball- und Basketballsaisonseinschreibungen nach sich.

Der zweite Aspekt betraf die religiöse Konnotation des Austragungsortes. Das Emirat Katar ist das zweite wahhabitische Land neben dem Königreich Saudi-Arabien, seinem unmittelbaren Nachbarn. Dieser zweite Aspekt wurde zu Beginn jedoch nicht offen kommuniziert. Zuallererst wurde die Kleinheit des Emirates, die mangelnde Infrastruktur für ein derartiges Ereignis (Stadien, öffentlicher Personennahverkehr, Hotelleriekapazitäten, etc.) sowie die schlechte humanitäre Lage der Unzahl an ausländischen im Emirat tätigen Arbeitskräften ins Treffen geführt. Letzteres war auch Jahre zuvor schon ein Element regelmäßiger Kritik durch internationale Beobachter und Hilfsorganisationen. Auf die rund 300.000 katarischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger kommen rund 2,3 Millionen ausländische Arbeitskräfte. Diese Arbeitskräfte

unterliegen einem hierarchischen Konzept in der Koexistenz und in ihrem mit ihnen an den Tag gelegten Umgang durch die genuine katarische Minderheitsbevölkerung. So genießen Ärzte, aber auch Ingenieure aus den USA und aus den europäischen Staaten ein sehr hohes Ansehen, ebenso betrifft dies leitende Angestellte in der Hotellerie, dem Gastgewerbe und in den Dienstleistungssektoren. Am unteren Rand des Akzeptanzspektrums stehen die pakistanischen und die indischen „Wanderarbeiter“ auf den jeweiligen Hoch- und Tiefbaustellen. Diese „Gastarbeiter“ unterliegen einem strengen Kontrollmechanismus und sind ihren jeweiligen katarischen Arbeitgebern quasi „auf Gedeih und Verderb“ ausgeliefert. Die mangelnde Arbeitsplatzsicherheit und die schlechte medizinische Versorgung führen zu einer überproportionalen Todesrate unter diesen Kräften. Vereinfacht gesagt lautete eine gängige Kalkulation, wonach „ein Arbeiter pro errichtetem Geschoß pro Kalenderjahr auf einer durchschnittlichen Baustelle zu Tode komme“. Bei einem Wolkenkratzer mit 80 Geschoßen bedeutet dies rund 80 Todesfälle pro Jahr.

Die Kritik an diesen Zuständen spitzte sich daher nach der WM-Vergabe massiv zu, ging doch mit den entsprechenden WM-Vorbereitungstätigkeiten eine massive Bautätigkeit für Infrastruktur und in Spielstätten einher. Ganz generell dazu wurde auch die Kleinheit des Landes beklagt, die Fläche Katars ist mit jener des Bundeslandes Oberösterreich zu vergleichen und beträgt in absoluten Zahlen rund elfeinhalb Quadratkilometer.

Katar, der Wahhabismus und der Alkohol

Wie bereits eingangs erwähnt, sind sowohl das Königreich Saudi-Arabien, wie auch das Emirat Katar als wahhabitische Staaten zu bezeichnen. Die staatliche Religiosität fußt daher grundsätzlich auf die Lehre von Muhammad Ibn Abd Al-Wahhab, welcher von 1702 bis zu seinem Tode im Jahr 1792 eine besonders traditionelle Auslegung eines sunnitischen Islams in einer stark salafistischen Prägung propagierte. Obwohl für beide Staaten der Ausgangspunkt der religiösen Lehren identisch ist, begann eine Divergenz der Interpretation derselben durch die beiden Staaten relativ früh. Der relevante Kernpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Saudi-Arabien und dem Emirat Katar um die Glaubensinterpretationen der wahhabitischen Lehrmeinungen drehte sich um die Sure 04, Vers 59 des Korans. Darin heißt es:

„O ihr, die ihr Glauben erlangt habt! Gebt acht auf Gott und gebt acht auf den Gesandten und auf jene von euch, die mit Autorität betraut worden sind; und wenn ihr über irgendeine Sache uneinig seid, bringt sie vor Gott und den Gesandten, wenn ihr (wahrhaft)

an Gott und den Letzten Tag glaubt. Dies ist das Beste (für euch) und am besten am Ende.“

Die angeführte Sure wurde sowohl von politischen und religiösen Vertretern aus Saudi-Arabien, als auch von den dementsprechenden Akteuren im Emirat Katar in überwiegend intern geführten Diskussionen thematisiert. Diese Diskussionen drehen sich schlichtweg um die Frage der Gottgewolltheit der Autorität des Herrscherhauses und wie dadurch die geistige und die weltliche Herrschaft in Einklang zu bringen sei.

Das Emirat Katar hat in den 1990-er Jahren bereits einen religiös liberaleren Weg eingeschlagen, anders als dies in Saudi-Arabien seit dessen Staatsgründung im Jahre 1932 der Fall gewesen war. Dies erfolgte nicht zuletzt auch zur erleichterten Umsetzung der wirtschaftspolitischen Öffnungsstrategie und zur Durchsetzung seiner bereits angesprochenen strategischen Investmentpolitik. Im damaligen Jahrzehnt liberalisierte sich der Arbeitsmarkt für Frauen im Emirat. Zeitgleich mit dieser Liberalisierung erfolgte für katarische Bürgerinnen die Erlaubnis zur Erlangung einer Lenkerberechtigung zum Fahren von Kraftfahrzeugen aller Art, sowie zur Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses ohne vorheriger Zustimmung des Vormundes. Die demographische Ausgangslage katapultierte das Emirat in kürzester Zeit auf den unangefochtenen ersten Platz in der Rangliste an weiblicher Partizipation am inländischen Arbeitsmarkt in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Das Emirat belegt aktuell weit abgeschlagen den ersten Platz mit 53% weiblichem Anteil an seinem nationalen Arbeitsmarkt. Im Jahre 1999 wurde für Frauen das aktive und das passive Wahlrecht eingeführt. Diese Entwicklungen erfolgten jedoch nicht ohne interner Kritik durch Vertreter des religiösen Establishments. Die heftigsten Kritiken stammten dabei von jenen Akteuren des Landes, welche ihre religiöse Ausbildung in Saudi-Arabien absolviert hatten.

Aus dem historischen Kontext heraus war die Reaktion dieser Kritiker verständlich. Das Verhältnis des politischen Führungszirkels im Königreich Saudi-Arabien zu seinen religiösen Kräften im Land, also letztendlich der gesamten muslimischen Gemeinschaft an sich (Ulama), ist einem strengen Mechanismus unterworfen, welcher in den Jahrzehnten der Existenz des Königreiches nach der Gründung der aktuellen Form eben im Jahre 1932 einem steten, jedoch nicht einem strukturellen Wandel unterworfen war. Seit dem 18. Jahrhundert teilte sich die Machtausübung in den Staatsgrenzen Saudi-Arabiens auf zwei tragende Säulen auf. Einerseits handelte es sich dabei um die Säule des Hauses Al-Saud, andererseits um die zweite Säule der Ulama und ihrer religiösen Führer. Zweitens bezog sich vor allem auf die Familie der Al-Scheich, einer direkten

Nachkommenschaft des Propheten Mohammed und damit mit der dementsprechenden religiösen Autorität versehen. Die innere Verfasstheit und die Dogmatik der Ulama handelte und handelt in der Tradition der Vorväter und sah sich selbst als deren Erben. Erst unter der Regentschaft König Salmans und der Einsetzung von Mohammed Bin Salman als Kronprinz beginnt sich das Königreich Saudi-Arabien analog zu seinem katarischen Nachbarn zu liberalisieren und zu öffnen.

Die Entwicklungen im Emirat Katar führten jedoch in den Glaubensfragen schon von Beginn an zu anderen Richtlinien, zu teilweise divergierenden Dogmatiken und zu unterschiedlichen Antworten in der Ausdifferenzierung von Glaubensfragen. Bei Katar besteht der eklatante Unterschied darin, dass der Staatsgründer Scheich Qasim den Wahhabismus für die eigene politische Herrschaft gleich nach Übernahme der Regentschaft im Jahre 1822 anpasste. Scheich Qasim adaptierte die religiösen Lehren, sah sie nicht als parallel agierende gleichberechtigte Herrschaftsentität an und handelte dabei unter anderem aus strategischen Überlegungen.

So verknüpfte er die Fragen nach Religion, Glaube, Unterwürfigkeit und Gottgefälligkeit mit den Fragen nach Autonomie, nach Unabhängigkeit und nach der Nationenwerdung. Diese politisch-religiösen Überlegungen können dabei durchaus auch bis zu einem gewissen Grad auf die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Emirates und auch auf die Pragmatik der nachfolgenden Herrscher umgelegt werden. Durch die ausgewiesene Realpolitik des Staatsgründers begann bereits kurz nach dem Beginn seiner Regentschaft die Allianzenbildung – weg von der rein saudi-arabisch wahhabitisch dominierten Ebene hin zu einer pan-arabisch geprägten Ebene – wie sie sich mit dem Osmanischen Reich zur Zeit des Staatsgründers bot. (Die Osmanen hielten Katar mehrmals besetzt und zogen sich erst 1916 vollständig zurück.) Das ermöglichte es ihm seine Netzwerke zu vergrößern. Das damals politische Umfeld für das junge kleine Emirat und der darauf aufbauende politische Gestaltungs- und Handlungsspielraum war daher in der Außen- und Wirtschaftspolitik auf drei staatliche Entitäten fokussiert und von diesen dominiert. Es handelte sich dabei um Saudi-Arabien, das Osmanische Reich und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland mit seinen Kolonien und den späteren Dominions.

Scheich Qasim referenzierte in seinen politischen, wie auch in seinen religiösen Abhandlungen auf diese drei unterschiedlichen Akteure. Die religiösen Aspekte wirkten dabei mehrheitlich auf die politischen Entscheidungen und begannen bereits eine erkennbare Differenz zu den saudi-arabischen politischen

Entscheidungen an den Tag zu legen. Die größte Diskrepanz ergab sich im Umgang mit dem Osmanischen Reich, dessen Pan-Islamismus in der Staatskanzlei des Emirates eine wohlwollendere Aufnahme fand, als dies in Saudi-Arabien nach der eigenen ersten Staatsgründung im Jahre 1744 der Fall war.

Das Emirat Katar legte einen beeindruckenden fast „weltlichen Pragmatismus“ an den Tag. Es widmete sich beispielsweise in der Fragestellung um die Konzeption der muslimischen Armensteuer „Zakat“ um eine pragmatische Lösung. Gerade dieses technisch-pekuniäre Problem berührte die innere Verfasstheit der Stämme im Emirat massiv, bedeutete es doch in letzter Konsequenz deren „Finanzausgleich“ mit dem Herrscherhaus. Ganz generell ist anzumerken, dass das Verhältnis zwischen Politik, Religion und Stammeswesen ein komplexes Verhältnis auf der Arabischen Halbinsel im Allgemeinen und den Kerngebieten des Emirates Katar im Besonderen war. Mehrere Stämme des Emirates Katar referenzierten nämlich nicht nur nicht auf die Lehren Abd al- Wahhabs, sondern traten sogar in eine offene Opposition zu ihnen. Diese Stämme stellten dadurch auch ein ernstzunehmendes politisches Gegengewicht zu den religiösen wahhabitischen Bestrebungen dar. Für das Emirat bedeutete dies, dass es keine zentrale wahhabitische Autorität gab, welche ihre Macht über die Stämme hätte ausüben können, geschweige denn von diesen dazu legitimiert worden wäre. Diesem offen zu Tage getretenen Widerstand schloss sich in weiterer Folge ebenso das Sultanat von Maskat und Oman an, welches mehrere saudische Garnisonen unter anderem auf katarischem Boden angriff und aus deren Stellungen warf. Damit wurde die wahhabitische Einflusszone ganz allgemein beschränkt und in Katar der Einfluss nicht zuletzt dank der omanischen Hilfeleistung vorerst beendet. Im frühen 19. Jahrhundert erfolgte jedoch eine Wiederannäherung zwischen Saudi-Arabien, genauer dem zweiten saudischen Staat, mit dem Emirat Katar. Saudi-Arabische Stämme übten zu jener Zeit die Regentschaft über die katarischen Stämme aus, mussten sich jedoch im Jahre 1847 nach Bahrain zurückziehen und akzeptierten dies nach Verhandlungen. Damit begann auch der Aufstieg der bis heute regierenden Al-Thani-Dynastie.

Dieses katarische Machtkonstrukt rund um die Familie Al-Thani hat jedoch auch einen Nachteil. Gegner des Emirates adressieren im Falle eines gewollten und geplanten Staatsstreiches auch immer auf jene Angehörigen der Familie Al-Thani, welche den Thron lieber für sich beanspruchen würden. Dies ist eine Schwäche des Systems innerhalb der Herrscherfamilie.

All diese historischen Entwicklungen berührten den Weltfußballverband jedoch bei seiner Entscheidungsbekanntgabe für die WM-Vergabe an das Wüstenemirat nicht. In der technischen Umsetzung waren diese historischen religionspolitischen Entwicklungsstränge jedoch von entscheidender Bedeutung.

Relativ frühzeitig stellte man dem katarischen technischen WM-Komitee die schlichte Frage, wie man es denn mit dem Alkoholausschank zu halten gedenke. Ganz grundsätzlich ist festzuhalten, dass „Fußball und Bier“ in kultureller Hinsicht eine überwiegend europäische, sowie eine nord- und südamerikanische Symbiose darstellt. Der Asien-, wie auch der Afrika-Cup erkennen dieses Problem nicht als ein vorrangiges an. Im Sponsoring sind jedoch die Brauereikonglomerate rund um den Mehrheitseigentümer Anheuser-Busch von einer strategischen Relevanz und von einer wirtschaftlichen ernstzunehmenden Tragweite für den Weltfußballverband und seinen notwendigen Werbeeinnahmen.

Der Fußballverband unterhält mit Anheuser-Busch seit dem Jahre 1986 eine strategische Partnerschaft. Für das Emirat war daher für die WM-Durchführung ein pragmatischer Lösungsansatz zu finden. Nach einem längeren Machtkampf Dohas mit dem Weltfußballverband blieb der Ausschank von alkoholhaltigen Getränken in den Stadien zwar grundsätzlich verboten, jedoch wurde den Hotels und zusätzlich dazu einigen ausgewählten Lokalitäten rund um die Spielstätten der Ausschank alkoholhaltiger Getränke für die Dauer der Weltmeisterschaft erlaubt. Dabei wurde der Mindestpreis für einen halben Liter Bier mit umgerechnet rund 13 € festgelegt. Aus wirtschaftspolitischer Sicht saß das Emirat Katar bei diesen Verhandlungen „am längeren Ast“. Mit der operativen Beschränkung des US-Bierkonsortiums Anheuser-Busch erhielt der Disput auch eine „geopolitische“ Dimension. Saudi-Arabien beobachtete diese Alkoholfehde jedoch genau.

Der wirtschaftliche Aspekt der WM - Bedeutung für die katarische Außenpolitik nach Asien

Im Jahre 2016 verabschiedete die Volksrepublik China ihr im Englischen unter dem Begriff „Arab Policy Paper“ publiziertes Weißbuch zu seinem Verhältnis zum Nahen Osten. Dieser politische Vorhabenskatalog definierte erstmalig die strategischen Leitlinien eines ökonomischen Ansatzes des „Reiches der Mitte“ gegenüber den Partnerstaaten des Nahen und Mittleren Ostens. Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung importierte die Volksrepublik bereits 50% ihres damaligen Rohölbedarfes aus diesen Staaten. Drei Jahre später schloss der Gasmarkt und mit ihm der flüssiggasbasierte

(Liquid Natural Gas; LNG) chinesische Wirtschaftszweig auf, welcher ab diesem Zeitpunkt bereits rund 30 % des jährlich global verfügbaren Erdgases allein für seine Heimmärkte importierte. Die Volksrepublik China ist damit neben Japan, welches seinen Energiebedarf zu 90% aus Importen decken muss, sowie neben Indien, dessen Importbedarf zu 60% aus dem Ausland zu decken ist, der weltgrößte Nutzer von petrochemischen Erzeugnissen aus dem Ausland im Allgemeinen und dabei aus der Golfregion im Speziellen. Die LNG-Lieferverträge des Emirates Katar sind bis zum Jahre 2027 festgelegt; Das Emirat besitzt die weltweit größten Gasreserven und ist damit der am Pro Kopf-Einkommen gerechnet reichste Staat Südwestasiens.

Aus innerarabischer Sicht ist die uneingeschränkte Verfügbarkeit für den chinesischen Energiemarkt eine notwendige Voraussetzung für die eigene Diversifizierung. Die damit lukrierten Einnahmen ermöglichen den kostenintensiven Umbau der nationalen Wirtschaftssysteme. Im Gegenzug stellt die uneingeschränkte Energiebereitstellung für China einen wesentlichen Beitrag für dessen nationale Sicherheit dar. Durch diese sogenannte „win-win-Situation“ ist es politisch leicht die nationalen arabischen Märkte der GCC-Staaten für chinesische Investments zu gewinnen und darüber hinaus einen Vorrang vor internationalen Mitbewerbern eingeräumt zu bekommen. Seit 2017 stellen chinesische Direktinvestitionen mit ihrem rund 30% Anteil ein überproportional hohes Volumen an ausländischen Direktinvestitionen in den GCC-Wirtschaftsraum dar.

Diese Entwicklungen innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft des GCC dynamisierten sich aufgrund mehrerer Ereignisse. Die chinesische Seidenstraßeninitiative (Belt and Road Initiative; BRI) wurde 2013 ins Leben gerufen, erste konkrete Schritte in ihrer für die GCC-Staaten relevanten operativen Umsetzung publizierte der Chinesische Volkskongress zwei Jahre später mit seinem Weißbuch unter dem Titel „Vision und Umsetzung“. Unter dem englischen Langtitel „Vision and Actions on Jointly Building the Silk Road Economic Belt and 21 st-Century Maritime Silk Road“ erfolgte letztendlich die Präsentation der langfristigen Strategie zur dauerhaften chinesischen Präsenz in der Golfregion. Diese erste Vision adressiert die GCC-Staaten auf mehreren Ebenen.

Die erste Ebene betrifft den Wirtschaftsraum per se und seine bereits angesprochene geographische Lage. Die zweite Ebene fokussiert auf bilaterale Aktivitäten mit den einzelnen GCC-Staaten. Die BRI berücksichtigt dadurch auch die Konkurrenzsituation der einzelnen Staaten des Golfraumes und ihre unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei der jeweiligen wirtschaftlichen Diversifizierung.

Sämtliche Golfstaaten präsentierten in den vergangenen Jahren ihre Diversifizierungspläne, um vom überwiegend petrochemischen Rentierstaat in ein tragfähiges Wirtschaftsmodell für die eigene Bevölkerung zu konvertieren. Die Volksrepublik China trifft mit ihrem Ansatz auf die saudische „Vision 2030“, auf das „Neue Kuwait 2035“, auf die „Abu Dhabi Economic Vision 2030“, auf die „Qatar Vision 2030“, auf die „Oman Vision 2040“ und schlussendlich auf die bahrainische „Vision 2030“. Allen Visionen ist gemein, dass sie das politische System unangetastet lassen und sich ausschließlich auf die wirtschaftliche Transformation fokussieren. Chinas scheinbar „unideologische“ und überwiegend „konfessionslose“ Anknüpfen an diese Reformpläne wird durch diese Umstände begünstigt.

Die zweite Ebene des chinesischen Ansatzes wurde ab 2017 von einer innerarabischen Krise rund um das Emirat Katar berührt. Interne Dispute rund um die katarische Herrscherfamilie und ihrer vermeintlichen Unterstützung verschiedener Terrorgruppierungen erfolgten mit dem saudi-arabischen Kronprinzen, sowie mit dem Kronprinzen der Vereinigten Arabischen Emirate. Diese Streitigkeiten eskalierten und führten schließlich zu den saudi-arabisch-emiratisch formulierten und schließlich durchgesetzten Sanktionen des GCC gegen sein Mitglied Katar. Dessen Mitgliedschaft wurde daraufhin „ruhendgestellt“. Diese innerarabische Krise berührte jedoch auch die internationale Politik, weil sich der damalige US-Präsident Trump relativ frühzeitig auf die Seite Saudi-Arabiens schlug und sich nach dieser öffentlichen Deklaration relativ langwierig um ein diplomatisches Ausbalancieren bemühen musste. Die USA unterhalten einen ihrer größten Luftstreitkräftestützpunkte auf katarischem Hoheitsgebiet, welches für den operativen Ansatz des regional führenden Zentralkommandos der US-Streitkräfte (CENTCOM) von Relevanz ist. Dies war Trump scheinbar zeitweilig entfallen.

Diese Entwicklungen wirkten sich kurzfristig auch auf die chinesisch-katarischen Beziehungen negativ aus, welche v.a. im LNG-Segment als sehr eng zu bezeichnen sind. Exporte aus den katarischen Wirtschaftszonen wurden durch eine allgemeine GCC-Blockadepolitik auch für China erschwert. Chinas strikte Politik der Nichteinmischung, gekoppelt mit einem sehr pragmatischen Zugang zu den übrigen Handelspartnern am Golf ermöglichte jedoch eine relative rasche Fortführung der gesetzten Projekte und verschaffte Katar einen wirtschaftlichen Freiraum während der US-amerikanischen und saudi-arabischen Verhandlungsrunden. Pekings politische Maxime der strikten Nichteinmischung seitens der Führung wirkten so indirekt deeskalierend. Die innerarabische Krise wurde offiziell im Jänner 2021 für beendet erklärt.

Auch sportlich war dies von großer Relevanz. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate begannen im Jahre 2017 mit einer massiven Interventionspolitik beim Weltfußballverband. Gegen eine in Aussicht gestellte Zahlung von rund 25 Milliarden US-Dollar wollte man beim Verband die Aufstockung der WM-Teilnehmerstaaten von den geplanten 32 auf 48 Mannschaften erwirken. Dies hätte das Emirat an die Kapazitätsgrenzen gebracht und einen Co-Austragestaat erfordert. Katar lobbyierte dagegen und der Plan wurde Monate später für beendet erklärt.

Bei all diesen Entwicklungen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Zukunftsmärkte für die Golfstaaten nicht im zunehmend überalternden Europa liegen, sondern sich aus deren Sicht auf den südostasiatischen Märkten abspielen. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt in Asien, eine Ausrichtung einer Fußballweltmeisterschaft im Nahen und Mittleren Osten ist dementsprechend vor allem für die asiatischen Mannschaften und der dort ansässigen Werbewirtschaft von Relevanz gewesen. Dagegen konnte weder der europäische Raum mit seinen traditionellen Wintersportbewerben, noch der US-amerikanische Werbemarkt mit seinen Baseball- und Basketballbewerben mithalten.



Der südkoreanische Sänger und Liedermacher Jung Kook komponierte und sang im Auftrage des Emirates das offizielle Lied zur Fußballweltmeisterschaft.

Nicht zuletzt aus diesem Grund erhielt ein Südkoreaner den Zuschlag für die Komposition und für die Entwicklung einer adäquaten Sangesdarbietung als offizieller Musikbeitrag zur Fußballweltmeisterschaft.

Die strategischen Folgerungen

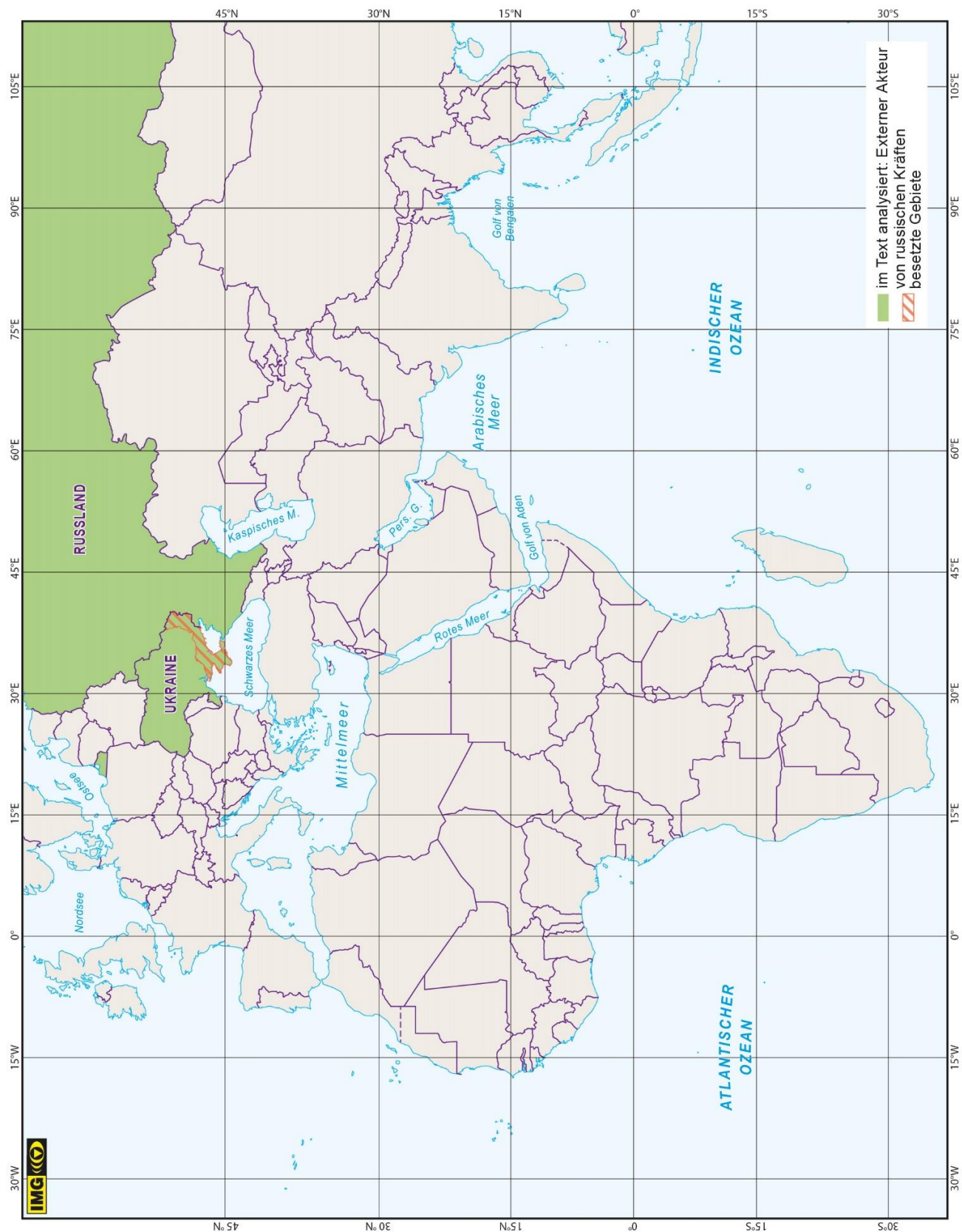
Katar hat sich emanzipiert und festigte seine Position als eigenständiger außenpolitischer Player. Emir Tamim konnte mit der friktionsfreien Durchführung der Fußballweltmeisterschaft sowohl in der Region, als auch darüber hinaus massiv punkten. Innenpolitisch ist er aus heutiger Sicht unangetastet und unumstritten. Der kleine außenpolitische Apparat kann darüber hinaus gezielt die Politiken des Landes umsetzen. Etwaige finanzielle Zuwendungen und eine berechnende Lobbyingpolitik

ernten zwar Kritik, diese erfolgt jedoch überwiegend aus "Neid über die Zugänge" und über den dementsprechenden Erfolg. Es sollte jedoch dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass die Anfälligkeit für Korruption in Europa dieses Vorgehen auch begünstigt. In der Region selbst setzte das Emirat mit seinem pragmatischen Zugang zu den Problemstellungen im Rahmen der Umsetzung der Fußballweltmeisterschaft auch religionspolitische Duftmarken. So wurde der pragmatische Umgang mit Alkohol, der Umgang mit tausenden Fußballbegeisterten aus den unterschiedlichen Nationen und der Umgang mit den damit verbundenen innerislamischen Problemstellungen (Bekleidungs Vorschriften, Verhalten während der Gebetszeiten, Umgang unverheirateter Frauen mit den männlichen Fußballfans und ähnliches) vor allem im Königreich Saudi-Arabien genau beobachtet. Gerade im Lichte der laufenden Liberalisierungsbestrebungen unter dem Kronprinzen Mohammed Bin Salman ist die Symbolik und die Signalwirkung der Fußballweltmeisterschaft ein nicht zu unterschätzender Impulsgeber für den innerwahhabitischen Glaubensdiskurs rund um die Öffnung des Königreiches nach außen.

Wirtschaftspolitisch ist Europa aus Sicht der Golfstaaten kein lukrativer Markt mehr. Man ist mit seinen Investments in Europa zwar verankert, sieht jedoch das Potenzial überwiegend in Südostasien mit seinen rasch wachsenden Bevölkerungen. Die europäische (Schein-)Moral und die damit verbundene permanent vorhergetragene Menschenrechtsthematik nützt Chinas Politik der Nichteinmischung und schadet den europäischen Großhandelsabnehmern. Dies alles erfolgt nicht zuletzt im Lichte des Ukrainekrieges, wo der energiepolitische buchstäbliche "kalte Entzug" vom russischen Markt in den GCC-Staaten emotionslos zur Kenntnis genommen wird. Obwohl der Weltfußballverband die US-Bedenken mit der Vergabe der nächsten WM an die USA, Kanada und Mexiko für das Jahr 2026 etwas beruhigen konnte, wird eine zukünftige Verschiebung des fußballerischen Gravitationszentrums in Richtung Südostasien wahrscheinlicher werden. Dies bedeutet auch eine Verschiebung der werberelevanten Märkte und ihrer Medienpolitik in diese Region. Die Politik um sportliche Großereignisse wird ganz generell zunehmend ein Schauplatz der Konfliktaustragung.

Als Vermittler in regionalpolitischen Fragen kann das Emirat mit seiner grundsätzlich freundlichen Haltung jedoch ein ernstzunehmender Partner der europäischen Politik sein.

Stephan Reiner



Afrika

Subsahara Afrika

Russland, Ukraine und Afrika

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hinterlässt auch in Afrika südlich der Sahara seine Spuren. Während sich Russland bereits seit Jahren am Kontinent engagiert und vor allem über die Wagner-Gruppe versucht, Regime zu stabilisieren, die sich als anti-westlich bzw. anti-europäisch positioniert haben (wie etwa in Mali), versucht die Ukraine mit Getreidelieferungen staatliche Akteure für ihre Seite zu gewinnen.

Aus afrikanischer Sicht gibt es unterschiedliche Blickwinkel auf den Konflikt. Diese reichen von der Übernahme „antiimperialistischer Narrative“ aus Sowjet-Zeiten, die von Russland dementsprechend kultiviert werden, bis zu der Erkenntnis, sich bei einem Krieg in Europa möglichst nicht einzumischen. Dies sei eine Lehre aus dem Kalten Krieg. Das South African Institute for International Affairs hat einen Policy Report veröffentlicht, in welchem die Beziehungen zwischen Russland und afrikanischen Staaten unter die Lupe genommen wurden. Folgende Erkenntnisse wurden gewonnen:

Als Ausgangspunkt des neuen russischen Einflusses in Afrika gilt vielen der erste Russland-Afrika Gipfel in Sotschi (2019), bei welchem Russland ein ambitioniertes Programm verfolgt hatte. Neben bilateralen Wirtschaftsabkommen wurden mit über 20 Staaten auch militärisch-technische Abkommen unterzeichnet. Das russische Engagement finanziert sich in vielen Bereichen über Verträge im Bergbau und dient insgesamt weniger der Förderung von entwicklungspolitischen Maßnahmen, als vielmehr der Stabilisierung von russlandfreundlichen Eliten bzw. Regimen. Es verwundert daher nicht, dass sich die russische Politik entweder auf fragile oder autokratische Staaten konzentriert. Demgegenüber sind die russischen Investitionen in Infrastrukturen oder in industrielle Entwicklung relativ gering. Das Gesamtvolumen im Handel zwischen Russland und dem gesamten Kontinent bewegt sich etwa bei 20 Mrd. US-\$ und ist damit niedriger als das anderer Akteure (z.B. Türkei oder Indien).

Die Politik der meisten afrikanischen Staaten gegenüber Russland und auch der Ukraine hat sich im letzten Jahr mit wenigen Ausnahmen kaum geändert. Viele haben weder die russische Aggression verurteilt, noch ihre Solidarität mit der Ukraine explizit zum Ausdruck gebracht. Trotzdem verurteilten mehr als die Hälfte aller afrikanischen Staaten bei der Abstimmung in der UN Generalversammlung den russischen Angriffskrieg. Die Abhängigkeit von russischen Getreidelieferungen dürfte manche Staaten in ihrer Politik nicht unwesentlich beeinflusst haben.

Die Art und Weise des derzeitigen russischen Engagements könnte für weitere Staaten bzw. deren politisches Establishment attraktiv sein und für weitere

Instabilität sorgen. Der Versuch, den Einfluss über den Erlass von Schulden, Waffenlieferungen an fragile Staaten auszudehnen, dürfte in den nächsten Monaten zunehmen. Zusätzlich nutzt Russland gezielt soziale und staatliche Medien, um seine Narrative an den breiteren Schichten der afrikanischen Bevölkerungen heranzutragen.

Bei all diesen Versuchen darf jedoch nicht vergessen werden, dass afrikanische Staaten sich selbst nicht länger als Spielball zwischen Machtprojektionen unterschiedlicher Akteure sehen und dass das Engagement der Zivilgesellschaft in den letzten Jahrzehnten an Fahrt aufgenommen hat. Sie versuchen deshalb im Spiel um Macht und Einfluss das Maximum zu erreichen, indem sowohl Moskau und Washington, aber auch Brüssel und Beijing gegeneinander ausgespielt werden. Den tatsächlichen Fortschritt der russischen Beziehungen zu einzelnen afrikanischen Staaten könnte 2023 ein weiterer Russland-Afrika-Gipfel zeigen, falls dieser unter den gegebenen Umständen auch tatsächlich stattfinden wird.

Aber auch die Ukraine bleibt vis-a-vis Afrika nicht untätig. Seit Beginn der russischen Invasion wurden mehrere Versuche unternommen, afrikanische Staaten für die ukrainische Seite zu gewinnen. Im Dezember 2022 kündigte der ukrainische Präsident etwa an, dass bereits zehn afrikanische Staaten ausgewählt wurden, in denen Botschaften eröffnet werden sollen. Dabei sollen in der Anfangsphase jene (Sahel-)Staaten vermieden werden, in den Russland bereits aktiv ist. Während Ghana bereits fix zu sein scheint, könnte das Besuchsprogramm des ukrainischen Außenministers im ersten Quartal 2023 ein Hinweis auf die weiteren Botschaften sein. Die ukrainische Seite geht davon aus, dass es nicht nur diplomatische Beziehungen gestärkt werden sollten, sondern es auf mehreren Ebenen Möglichkeiten für Kooperationen gibt.

Anfang Jänner dieses Jahres gab der ukrainische Landwirtschaftsminister bei einem Treffen mit seinem nigerianischen Amtskollegen in Abuja bekannt, dass im Rahmen des Programmes „Grains from Ukraine“ noch im Februar Getreidelieferung in Nigeria eintreffen sollte. Darüber hinaus wurde betont, dass die Ukraine trotz des Kriegszustandes 25.000 Tonnen Getreide an Nigeria gespendet hat. Der Wunsch nach einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der ukrainischen und der nigerianischen Nahrungsmittelindustrie wurde ebenfalls geäußert. An weiteren Projekten in Westafrika denkt die Ukraine über ein Logistikprojekt in Senegal nach, das den Hafen von Dakar für die Verbesserung ukrainischer Getreideexporte nutzen soll.

Aus afrikanischer Sicht wird das ukrainische Engagement daran gemessen werden, wie substantiell eine Zusammenarbeit tatsächlich werden kann. Das bloße politische Kalkül als Antithese zu Russland aufzutreten, wird in jedem Fall zu wenig sein. Allerdings hat die

Ukraine womöglich in einer wirtschaftlichen Kooperation mehr zu bieten. Die Getreidelieferungen für das Horn von Afrika und Nigeria sollten jedenfalls genau das signalisieren. Es darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass afrikanische Studierende während der ersten Phase der russischen Aggression zum Teil aus rassistischen Motiven nicht evakuiert wurden. Darauf wurde beim Treffen Ukraine-Nigeria von nigerianischer Seite hingewiesen.

In Afrika könnte der europäische Konflikt zu einem Umdenken führen. Derzeit wird über die Reduzierung von Abhängigkeiten in der Nahrungsmittelproduktion diskutiert und investiert. Transformationen haben bereits während der Corona-Krise begonnen und setzen sich jetzt fort. Vor allem im Hinblick auf strukturelle Transformationen und Resilienz sind einige Initiativen zu erwarten, die die Abhängigkeiten einzelner Staaten von externen Akteuren reduzieren könnten.

Waffenstillstand in Äthiopien

Nach über zwei Jahren militärischer Auseinandersetzungen konnten sich Äthiopien und Tigray im November 2022 auf ein Friedensabkommen einigen. Anfang Jänner haben die Streitkräfte Tigrays damit begonnen, schwere Waffen an die nationalen Streitkräfte zu übergeben. Dies ist ein wesentlicher Teil des Friedensprozesses, der von der Afrikanischen Union (AU) überwacht wird. Darüber hinaus wurde ein wesentlicher Punkt Anfang Jänner 2023 von Seiten der Regierung erfüllt. Amharische Spezialkräfte, eine regionale Provinzstreitkraft, die die Regierung im Krieg unterstützte, ist aus der strategischen Stadt Share in Tigray abgezogen. Die beiden oben angeführten Ereignisse bedeuten nicht nur, dass dem Friedensabkommen Folge geleistet wird, sondern auch, dass überzeugende vertrauensbildende Maßnahmen der Regierung und der Tigray People's Liberation Front (TPLF) gesetzt werden. Ende 2022 haben bereits eritreische Truppen mit dem Abzug begonnen, wenngleich noch nicht klar ist, wie viele Angehörige der eritreischen Streitkräfte sich noch in Äthiopien befinden. Auch dies ist positiv zu werten, da damit ein großes Hindernis für eine künftige Zusammenarbeit der Region mit der Regierung wegfallen würde. Allerdings behaupten Ortsansässige und Mitarbeiter von Hilfsorganisation, dass sowohl eritreische Streitkräfte als auch Teile der amharischen Kräfte nach wie vor in der Region sind und bezichtigen sie des Mordes, der Vergewaltigung sowie Plünderungen.

Neben der Demobilisierung der Streitkräfte Tigray gelten die Wiederherstellung staatlicher Dienstleistungen, die Wiederaufnahme humanitärer Hilfe und der Rückzug

eritreischer Truppen als zentral für die Transformation des Konfliktes. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass Eritrea in Pretoria nicht präsent war und somit das Friedensabkommen nicht unterzeichnet hat.

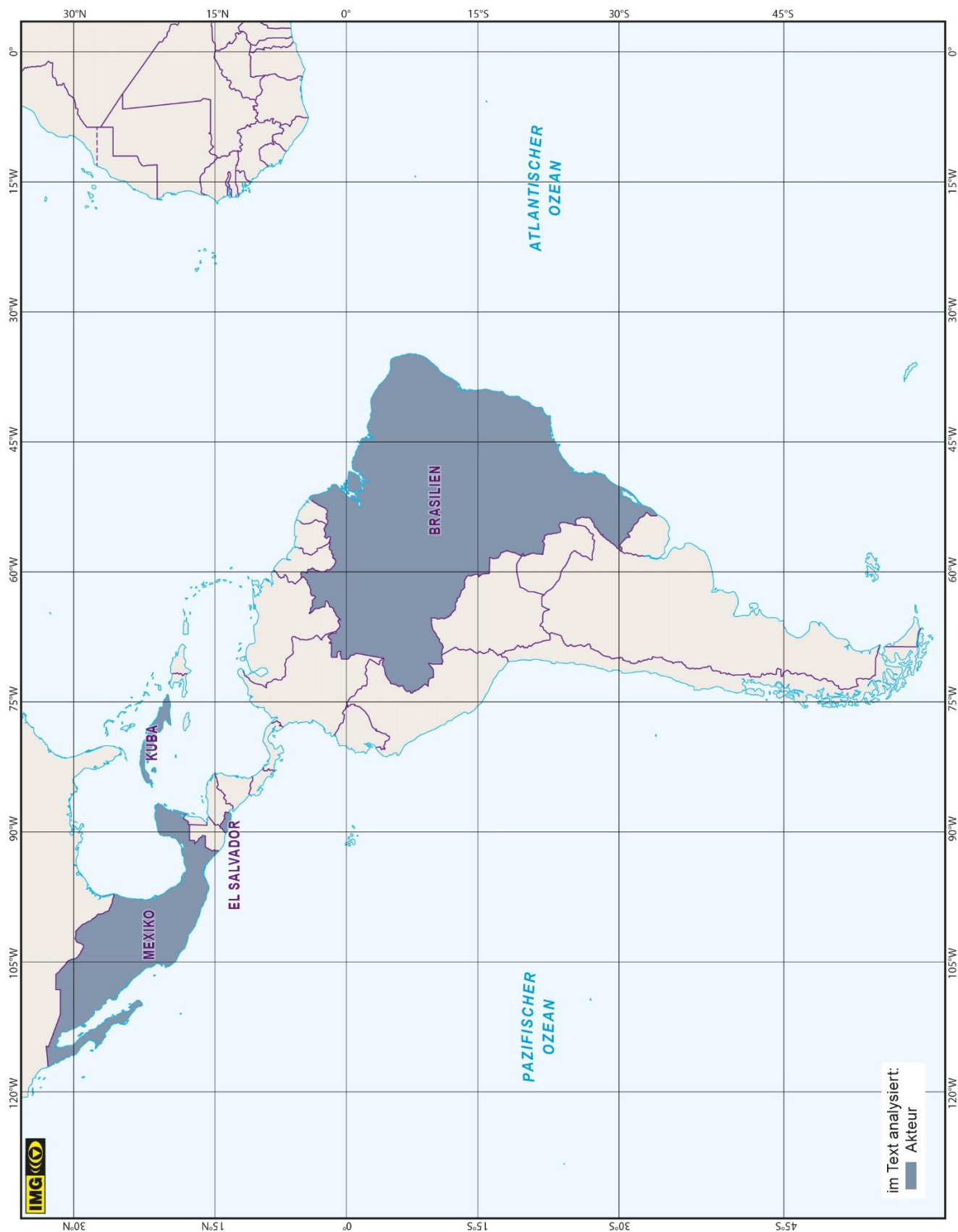
Die Beendigung der Kämpfe in Tigray darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in anderen Regionen Äthiopiens weitere ethnische Gruppen Konflikte mit der Regierung haben und diverse Rebellenbewegungen diese auch gewaltsam austragen. Allerdings reichen sie nicht an die Intensität des Tigray-Konfliktes heran. Trotzdem wird die äthiopische Regierung daran gemessen werden, wie sie mit diesen Herausforderungen umgehen wird. Das betrifft sowohl die Sicht von außen, aber auch die von innen. Die anderen Provinzen werden den Prozess genau beobachten und davon abgeleitet ihre Forderungen gegenüber der Zentralregierung stellen.

In Tigray selbst warten auf die Regierung ebenfalls komplexe Aufgaben. Durch den Krieg wurden mehr als zwei Millionen Menschen vertrieben und mehrere Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Obwohl seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens wieder Hilfslieferungen in Tigray ankommen, fehlen dennoch Nahrungsmittel, Treibstoffe und Medikamente. Die Nahrungsmittelkrise ist jedoch nicht nur auf Tigray beschränkt, sondern betrifft auch die Region Afar im Nordosten Äthiopiens.

Eine wesentliche Aufgabe für die Zukunft wird die Aufarbeitung des Konfliktes und der Versöhnungsprozess in und mit Tigray sein. Dabei müssen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen einer möglichen Wahrheits- und Versöhnungskommission auch politisch aufgearbeitet werden.

Für Premierminister Abiy Ahmed Ali bedeutete die Einigung mit der TPLF in jedem Fall wieder eine internationale politische Aufwertung. Mitte Jänner besuchten die Außenministerinnen Frankreichs und Deutschlands Addis Abeba und wiesen darauf hin, dass Versöhnung und Aussöhnung einen Prozess darstellen, der nicht über Nacht passiert. Außerdem forderten sie eine juristische Aufarbeitung des Konflikts und einen Versöhnungsprozess, um zu einem dauerhaften Frieden zu finden. Der Besuch der beiden Außenministerinnen kann auch im Kontext des Konfliktes in der Ukraine gesehen werden kann. Die strategische Bedeutung von Äthiopien und dem Horn von Afrika sowie die frühere enge Beziehung Äthiopiens zur UdSSR lassen befürchten, dass sich die Regierung Russland annähern könnte. Vor diesem Hintergrund sind auch die Getreidelieferungen der Ukraine an die Staaten des Horns von Afrika zu interpretieren.

Gerald Hainzl



Lateinamerika

Lateinamerikas Reformation ist abgeschlossen

Der amerikanische Subkontinent ist rot

Erstmals in der Geschichte werden im Jahr 2023 mit Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru, die sechs größten Volkswirtschaften Lateinamerikas von sozialistischen Regierungen regiert. Die Rechte am Halbkontinent ist abgewählt und politisch führungslos. Die einst mächtigen konservativen bzw. rechten Lager müssen sich nun mit der Oppositionsrolle zufriedengeben. Sieht man von den klassischen sozialistisch-autoritativ geführten Ländern Kuba, Venezuela und der Familiendiktatur Nicaragua ab, werden in der Region noch Costa Rica, die Dominikanische Republik, Haiti und Panama zu Staaten mit sozialdemokratischer bzw. linker Ausrichtung zugerechnet. Von den lateinamerikanischen Großstaaten machte Mexiko bereits 2018 den Auftakt für einen politischen Richtungswechsel nach Links, Argentinien und Bolivien folgten 2019 bzw. 2020 und Peru 2021. Chile, Kolumbien und das kleine Honduras verschoben 2022 die politische „Kompassnadel“ Iberoamerikas weiter Richtung Sozialismus.

Mit dem Amtsantritt des neuen alten brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Jänner 2023, regiert im mit 213 Millionen Menschen bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Land Lateinamerikas, ein sozialdemokratischer Präsident.

Vier Jahre zuvor, am 1. Jänner 2019, meinte der damals frisch angelobte Vorgänger Lula da Silvas, Jair Bolsonaro, dass das Volk genug von Kommunismus und Linksextremen hätte und er Brasilien wieder zu einer großen Nation machen wolle.

Die Sehnsucht nach einem Linksruck scheint bei vielen Lateinamerikanern groß gewesen zu sein. Gerne erinnert man sich an die „goldene Zeiten“ zurück, die bei vielen das Wahlverhalten der letzten drei Jahre sicherlich mit beeinflusste. Ein kurzer Rückblick zeigt auf, wie der damalige Wählerstrom die lateinamerikanische Gesellschaft prägte.

Nach dem lateinamerikanischen Superwahljahr 2006 gingen in Venezuela der Sozialist Hugo Chávez und in Nicaragua der linksnationale Sandinistenführer Daniel Ortega als Wahlsieger hervor. In Peru und Mexiko scheiterten die linken Präsidentenkandidaten nur knapp und fichten daraufhin das Wahlergebnis an. Sieben Staaten in Südamerika wurden fortan von Linkspopulisten regiert.

Chávez war zu dieser Zeit am Zenit seiner Macht angelangt, sein Land war reich an Öl und er selbst sah sich als Speerspitze eines neuen Sozialismus, der Lateinamerikas ökonomische und soziale Ungleichheiten abschaffen wollte. Mitte der 2000er Jahre bestimmten linksgerichtete und Chavez freundlich gesonnene Regierungen, wie z.B.: Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien

und Néstor Kirchner in Argentinien, die Politik in der Region.

Unter dem Einfluss der Linken entwickelte sich eine goldene Ära in Lateinamerika und bis 2011 stiegen 50 Millionen Menschen in den Mittelstand auf. Die Armutsrate fiel von 45,6 Prozent im Jahr 2003 auf 27,8 Prozent im Jahr 2014 zurück.

Somit ist es verständlich, dass heutzutage bei vielen Lateinamerikanern die Hoffnung gegeben ist, mit den neu gewählten linken Regierungen soziale Ungerechtigkeiten wieder auszugleichen und die Volkswirtschaften in Zeiten der Pandemie und des Krieges in der Ukraine an die „rosarote“ Dekade anzuknüpfen und als Garant für Sicherheit und Erfolg zu gelten.

Ob das gelingt, sei mehr als dahingestellt. Nur eine Woche nach der Amtseinführung „Lulas“ haben Anhänger seines Vorgängers das Kongressgebäude, in dem sich der Senat und das Abgeordnetenhaus befinden, in **Brasiliens** Hauptstadt Brasília gestürmt. Anschließend wurden auch der Oberste Gerichtshof sowie der Präsidentenpalast besetzt. Im Dezember 2022 versuchten radikale Bolsonaroanhänger das Hauptquartier der Nationalpolizei zu erstürmen und riefen zudem die brasilianischen Streitkräfte zu einem Militärputsch auf. Außerdem wurde ein Sprengsatz in einem Tankwagen in der Nähe des Flughafens der Hauptstadt gefunden. Diese Ereignisse können als direkter Angriff auf das „Nervenzentrum“ der brasilianischen Demokratie gewertet werden.

Lateinamerika unsicherer denn je

Auch in **Mexiko** brachte der Linksruck keine verbesserte Sicherheitslage. Ganz im Gegenteil. Mexikos sozialdemokratischer Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) ist gegenwärtig auf jeden Fall kein Garant für die Rückkehr zur „rosaroten“ Dekade in Lateinamerika.

Vielmehr erlebt das von einer Drogenökonomie durchzogene Land derzeit eine noch nie dagewesene Gewaltperiode. Nachdem am Dreikönigstag Ovidio Guzmán, der Sohn des berühmten Drogenbosses des Sinaloa-Kartells Joaquín „El Chapo“ Guzmán festgenommen wurde, kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Mitgliedern des Drogenkartells. Zahlreiche Fahrzeuge wurden von Bandenmitgliedern in Brand gesteckt und durch den massiven Schusswechsel, der sich bis am Flughafen ausbreitete, mussten sogar Flüge eingestellt werden. Etliche Menschen flüchteten panikartig aus der im Nordwesten gelegenen Stadt Culiacán. Bei der stundenlangen Schießerei kamen mindestens 29 Menschen ums Leben.

In Wirklichkeit wurde Ovidio Guzmán 2019 schon einmal von mexikanischen Behörden in Culicán, der Hauptstadt des Bundesstaates Sinaloa, verhaftet. Auf Grund der daraufhin eskalierenden Gewalt veranlasste der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador wieder seine Freilassung und begründete das Vorgehen damit, seine Bevölkerung schützen zu wollen.

Das Sinaloa-Kartell ist gemeinsam mit dem Jalisco-Kartell der größte Hersteller von Fentanyl, einem synthetischen Opiat, das 50-mal stärker wirkt als Heroin. Die 2022 beschlagnahmte, und in geheimen Labors in Mexiko hergestellte Menge, hätte ausgereicht, um die über 300 Millionen Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika töten zu können.

Doch schon im August des Vorjahrs brachte im größten zentralamerikanischen Land eine Gewaltwelle das sicherheitspolitische Dilemma der Regierung zum Vorschein. Allein zwischen 10. und 14. August 2022 wurden in Mexiko bei Anschlägen und Straßenblockaden 341 Menschen ermordet, was einer durchschnittlichen Mordrate von 64 Menschen pro Tag entspricht.

Zudem überschritt Mitte 2022 die Anzahl der vermissten bzw. verschwunden Personen alleine in Mexiko, seit Beginn des Drogenkrieges im Dezember 2006, die Hunderttausender-Marke. Oftmals wird bei dieser Art von Verbrechen eine direkte Mitschuld des Staates in Verbindung gebracht, bei den insbesondere durch die Verbrechersyndikate korrumpierten Polizisten und Militärangehörige beteiligt sind. Im Vorjahr wurden in diesem Zusammenhang mehrere Soldaten, Polizisten, Justizbeamte und ein ehemaliger Generalstaatsanwalt verhaftet.

Als eine der Folgen der jüngsten Gewaltausbrüche ist eine Militarisierung Mexikos zu beobachten. Demnach wird die zuvor unter einer zivilen Institution gestandene Nationalgarde dem Verteidigungsministerium unterstellt. Obwohl Vorwürfe laut wurden, dass die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit nicht die Aufgabe des Militärs sei, blieb das mexikanische Staatsoberhaupt bei seiner Entscheidung. Die zuvor zuständige Bundespolizei (Policía Federal) wurde mittlerweile wegen Folter- und Korruptionsvorwürfen umstrukturiert.

Tatsache ist, dass keine Region gefährlicher ist als Lateinamerika. Nirgendwo außerhalb von Kriegsgebieten gibt es mehr Tote als am amerikanischen Subkontinent. Von zwanzig lateinamerikanischen Staaten wurden 2021 allein in Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Brasilien über hunderttausend Menschen gewaltsam getötet. Experten sehen den Grund dafür in der Herausbildung „paralegaler“ Strukturen. Deren Entstehungsgeschichte als „Staat im Staat“ oder zweiter Staat, dem unter anderem das tägliche Handeln der Kartelle, Paramilitärs, Oligarchen und Banden als Parallelstaat ausfüllt, geht bis in die Kolonialzeit zurück. Schon damals lag die (kapitalistische) Logik der

Gewaltbereitschaft in der rücksichtslosen Ausbeutung von Mensch und Natur.

Umgekehrt werden heutzutage zur Bekämpfung gewaltbereiter Gruppierungen Militär und Polizeikräfte eingesetzt, die ihrerseits wiederum Gewalt ausüben. Allein in Brasilien fielen im Vorjahr über 6.000 Menschen den Sicherheitskräften zum Opfer.

Militarisierung in Lateinamerika wird wieder gesellschaftsfähig

In **El Salvador**, das in seiner Gesamtfläche etwas größer als Niederösterreich ist, wurden Ende März 2022 binnen drei Tagen 87 Menschen ermordet. Seitdem wurde im kleinsten Land Lateinamerikas acht Mal der Ausnahmezustand verhängt. Im Kampf gegen die Bandenkriminalität hat der „coolste Diktator der Welt“, wie sich Staatspräsident Nayib Bukele selbst nennt, Anfang Dezember 2022 die Großstadt Soyapango nahe der Hauptstadt San Salvador von 10.000 Soldaten umstellen lassen. Bukeles Regierung macht die Maras, kriminelle Jugendbanden, die größtenteils von jungen minderjährigen Männern aus Armenvierteln gebildet werden, für die andauernde Gewalt im Land verantwortlich. In den letzten neun Monaten wurden über 60.000 Mitglieder der Maras „Barrio 18“ und „Salvatrucha“ (MS13) verhaftet. Durchschnittlich gehen zehn Tote pro Tag auf das Konto der Maras.

Der Einsatz von Soldaten für „innere Angelegenheiten“ steht in Lateinamerika an der Tagesordnung, was den Armeen eine besondere gesellschaftspolitische Rolle zukommen lässt. Einer der Gründe dafür ist, dass so gut wie keine zwischenstaatlichen Kriege stattfinden und die Aufgaben der Streitkräfte am Subkontinent vielmehr von der Innenpolitik bestimmt werden.

Die jungen Demokratien Lateinamerikas sind überhaupt noch sehr anfällig für populistische Amtsanwärter, egal welcher Couleur. Obwohl es in der Natur eines fortschrittlichen Demokratieverständnisses liegt, dass Linke, Rechte ablösen und umgekehrt dasselbe geschieht, nimmt die Zustimmung in Lateinamerika stetig ab, die Demokratie als bestmögliche Herrschaftsform zu sehen. Wohin das ideologische Pendel künftig auch immer schwingen mag, die Gefahr einer Machtübernahme durch das Militär kann auf Grund der Unzufriedenheit der Bevölkerung in manchen Ländern nicht mehr zur Gänze ausgeschlossen werden. An dieser Stelle muss auch in Erinnerung gerufen werden, wie anfällig diese Weltregion für politische Umstürze ist. Allein im vorigen Jahrhundert gab es über 320 Putsch. Bolivien ist mit 56 Staatsstreichen Rekordhalter, gefolgt von 36 in Guatemala. Mit einigen wenigen Ausnahmen wie etwa Kuba, wurden fast alle Umstürze aus dem politisch rechten Segment verübt.

Chinas Einfluss in Lateinamerika

Obwohl der russische Angriff auf die Ukraine gezeigt hat, dass mehr als dreißig Jahre nach dem Ende des kalten Krieges eine neue konfliktbehaftete Ära zwischen den westlichen Demokratien und autoritären Mächten aufflammt, liegt die eigentliche Herausforderung für Lateinamerika und den Westen bei der Volksrepublik China. Keine Weltregion ist kulturell so eng mit Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika verbunden wie Iberoamerika. Und dennoch führen die immer stärker werdenden wirtschaftlichen Verflechtungen dazu, dass der amerikanische Subkontinent zunehmend mehr Raum für chinesische Interessensgruppen bildet. Lagen die Exporte Lateinamerikas nach China 2001 lediglich bei 1,1 Prozent waren es Ende 2018 – ohne mit den Vereinigten Staaten wirtschaftlich stark verwobenen Mexiko – schon 21 Prozent. China hat die USA, die nur 15 Prozent an lateinamerikanischen Exporten empfing, mittlerweile längst überholt. Doch die kommunistische Volksrepublik verfolgt noch ganz andere Ziele in Lateinamerika. Als inzwischen größter Kreditgeber in der Region zielt China darauf ab, den Bau von Häfen, Eisenbahnlinien, Straßen und Dämmen unter chinesischer Führung voranzutreiben.

Überhaupt sollten Chinas Bestrebungen, die lateinamerikanischen politischen und wirtschaftlichen Eliten von der Überlegenheit des chinesischen politischen Systems zu überzeugen, die westliche Hemisphäre in „Alarmbereitschaft“ versetzen. Zumeist geschieht dies mit bezahlten Einladungen ins Reich der Mitte, um dann die Besucher vom chinesischen Modell zu überzeugen, welches dem westlich-demokratischen aus chinesischer Sicht weit überlegen ist. Die Strategie dahinter ist die (chinesische) Einparteienherrschaft zu legitimieren. Obwohl die USA den amerikanischen Halbkontinent als ihren Interventionsraum ansehen, sind gegenwärtig keine Gegensteuerungsmaßnahmen seitens der Vereinigten Staaten zu den Expansionsbestrebungen Chinas zu erkennen. Es entsteht beinahe der Eindruck, dass die Monroedoktrin, nach welcher die USA den gesamten amerikanischen Doppelkontinent als ihr Einflussgebiet ansehen und jegliche Einmischung fremder Staaten mit einem Eingreifen drohen, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht obsolet geworden ist.

2021 betrug das Handelsvolumen zwischen China und den lateinamerikanischen Ländern 450 Milliarden US-Dollar, was ein Plus von 41 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Allein der Handel mit Brasilien erreichte mit 135 Milliarden US-Dollar das vierte Rekordjahr in Folge.

Doch Chinas „Masterplan“ umfasst noch ganz andere Interessen. Das krisengeschüttelte **Kuba** bekam Ende 2022 von China eine „brüderliche“ Spende von 100 Millionen US-Dollar. Die chinesische Großzügigkeit vermittelt dabei den Eindruck, jene weiterführende Optionen Kuba zu eröffnen, welche seitens der USA seit

über einem halben Jahrhundert mittels Sanktionen verwehrt werden – Handelsmöglichkeiten und Geldtransfers. Die Botschaft ist klar: Peking gibt euch, was Washington verweigert. Dahinter steckt jedoch das Kalkül Chinas, lateinamerikanische Länder nicht nur als Bündnispartner im Handelskrieg gegen die Vereinigten Staaten zu gewinnen, sondern auch Taiwan aus der Region zu verdrängen.

Hierbei fällt auf, dass sich vornehmlich linksregierte Staaten vom gönnerhaften Verhalten der Kommunisten in China wirtschaftlich sowie auch politisch vereinnahmen lassen. Das asiatische Riesenreich bot beispielsweise El Salvador, dem kleinsten lateinamerikanischen Land an, seine Auslandsschulden angesichts des drohenden Staatsbankrotts zu übernehmen. Dessen Präsident, Nayib Armando Bukele Orteiz, war einst Spitzenkandidat der linksgerichteten Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional. Neben Kuba und El Salvador sollen aber auch Panama, Costa Rica und natürlich Nicaragua stärker an das kommunistische Großreich gebunden werden. Auch hier steht im Vordergrund, den (mittelamerikanischen) Ländern den Weg zu einer modernen sozialistischen Nation zu ebnen und Chinas Staatsmodell am gesamten Halbkontinent zu bewerben.

Zur Jahrtausendwende waren die USA noch in 14 Länder Lateinamerikas der wichtigste Handelspartner, im Vorjahr ist die Zahl der Länder auf acht geschrumpft. Mit Brasilien hat China nunmehr einen zusätzlichen sozialistischen Partner, der zugleich der wirtschaftlich stärkste der Region ist. Es ist zu erwarten, dass die nunmehr linken Regierungen der größten Volkswirtschaften ihre Zusammenarbeit mit China weiter intensivieren werden.

Inzwischen hat auch der Großteil der lateinamerikanischen Staaten eine Absichtserklärung über den Beitritt zur „Belt and Road Initiative“ – ein Investitionspaket rund um die neue Seidenstraße Chinas – unterschrieben. Abgesehen von der permanenten Erschließung neuer Exportmärkte, ist eines der wahrscheinlich wichtigsten Interessen Chinas dabei, die Sicherung der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung der riesigen chinesischen Bevölkerung zu garantieren.

Modernisierung der kubanischen Gesellschaftsordnung

Das Selbstbestimmungsrecht auf Kuba wird ausgeweitet

Aus gesellschaftspolitischer Sicht, erlebt gegenwärtig die kubanische Bevölkerung progressive Entwicklungen. Standen vor über sechs Jahrzehnten die an die Macht gekommenen Revolutionäre Homosexuellen feindlich gegenüber, was darin gipfelte, dass Betroffene für Umerziehungsmaßnahmen in Straflager deportiert wurden,

nimmt die heutige Regierung auf der „Zuckerinsel“ eine fortschrittliche Haltung ein. Insbesondere die Tochter von Ex-Präsident Raúl Castro, Mariela Castro, setzt sich für mehr Rechte von homosexuellen Paaren ein. Bei einem Referendum hatte eine überwältigende Mehrheit der Kubaner für eine Gesetzesnovelle gestimmt, die eine Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern genauso wie die Adoption von Kindern legalisiert. Das neue Gesetz sieht auch eine Stärkung der Rechte von Kindern und Senioren sowie ein härteres Vorgehen gegen geschlechterspezifische Gewalt vor. Das politische Umdenken **Kubas**, kann als weiterer schrittweiser Abbau des vorherrschenden autoritären Systems gedeutet werden.

Korruption am Halbkontinent reißt nicht ab

In **Argentinien** wurde Ende 2022 die argentinische Vizepräsidentin Cristina Elisabet Fernández de Kirchner wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel zu sechs Jahren Haft verurteilt. Außerdem wurde Kirchner mit einer lebenslangen Sperre für die Ausübung öffentlicher Ämter belegt. Der Ex-Präsidentin (2007 – 2015) und nunmehrigen Vizepräsidentin des flächenmäßig zweitgrößten Landes Lateinamerikas wird vorgeworfen, zusammen mit ihrem verstorbenen Ehemann, Ex-Präsident Nestor Kirchner (2003 – 2007), einem befreundeten Bauunternehmer 80 Prozent aller öffentlichen Straßenbauaufträge beschafft zu haben. Ein Teil der überhöhten Baukosten, die insgesamt rund eine Milliarde US-Dollar ausmachten, seien an das damalige Präsidentenpaar zurückgeflossen.

Auch in **Guatemala** wurde Ende 2022 die ehemalige Vizepräsidentin Roxana Baldetti zu einer Freiheitsstrafe von 16 Jahren verurteilt. Ebenso konnten Guatemalas Ex-Präsidenten und früheren General, Otto Perez Molina, die Leitung des kriminellen Netzwerks „La Linea“ im guatemalteckischen Zollwesen nachgewiesen werden. Auch er wurde zu 16 Jahren Haft verurteilt. Beide verurteilten Ex-Spitzenfunktionäre ermöglichten es, Unternehmen gegen Schmiergeldzahlungen bei der Einfuhr von Waren nach Guatemala Steuern zu hinterziehen.

In **Peru** hingegen wurde Präsident Pedro Castillo wegen angeblicher Rebellion festgenommen. Hintergrund ist die vom linksgerichteten Castillo ausgerufene Auflösung des peruanischen Parlaments. Der Kongress entthob daraufhin in der ersten Dezemberwoche 2022 den amtierenden Präsidenten seines Amtes, woraufhin einen Tag später Vizepräsidentin Dina Boluarte als neue Staatsefín vereidigt wurde. Castillo hatte sich mit der angekündigten Auflösung des Parlaments „verkalkuliert“. Zahlreiche Kabinettsmitglieder – allen voran Boluarte – lehnten die Entscheidung des Präsidenten ab und beendeten die Zusammenarbeit mit ihm. Mittlerweile gehen Beobachter davon aus, dass das rechte Lager im Land die Ereignisse

zumindest mitzuverantworten hat. Als Reaktion auf die gewonnene Wahl Castillos wurde schon im Vorfeld versucht, Wahlhelfer anzuklagen und Castillo-Sympathisanten zu verfolgen. Zudem gab es schon mehrere Versuche, die Regierung abzusetzen.

Seit der Absetzung des Präsidenten, der von vielen als „Putsch der Rechten“ kommentiert wird, kommt Peru nicht mehr zur Ruhe und mehrere Demonstranten kamen bei Auseinandersetzungen bereits ums Leben.

Auswirkungen des Ukrainekrieges auf Lateinamerika

Obwohl lateinamerikanische Staaten den Krieg Russlands gegen die Ukraine eindeutig verurteilen, setzt die Mehrheit der Regierungen – anders als die USA und EU, die weitreichende Sanktionen gegen Russland eingeleitet haben – auf Verhandlungen mit Moskau, um den Krieg zu beenden.

Bei der Ende September 2022 stattgefundenen 77. Vollversammlung der Vereinten Nationen unterstrich Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador nochmals die Notwendigkeit zur Bereitschaft von Verhandlungen aller im Ukraine Konflikt involvierten Parteien, um diesen zu beenden. Der Meinung Obradors schlossen sich auch andere lateinamerikanische Staats- und Regierungschefs wie Alberto Fernandez und Cristina Kirchner aus Argentinien, Boliviens Präsident Luis Arce und der neugewählte brasilianische Präsident, Luiz Ignacio Lula da Silva, an. Auch wenn sich ziemlich genau ein Monat zuvor der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj über die Online Nachrichtendienste Emol und Grupo de Diarios América an die Staaten Lateinamerikas wandte, und zum Abbruch der Handelsbeziehungen mit Russland aufrief, sind die meisten Länder nach wie vor nicht bereit, die Sanktionen der Regierungen der Vereinigten Staaten und der EU gegen Russland mitzutragen. Ein anderes Land in der Region wird hingegen aller Voraussicht nach vom verhängten Öl-Embargo und Importverbots gegen russisches Erdöl in die Vereinigten Staaten wirtschaftlich profitieren.

Mit 48 Milliarden Tonnen verfügt das autoritär regierte **Venezuela** über die weltweit höchsten Erdölreserven. Ende des Vorjahrs konnten sich die venezolanische Regierung und Opposition nach einem jahrelangen Machtkampf auf ein umfassendes Teilabkommen über soziale Sicherheit im Land einigen, woraufhin die Vereinigten Staaten umgehend verhängte Sanktionen gegen das von Nicolás Maduro regierte Land aufhob. Ab sofort ist es dem US-Ölkonzern Chevron wieder erlaubt, im begrenzten Maße Öl zu fördern.

Sozialer Frieden in Kolumbien könnte Realität werden

Wie erwartet – und bereits im ISS Aktuell 1/2022 kurz skizziert – wurde im August 2022 mit Gustavo Petro, einem ehemaligen Mitglied der Guerillagruppe Movimiento 19 de Abril (M-19), erstmals ein linksgerichteter Präsident in Kolumbien angelobt. Von seinen Reformplänen abgesehen, die unter anderem Vermögenssteuern und ein Notprogramm gegen Hunger umfassen, war eines seiner prioritären Ziele die erneute Aufnahme von Friedensgesprächen mit der marxistischen Guerillabewegung Ejército de Liberación Nacional (ELN). Entstanden aus Teilen einer unzufriedenen Landbevölkerung, die gegen Ungleichheiten und reiche Landbesitzer agierte, profitierte sie in ihrem Kampf von der Unzugänglichkeit des kolumbianischen Hochlands und Regenwaldes, in deren Gebiete sie ihre militärischen Lager hatte. Die ELN und die FARC – sie haben seit 2016 auf Grund eines Friedensvertrages ihre Waffen bereits niedergelegt – verschieben sich ab 1964 einem bewaffneten Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit.

Mit dem Abklingen der Begeisterung Jugendlicher für Revolutionen, erlahmte im Laufe der Zeit auch der ideologische Impuls, der eben jenem des Marxismus zuzuordnen war. Stattdessen traten immer öfters monetäre Ziele in den Vordergrund, die durch Erpressungen, Entführungen und organisierter Drogenkriminalität verwirklicht wurden. Petro, der sich einem „totalen Frieden“ im Land zum Ziel gesetzt hat, nahm mit seiner Regierung die unter seinem Vorgänger ausgesetzten Friedensverhandlungen wieder auf.

Indem ein Abkommen geschlossen wurde, das die Rückkehr von durch die ELN entführten und vertriebenen Menschen in ihre Heimatsorte ermöglichen soll, wurde mittlerweile auch schon ein erster Erfolg erzielt. Zudem verkündete der kolumbianische Präsident am Silvestertag einen sechsmonatigen Waffenstillstand mit den größten bewaffneten Gruppen des Landes. Mitte Jänner 2023 soll in der venezolanischen Hauptstadt Caracas die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN beschlossen werden.

Mit der Beendigung eines sechzig Jahre währenden Partisanenkrieges zwischen Staat und Untergrundbewegungen, könnte dem Ex-Guerillero ein zuvor noch nie dagewesener Erfolg gelingen, der eine neue Ära des sozialen Friedens in Kolumbien nach sich ziehen könnte.

Ausblick

Für manchen Beobachter entsteht gegenwärtig der Eindruck, dass Lateinamerika für seinen „nördlichen Bruder“ keine geopolitische Relevanz mehr aufweist. Sieht

man vom Kampf gegen illegale Migration und den Machenschaften diverser Drogenkartelle ab, scheint es, dass der Subkontinent von den Vereinigten Staaten ignoriert wird und das Interesse am „Hinterhof“ zwar nicht erloschen, aber zumindest gedämpft ist. In den letzten Monaten fand in Lateinamerika ein gewaltiger Linksruck statt, der den kommunistisch ausgerichteten „Enfant Terribles“ Kuba, Nicaragua und Venezuela möglicherweise innerkontinental wieder mehr Gehör verschafft. Allerdings fallen die „politischen Launen“ dieser drei kleinen Nationen zurzeit nicht ins strategische Interessensportfolio Washingtons.

Ungeachtet dessen kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die scheinbar „lethargische Haltung“ der USA im ersten Halbjahr 2023 zunehmend abklingen wird und der Hegemon die Kontrolle über den südlichen Halbkontinent wieder übernimmt. Indizien dafür liefert die schon länger vorangegangene Bildung bi- und multipolarer Strukturen, die vor allem durch China und Russland weiter an Stärke gewinnen. Für die USA ist in der Region China mittlerweile die primäre Bedrohung für eigene Interessen, wobei Russland lediglich eine sekundäre Herausforderung darstellt. Während das asiatische Riesenreich hauptsächlich wirtschaftlich weiter expandiert, verstärkt aus der Sicht der USA Moskau durch seine Beziehungen mit Kuba, Nicaragua und Venezuela weiterhin die Instabilität in der Region. Andererseits fällt es den Staaten Lateinamerikas selbst schwer, China und Russland als Bedrohung zu sehen, da die seit Ende des kalten Krieges aufgebauten Handels- und Finanzbeziehungen sowie auch andere Errungenschaften dem Halbkontinent gegenüber den USA ein gewisses Maß an Emanzipation angedeihen lassen haben.

Auch wenn aktuell ein Rückgang des US-Interesses an Lateinamerika zu verzeichnen ist, darf das nicht mit einer Abnahme des US-Einflusses gleichgesetzt werden. Da die Abwehr traditioneller Bedrohungen ein elementares sicherheitspolitisches Interesse der USA ist, wird das Land eine weitere, und in Zukunft vielleicht nicht mehr aufzuhaltende Ausbreitung der ihr gegenüber feindlichen Regierungen, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zulassen. Obwohl der in der Öffentlichkeit wahrnehmbare sicherheitspolitische Fokus zurzeit bei China und Russland liegt, darf nicht vergessen werden, dass in der Vergangenheit auch linke Regierungen Lateinamerikas als Bedrohung der nationalen Sicherheit deklariert wurden. In der Folge handelten die USA – oftmals auch verdeckt – gegen diese von ihr wahrgenommenen Bedrohungen, und setzten rechte Diktaturen oder auch moderate demokratische Regierungen mit rechtskonservativen Parteien an der Staatsspitze ein, die aus ihrer Sicht eine ablehnende Haltung gegenüber einer sozialistischen/kommunistischen Staatsführung hatten. Demzufolge werden die Vereinigten

Staaten auf absehbare Zeit auch weiterhin ein einflussreicher Akteur am Halbkontinent bleiben.

Kaufinteresse einmal stärker und dann wieder schwächer ausgeprägt. Die Frage, ob eine gemeinsame liberale Wirtschaftspolitik den erhofften Wertschöpfungseffekt auch tatsächlich ankurbeln wird, sei dahingestellt.

Europas Blick auf einen neuen transatlantischen Markt

Aus europäischer Sicht muss es im Hinblick auf Lateinamerika eine strategische Neuausrichtung geben. Der russische Angriff auf die Ukraine hat gezeigt, welche Risiken durch die Abhängigkeit der Europäischen Union von russischen Gas und Rohstoffen entstanden sind. Umso wichtiger scheint es, eine Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und den lateinamerikanischen Ländern weiter voranzutreiben. Dabei spielt das EU-Mercosur-Abkommen eine gewichtige Rolle, da es nicht nur ein Handelsabkommen ist, sondern auch als politisches Instrument verwendet werden kann. Durch die Zusammenarbeit zweier, in Bezug auf ihre Interessen und Werte eng miteinander verbundener Regionen, könnten – so auch die offizielle Darstellung – etwa 720 Millionen Menschen voneinander profitieren und zudem auf beiden Seiten des Atlantiks ihre strategische Autonomie von anderen Großmächten stärken.

Alexander Panzhof

Der Mercosur (spanisch: Mercado Común del Sur / deutsch: Gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika) wurde mit dem Vertrag von Asunción am 26. März 1991 von den vier Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet und ist eine regionale Wirtschaftsorganisation in Lateinamerika.

Die Hoffnungen liegen darin, dass gemeinsame Regeln zwischen zwei großen Märkten die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen in den beiden Weltregionen begünstigen und dadurch der globale Wettbewerb angekurbelt wird. Der gemeinsame Markt würde nach Realisierung der Pläne auch eine Diversifizierung der Wertschöpfungsketten nach sich ziehen und die Möglichkeit bieten, etwaige wirtschaftliche Risiken zu streuen und dadurch Verluste zu mindern.

Auch wenn die Unterzeichnung des Abkommens objektiv gesehen für Europa und Lateinamerika neue Chancen bieten würde, müssen die daraus resultierenden euphorischen Erwartungen etwas abgemildert werden. Das Grundproblem Lateinamerikas liegt nämlich nicht nur in der extrem ungleichen Verteilung von Reichtum und Wohlstand, sondern auch in der Abhängigkeit von einer großen Anzahl an Produkten, die entweder gar nicht oder nur unzureichend für den weiteren Export verarbeitet werden können. Zumeist handelt es sich dabei nämlich um Rohstoffe, Bodenschätze und Feldfrüchte, deren Nachfrage größtenteils von der aktuellen Weltkonjunktur abhängt. Deswegen wäre auch bei einem gemeinsamen europäisch-iberoamerikanischen Markt ein allfälliges

Cyberlage

In Konflikten und bei Kriegen ist immer auch mit der Nutzung der Cyberdomäne für Aktivitäten zu rechnen. Im neuen strategischen Konzept betont die NATO nachdrücklich die zunehmende Bedrohung durch informationstechnische Mittel. Demnach sei der Cyberraum zu jeder Zeit umkämpft. Gegnerische Akteure würden versuchen, die kritische Infrastruktur zu beeinträchtigen, Regierungsdienste zu stören, Informationen zu gewinnen, geistiges Eigentum zu stehlen und militärische Aktivitäten zu behindern. Besonders bemerkenswert ist die Hervorhebung des pausenlosen Cyberkrieges – ging man doch vor einer Dekade von maximal häufigen Angriffen auf Regierungsstellen und Unternehmen aus. Russland und China werden dabei konkret als bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für die NATO-Länder bezeichnet. Es seien diese autoritären Akteure, die die demokratischen Lebensweisen infrage stellen würden – und im Gegensatz zu früher auch mit steigenden Aktivitäten im Cyberspace.

Cyber-Schlacht um die Ukraine – Fortsetzung

Die Cyberschlacht um die Ukraine wurde im zweiten Halbjahr intensiv weitergeführt. Laut dem ukrainischen Sicherheitsdienst gab es 2022 mehr als 4.500 russische Cyberangriffe auf die Ukraine. Im Vergleich dazu seien 2020 nur knapp 800 und im Jahr 2021 rund 1.400 Cyberangriffe verzeichnet worden. Eine mit dem Cyberangriff vom 24. Februar gegen das KA-Sat-System vergleichbare Attacke konnte jedoch nicht beobachtet werden. Dies mag der erfolgreichen Cyberverteidigung der Ukraine zuzuschreiben sein. Das in Genf ansässige CyberPeace-Institut hat seit dem Einmarsch im Februar 2022 bis einschließlich September mehr als 850 Cyberattacken von pro-russischen und pro-ukrainischen Hackern registriert.

Wenn auch die Intensität der Cyberattacken schwankte, waren permanent Angriffe zur Verunstaltung und Manipulation von Webseiten, Hack-, Leak- und Publish-Attacken brisanter Daten von Behörden und Unternehmen, Spionageangriffe zur Ausspähung sensibler Information, Sabotageangriffe zur Störung der Verfügbarkeit und sogar Zerstörung von Webseiten zu beobachten. Im Visier der Angreifer waren Regierungseinrichtungen, Ministerien öffentlichen Institutionen, Datenzentren, Internetprovider, Fluglinien, Bezahlungssysteme und kritische Infrastrukturen (Energiesektor, Logistik, militärische Einrichtungen, Banken, Flugplätzen, Häfen, Eisenbahnen etc.). Die Hauptziele der prorussischen Akteure waren neben der Ukraine, die baltischen Staaten, Finnland, Polen, Deutschland und Tschechien und rund drei Dutzend andere Länder. Ab Oktober führte jedoch die Zerstörung der zivilen ukrainischen Infrastruktur durch Drohnen und

Bomben zu einem signifikanten Rückgang des Internetverkehrs.

Erkenntnisse

Aufgrund der wenigen überprüfbaren Fakten können die Erfolge der Cyberangriffe und der Cyberverteidigung nicht endgültig bewertet werden. Die Auswirkung der Attacken unmittelbar im Gefechtsgeschehen bzw. die Wirkung der Einfluss- und Desinformationoperationen auf den Wehrwillen sind derzeit nicht quantifizierbar. Faktum ist, dass erstmalig in der Geschichte Cybermöglichkeiten lange vor dem Kriegsbeginn im Rahmen einer hybriden Konfliktaustragung, unmittelbar am Beginn zur Unterstützung der Luft- und Bodenoperation und im weiteren Verlaufe der Kriegshandlungen bis dato in erheblichem Ausmaß eingesetzt wurden. Eine direkte Eskalation gegen die Unterstützerländer der Ukraine und der Länder, die die Sanktionen gegen Russland mittragen, ist bis dato ausgeblieben.

Es wird zu beobachten sein, ob beabsichtigte Lieferungen von Panzern und anderem schweren Gerät zu Angriffen gegen die Lieferländer führen werden.

Insbesondere Aufklärung- und Vorbereitungshandlungen für Angriffe gegen kritische Infrastrukturen sowie „Spill-Over-Effekte“ infolge von Angriffen auf ukrainische Ziele könnten auch die Sicherheit Dritter bedrohen.

Auseinandersetzungen im Cyber-Raum finden ständig statt und meist unterhalb der völkerrechtlich relevanten Schwelle zum bewaffneten Konflikt. Im Vorfeld und während eines Kriegs spielen Cybermittel jedenfalls eine wichtige Rolle. So können mit Cyberangriffen zumindest temporär gewisse Fähigkeiten des Gegners eingeschränkt werden. Mit Cyberangriffen auf die kritischen Infrastrukturen des Gegners kann die betroffene Bevölkerung verunsichert und gesellschaftliche Abläufe beeinträchtigt werden. Bei einer Eskalation des Konfliktes ist ein rasches Hochfahren der Cyberverteidigung von entscheidender Bedeutung. Die permanenten Attacken während der Konfliktaustragung erfordern Abwehrmaßnahmen rund um die Uhr. Dies ist bei der Vorbereitung zur Verteidigung durch ausreichend Personal zu berücksichtigen.

Cybersabotage - Kritische Infrastruktur im Fokus

Die Urheberschaft der Sprengung der Pipelines Nord Stream 1 und 2 ist nach aktuellem Wissensstand nicht geklärt. Ebenso wenig ist bekannt, wer durch das Durchtrennen der Lichtwellenleiterkabel an zwei ca. 450 km voneinander entfernten Örtlichkeiten die digitale Kommunikationsverbindung der Deutschen Bahn (DB) unterbrochen und die Bahnverbindungen im norddeutschen Raum für annähernd drei Stunden gänzlich zum Erliegen brachte. Neben den unzähligen verfügbaren kinetischen Wirkmitteln werden kritische Infrastrukturen

zunehmend mit Cybermitteln und-methoden attackiert. Seit 2017 wurden weltweit etwa 45 gegen die Energie- und Rohstoffinfrastruktur gerichtete Cybersabotageangriffe – davon 11 in Europa – bekannt. Allein 13 davon fanden 2022 statt. Ein Drittel der Attacken betraf Ölanlagen, mehr als ein Viertel Stromnetze. Auch der Gas- und Schifffahrtssektor wurden angegriffen. Innerhalb von zwei Wochen vor der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 wurden im Rahmen eines einzigen Cyberangriffs eine Reihe von US-amerikanischen Erdgasfirmen durch mutmaßlich russische Hacker attackiert. Die Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen durch staatliche Akteure seien laut Microsoft im vergangenen Jahr erheblich gestiegen. Für den Anstieg sei das Ziel Russlands, die ukrainische Infrastruktur, sowie die der Verbündeten der Ukraine, einschließlich der USA zu beeinträchtigen, verantwortlich. 90% der russischen Angriffe sollen sich im vergangenen Jahr gegen NATO-Mitgliedsstaaten, 48% gegen IT-Unternehmen mit Sitz in NATO-Staaten gerichtet haben.

Akteure, Angreifer und Täter

Einheiten der russischen Nachrichtendienste (FSB, SVR, GU) stellen derzeit die größte Bedrohung für die kritischen Infrastrukturen dar. Nicht zu vernachlässigen sind China, Extremisten, unterschiedliche Aktivisten und kriminelle Banden.

Russische Cybersabotageaktionen gegen kritische Infrastrukturen der EU werden mutmaßlich nur dann erfolgen, wenn die eindeutige Zuordenbarkeit nicht gegeben ist. Kollateralschäden an transnationalen Infrastrukturen durch Angriffe auf die Ukraine sind mit geringerer Wahrscheinlichkeit möglich. Bei einer Eskalation des Krieges ist diesbezüglich jedoch von einer höheren Wahrscheinlichkeit auszugehen. Auch alternative Energieanbieter könnten potenzielle Angriffsziele darstellen. Alle elf Sektoren der EU „CER Directive“ sind potenzielle Ziele. Energie, Transport, Nahrungsmittelindustrie, Informations- und Kommunikationstechnik sind besonders gefährdet. Angriffsformen könnten die Disruption von Services durch die Zerstörung von Schlüsselementen, der Datendiebstahl, Spionage, die Beschränkung des Zuganges zu Schlüsselressourcen sowie die Nutzung des Besitzes von Teilen einer Infrastruktur wie Unterseekabel, Telekommunikationsunternehmen, Häfen, Flughäfen, Elektrizitätswerke, Wind- und Solarfarmen sein. Die Fähigkeiten russischer Hacker sind als sehr fortgeschritten zu bezeichnen. Sie sind in der Lage komplexe APT (Advanced Persistent Threat) auszuführen, sensible Daten aus IT und OT-Systemen zu exfiltrieren, Industrial Control Systems (ICS/OT) zu zerstören sowie destruktive Schadprogramme wie BlackEnergy und NotPetya zu entwickeln und einzusetzen. Die Sabotagehacker mit der

extensiven Fähigkeit ICS/OT sind strukturell mutmaßlich bei den Nachrichtendiensten angegliedert. Vermutlich Teil des FSB sind BerserkBear (bzw. Dragonfly oder Energetic Bear). APT29 (bzw. Cozy Bear, Cozy Duke oder Nobelium) dürfte zum SVR gehören und APT28 (bzw. Fancy Bear oder Strontium), Sandworm (bzw. Voodoo) zum GU (ehemals GRU). Weiters verfügen auch Primitive Bear (bzw. Gamaredon) sowie Turla (bzw. Venomous Bear) über Sabotagefähigkeiten. Gruppen, deren Angriffe eine zeitweilige Unterbrechung der Verfügbarkeit von ICS/OT-Systemen verursachen können sind Killnet, Conti, Blackcat (bzw. ALPHV), Lockbit und Blackbasta. Diese Gruppen sind vor allem durch Hacktivismus und Erpressungsangriffe bekannt geworden.

Russische Cyber-Akteure klären überdies seit Jahren potenzielle Zugänge (Schwachstellen) für die Durchführung von Cyberspionage- und -sabotageangriffen auf.

Im Krieg um die Ukraine sind mittlerweile mehr als 90 Tätergruppen, hauptsächlich nichtstaatliche Akteure auf beiden Seiten der Kriegsparteien beobachtet worden. Auf proukrainischer Seite traten vor allem die Unterstützer des Hackerkollektivs Anonymus und die IT-Armee der Ukraine in Erscheinung.

Diese führen Desinformationskampagnen und Hack-, Leak- und Publish-Aktionen durch. Auf pro-russischer Seite sind auch technisch weniger anspruchsvolle Sabotageangriffe durch nichtstaatliche Gruppen mit medialer Wirkung zu beobachten. Bei mutmaßlich staatlichen russischen Tätergruppen sind komplexere Schadprogramme und Operationen beobachtbar. Die fortwährenden Angriffe bei gleichzeitiger Emigration russischer IT-Fachkräfte könnten die russische Cyberverteidigung schwächen. Immerhin fehlten bis Juni 2022 bereits mehr als 35.000 IT-Experten, mittlerweile sind etwa 100.000 ausgewandert.

Chinas Motive und Methoden für offensive Cyberoperationen

Einem neuen Bericht von „Booz Allen Hamilton“ zufolge gäbe es drei Hauptmotive für China, offensive Cyberoperationen einzusetzen. Das erste bezieht sich auf die Sicherheit und soll Chinas langfristige Stabilität des politischen und sozialen Systems gewährleisten. Der zweite Beweggrund betreffe die Aufrechterhaltung der Souveränität und damit die Sicherstellung von Chinas Autorität und Kontrolle verschiedener Land- und Meeresgebiete. Schließlich gehe es um die Sicherstellung Chinas wirtschaftlicher Ambitionen. DDoS, Verunstaltung von Webseiten (Defacement), Kompromittierung industrieller Kontrollsysteme (ICS) und Cybererpressungsangriffe seien die am häufigsten angewandten Methoden.

Chinas Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt

Die Ukraine ist wegen der Landverbindung nach Europa für China von besonderem Interesse. Seit Jänner 2022 ist ein Anstieg von Cyberaktivitäten durch mehrere, mutmaßlich chinesische Gruppen gegen Staaten der EU, die USA, Ukraine und Russland zu beobachten. Es gibt keine Indizien zu einer Zusammenarbeit mit Russland, im Gegenteil dazu sind seit 2021 Spionageoperationen gegen russische Einrichtungen bekannt geworden.

China verfügt über sehr ausgeklügelte technische Fähigkeiten für Wirtschafts- und politische Spionage. Seit 2017 greifen mutmaßlich chinesische APT weltweit strategische Informationen von Regierungsnetzen ab. Ein massiver Anstieg von Spionageattacken ist seither auch gegen EU-Institutionen festzustellen: 2018 wurde nur eine Operation erkannt, 2019 waren es 8, 2020 schon 13 und 2021 bereits 17. Mehr als 70 Prozent der Mitgliedstaaten der EU waren schon von Cyberangriffen betroffen, 40 Prozent wurden erfolgreich kompromittiert.

Die mutmaßlich bei den chinesischen Nachrichtendiensten bzw. bei der Volksarmee strukturierten Gruppen APT27, APT30, APT31, UNC2814 und GALIUM ähneln sich bei den Aufklärungszielen, bei den Methoden und den operativen Standards. Ausgespäht wurden Parlamente, Ministerien, Ämter, Botschaften, politische Parteien, Forschungsinstitutionen, technische und Telekommunikationsfirmen, Foundations; die EUIBA (EU-Bildungsakademie) Verteidigungs-, High-Tech-, medizinische, maritime Ziele und andere Institutionen. Die Sammlung von Informationen im Zusammenhang mit der Verletzung der Menschenrechte in Xinjiang, den Spannungen im südchinesischen Meer und um Taiwan sowie den Untersuchungen um den Ausbruch von COVID-19 erfolgt im Sinne der strategischen und geopolitischen Ambitionen Chinas. Die chinesischen Hacker zeichnen sich durch sehr fortgeschrittene Hackerfähigkeiten sowie durch sorgfältige Aufklärung und Planung aus. Hacking Tools werden selbstentwickelt oder aus öffentlichen Quellen bezogen. Sie sind in der Lage, multiple Angriffe simultan auszuführen und verfügen über gemeinsam genutzte Infrastruktur. Im November wurde eine Cyberspionage-Operation, der bis dahin unbekannten, mutmaßlich chinesischen APT Earth Preta bekannt. Zumindest seit März 2022 attackierte diese Gruppe fast 600 Ziele auf allen Kontinenten. Die meisten Angriffe richteten sich gegen Australien, gefolgt von Myanmar, den Philippinen und Japan. Über 80 Prozent erfolgten gegen Entitäten in den Sektoren Regierung, Legislative, Bildung und Wirtschaft.

Wegen der geopolitischen Ambitionen und der ökonomischen Bedeutung wird China weiterhin staatlich organisiert und gesteuert Aufklärung betreiben und eine konstante EU-weite Bedrohung darstellen. Auch die von Anonymus und anderen Gruppen ausgehende Dynamik im Cyberraum wird von China aufmerksam verfolgt

werden. Chinesische Aktionen werden, unter größtmöglicher Verschleierung und Geheimhaltung der Herkunft, geführt werden, auch um den offiziellen Neutralitätskurs im Ukraine-Konflikt beibehalten zu können.

Kampf um die Informationsdominanz

Cybermittel eignen sich bestens im Kampf um die Informationsdominanz. Informationsoperationen können dazu dienen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen. Zur Verbreitung von wahren oder falschen Informationen werden soziale Medien genutzt, aber auch Webseiten und Konten zum Beispiel der Regierung und von Medien gehackt. Oft bezwecken die Angriffe die Verfügbarkeit von Webseiten und Diensten zu unterbrechen, oder es werden Daten gestohlen, um sie anschließend zu veröffentlichen. Diese Angriffe dienen auch generell zur allgemeinen Verunsicherung der Bevölkerung des angegriffenen Staates.

Bedrohung der EU-Institutionen durch Desinformation

Um russische Desinformation aufzudecken, wurde 2015 die Kampagne „EUvsDisinfo“ ins Leben gerufen. Nunmehr wird damit auch über Mechanismen, Taktiken, Narrative und Akteure hinter den Falschinformationen aufgeklärt. Der Auswärtige Dienst der EU hat im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 1.200 Falschinformationen in kremlnahen Medien gezählt. Diese richteten sich unter anderem gegen die EU und andere Akteure, die sich gegen den russischen Krieg stellen und die Ukraine unterstützen. Schon in den Monaten vor Beginn des Kriegs sei in Medien der Boden dafür aufbereitet worden. Um die bisher weitgehend einheitliche Haltung der EU in der Frage der Unterstützung der Ukraine und der Verschärfung der Sanktionen aufzuweichen, könnten in ausgewählten Ländern, Cyberangriffe gegen die kritische Infrastruktur geführt werden. Damit könnten Unsicherheit in der Bevölkerung geschürt, eine Schwächung des Rückhaltes von Regierungen in der Bevölkerung erreicht und eine Stimmung gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen erzeugen werden. Mit den russischen Desinformationskampagnen soll eine Diskreditierung des westlichen/demokratischen Modells und eine Unterminierung der Glaubwürdigkeit der EU-Institutionen und Eliten befördert werden. Der politischen Kohäsion der EU soll entgegengewirkt und eine Polarisierung der Gesellschaften in den Nationalstaaten erreicht werden. Prorussische Meinungstrends sollen generiert oder unterstützt, die Förderung der Ziele der russischen Außenpolitik sowie die Verbreitung prorussischer Narrative in den Institutionen der EU betrieben werden. Auch wenn die Bewertung der unmittelbaren Wirkung schwierig ist, könnten sich

langfristig eine verringerte Unterstützung der EU-Politik und eine Beeinflussung der EU-Entscheidungsfindung ergeben. Es ist daher von einer Fortsetzung russischer Desinformation und einer hohen Bedrohung aller EU-Institutionen auszugehen.

Cybererpressung erreicht weltweit alarmierende Ausmaße

Abseits von hybriden oder bewaffneten Konflikten stellt die Cyberkriminalität eine erhebliche Bedrohung für kritische Infrastrukturen dar, wie der starke Anstieg erfolgreicher Attacken mit Erpressungsprogrammen (Ransomware) zeigt. Die Täter sind auf Gewinnmaximierung fokussiert und gehen opportunistisch vor. Deshalb können alle Institutionen, die Angriffsflächen bieten, zum Ziel werden. Die Bedrohung ist durch die Professionalisierung und Spezialisierung der cyberkriminellen Banden stark angestiegen.

Ransomware-Angriffe und DDoS-Angriffe haben auch 2022 ein Allzeithoch erreicht. Weltweit wurden schätzungsweise Schäden in Höhe von 3 Billionen Dollar durch die Beschädigung und Zerstörung von Daten, Diebstahl finanzieller Mittel, Produktivitätsverluste, Diebstahl von geistigem Eigentum, Diebstahl persönlicher und finanzieller Daten, Unterschlagung, Betrug, Unterbrechung des normalen Geschäftsablaufs nach einem Angriff, Kosten für forensische Untersuchungen, und Kosten für die Wiederherstellung und Löschung gehackter Daten und Systeme sowie Rufschädigung verursacht. Schon 2021 gab es eine Steigerung von Ransomware Angriffen um mehr als 1000%. Die rasante Steigerung setzte sich 2022 fort. Allein für Deutschland werden Schäden durch Cyber-Angriffe in der Höhe von 200 Mrd. Euro angenommen. Durchschnittlich entstehen Kosten von 3,9 Millionen Dollar per Hack. Beispielsweise hat der Cyberangriff gegen die irische Gesundheitsbehörde HSE Mitte 2021 rund 51 Mio. Euro an Kosten verursacht. Dem australischen Krankenversicherer Medibank Private Ltd. könnten potenziell über 600 Mio. Euro Kosten durch einen Cybererpressungsangriff entstehen. Bei dem Angriff wurden unter anderem die Daten von 10 Mio. Kunden kompromittiert. Ende August 2022 wurden zwei der größten italienischen Energieunternehmen (ENI und GSE) Ziel schwerer Cyberangriffe der russischsprachigen Hackerbande BlackCat (aka ALPHV). Dragos Inc. ist ein globales Cybersicherheitsunternehmen das Malware und Aktivitäten von Angreifern analysiert und Berichte über Bedrohungsdaten erstellt. Dragos stellte im vierten Quartal 2022 zumindest 189 Ransomware-Vorfälle fest, ein Anstieg um 30 Prozent gegenüber den 128 Vorfällen im vorangegangenen Quartal. Dragos beobachtet dabei langfristig insgesamt 43 Ransomware-Banden. Besonders aktiv waren Lockbit 2.0, Conti, BlackBasta und Quantum. Attackiert wurden in unterschiedlichsten Sektoren tätige Unternehmen hauptsächlich in Europa, Nordamerika, Asien und Südamerika. Welch kriminelles Potential in

diesem Bereich der Cyberkriminalität existiert, kann anhand der durchschnittlichen Lösegeldforderung für japanische Unternehmen im Jahr 2021, das bei mehr als 4 Millionen Euro lag, erahnt werden. Die Täter zeichnen sich dabei zunehmend durch eine hohe Professionalität aus und gehen organisiert vor. Die Abgrenzung zwischen kriminellen Banden und staatlich gesteuerten Gruppen fällt dabei oft schwer. Beispielsweise soll die Hackerbande Conti, die am Beginn der Invasion offen die Unterstützung für Russland erklärte, zwischen November 2021 und Februar 2022 Cybererpressungsangriffe gegen mehr als 50 Ziele durchgeführt haben.

Europäische Entwicklungen im Cyberraum

Die EU konzentriert ihre Anstrengungen im Cyberbereich auf präventive Maßnahmen und forciert die Cyberverteidigung. Präventiv sollen vor allem die NIS 2 Richtlinie, der Cyber Resilience Act, der Digital Service Act und der Digital Market Act die Maßnahmen zur Cybersicherheit auf ein neues Niveau heben. Mit dem Vorschlag zur Cyber Defence Policy sollen die EU Fähigkeiten zur Cyberabwehr gestärkt und die Kooperation der zivilen und militärischen Cyberfähigkeiten optimiert werden.

NIS 2 Richtlinie

Ende November 2022 hat der Europäische Rat Rechtsvorschriften zur Sicherung eines hohen gemeinsamen Cybersicherheitsniveaus in der gesamten Union angenommen, um die Resilienz und die Kapazitäten zur Reaktion auf Sicherheitsvorfälle sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors und der EU als Ganzes weiter zu verbessern. Dieses Regelwerk wird als NIS 2 (Netz- und Informationssicherheit) bezeichnet und löst die bisherige NIS-Richtlinie aus dem Jahr 2016 ab. Wesentliche Neuerung ist die Ausweitung der von der Vorschrift betroffenen Sektoren (u.a. Weltraum), die Meldepflicht bei schwerwiegenden Cybersicherheitsvorfällen innerhalb von 24 Stunden an die NIS-Behörde bzw. ein CSIRT (Computer Security Incident Response Team) sowie höhere Sicherheitsanforderungen an die Unternehmen und zugleich schärfere, einheitliche Sanktionsregelungen. Mit der Richtlinie wird zudem das Europäische Netzwerk der Verbindungsorganisationen für Cyberkrisen, EU-CyCLONE, offiziell eingerichtet, welches das koordinierte Management massiver Cybersicherheitsvorfälle und -krisen unterstützen wird. Die NIS 2 Richtlinie soll in Zusammenschau mit der ebenfalls 2022 angenommenen Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie) zu einer Erhöhung der Cybersicherheit innerhalb der EU beitragen.

Cyber Resilience Act (CRA)

Der Kommissionsvorschlag über die Steigerung der Cyber-Resilienz soll komplementär zu den Maßnahmen der NIS2-Richtlinie wirken und Endverbraucher und Unternehmen vor unzureichenden Cybersicherheitsfunktionen schützen. Dabei soll das Grundprinzip „security by design“ angewandt werden und ein Mindestmaß an Anforderungen an die Gestaltung, Entwicklung und Herstellung von Produkten mit digitalen Elementen wie Hard- und Software einführen. Darüberhinaus soll die Cybersicherheit für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes gewährleistet werden. Durch diese Maßnahmen sollen Angriffsvektoren über das sogenannte Internet-der-Dinge verringert und Cyberkriminalität reduziert werden.

Digital Services Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA)

Diese beiden Rechtsakte bilden wesentliche Säulen in der Regulierung von kommerziellen digitalen Diensten (DSA) und großen Online-Plattformen, die als sogenannte „Gatekeeper“ (das sind digitale Plattformen mit einer systemischen Rolle im Binnenmarkt, die als Flaschenhals zwischen Unternehmen und Verbrauchern für wichtige digitale Dienstleistungen eingestuft werden) im EU-Binnenmarkt fungieren (DMA), und sind mit November 2022 in Kraft gesetzt worden. Sie sind Teil der Initiative „Shaping Europe’s Digital Future“ und sollen einen sichereren und offeneren digitalen Raum schaffen. Der DSA und DMA verfolgen zwei Hauptziele: 1) Schaffung eines sichereren digitalen Raums, in dem die Grundrechte aller Nutzer digitaler Dienste geschützt sind und 2) Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen zur Förderung von Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, sowohl im europäischen Binnenmarkt als auch weltweit.

Der DMA soll insbesondere die marktbeherrschende Stellung von großen außereuropäischen Plattformbetreibern beschränken und einen fairen Marktzugang gewähren. Die Durchsetzungsfähigkeit der EU-Kommission soll dabei durch die Möglichkeit zur Verhängung von Geldbußen in Höhe von bis zu 10 % des weltweiten Umsatzes eines Unternehmens, und bis zu 20 % bei wiederholten Verstößen, gewährleistet werden.

Cyber Defence Policy

Anfang November 2022 hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine EU Cyberabwehrpolitik (Cyber Defence Policy - CDP) vorgelegt. Hauptziel ist es, Cyberangriffe besser erkennen, vereiteln und davon abschrecken zu können. Die CDP zielt darauf ab, die Fähigkeiten der EU im Bereich der Cyberabwehr zu stärken und die Kooperation und Koordinierung zwischen

den zivilen und militärischen Cyberbereichen (Zivilbereich, Strafverfolgung, Diplomatie und Verteidigung) auszubauen. Zudem soll das Cyberkrisenmanagement in der EU effizienter werden und dazu beitragen, strategische Abhängigkeiten bei kritischen Cybertechnologien zu verringern und die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) zu stärken.

Die EU-Cyberabwehrpolitik beruht auf vier Säulen mit einem breiten Spektrum an Initiativen durch die EU und die EU-Mitgliedsstaaten:

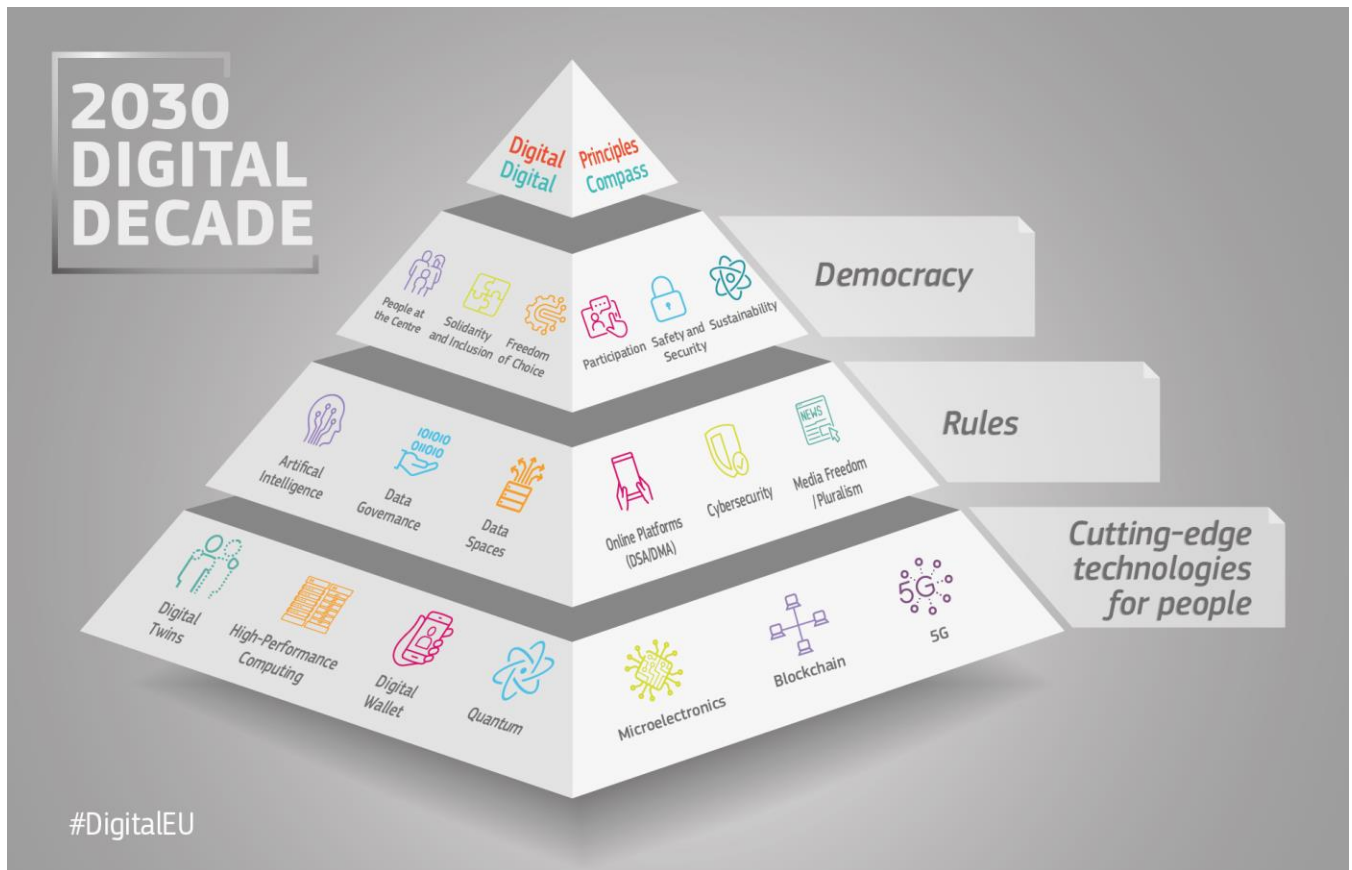
1) **Gemeinsames Handeln für eine robustere EU-Cyberabwehr:** Die EU will hierbei ihre Koordinierungsmechanismen zwischen nationalen und EU-Akteuren im Bereich der Cyberabwehr ausbauen, um den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den zivilen und militärischen Cybergemeinschaften zu intensivieren und militärische Missionen und Operationen im Rahmen der GSVP besser zu unterstützen. Eine zentrale Maßnahme soll dabei die Einrichtung eines EU-Koordinierungszentrums für Cyberabwehr (EUCDCC) zur Förderung einer besseren Lageerfassung innerhalb der Verteidigungsgemeinschaft bilden, die aus einem laufenden PESCO-Projekt (CIDCC – Cyber and Information Domain Coordination Centre, an dem Österreich derzeit als Beobachter beteiligt ist) hervorgehen soll.

2) **Sicherung des Verteidigungsökosystems der EU:** Ziel ist die Standardisierung und Zertifizierung der Cybersicherheit, um sowohl militärische wie zivile Bereiche zu schützen.

3) **Investieren in Cyberabwehrfähigkeiten:** Investitionen in moderne militärische Cyberabwehrfähigkeiten sollen erheblich erhöht und über auf EU-Ebene verfügbare Kooperationsplattformen und Finanzierungsmechanismen wie PESCO realisiert werden. Im Kern geht es dabei um den Ausbau von Fähigkeiten im gesamten Spektrum der Cyberabwehr, inklusive Fähigkeiten zur „aktiven Verteidigung“, die durch Mittel des Europäischen Verteidigungsfonds finanziert werden sollen. Interessant ist die explite Adressierung der Entwicklung gemeinsamer und/oder interoperabler europäischer Instrumente für Cyberspace-Operationen und das Management von Zwischenfällen, für Verteidigungs- und Präventivmaßnahmen im Bereich der Informationskriegsführung sowie für eine verbesserte Widerstandsfähigkeit der IKT-Systeme.

4) **Partnerschaften zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen:** Darunter wird vor allem eine stärkere Kooperation mit der NATO im Bereich der Ausbildung sowie eines Lagebildes verstanden.

Die EU-Cyberabwehrpolitik greift die Vorgaben aus dem Strategischen Kompass vom März 2022 auf und ersetzt das bisherige EU Cyber Defence Policy Framework aus 2018. Es stellt einen wesentlichen Beitrag zur vertieften bereichsübergreifenden Zusammenarbeit und



Digitale Dekade 2030

Fähigkeitenentwicklung dar, mit dem die EU-Verteidigungsfähigkeit gestärkt und die digitale Souveränität sichergestellt werden soll. Sie passt sich damit als weiteres Teil in das „Puzzle“ der Gesamtstrategie „Digitale Dekade 2030“ ein. Die große Herausforderung wird nunmehr in der Implementierung und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Ziele liegen.

EU Digital Diplomacy

Am 18. Juli 2022 wurden durch den Europäischen Rat Schlussfolgerungen zur digitalen Diplomatie der EU angenommen. Die digitale Diplomatie soll zu einer Kernkomponente und zu einem integralen Bestandteil des auswärtigen Handelns der EU werden und eng mit anderen außenpolitischen Maßnahmen der EU in Bezug auf Cyberbedrohungen und die Abwehr hybrider Bedrohungen, einschließlich der Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland (FIMI), abgestimmt werden.

Die EU-US Beziehungen sollen durch die Einrichtung eines EU-Büros in den USA als Mittel zur Stärkung des transatlantischen Engagements für die digitale Agenda und zur Erfüllung der einschlägigen Ziele des EU-US-Handels- und Technologierates (TTC) beitragen (siehe ISS Aktuell 2-2022). Die Stärkung der digitalen Diplomatie trägt der

zunehmenden geopolitischen Bedeutung von Technologieentwicklungen Rechnung und soll die EU-Ambitionen hinsichtlich technologischer und digitaler Souveränität unterstützen.

Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade

Am 15. Dezember 2022 wurde die Erklärung durch die Präsidentinnen der EU-Kommission und des EU-Parlaments sowie dem Ratsvorsitz unterzeichnet. Mit der europäischen Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen will die EU die europäischen Werte sichern, indem sie

- 1) die Menschen in den Mittelpunkt des digitalen Wandels stellt,
- 2) Solidarität und Inklusion durch Konnektivität, digitale Bildung, Ausbildung und Kompetenzen, faire und gerechte Arbeitsbedingungen sowie der Zugang zu digitalen öffentlichen Online-Diensten fördert,
- 3) die Bedeutung der Wahlfreiheit und eines fairen digitalen Umfelds bekräftigt,
- 4) die Teilhabe im digitalen öffentlichen Raum fördert,
- 5) die Sicherheit, den Schutz und die Handlungsfähigkeit insbesondere junger Menschen im digitalen Umfeld verbessert, und schließlich

6) Nachhaltigkeit fördert.

Mit der Verabschiedung soll eine Richtschnur für politische Entscheidungsträger sowie Unternehmen im Bereich der neuen Technologien geschaffen werden und zugleich den außenpolitischen Ansatz bestimmen, den die EU weltweit verfolgen wird. Zudem soll damit eine Gleichstellung zwischen Offline- und Online-Rechten vorangetrieben werden.

Bewertung

Die bisher gesetzten sowie auf den Weg gebrachten Maßnahmen der EU im Zuge des übergeordneten Rahmens der Digitalen Dekade 2030 (siehe Grafik) zur Bewältigung der digitalen Transformation stellen in Summe ein kohärentes und strategisches Vorgehen dar. Die zunehmende Verschränkung von Cyber-Sicherheitsfragen mit anderen querschnittsrelevanten Themen wie Künstlicher Intelligenz, Strategischer Autonomie oder dem Strategischen Kompass bilden eine wichtige Basis für die nächsten Schritte. Kritisch zu hinterfragen bleiben jedoch die weiterhin hohe Abhängigkeit in wesentlichen Bereichen der digitalen Wirtschaft (zB Halbleiter) gegenüber China aber auch den USA, die die angestrebte digitale Souveränität der EU massiv erschweren. Jüngstes Beispiel für diese Herausforderungen wurden im Rahmen des Ministertreffens im Zuge des TTC Anfang Dezember 2022 sichtbar, bei dem zwar die weitere vertiefte Zusammenarbeit u.a. im Bereich der strategischen Land- und Unterseekabel zur Steigerung der Resilienz im Internet vereinbart wurde, im Hintergrund aber die als protektionistisch eingestuft Ambitionen der USA über den Anti-Inflations-Pakt (IRA) zu tiefem Misstrauen geführt haben.

Die neue EU-Cyberabwehrpolitik ist eine substantielle Weiterentwicklung der bisherigen Bemühungen in diesem Bereich. Vor allem führt sie bisher streng voneinander getrennte Bereiche (zivil/militärisch) enger zusammen und kann so den aktuellen Herausforderungen besser begegnen.

Inwieweit die einzelnen regulatorischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten und als globaler Maßstab wie im Falle der Datenschutzgrundverordnung dienen können, wird auch ganz wesentlich von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der EU insgesamt abhängen.

Walter Unger
Daniel Wurm

Bildnachweis

S. 24: Screenshot: New York Post (2022): Young GOP star DeSantis romps to victory in Florida. In: Twitter, 09.11.2022 (Kim Perales @KimPerales@social.toad Mastodon). Online verfügbar unter: <https://twitter.com/kpjps/status/1590390158570164225/photo/1>, zuletzt geprüft am 06.12.2022.

S. 41: NATO, Spanish Prime Minister Pedro Sanchez, Turkish President Recep Tayyip Erdogan, UK Prime Minister Boris Johnson, US President Joe Biden, and NATO Secretary-General Jens Stoltenberg follow the speech of Ukrainian President Volodymyr Zelensky, lizenziert als „Fair Use“, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_210026.htm, zuletzt eingesehen am 25.01.2023

S. 43: NATO, French military personnel and vehicles arrive at Mihail Kogălniceanu international airport in Romania as part of France's contribution to the NATO Response Force (NRF), lizenziert als „Fair Use“, URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_210026.htm, zuletzt eingesehen am 25.01.2023

S. 57: Grafik: Farkas, Barbara; BIP-Entwicklung ausgewählter Länder Asiens von 2019 bis 2024 in Prozent zum Vorjahr (Reihung nach BIP-Volumen 2021), Wien 2022.

S. 58: Grafik: Farkas, Barbara; BIP-Volumen 2021 in Mrd. US-Dollar, Wien 2022.

S. 59: Grafik: Farkas, Barbara; Sicherheitspolitische Ansätze im indopazifischen Raum, Wien 2022.

S. 69: Foto: Michał Józefaciuk, Hamad Bin Khalifa Al-Thani. licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Poland license - Attribution: The Chancellery of the Senate of the Republic of Poland, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hamad_bin_Khalifa_Al_Thani_Senate_of_Poland.jpg, zuletzt eingesehen am 25.01.2023

S. 69: Foto: Russian Presidential Press and Information Office, Russia hands over World Cup host mantle to Qatar, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International, URL: <http://kremlin.ru/events/president/news/58004>, zuletzt eingesehen am 25.01.2023

S. 74: Foto: Dispatch, Jungkook for BTS 5th anniversary party in LA photoshoot by Dispatch, May 2018 licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Unported license, URL: https://www.youtube.com/watch?v=UWQG99GxkOc&ab_channel=%EB%94%94%EC%8A%A4%ED%8C%A8%EC%B9%98%2FDispatch, zuletzt eingesehen am 25.01.2023

S. 93: Grafik: Europäischen Kommission, Digitale Dekade Europas. Gestaltung der digitalen Zukunft Europas, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0) licence, URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/europes-digital-decade>, zuletzt eingesehen am 25.01.2023

Kartenmaterial

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Zentrale Konfliktparteien	Seite 8
Ukraine.....	Seite 14
Vereinigte Staaten von Amerika.....	Seite 22
Europa.....	Seite 32
North Atlantic Treaty Organization (NATO)	Seite 40
Postsowjetischer Raum	Seite 46
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 56
Katar	Seite 68
Afrika.....	Seite 76
Lateinamerika.....	Seite 80

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	EU als künftige sicherheits- und wirtschaftspolitische Machtakteurin – Fiktion versus Realität
Christoph BILBAN, MA	Russland und Ukraine im Kampf ums Überleben Der Südkaukasus im Schatten der Ukraine
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum Die Zunahme der strategischen Bedeutung von Ideologie für China
Dr. Gerald HAINZL	Sub-Sahara Afrika
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Der Ukraine-Krieg als Stellvertreterkrieg des demokratisch-liberalen Westens gegen das autoritäre Russland
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Mag. Alexander PANZHOF	Lateinamerikas Reformation ist abgeschlossen
Dr. Stephan REINER	Zur Lage am Persischen Golf – Das Emirat Katar: Die Fußballweltmeisterschaft und ihre dahinterliegende Dimension
Dr. Markus REISNER, PhD	„Ukrainisches Fegefeuer“ – der Krieg um die Ukraine, eine erste Zusammenfassung Ukrainische Offensiven – die Faktoren Gelände, Kraft, Zeit und Information
Mag. Walter UNGER Mag. (FH) Daniel WURM, MA	Cyberlage Europäische Entwicklungen im Cyberraum
Mag. Andreas WENZEL	Weltmacht USA – Zwei Jahre Biden-Administration

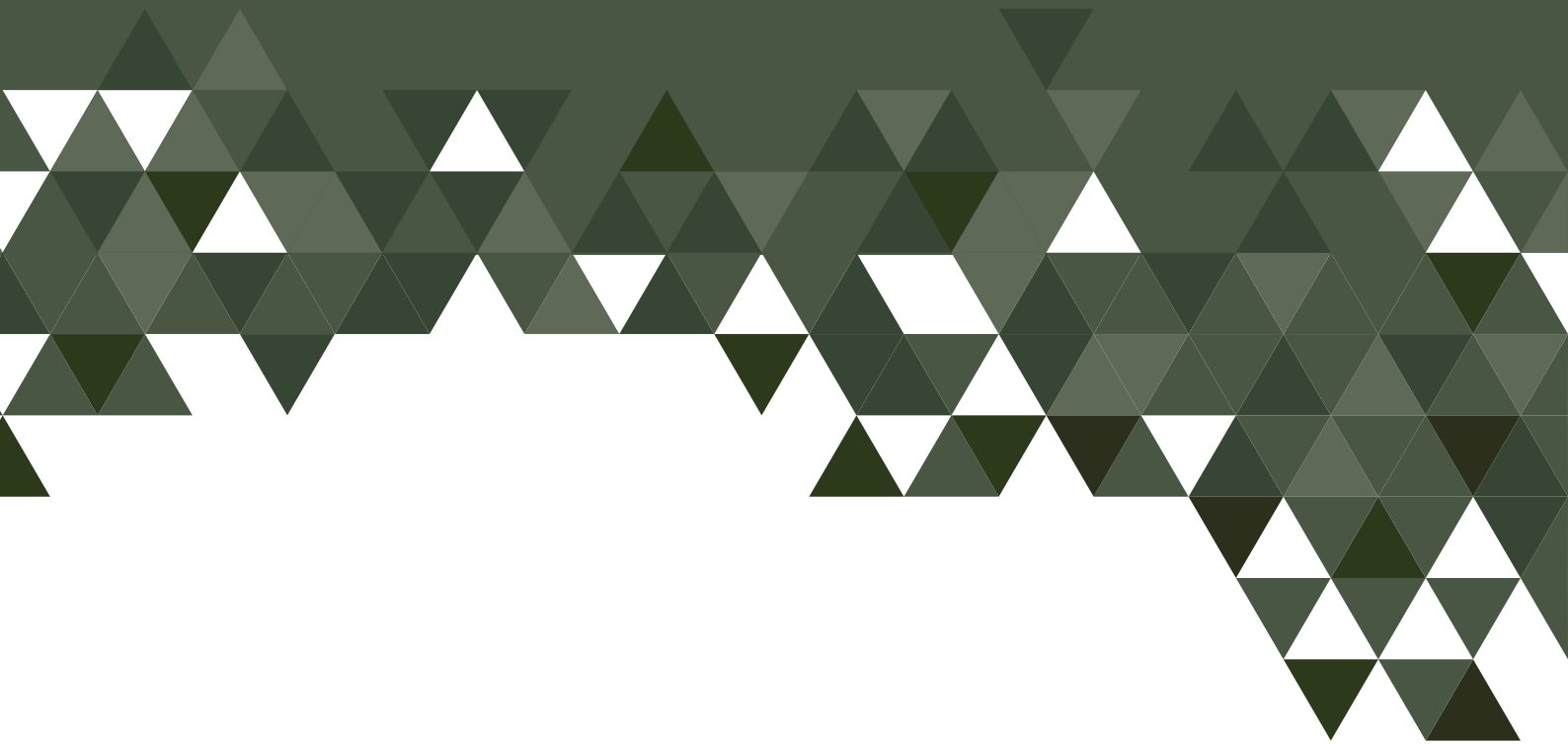
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903359-61-1